C21734 E

ATE-Teves: Alle tage elender! 6
Krise im Steinkohlenbergbau 10
Fürsorgeerziehung – Erziehung wozu? 26



Arbeiterkampf

Jahrg. 3 Nr. 33/26. Sept. 73
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
50 Pf.

Militärputsch in Chile

US-Imperialisten und chilenische Reaktion stürzen Regierung der „Volkseinheit"

In Chile ist am 11. September die Regierung der Unidad Popular („Volkseinheit") unter Präsident Allende mit Hilfe putschender Militärs gestürzt worden. Die bisherigen bürgerlichen Oppositionsparteien – Nationalisten und Christdemokraten – haben den Putsch begrüßt. Nun herrscht in Chile der faschistische Terror. Zahlreiche Mitglieder der Regierung, der Parteien der Unidad Popular und der revolutionären Linken außerhalb der UP sind verhaftet und zum Teil auf der Stelle erschossen worden.
Aufgrund der bisherigen Politik der UP-Regierung (vgl. dazu u.a. den Artikel im letzten AK) müssen Chiles Arbeiter und Bauern den Kampf unter ungünstigsten Bedingungen führen. Dennoch wird immer noch an vielen Stellen des Landes den Faschisten erbitterter Widerstand entgegengesetzt. Sender der Volkskräfte haben das Programm aufgenommen. Die Faschisten versuchen, jeden Widerstand mit Massenmord zu unterdrücken: von den Arbeitern besetzte Fabriken werden bombardiert, Wohnungen gesprengt, Gefangene erschossen. Die Zahl der Toten wird am vierten Tag nach dem Putsch bereits mit weit über 5 000 angegeben und dürfte noch höher liegen. Allein 500 Arbeiter sollen in einer besetzten Textilfabrik niedergemacht worden sein. Schon jetzt ist zu erkennen, daß – unabhängig vom Ausgang des Kampfes – die chilenische Arbeiterbewegung einen schweren Rückschlag erlitten hat, von dem sie sich nur langsam wieder erholen wird.

Die blutige Hand des Imperialismus

Die Regierung der Unidad Popular wurde im Herbst 1970 nach Wahlen gebildet. In der UP sind mehrere Parteien zusammengeschlossen, u.a. die Sozialistische Partei und die Kommunistische Partei.

Wesentliche Programmpunkte der UP waren die Nationalisierung [des] chilenischen Kupfers, Verst[...]

... tel des Weltvorkommens an Kupfer, und das chilenische Kupfer war vor der UP-Regierung zum größten Teil unter US-Kontrolle. Außer dem wirtschaftlichen Interesse am chilenischen Kupfer war der US-Imperialismus auch generell nicht damit einverstanden, daß in Chile ein antiimperialistischer, sich zum Sozialismus hin entwickelnder Staat entsteht oder entstand.

Es wurde aufgedeckt, daß der US-Konzern ITT es sich viel Geld kosten ließ, um die UP-Regierung schon vor dem offiziellen Regierungsantritt an putschenden Militärs und einem inszenierten wirtschaftlichen Chaos scheitern zu lassen. Das mißlang damals. Wenn nur dieser eine Fall aufgedeckt wurde, dann bedeutet das bestimmt nicht, daß dies auch der einzige Fall dieser Art war!

Über den jetzigen Militär-Putsch wurde bekannt, daß die US-Regierung zumindest einen Tag vorher über die Putsch-Pläne informiert worden war. Möglicherweise werden die Einzelheiten dieses Komplotts – Zusammenspiel von US-Geheimdienst CIA, US-Regierung, US-Monopolen, Putschisten und chilenischer Reaktion – noch ans Licht kommen.

Das ist der letzte einer langen Kette von reaktionären Staatsstreichen, die in den letzten Jahren vom US-Imperialismus – im Zusammenspiel mit der einheimischen Reaktion – organisiert wurden:

Kongo, Dominikanische Republik, Griechenland, Ghana, Kambodscha, Bolivien, Uruguay u.a.

Das zeigt nochmals, mit welch brutaler Verzweiflung der untergehende US-Imperialismus immer noch versucht, das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen, den Befreiungskampf der Völker der Welt blutig zu unterdrücken. **Auch nach der formalen Beendigung des Vietnam-Kriegs und Abgabe heuchlerischer „Friedens"-Erklärungen hat der US-Imperialismus sich nicht im geringsten verändert.**

Freude bei der westdeutschen Bourgeoisie

Bei Axel Springer und seiner faschistischen Bande dürften nach dem Bekanntwerden des Militärputsches

Forts. Seite 3

... silien nimmt in der Strategie des US-Imperialismus in Lateinamerika

... Ergebnis befürchteten, zu verhindern. Der Putsch erfolgte nach

[...] Chile – ein historischer Einschnitt

Chile sollte zum Parade-Beispiel der Reformisten aller Schattierungen werden für die Möglichkeit, den Sozialismus auf „friedlichem", „legalem", parlamentarischem Weg zu erreichen, und damit zugleich zum Beweis gegen die Vertreter des „überholten Dogmas" vom bewaffneten Kampf.

Besonders die SPD hat sehr gut begriffen, was es heißt, daß dieses Parade-Beispiel jetzt von Faschismus und Reaktion in einem Meer von Blut ertränkt wird. Nicht zufällig beeilen sich jetzt sozialdemokratische und liberale regierungstreue Journalisten, die Ereignisse zu kommentieren in dem Sinn, „daß die BRD nicht Chile ist".

Der stellvertretende Chefredakteur der „Hamburger Morgenpost" (SPD), Siemon-Netto, schrieb am 13. September:

„Nach dem Militärputsch im einst so verfassungstreuen Chile ist ja wohl kaum anzunehmen, daß Marxisten in anderen Entwicklungsländern so schnell noch einmal den gleichen Weg beschreiten werden wie Allende. Viele von ihnen werden sich gewiß wieder der vermeintlichen (!) Alternative Volksbefreiungskrieg zuwenden. Und was das bedeutet, können Millionen Gräber in Vietnam bezeugen."

Die zynische Logik dieses Spezialdemokraten ist: auf dem parlamentarischen Weg geht es nicht zum Sozialismus. Der bewaffnete Kampf wiederum ist auch nur eine „Scheinalternative", wobei der drohende Hinweis auf „Millionen Gräber" nicht fehlen darf. Also soll die Arbeiterklasse am besten die Finger ganz vom Sozialismus lassen und sich ein für alle mal mit den Versprechungen der SPD auf kommende Reförmchen begnügen.

Aus den Sätzen von Siemon-Netto spricht deutlich die Sorge, daß bei dem faschistischen Putsch in Chile die reformistische Ideologie Schaden genommen haben könnte. Und das wohl nicht nur in den „Entwicklungsländern", sondern sogar in den imperialistischen Ländern. Denn wenn die Bourgeoisie so augenfällig zeigt, was sie von der Achtung „demokratischer Spielregeln" hält, dann wird man in Zukunft nur noch von Narren und Selbstmördern erwarten können, daß sie ihrerseits diese „Spielregeln" einhalten.

Der faschistische Staatsstreich in Chile ist für die internationale Arbeiterbewegung ein bedeutsamer historischer Einschnitt, ein Punkt, an dem es notwendig wird, Bilanz zu ziehen – wie die Pariser Kommune, die Oktoberrevolution, der Spanische Bürgerkrieg, die chinesische Revolution.

Was sich als Ergebnis zeigt, sind im Grunde keine neuen Lehren, sondern ist nur die Bestätigung dessen, was von Marx, Engels und Lenin her schon lange zur gesicherten Erfahrung der Arbeiterbewegung zählen müßte und was Lenin einmal so ausdrückte:

„Jetzt kann man nicht mehr d[a]von sprechen, daß man die kapit[a]listische Gesellschaft, die Hunder[te] Milliarden Rubel für den Krieg au[s]gegeben hat, durch Reformen u[m]modeln könne, kann man nic[ht] davon sprechen, daß man die G[e]sellschaft ohne eine revolutionä[re] Staatsmacht, ohne Gewalt, oh[ne] riesige Erschütterungen umgest[...]



'Europäische Sicherheitskonferenz'

Sicherheit in Worten – Unsicherheit in der Tat

Im Juli begann in Helsinki die „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE), an der insgesamt 35 Staaten einschließlich der Sowjetunion, den USA und Kanadas teilnehmen.
In der ersten Phase dieser Konferenz legten die Außenminister aller Teilnehmerstaaten ihre jeweiligen Standpunkte dar. Parallel zu dieser Konferenz finden Vorbereitungen für eine Konferenz über Truppenreduzierung in Mitteleuropa statt.
Die Abhaltung solch großer Konferenzen reiht sich ein in die derzeitigen diplomatischen Aktivitäten der imperialistischen und der RgW-Staaten: Breschnjew besuchte Brandt, Nixon und Pompidou; Brandt fuhr zu Nixon, Pompidou und Tito und traf sich in Bonn mit Ceausescu (Rumänien); Nixon und Pompidou trafen sich auf Island usw. Diese Gespräche und Verhandlungen endeten meist mit gegenseitigen Friedensbeteuerungen und einigen Handels-, Kultur- und Wirtschaftsabkommen.
Die verstärkte Diplomatie in der Welt ist im Wesentlichen ein Ausdruck dafür, daß die bisherige Aufteilung der Welt und das bestehende Kräfteverhältnis ins Wanken geraten sind. Immer deutlicher treten die Widersprüche zwischen den großen imperialistischen Staaten und Blöcken hervor – der Kampf um die Einflußsphären nimmt an Schärfe zu.

Forts. Seite 17

Es lebe der Kampf des chilenischen Volkes!

Das chilenische Volk hat die Errichtung der faschistischen Militärdiktatur nicht kampflos hingenommen. Die reaktionäre bürgerliche Presse spricht zwar von einer „Normalisierung der Lage" (einer „Normalisierung" auf dem Berg Tausender von Ermordeten!) und davon, daß der Widerstand „fast gebrochen" sei. Aber ihre eigenen Meldungen sind sehr widersprüchlich. Und trotz der von der Militärjunta kontrollierten und gesteuerten „Informationsweitergabe" sind einige Nachrichten aus dem Land gekommen, die den heldenhaften Kampf des chilenischen Volkes bezeugen.

In Santiago, Valparaiso, Concepcion, Punta Arenas, Antofagasta, Los Andes, Las Cuevas und anderen Städten und auf dem Land leistet das chilenische Volk der Militärjunta bewaffneten Widerstand. Der grausame Terror des Militärs hat bereits blutige Lücken in die Reihen der revolutionären Kämpfer gerissen, aber der Widerstand konnte bisher nicht gebrochen werden. Tausende von Menschen wurden ermordet, Tausende verhaftet, Tausende auf Kriegsschiffe und auf zu KZs umgewandelte Inseln deportiert.

Die Bergarbeiter von El Teniente stellten sich den Panzern mit Dynamitstangen entgegen. 500 Kumpel wurden vom Militär niedergeschossen. Die Arbeiter der Textilfabrik Sumar leisteten ebenfalls erbitterten Widerstand. Auch hier ließ das Militär 500 von ihnen bestialisch niedermetzeln. In Santiago sollen sofort nach dem Militärputsch 40 Betriebe von den Arbeitern zur bewaffneten Verteidigung besetzt worden sein. Die Technische Universität von Santiago wurde von 600 Studenten mit der Waffe in der Hand verteidigt. Erst nach langem erbitterten Kampf räumten sie das Gebäude vor den stürmenden Soldaten.

Teilweise sollen auch chilenische Soldaten gegen den Putsch rebelliert und sich dem kämpfenden Volk angeschlossen haben. In Valparaiso wurden deswegen 100 Soldaten erschossen. Die Meldung, wonach der ehemalige Oberbefehlshaber der chilenischen Armee, General Prats, der zeitweise an der Regierung unter Allende beteiligt war, an der Spitze des 5. Armeekorps und zwei Kolonnen bewaffneter Arbeiter und Abteilungen der MIR („Bewegung der revolutionären Linken") auf Santiago zumarschiere, um die Militärjunta zu stürzen, scheinen aber nicht zu stimmen. Prats soll inzwischen erklärt haben, daß er sich nicht am Kampf gegen die Militärjunta beteiligen und stattdessen nach Argentinien auswandern will, wo er nach neuesten Meldungen auch schon eingetroffen sein soll.

Die Militärjunta sendet über die von ihr beherrschten Radio- und Fernsehstationen Falschmeldungen und Lügen, um das Volk vom Kampf abzuhalten. Eine der offenkundigsten Fälschungen wurde am 14.9. im chilenischen Fernsehen gesendet: es war eine Ansprache von Godoy, Arbeitsminister unter der Allende-Regierung, der die Arbeiter auffor-

Forts. Seite 2

Forts. Lang lebe...

derte, „mit den Anstrengungen der Behörden, die ökonomische Lage zu verbessern, zusammenzuarbeiten". Allerdings handelte es sich dabei um die Aufzeichnung einer Ansprache, die Godoy vor längerer Zeit unter der Allende-Regierung, und nicht der Militärjunta gehalten hatte.

Wie die italienische Zeitung „Corriere della Sera", eine bürgerliche Zeitung, am 14.9. schrieb, beschränken sich die bewaffneten Widerstandskräfte nicht nur darauf, sich gegen die Angriffe des Militärs zu verteidigen, sondern sie sollen auch in einigen Orten initiative Aktionen durchgeführt haben. Es hieß, daß sie einige Polizeikommissariate und Militärstellen angegriffen haben, um sich Waffen zu beschaffen. Die Bewaffnung des Volkes reicht gegenwärtig nicht aus, um die faschistische Diktatur zu besiegen, da die Unidad Popular das Volk auf diese Konfrontation nicht ausreichend vorbereitet hat, sondern im Gegenteil in der letzten Zeit ihrer Regierungsführung das Militär sogar beauftragt hatte, bestehende Arbeiter- und Bauernmilizen, die sich schon damals gegen den Terror faschistischer Erfüllungsgehilfen der Kapitalisten und Großgrundbesitzer zur Wehr setzen mußten, zu entwaffnen.

Nach weiteren Meldungen aus Argentinien haben bewaffnete Widerstandskräfte den faschistischen Militärsender „Agricultura" angegriffen und zerstört. Es soll ihnen auch gelungen sein, einige Geheimsender in Betrieb zu nehmen, mit denen sie den Lügen der Militärpropaganda entgegentreten und das Volk dazu auffordern, den Kampf fortzusetzen. Dieser Kampf müsse mit einer „elastischen Taktik" geführt werden, im Aufbau von Widerstandszentren in den Betrieben und auf dem Land, in Kommandoaktionen kleiner Gruppen. Eine „frontale Aktion" würde in der jetzigen Situation nur dazu führen, daß die schlechter ausgerüsteten Massen vom Militär zusammengeschossen werden.

Die Militärjunta selbst hat Meldungen herausgegeben, wonach sie damit rechnet, daß die Widerstandskräfte sich mit dem Aufbau einer Stadt- und Landguerilla (Chile hat ca. 70 % Stadtbevölkerung) auf einen langen Kampf einrichtet.

Die vielen politischen Flüchtlinge aus anderen lateinamerikanischen Ländern, die unter der Allende-Regierung politisches Asyl in Chile erhalten hatten, haben sich dem bewaffneten Widerstand angeschlossen. Viele von ihnen wurden schon vom Militär als „ausländische Extremisten" erschossen. Auch die kubanische und mexikanische Botschaft wurden vom Militär beschossen. In Argentinien und in Mexiko haben linke Gruppen zur Bildung internationaler Brigaden nach dem Vorbild des spanischen Bürgerkrieges aufgerufen. Auf der Solidaritätsveranstaltung des KB am 20.9. in Hamburg berichtete ein Genosse des lateinamerikanischen Studentenverbandes, daß sie gerade die Nachricht erhalten haben, daß eine erste argentinische Kolonne die Anden bereits überschritten hätte.

Die MIR („Bewegung der revolutionären Linken") hatte in Chile von Anfang an die Auffassung vertreten, daß ein bewaffneter Kampf zum Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie unvermeidlich ist. Deswegen wurde sie von der Führung der Unidad Popular, die das reformistische und illusorische Konzept eines „friedlichen Übergangs" vertrat, heftig angegriffen – und in der letzten Zeit der Allende-Regierung auch offen vom Militär verfolgt.

Die MIR hat sich am Aufbau von Räteorganisationen in den Betrieben, in den städtischen Wohnvierteln und auf dem Land beteiligt, die die „Keimform der Volksmacht" darstellen sollen: die Cordones Industriales (Arbeiterräte in den Industriegürteln), die Consejos Campesinos (Bauernräte) und die Comandos Comunales de Trabajadores (Basisorganisationen in den Wohnvierteln). Diese Organisationen existieren im wesentlichen seit dem Oktober 1972, also seit einem Jahr, als die Transportunternehmer damals mit einer ersten großen Sabotageaktion die gesamte Versorgungslage des Landes lahmzulegen versuchten und der Terror faschistischer Gruppen zunahm. Diesen Räteorganisationen hat sich im letzten Jahr bereits ein großer Teil der Arbeiter und Bauern angeschlossen, wobei die politischen Vorstellungen darin natürlich unterschiedlich sind. Ein Genosse der italienischen Organisation „Lotta Continua" führte noch wenige Tage vor dem Militärputsch, am 6.9., ein Interview mit dem Genossen Hernan Ortega, Präsident der Cordones von Santiago und Mitglied der Sozialistischen Partei (offensichtlich zu deren linkem Flügel gehörig), in dem Ortega u.a. ausführte:

„Allgemein sind die Cordones ziemlich in Ordnung, aber man spürt auch in ihnen die Schwankungen der Widersprüche innerhalb der Linken. Einige sind dafür, die Cordones Industriales und alle Organismen der Poder Popular (Volksmacht) als eine Klassenorganisation zu verstärken, die parallel und autonom dem bürgerlichen Staat gegenüber seih soll (nicht nur der Regierung, sondern der Gesamtheit des bürgerlichen Staates). Andere versuchen, diesen Prozeß zu bremsen."

Zu den Widersprüchen innerhalb der Räte sagte Hernan Ortega weiter:

„Solange es möglich ist, sind wir dafür, daß die Einheit der Klasse die Natur der Entwicklung (in Chile) endgültig verändert. Wir wollen jetzt nicht Spaltungen verursachen."

Diese beiden Zitate geben natürlich selbst eine bestimmte politische Auffassung des Meinungs-

gierung verfolgte Politik hinauszugehen; zum anderen die Begrenztheit, in dem die politischen Vorstellungen einer Alternative noch befangen sind.

Die Räte sollen sich nach Ortega zu einer „parallelen" Organisation zum bürgerlichen Staat entwickeln, ihn also nicht ersetzen, aber „autonom" davon sein. Dies kann aber natürlich niemals ein dauerhafter Zustand sein, sondern kennzeichnet das Stadium einer „Doppelherrschaft", wie sie beispielsweise in Rußland für wenige Zeit vor der sozialistischen Revolution bestand. Dieser Zustand drängt entweder zum Zerschlagen des bürgerlichen Staates durch die organisierte Arbeiterklasse, oder umgekehrt zum (vorläufigen) Zerschlagen der Räteorganisation durch den bürgerlichen Staat. In Rußland konnte unter der Führung der Bolschewiki, die das russische Proletariat in jahrelanger Arbeit auf die bewaffnete Revolution vorbereitet und organisiert hatten, das erstere erreicht werden: der Sturz der Bourgeoisie. In Chile hat nach unserer Einschätzung dieses Stadium der „Doppelherrschaft" unter der Allende-Regierung noch kaum existiert; und die Errichtung der faschistischen Militärdiktatur, die einen (vorläufigen) Sieg der Bourgeoisie darstellt, wird die Ansätze der Räteorganisation zunächst wieder zurückwerfen und eventuelle sogar vorläufig ganz zerstören.

schaft der Bourgeoisie ist der Aufbau einer starken Kommunistischen Partei, die nicht ein reformistisches, sondern ein revolutionäres Programm zur Grundlage ihrer Politik macht. Das hat gerade die sozialistische Oktoberrevolution 1917 in Rußland gezeigt; und sowohl diese als auch die chinesische Revolution und die Befreiungskämpfe der indochinesischen Völker und in anderen Teilen der Welt zeigen darüber hinaus, daß dies ein langer Kampf ist, der zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Situationen mit unterschiedlichen Mitteln ausgefochten wird, und der über viele Rückschläge (und auch Erfolge!) geht, bis er den endgültigen Sieg erringt.

In Chile hat die revolutionäre Bewegung durch die Errichtung der faschistischen Militärjunta eine vorläufige Niederlage erlitten, die das Blut vieler Tausender von proletarischen Kämpfern kostet. Aber das chilenische Volk wird weiterkämpfen, nnd die vorläufige Niederlage wird – auch wenn sie den Kampf gegenwärtig unter die schwierigsten

Besserwisser und Schlechterwisser

Auf einer Demonstration des KB in Hamburg gegen den Militärputsch und zur Bekundung der Solidarität mit den chilenischen Arbeitern und Bauern ließ die DKP ein recht allgemein gehaltenes Flugblatt verteilen, in dem jedoch folgender demagogischer Angriff „versteckt" war:

„Wer in dieser Situation versucht, den Kampf des chilenischen Volkes zu verleumden, die arrogante Position eines Besserwissers bezieht, stellt sich einmal mehr außerhalb der Reihen der Solidaritätsbewegung, fällt dem Kampf des chilenischen Volkes in den Rücken."

Wir fragen uns, woher die Verfasser dieses Flugblatts ihre verblüffende Schamlosigkeit beziehen.

Es ist bekannt und nachprüfbar, daß die DKP in der Vergangenheit nicht nur den „chilenischen Weg" propagiert hat, sondern dieselbe selbstmörderische Strategie auch für die Arbeiterbewegung der BRD vorschlägt. Das Ergebnis dieser Strategie könnte in der BRD kaum besser aussehen als in Chile.

Es ist außerdem bekannt und nachprüfbar, daß wir schon frühzeitig aufgezeigt haben, wohin der „chilenische Weg" ebenso wie die „demokratische Erneuerung" der DKP führen wird: nämlich in die Katastrophe.

Nachdem die von ihnen selbst gepredigte revisionistische Strategie in Chile auf eine für die Arbeiterbewegung furchtbare Weise widerlegt worden ist (übrigens nicht zum ersten Mal!), hat die DKP noch den traurigen „Mut", sich als Hüter und Richter über die Interessen der chilenischen Arbeiter und Bauern aufzuspielen.

Jawohl, die chilenischen Arbeiter und Bauern kämpfen, sie kämpfen heldenhaft. Und das unter jenen ungünstigen Bedingungen, zu denen die Strategie des „chilenischen Weges" geführt hat.

Aber die DKP ist schamlos genug, ausgerechnet mit dem Hinweis auf den Kampf der chilenischen Arbeiter und Bauern, sich um die gründliche Selbstkritik ihrer ganzen bisherigen Politik herumzudrücken. Das zeigt, wie sehr diese Leute auch moralisch auf den Hund gekommen sind.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Auf den Militärputsch vom 11. September ist in der ganzen Welt mit Solidaritätsaktionen für den Kampf des chilenischen Volkes reagiert worden.

In der DDR versammelten sich in Berlin 350.000 Menschen; in Leipzig, Dresden, Rostock und anderen Städten weitere Hunderttausende.

In Italien fanden in zahlreichen Städten Solidaritätsstreiks der Arbeiter und Massendemonstrationen statt. In Mailand demonstrierten 100.000 Menschen, in Rom 30.000, in Turin und Genua je 20.000, in Bologna 15.000 usw.

In Frankreich wurde ebenfalls zu Solidaritätsstreiks aufgerufen und fanden Massendemonstrationen statt in Paris, Lyon, Marseille, Bordeaux, Lille, Nantes und zahlreichen anderen Städten.

In Argentinien und Mexiko wurde dazu aufgerufen, internationale Brigaden nach dem Vorbild des spanischen Bürgerkriegs aufzustellen. In beiden Ländern fanden mehrere Demonstrationen mit Hunderttausenden von Menschen statt, in Mexiko-City allein am 14. September 40.000. In Buenos Aires in Argentinien zogen in der Nacht zum 13. September 20.000 Menschen vor die chilenische Botschaft und verbrannten USA-Fahnen.

In Zürich (Schweiz), Barcelona (Spanien) und Tegucigalpa (Honduras) warfen Menschen aus Protest gegen den Militärputsch und die Verwicklung der USA darin Molotow-Cocktails in USA-Botschaften, -Konsulate und Niederlassungen des US-Konzerns ITT.

Die Regierungen mehrerer Länder haben gegen den Militärputsch protestiert und jede Unterstützung des Regimes durch Kredithilfe usw. abgelehnt. Die Regierung der BRD hat allerdings nach dem bekannten langen Schweigen lediglich gesagt, daß eine Kredithilfe „vorerst" zurückgezogen werden soll. Eine Lieferung von Weizen, die die SPD-Regierung ursprünglich der Allende-Regierung zugesagt hatte, die aber wegen angeblicher „Schwierigkeiten" bislang nicht geschickt wurde, soll nun noch bis Ende Oktober an die Militärjunta verschifft werden.

In unserem Land gab es auch in mehreren Städten Demonstrationen und Kundgebungen, die meist aber nicht so viele Teilnehmer hatten wie in anderen Ländern. Der KB veranstaltete am 20. September in Hamburg eine Solidaritätsveranstaltung, an der rund 2.000 Menschen teilnahmen, nachdem bereits in der Woche davor von verschiedenen Gruppen zu Demonstrationen aufgerufen



Solidaritätsdemonstration der Arbeiter von Genua,

„Wahl" gestellt. – Die Beschäftigten hatten also allenfalls die Möglichkeit, die vom Kapitalisten ausgewählten Leute abzulehnen, konnten aber nicht selbst Kandidaten aufstellen.

Lehnte die Mehrheit der Beschäftigten die Liste ab, so trat der faschistische Staat in Aktion: er berief dann die „Vertrauensleute", wobei natürlich oft dieselben Leute vom Staat „berufen" wurden, die eben erst von den Arbeitern und Angestellten des Betriebes abgelehnt worden waren. Dem Staat war außerdem das Recht vorbehalten, „Vertrauensmänner" wegen „sachlicher oder persönlicher Ungeeignetheit" abzuberufen, wenn diese nicht wunschgemäß arbeiteten, sondern trotz des Auswahlverfahrens noch zu sehr für die Interessen der Kollegen eintraten.

Die „Vertrauensmänner" waren jährlich zu wählen. **Es beweist die Stärke der Ablehnung des Faschismus durch die werktätigen Massen, daß trotz des herrschenden Terrors und der Knebelung durch das faschistische Arbeitsgesetz die „Vertrauensmänner"-Wahlen 1934 und 1935 zu Niederlagen für die Faschisten wurden. Daher fanden seit 1935 keine Wahlen mehr statt.**

Auch die Einheit der Arbeiterklasse, die nach Ortega die „Natur Reichhold-Kollegen in den Vordergrund zu rücken. In den Diskussionen mit den Kollegen muß immer wieder der Gesamtzusammenhang (Wohin soll die Reise gehen? Faschisierung von Staat und Gesellschaft ...) dieser kapitalistischen Politik klar gemacht werden.

Was aber tun, wenn die „Betrieblichen Vertrauensleute" eingeführt worden sind?

zu erw[illegible] tet treffen und die ohnehin schon bestehende Gefahr der Resignation der besten Kollegen verstärken.

Es kommt also – neben der formalen Selbständigkeit der Gewerkschafter in einem BVLK (also eigene Sitzungen, Leitung, Zeitung usw.), deren Wichtigkeit nicht zu unterschätzen ist – die geradezu die Voraussetzung für eine freie gewerkschaftliche Arbeit ist, auch und vor allem auf die politische Klarheit in der Gewerkschaftsfraktion über die politischen Ziele der Kapitalistenklasse, über die grundsätzliche Funktion der Gewerkschaftsführung als Agentur der Kapitalistenklasse innerhalb der Arbeiterklasse und über die Rolle der Sozialdemokratischen Ideologie an. ■

Betriebszelle Reichhold des KB Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag, J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantwortl. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage 15.000, Erscheinungsweise: monatlich, Verkaufspreis 50 Pfg. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595 J. Reents

Forts. Militärputsch

die Sektkorken geknallt haben. „Alle Roten umbringen!" – das ist genau die Politik, auf die diese Leute auch in der BRD systematisch hinarbeiten.

„Drei Jahre Marxismus – und Chile war kaputt!" hetzte „Bild" am Morgen des 12. September. Volles Verständnis für die putschenden faschistischen Militärs, die jetzt ein Blutbad unter Chiles Arbeitern und Bauern anrichten: *„Jetzt hat die Armee nicht mehr länger stillgehalten. Drei Jahre Marxismus sind ihr genug."*

Und mit brutalem Zynismus: „Vor Nachahmung wird daher gewarnt" !!

Die Logik der Faschisten ist eindeutig: „Wenn man begriffen hat, daß die Schicksalsfrage darin besteht, daß der Marxismus gebrochen wird, dann muß auch jedes Mittel recht sein, das zum Erfolg führen kann." – Nein, das stand nicht in der „Bild", sondern das sagte Hitler 1926 in einer Rede vor Hamburger Kapitalisten im Hotel „Atlantic".

Hitler, Springer und die chilenischen Putschisten: sie reden von der „Zerschlagung des Marxismus", und sie meinen den faschistischen Terror gegen die werktätigen Massen.

Diese Haltung wird zweifellos von einem großen Teil der westdeutschen Bourgeoisie geteilt. Es ist doch bezeichnend, wenn Politiker der CDU/CSU den tausendfachen Mord an chilenischen Arbeitern und Bauern gleichsetzen mit den läppischen Querelen der Herren Solschenizyn und Sacharow (die in der

der CDU/CSU den tausendfachen Mord an chilenischen Arbeitern und Bauern gleichsetzen mit den läppischen Querelen der Herren Solschenizyn und Sacharow (die in der

Sowjetunion unbehelligt als wohlhabende Bürger leben), und sich dann noch darüber beklagen, daß Bundeskanzler Brandt überhaupt ein paar klägliche „kritische" Worte zu den Vorgängen in Chile gefunden hat.

Die BRD ist allerdings (noch) nicht Chile, wie sich die bürgerlich-liberale „Frankfurter Rundschau" festzustellen beeilte. Aber jeder Genosse, jeder Arbeiter muß wissen und sich immer wieder vor Augen halten, daß die westdeutsche Bourgeoisie den militärischen Sturz einer demokratisch gewählten „marxistischen" Regierung, die Entfesselung eines Bürgerkrieges und den tausendfachen Mord an den Arbeitern und Bauern für eine akzeptable Maßnahme hält. Diese Leute sind unsere Todfeinde.

Konterrevolution in Chile – ein historischer Einschnitt

Chile sollte zum Parade-Beispiel der Reformisten aller Schattierungen werden für die Möglichkeit, den Sozialismus auf „friedlichem", „legalem", parlamentarischem Weg zu erreichen, und damit zugleich zum Beweis gegen die Vertreter des „überholten Dogmas" vom bewaffneten Kampf.

Besonders die SPD hat sehr gut begriffen, was es heißt, daß dieses Parade-Beispiel jetzt von Faschismus und Reaktion in einem Meer von Blut ertränkt wird. Nicht zufällig beeilen sich jetzt sozialdemokratische und liberale regierungstreue Journalisten, die Ereignisse zu kommentieren in dem Sinn, „daß die BRD nicht Chile ist".

Der stellvertretende Chefredakteur der „Hamburger Morgenpost" (SPD), Siemon-Netto, schrieb am 13. September:

„Nach dem Militärputsch im einst so verfassungstreuen Chile ist ja wohl kaum anzunehmen, daß Marxisten in anderen Entwicklungsländern so schnell noch einmal den gleichen Weg beschreiten werden wie Allende. Viele von ihnen werden sich gewiß wieder der vermeintlichen (!) Alternative Volksbefreiungskrieg zuwenden. Und was das bedeutet, können Millionen Gräber in Vietnam bezeugen."

Die zynische Logik dieses Spezialdemokraten ist: auf dem parlamentarischen Weg geht es nicht zum Sozialismus. Der bewaffnete Kampf wiederum ist auch nur eine „Scheinalternative", wobei der drohende Hinweis auf „Millionen Gräber" nicht fehlen darf. Also soll die Arbeiterklasse am besten die Finger ganz vom Sozialismus lassen und sich ein für alle mal mit den Versprechungen der SPD auf kommende Reförmchen begnügen.

Aus den Sätzen von Siemon-Netto spricht deutlich die Sorge, daß bei dem faschistischen Putsch in Chile die reformistische Ideologie Schaden genommen haben könnte. Und das wohl nicht nur in den „Entwicklungsländern", sondern sogar in den imperialistischen Ländern. Denn wenn die Bourgeoisie so augenfällig zeigt, was sie von der Achtung „demokratischer Spielregeln" hält, dann wird man in Zukunft nur noch von Narren und Selbstmördern erwarten können, daß sie ihrerseits diese „Spielregeln" einhalten.

Der faschistische Staatsstreich in Chile ist für die internationale Arbeiterbewegung ein bedeutsamer historischer Einschnitt, ein Punkt, an dem es notwendig wird, Bilanz zu ziehen – wie die Pariser Kommune, die Oktoberrevolution, der Spanische Bürgerkrieg, die chinesische Revolution.

Was sich als Ergebnis zeigt, sind im Grunde keine neuen Lehren, sondern ist nur die Bestätigung dessen, was von Marx, Engels und Lenin her schon lange zur gesicherten Erfahrung der Arbeiterbewegung zählen müßte und was Lenin einmal so ausdrückte:

„Jetzt kann man nicht mehr davon sprechen, daß man die kapitalistische Gesellschaft, die Hunderte Milliarden Rubel für den Krieg ausgegeben hat, durch Reformen ummodeln könne, kann man nicht davon sprechen, daß man die Gesellschaft ohne eine revolutionäre Staatsmacht, ohne Gewalt, ohne riesige Erschütterungen umgestalten könne! Wer so redet und denkt, sinkt zur völligen Bedeutungslosigkeit herab." (Lenin, Rede in einer Festsitzung des Moskauer Sowjets, 6. März 1920, Werke Bd. 30.)

In einem Punkt hat Lenin unrecht. Bedeutungslos sind diese Leute durchaus nicht. Vielmehr sind es heute noch Millionen von Arbeitern, die den Predigern des Reformismus folgen. Die verheerende Rolle dieser Leute wird gerade am chilenischen Beispiel wieder besonders sichtbar. Solange sie es schaffen, die Arbeiter mit dem „parlamentarischen Weg zum Sozialismus" irrezuführen, sind grauenvolle Katastrophen, tiefgehende Niederlagen der Arbeiterbewegung unvermeidlich.



Lenin „nicht mehr zeitgemäß" ?

Der moderne Revisionismus versucht zu begründen, daß die leninistische Theorie der bewaffneten Revolution heute bereits „überholt" sei und sich heute ganz neue Perspektiven für die gesellschaftliche Entwicklung eröffneten. Die Gründe dafür sind zum Teil außerordentlich kennzeichnend:

Die DKP Hamburg argumentiert z.B. in einem speziellen Schulungspapier für Funktionäre gegen den KB, daß in der BRD ja erstens die proletarische Revolution v e r b o t e n und deshalb jede Kritik am „parlamentarischen Weg" eine „Provokation" sei und zweitens ein Bürgerkrieg in der BRD mit großer Wahrscheinlichkeit einen atomaren Weltkrieg auslösen würde.

Allgemein wird von den Revisionisten betont, daß ein Bürgerkrieg doch mit großen Opfern für die Arbeiterklasse verbunden ist. Das ist nicht zu leugnen. Das chilenische Beispiel zeigt aber, daß die Arbeiterklasse gerade auf dem Weg des Legalismus und Parlamentarismus einen Bürgerkrieg unter den allerschlimmsten Bedingungen bekommt.

des Legalismus und Parlamentarismus einen Bürgerkrieg unter den allerschlimmsten Bedingungen bekommt.

Gerade in den kapitalistischen Staaten schreckt die Arbeiterklasse aufgrund ihrer ganzen Lebenslage sehr stark vor einem Bürgerkrieg zurück, solange jedenfalls der Kapitalismus noch imstande ist, den Werktätigen ein halbwegs erträgliches Leben zu gestatten. Hier fällt es deshalb den Revisionisten besonders leicht, ihre Illusionen vom „parlamentarischen Weg" zu verbreiten.

Nimmt man einen „gewöhnlichen" kapitalistischen Staat, wo die Gewerkschaften und „Arbeiterparteien" ihre Rechte haben, wo kommunistische Zeitungen erscheinen dürfen, wo Rede-Freiheit, Demonstrations-Freiheit etc. relativ weitgehend eingeräumt wird, dann scheint es in der Tat gar nicht recht „in die politische Landschaft" zu passen, eine beharrliche revolutionäre Propaganda zu entfalten und die parlamentarischen Illusionen zu zerpflücken, statt ihnen selbst zu erliegen.

Sehen wir aber das andere Gesicht, das ein „gewöhnlicher" kapitalistischer Staat offenbart, sobald die Ausbeuter-Herrschaft ins Wackeln kommt. Dann werden die demokratischen Rechte weggewischt und der offene faschistische Terror regiert.

Es gibt keinen Grund, warum das heute anders sein sollte. Hinter dem „modernen" Gesicht des Kapitalismus steckt wie eh und je die unverhüllte Barbarei und Menschenverachtung, die „über Leichen geht", wenn der Profit es erfordert.

Der „chilenische Weg"

Lateinamerika ist ein Kontinent, wo die Frage des bewaffneten Kampfes immer wieder auf der Tagesordnung steht.

Die Unidad Popular vertrat jedoch die Ansicht, daß Chile in dieser Frage eine Ausnahme bildet.

Ein wesentliches Schein-Argument war dabei, daß Chile eben „traditionell demokratisch" ist. So sagte Präsident Allende in einem Interview mit der italienischen Zeitung „Corriere della Sera" (13.6.72):

„. . . Das ist auch deshalb möglich, weil Chile Merkmale hat, die sich von anderen Ländern unterscheiden. Worin bestehen diese Unterschiede? In den tiefgehenden Wurzeln seiner institutionellen Stabilität. Das chilenische Parlament hat 120 Jahre ununterbrochen gearbeitet. Nur zwei Staaten haben eine ältere legislative Gewalt: die

Forts. Seite 4

Im Hintergrund immer der US-Imperialismus

Militärputsch und Militärdiktatur sind „gewöhnliche" Waffen der Kapitalisten und der Reaktion, um die von den Werktätigen gewonnenen Positionen zurückzuerobern, um sie ihrer politischen Rechte zu berauben und ihre wirtschaftliche Ausbeutung zu verstärken.

Hier eine unvollständige Übersicht:



1965: US-Truppen haben die Dominikanische Republik überfallen und sind mit Panzern in der Hauptstadt aufmarschiert um die einheimische Reaktion bei der Unterdrückung des Volkes zu unterstützen.

1965: US-Truppen haben die Dominikanische Republik überfallen und sind mit Panzern in der Hauptstadt aufmarschiert um die einheimische Reaktion bei der Unterdrückung des Volkes zu unterstützen.

▶ 1953 wurde der Ministerpräsident des Iran, Mossadegh, durch einen vom CIA organisierten und finanzierten Putsch gestürzt. Er hatte gewagt, das iranische Erdöl verstaatlichen zu lassen. Nach dem Sturz Mossadeghs wurden zahlreiche Mitglieder seiner Regierung hingerichtet oder zu Tode gequält. Hunderte von Anhängern Mossadeghs und Kommunisten wurden ermordet oder eingekerkert.

▶ 1954 wurde der Präsident Guatemalas, Arbenz Guzman, gestürzt. Vom US-Imperialismus organisierte Söldnergruppen waren vom benachbarten Honduras aus nach Guatemala eingefallen. Die „Schuld" Guzmans war es, daß er u.a. den Grundbesitz der mächtigen United Fruit Co. nationalisieren ließ.

▶ 1961 fielen 1500 Konterrevolutionäre von Nikaragua aus nach Kuba ein. Ihre Ausbildung, Bewaffnung und Finanzierung hatte der US-Imperialismus besorgt. Das kubanische Volk schlug den Angriff zurück.

▶ 1964 wurde der brasilianische Präsident Goulart durch reaktionäre Militärs gestürzt. Auch er hatte die Interessen des US-Kapitals angetastet und außerdem eine Bodenreform vorbereitet. Brasilien nimmt in der Strategie des US-Imperialismus in Lateinamerika eine „Schlüsselstellung" ein und ist heute das stärkste Bollwerk der Konterrevolution auf dem Kontinent.

▶ 1964 wurden 42 000 US-Soldaten gegen die Dominikanische Republik eingesetzt. In diesem Land hatten 1963 reaktionäre Militärs den Präsidenten Juan Bosch gestürzt. Als sich 1964 eine Rückkehr Bosch's an die Regierung abzeichnete, griff der US-Imperialismus ein und zerschlug im Bund mit der einheimischen Reaktion den bewaffneten Widerstand des Volkes.

▶ 1965 stürzten Militärs in Indonesien unter Mitwirkung des US-Imperialismus die Regierung Sukarnos, der eine anti-imperialistische Außenpolitik betrieben hatte, und errichteten eine faschistische Terrorherrschaft. Zehntausende wurden umgebracht – Schätzungen sprachen von 500 000 Opfern des faschistischen Terrors! Mindestens ebensoviel Gegner des Regimes wurden in „Konzentrationslager" und Gefängnissen eingekerkert.

▶ 1966 wurde der Präsident von Ghana, Nkrumah, von reaktionären Militärs gestürzt. Er hatte eine Außenpolitik des Anti-Imperialismus und der Freundschaft zur Volksrepublik China und der Sowjetunion betrieben.

▶ 1967 wurde in Griechenland – mit Unterstützung des US-Imperialismus – eine faschistische Militärdiktatur errichtet. Tausende wurden verhaftet und auf den berüchtigten KZ-Inseln gefangen gehalten. Der Putsch hatte zum Ziel, die Abhaltung freier Wahlen, von denen US-Imperialismus und griechische Reaktion ein ungünstiges Ergebnis befürchteten, zu verhindern. Der Putsch erfolgte nach Plänen, die im Rahmen der NATO ausgearbeitet worden waren.

▶ 1970 organisierte der US-Imperialismus einen Militärputsch in Kambodscha, um die Regierung Sihanouk zu stürzen und eine rechtsgerichtete, pro-imperialistische Regierung einzusetzen. Dabei ging es für die US-Regierung in erster Linie darum, für ihre imperialistische Kriegspolitik in Indochina bessere Voraussetzungen zu schaffen und Kambodscha in ein Aufmarsch-Feld der US-Armee zu verwandeln. – Seit dem Putsch hat sich der Volksbefreiungskrieg in Kambodscha soweit entwickelt, daß große Teile bereits befreit sind und der Sieg über die Militärdiktatur nahe ist.

▶ 1971 stürzten putschende Militärs in Bolivien die Regierung des Präsidenten Torres. Diese hatte – wenn auch sehr zaghaft und halbherzig – begonnen, die Privilegien der US-Konzerne in Bolivien abzubauen und den Arbeitern und Bauern mehr Rechte zuzugestehen. Der bewaffnete Widerstand der bolivianischen Werktätigen, mit den Bergleuten an der Spitze, gegen den Putsch wurde brutal unterdrückt und eine Militärdiktatur unter Oberst Banzer errichtet.



Schon 1970 wurden jährlich 3500 lateinamerikanische Offiziere und Unteroffiziere in der Land- und Kanalzone von US-Militärs für Bürgerkrieg und Guerilla-Bekämpfung ausgebildet. („Spiegel", 39/70)

▶ Seit Anfang dieses Jahres ging auch in Uruguay die Macht schrittweise von der ohnehin reaktionären Regierung Bordaberry an rechtsgerichtete Militärs über. Das führte schließlich zur Auflösung des Parlaments und zum Verbot der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien. Die Gewerkschaftsführer wurden verhaftet – soweit sie nicht „untertauchen" konnten – , der finanzielle Besitz der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien beschlagnahmt, Büros und Gewerkschaftshäuser besetzt. ■

Forts. Militärputsch

Vereinigten Staaten und England. Das scheint mir ein wichtiges Merkmal zu sein."

Es ist nicht auszuschließen, daß Allende selbst der Illusion erlag, als ob der bürgerliche Staat Chiles wegen seiner „traditionellen" Demokratie etwas anderes als ein gewöhnlicher bürgerlicher Staat sei. Jedenfalls hat diese von der UP verbreitete Illusion den Kampf des chilenischen Volkes geschwächt und desorientiert.

Zur Illusion über den bürgerlichen Staat allgemein kam die Illusion über die Rolle der chilenischen Armee in dem genannten Interview:

„Den anderen Unterschied sehe ich in den Streitkräften, den Carabinieri (?) und der Polizei, die rein chilenische Qualität haben, in einer Welt, wo es Militärregierungen im Überfluß gibt. Mit großer Befriedigung kann ich sagen, daß unsere Streitkräfte professionell und technisch effizient sind, und vor allem, daß sie den an den Wahlurnen ausgedrückten Willen zu respektieren wissen."

Im selben Interview wendet sich Allende ausdrücklich gegen die „linksextremistischen" Gruppen wie die MIR, die seine Auffassungen kritisierten. Allende sagte dazu:

„Sie dürfen nicht vergessen, daß die Polizei heute ein Organ ihrer Regierung ist, der Arbeiterregierung, einer Regierung, die weiterhin den Weg der Legalität geht."

Das waren nicht allein die Illusionen Allendes. Die „KP" Chiles hatte schon auf ihrem XIV. Parteitag 1969 verkündet, sie sei „nicht einseitig in unseren Ansichten über die Armee". Die „KP" Chiles verkündete auch solche Auffassungen, daß die Armee Chiles „im Unabhängigkeitskrieg geboren" sei, daß ihre Basis „aus armen sozialen Schichten" kommt etc., um zu demonstrieren, „daß man an die Einschätzung der Armee nicht dogmatisch herangehen darf".

Es zeigt sich, daß die UP vor dem Hintergrund angeblicher „besonderer chilenischer Bedingungen" die leninistische Theorie von Staat und Revolution fallen ließ und eigene, ganz neue und ganz und gar unrealistische Theorien aufbrachte.

Deshalb ist Allende für uns auch kein „Held", zu dem ihn jetzt die Revisionisten hochstilisieren wollen. Zweifellos ist sein Tod – ob er nun Selbstmord beging oder im Kampf fiel – tragisch und verdient Respekt, Wir können darüber jedoch nicht die Rolle übersehen, die Menschen wie Allende objektiv in der Arbeiterbewegung spielen, nämlich die Arbeiterbewegung in die Irre zu führen und Niederlagen zu organisieren.

Die H e l d e n Chiles, das sind die Arbeiter und Bauern, die jetzt unter denkbar ungünstigen Bedingungen und schwersten Opfern den Kampf aufgenommen haben.

Der „parlamentarische Weg" – Selbstmord der Arbeiterbewegung

Die legalistische Theorie der UP läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Chile ist ein traditionell demokratisches Land. Die UP wird im Rahmen der Demokratie und Legalität bleiben. Da die Armee auch traditionell demokratisch ist, bestehen gute Aussichten, auf diesem Weg schließlich ohne einen Bürgerkrieg zum Sozialismus zu kommen. Falls es aber nicht so sein sollte, d.h. falls etwa die Armee einen Staatsstreich macht, so wird das Volk den Putsch niederschlagen.

Das bedeutet faktisch, der Bourgeoisie das Gesetz des Handelns zu überlassen. Es bleibt der Bourgeoisie überlassen, den „ersten Schlag" gegen die UP-Regierung und die Werktätigen zu führen. Dieser „erste Schlag" jedoch fällt so aus, daß er die Arbeiterbewegung sogleich mit großer Härte trifft, sie ihrer Führer beraubt, sie unter ungünstigen Bedingungen trifft. Die Folge ist, daß das Volk entweder zunächst eine Niederlage erleidet, oder daß es nur unter unglaublichen Opfern und Schwierigkeiten die Konterrevolution niederzuringen vermag.

Die Arbeiterbewegung hat also so lange die „demokratischen Spielregeln" zu achten, bis die Bourgeoisie selbst diese „Spielregeln" bricht und den Bürgerkrieg entfesselt. **Das ist eine Theorie, die für die Arbeiterklasse sehr kostspielig ist. Diese Theorie ist ihrer Wirkung nach abenteuerlich und selbstmörderisch.**

In Chile hieß das, daß im Namen der „traditionellen Demokratie" die bürgerliche Armee nicht angetastet wurde und die Bewaffnung der Arbeiterklasse unterblieb, daß nicht entschieden gegen die faschistischen Organisationen und Verbände geschlagen wurde, daß die Wirtschaftssabotage reaktionärer Kleinbürger nicht entschlossen gebrochen wurde.

In Würdigung der Pariser Kommune von 1871 schrieb Lenin:

„...Der zweite Fehler war der übermäßige Großmut des Proletariats: Es hätte seine Feinde vernichten müssen, statt dessen aber bemühte es sich, sie moralisch zu beeinflussen; es ließ die Bedeutung rein militärischer Aktionen im Bürgerkrieg außer acht, und statt seinen Pariser Sieg durch einen entschlossenen Angriff auf Versailles zu krönen, zögerte es und gab der Versailler Regierung Zeit, die finsteren Mächte zu sammeln.." (Lenin, Die Lehren der Kommune, März 1908).

Denken wir immer daran: die Bourgeoisie, und sei sie noch so „zivilisiert" und „modern", hat keine Skrupel, tausende von Arbeitern abschlachten zu lassen, wenn es um

Forts. Seite 24

Lenin zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates

„Wir brauchen einen Staat, aber n i c h t einen solchen Staat, wie ihn die Bourgeoisie braucht, in dem die Machtorgane in Gestalt der Polizei, der Armee, der Bürokratie (der Beamtenschaft) vom Volk getrennt sind und dem Volk entgegengestellt werden. Alle bürgerlichen Revolutionen haben d i e s e Staatsmaschine nur vervollkommnet, s i e nur aus der Hand der einen Partei in die einer anderen Partei übertragen.

Das Proletariat aber muß, wenn es die Errungenschaften der gegenwärtigen Revolution festhalten und weitergehen, wenn es Frieden, Brot und Freiheit erkämpfen will, diese „fertige" Staatsmaschinerie, um mit Marx zu sprechen, „zerschlagen" und sie durch eine neue ersetzen, in der Polizei, Armee und Bürokratie mit dem b i s a u f d e n l e t z t e n M a n n b e w a f f n e t e n V o l k e i n s sind. Das Proletariat muß den Weg gehen, den die Erfahrungen der Pariser Kommune 1971 und der russischen Revolution 1905 gewiesen haben, muß a l l e armen, ausgebeuteten Schichten der Bevölkerung organisieren und bewaffnen, damit sie s e l b e r unmittelbar die Organe der Staatsmacht übernehmen, s e l b e r die Institutionen dieser Staatsmacht b i l d e n."

(„Über die proletarische Miliz", März 1917)

Woher kam das „wirtschaftliche Chaos"?

Die bürgerliche Presse hat immer behauptet, daß die „sozialistische" Politik der Allende-Regierung Chile ins „wirtschaftliche Chaos" geführt hätte. Die Tatsachen sind genau umgekehrt: Das „wirtschaftliche Chaos" wurde von der in- und ausländischen Bourgeoisie herbeigeführt, um das Vertrauen der Arbeiter in den Sozialismus zu zerstören und den Sturz der Unidad Popular vorzubereiten.

Der nachfolgende Text wurde bereits vor einiger Zeit von uns als Teil eines größeren Artikel-Entwurfs geschrieben, der damals aber nicht veröffentlicht wurde.

Eine gewisse Zeit, in der ersten Phase der Allende-Regierung bis spätestens zur ersten Hälfte 1972, konnten die Führer der Unidad Popular auf tatsächliche Anfangserfolge ihrer Politik verweisen: Während das Bruttonationalprodukt 1970 im letzten Jahr der christdemokratischen Frei-Regierung nur ein Wachstum von knapp 2,5 % verzeichnete und auch in den drei Jahren zuvor nicht höher als 2,7 % kletterte, erreichte es 1971 im ersten Jahr der UP-Regierung eine Rate von 8,5 %. Die industrielle Produktion vergrößerte sich 1970 nur um knappe 0,8 %. 1971 erreichte die Steigerung der Industrieproduktion erstmals seit zehn Jahren wieder 12,5 %. Auch im ersten Halbjahr 1972 war die Industrieproduktion noch um 12,7 % größer als in der gleichen Periode des Vorjahres. Die Arbeitslosigkeit konnte von 8,3 % im November 1970 auf 3,7 % im Juni 1972 gesenkt werden. Die Inflationsrate fiel um 34,9 % im Jahr 1970 auf 22,7 % 1971. Gleichzeitig stieg das Realeinkommen der Werktätigen um 20 % und ihr Konsum um 13 %. Der Anteil der Werktätigeneinkommen am Bruttonationalprodukt stieg damit von 51% (1970) auf 60% (1971).

Spürbare Verbesserungen wurden auch in anderen Sektoren erzielt, wie der Gesundheitsfürsorge, der Bekämpfung des Analphabetentums und der allgemeinen und kulturellen Bildung, der Wohnungssituation usw. Im ersten Regierungsjahr Allendes wurden beispielsweise 50.000 neue Wohnungen fertiggestellt, gegenüber 12.000 im Jahr 1970 unter dem christdemokratischen Regime. Nach wie vor erhalten alle Kleinkinder kostenlos 1/2 Liter Milch täglich. Und im August 1972 feierte die Unidad Popular das Ende der Latifundienherrschaft in Chile. (Alle Zahlen nach: E. Boris/H. Haustein, Die Unidad Popular und die Offensive der Reaktion in Chile, Blätter für deutsche und internationale Politik 1973; und: L. Corvalan, Zwei Jahre danach: Was geht in Chile vor?, Probleme des Friedens und des Sozialismus 11-1972).

Diese Anfangserfolge wurden aber im zweiten Jahr der Allende-Regierung mehr und mehr von wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten überlagert, als sich die Auswirkungen der Obstruktions- und Sabotage-Politik der in- und ausländischen Konterrevolution durchzusetzen begannen. Besonders offensichtlich wurde dies an der zunehmenden Knappheit vor allem der kurzfristigen Konsumgüter und Lebensmittel und der wieder enorm angestiegenen Inflation. Die internationale bürgerliche Presse schlachtete dies weidlich als „Beweis" dafür aus, daß „die sozialistische Politik der Allende-Regierung ins wirtschaftliche Chaos führt". Aber wie steht es tatsächlich damit? Was sind die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Chile?

Die Unidad Popular hat die Regierungsgeschäfte in einer Zeit übernommen, als das Land sich in einer tiefen Krise befand, wovon die eben genannten Zahlen bereits ein deutliches Bild liefern. Infolge der rigorosen Ausplünderung durch die imperialistischen Konzerne, die ungeheure Summen dem Aufbau einer nationalen Wirtschaft entzogen, wuchs die Verschuldung gegenüber ausländischen Mächten. Bei Amtsantritt der Allende-Regierung war Chile mit vier Mrd. US-Dollar Auslandsschuld hinter Israel das am meisten verschuldete Land der Welt. Die imperialistische Ausbeutung des Landes hat auch dazu geführt, daß Chile etwa seit Ende der 30er Jahre keinen Überschuß mehr in der Landwirtschaft produzierte, sondern sich vom Exporteur zum Importeur landwirtschaftlicher Produkte wandelte – bei Ende der christdemokratischen Regierung belief sich der jährliche Lebensmittelimport auf etwa 200 Millionen Dollar.

Die Lebensmittelimporte kann Chile nur aus dem Erlös seiner Exportgüter und aus Krediten bestreiten, da es dazu Devisen, d. h. ausländische Zahlungsmittel benötigt. Mehr als 70 % des chilenischen Exports, und damit des Deviseneinkommens, wird durch das Kupfer erzielt, das unter der Unidad Popular verstaatlicht wurde. Seit Amtsantritt der Allende-Regierung ist aber der Kupferpreis auf dem Weltmarkt durch Spekulation und direkte Intervention der imperialistischen Mächte von 68 auf 48 Cent pro Pfund gesenkt worden. Die Senkung um einen einzigen Cent bedeutet schon den Verlust von zwölf Mio. Dollar jährlich; d.h. Chile büßt dadurch im Jahr 240 Mio. Dollar ein. Nach Angaben von Luis Corvalan könnte dieser Verlust nur durch eine 40 %ige Produktionssteigerung wieder aufgeholt werden. Darüberhinaus wurden gleichzeitig die Preise für Nahrungsmittel und Erdöl, also Einfuhrgüter für Chile, auf dem Weltmarkt erhöht.

Kredite wurden von den imperialistischen Ländern und den unter ihrer Kontrolle stehenden Institutionen eingefroren oder stark reduziert. Die USA kürzten ihre Kredite von 80 Mio. Dollar 1970 auf ca. 22 Mio. Dollar 1972. Insgesamt standen Chile Ende 1970 noch 220 Mio. Dollar Kredite zur Verfügung; 1972 waren es nur mehr 25 Millionen. Im September 1972 wies der Präsident der chilenischen Zentralbank, Alfonso Inostroza, darauf hin, daß die unter US-Kontrolle stehende Weltbank seit 22 Monaten keine Kredite mehr an Chile genehmigt, sondern nur noch einige alte Darlehen ausgezahlt hat.

Nach der Enteignung der Kupfermine „El Teniente" verlangte die „Braden Copper Company" vor US-Gerichten die Rückzahlung eines Kredits in Höhe von 92,9 Mio. Dollar, Die US-Gerichte sprachen natürlich „Recht" im Sinne des Konzerns und verfügten die Beschlagnahme von sieben staatlichen chilenischen Konten in den USA. Diesem Beispiel folgte dann auch sofort ein anderer US-Konzern, die „Andes Copper Mining", die nach gleichem Muster 171,3 Mio. Dollar einklagte. Die „Kennecott Copper Corporation" wiederum versuchte per Gerichtsbeschluß zu erreichen, daß Schiffsladungen von chilenischem Kupfer nach Frankreich und in die Bundesrepublik beschlagnahmt werden, was jedoch wegen gemeinsamer Boykottandrohung der kupferexportierenden Länder Chile, Sambia, Zaire und Peru nicht gelang. Für die internationale reaktionäre Presse ist es natürlich nur „gerecht", wenn die US-Kupferkonzerne der Enteignung „ihrer" chilenischen Minen durch Raub und Piratenakte begegnen, wobei ebenso natürlich der „kleine Unterschied" verschwiegen oder verdreht wird, daß Chile mit der Nationalisierung der Kupferminen nur das unter seine Kontrolle bringt, was dem eigenen Land gehört und was die US-Konzerne seit Generationen widerrechtlich sich angeeignet und zu ihrem privaten Nutzen ausgeplündert haben.

Von Spekulationen und Preisdirigierungen auf dem Weltmarkt, über Kreditboykottierungen bis hin zum offenen wirtschaftlichen Raub – das alles sind Hebel der ökonomischen Macht des Imperialismus, mit denen er die chilenische Wirtschaft in tiefe Krisen treibt. Zum anderen geht die gegenwärtige Krise aber auf das Konto der i n l ä n d i s c h e n Konterrevolution, die sich ebenfalls vielfältiger Mittel offener und verdeckter Sabotage bedient: von der Schaffung von Versorgungslücken durch Warenhortung (und dem Aufblühen des Schwarzmarkts), über den Schmuggel rarer Güter ins Ausland (so wurden ganze Viehherden über die Grenze nach Argentinien getrieben), bis hin zur Zerstörung von Produktionsanlagen, die die Arbeiter in ihren Besitz genommen haben.

In dem schon erwähnten Aufsatz von E. Boris und H. Haustein wird aus einem unveröffentlichten Manuskript aus Santiago zitiert, das ein einfaches Schema der Schaffung von Versorgungslücken beschreibt:

„Eine massive Pressekampagne bereitet die Bevölkerung darauf vor, daß in nächster Zeit ein beliebiges Produkt auf dem Markt nicht mehr vorhanden sein wird . . . . durchschlagender Erfolg: alles stürzt in den nächstliegenden Laden, um so viel wie möglich von der betreffenden Ware zu erstehen, und der Versorgungsengpaß tritt wie ‚angekündigt' ein. Gleichzeitig dienen Kleinanzeigen in den Rechtsblättern als Schaltstelle für den Schwarzmarkt . . . ."

Gleichfalls wird in diesem Aufsatz ein Autohändler aus Chile zitiert, der offen erklärte: *„Ich habe praktisch noch alles auf Lager. Aber ich verkaufe nur gegen doppelten Preis. Und je mehr man die Sachen zurückhält, desto besser werden die Preise."*

Die Regierung hat dieser Entwicklung u.a. auch dadurch entgegenzuwirken versucht, daß sie erstmals im August 1972 die offiziell festgelegten Preise für eine ganze Reihe von Gütern dem Schwarzmarktpreis anglich. Nachdem die Inflation im ersten Jahr der Allende-Regierung auf 22,7 % heruntergedrückt werden konnte, betrug sie im Zeitraum Januar bis August 1972 nach Angaben von Corvalan wieder 63,5 %. In der bürgerlichen Presse ist inzwischen die Rede von einer noch weit höheren Inflationsrate, wobei dies aber für uns nicht nachprüfbar ist. Für die Werktätigen wurden gleichzeitig wieder die Löhne erhöht (kürzlich berichteten bürgerliche Zeitungen von einer Erhöhung um 100 %); aber es ist offensichtlich, daß sich das Problem auf diese Weise, nämlich mit kapitalistischer Lohn-Preis-Politik, nicht lösen läßt.

Solange sich die Allende-Regierung mit ihrer Wirtschaftspolitik im „legalen" Rahmen der bürgerlichen Gesetze hält, wird sie die von der in- und ausländischen Konterrevolution angelegten Fesseln nicht sprengen können. I n s o f e r n ist auch die P o l i t i k der Unidad Popular ein Faktor, der für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes mitverantwortlich ist. Dies zeigt sich beispielsweise an der Agrarreform. Die Beseitigung der Latifundienherrschaft konnte bislang nicht zu einer wesentlichen Steigerung der bebauten Landwirtschaftsfläche führen. Hier liegen zum einen objektive Faktoren zugrunde, die keine kurzfristigen Erfolge erwarten lassen, nämlich vor allem die Tatsache, daß das Landproletariat sich seine Erfahrungen zur s e l b s t ä n d i g e n Landwirtschaftsführung überhaupt noch mühsam erarbeiten muß. Derartige Schwierigkeiten treten notgedrungen immer auf, wenn die bisherige Ordnung umgewälzt wird.

Hinzu kommt die Flucht von industriellen und agrarischen Fachkräften aus dem Kleinbürgertum und die Sabotage der alten Großgrundbesitzer, wovon wir bereits als ein Beispiel den Viehschmuggel außer Landes erwähnten. Um diese Schwierigkeiten möglichst schnell zu überwinden, reicht es nicht aus, die Arbeiter (das gilt auch für den Industriesektor) zu größerer Produktion anzuspornen, wie es die Hauptmethode der Unidad Popular ist. Zum einen ist eine intensive und energievolle Ausbildung der Arbeiter nötig, d.h. die allgemeine Ausbildung und die Heranziehung von wissenschaftlichen Fachkräften aus der Arbeiterklasse selbst. Es gibt einige Hinweise, daß in dieser Richtung gearbeitet wird, ohne daß uns gegenwärtig nähere Angaben dazu vorliegen.

Zum anderen aber wäre es die Aufgabe der Unidad Popular, alle vorhandenen landwirtschaftlichen Produktionsmittel in die Hände der Landarbeiter zu überführen und gegen jede Art von Sabotage der Konterrevolution energisch vorzugehen und die Arbeiter dagegen zu mobilisieren. Hier genau liegt aber die selbstgesetzte Grenze des „legalen Weges" der Unidad Popular. Bei der Agrarreform stützt sie sich auf ein Gesetz, das schon unter der christdemokratischen Frei-Regierung verabschiedet wurde, dort aber nur in der Schublade verstaubte. Dieses Gesetz sieht wohl die Enteignung des Bodens der Latifundisten vor, nicht aber die Enteignung der Gebäude und Produktionsmittel. Die Allende-Regierung hält sich daran – mit dem Ergebnis, daß die Arbeiter über unzureichende technische Ausrüstungen verfügen, obwohl bessere vorhanden sind. Und es ist auch klar, daß es auf diese Weise kurzfristig zu Produktionseinbußen kommen m u ß. ■

Kämpfende Fluglotsen und die 'STREIKFOLGEN'

Im „Arbeiterkampf" Nr. 31 wiesen wir darauf hin, welche Bedeutung die bürgerliche Pressekampagne gegen die kämpfenden Fluglotsen für die Arbeiterklasse insgesamt hat: *„Die Bourgeoisie ist gezielt dabei, an den schwächsten Punkten das Streikrecht überhaupt anzugreifen. Sie geht dabei zuerst dort vor, wo sie es mit kleinen, von den werktätigen Massen relativ isolierten Berufsgruppen zu tun hat."*

Diese Einschätzung haben die Kapitalisten der Deutschen Lufthansa (DLH) mittlerweile durch Taten und auch Worte bestätigt. In ihrem Geschäftsbericht für 1972 schreiben sie:

„Die Menschheit hat sich entschlossen (!?), im Interesse einer optimalen Ausnutzung der ihr gegebenen Möglichkeiten arbeitsteilig(!) zu leben. Die Erhaltung ihres Lebensstandards hängt davon ab, daß jeder einzelne(!) kooperativ(!!) seinen Standort in diesem Gesamtsystem einnimmt(!) und einhält(!!). Wenn man dieses Sicheinfügen des einzelnen(!) oder einer Gruppe (Warum nicht Klasse, Frage d. Red.) *in den gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozeß als vernünftiges Verhalten(!) bezeichnet, so ist die Aktion der Fluglotsen als unsoziales Verhalten, Verhalten einer die eigene Bedeutung maßlos überschätzenden, egozentrischen Gruppe zu qualifizieren."*

Na klar! Das ist doch der „kooperative Staat" des traditionellen deutschen und italienischen Faschismus, der den DLH-Bossen hier vorschwebt. Von diesem Weltbild ausgehend machen sie Konzernpolitik nach außen und organisieren entsprechend die Arbeit ihrer „Gefolgschaft".

Wir wollen in diesem Artikel darstellen, wie die DLH-Kapitalisten, unterstützt von Betriebsrat (BR) und ÖTV-Führung, den Kampf der Fluglotsen benutzen, um ihre Angriffe auf die Arbeiter und Angestellten der deutschen Luftwerften zu verschärfen.

Bilanz? – Bestens!

Zunächst einige Anmerkungen zur „wirtschaftlichen Lage" der DLH: Die DLH hat sich in den letzten Jahren ungeheuer ausgeweitet, und diese Tendenz wird sich mit ziemlicher Sicherheit in den nächsten Jahren fortsetzen. Das Ziel der DLH-Kapitalisten (75% des Aktienkapitals gehören Bund, Ländern und Gemeinden) ist es, die schon jetzt führende Stellung im internationalen Konkurrenzkampf noch weiter auszubauen.

Daß dieses Ziel nur auf Kosten der Arbeiter und Angestellten erreicht werden kann, ist klar und wird auch mit bemerkenswerter Offenheit von den Kapitalisten zugegeben:

„Entscheidend aber (für die enormen Gewinne der DLH, Anm. d. Red.) *waren die innerbetrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen, die konsequent betrieben wurden. Wir haben den bereits im Sommer 1971 verfügten Personalstopp (!) auch im Jahre 1972 durchgehalten. Damit ist es gelungen, die um 13,1% gesteigerte Produktion (!) des Jahres 1972 praktisch mit dem gleichen Personalstand zu erbringen, den wir im Jahre 1971 hatten (!!!). Wir sind uns darüber im Klaren, daß dem Betrieb (!?) in vielen Bereichen dabei außerordentliches zugemutet wurde (!!!)"*; (Aus: „Geschäftsbericht 1972", auszugsweise in der Werkszeitung „Lufthanseat")

Sie schlagen den Esel und meinen den Sack

Es liegt auf der Hand, daß die DLH-Bosse diese für sie günstige Entwicklung politisch gegen „Störungen" aller Art absichern wollen – vor allem natürlich gegen selbständige Kämpfe der Arbeiter.

So kam ihnen in gewissem Sinn der „Go-slow" der Fluglotsen nicht ganz ungelegen, um die Kollegen kurzfristig mit der „Angst um den Arbeitsplatz" zum Kuschen zu bringen und langfristig gegen das Recht der Arbeiter auf Streik überhaupt zu schießen.

Eingeleitet wurde die Kampagne ausgerechnet vom Gesamtbetriebsrat. Ein „Offener Brief" an den Bundeskanzler, der neben der üblichen Hetze gegen die Fluglotsen ebenfalls Angriffe auf das Streikrecht im Öffentlichen Dienst enthielt, schloß mit dem Satz:

„Die Erhaltung unserer Arbeitsplätze und die Aufrechterhaltung des internationalen Luftverkehrs veranlassen uns zu diesem Schritt." (Mit dem „Schritt" war die Aufforderung an den „Kanzler" gemeint, den Kampf der Lotsen zu zerschlagen!)

Damit war gleichzeitig das Startzeichen für die nächste Stufe der Kampagne gegeben: In einem Telex, das an allen Schwarzen Brettern der Hamburger Werft ausgehängt wurde, hieß es zum Thema Fluglotsen-Streik: „Sobald sich aber eindeutig erweist, daß in absehbarer Zeit keine Änderung der Situation erwartet werden kann, muß auch in unserem Unternehmen mit Kurzarbeit und Entlassungen gerechnet werden." (Unterzeichnet war dieser Schrieb vom DLH-Vorstand, BR und der Vertretung des fliegenden Personals.)

Hier wurde also schon weit offener mit der Drohung von Kurzarbeit und Entlassungen gearbeitet. Diese Drohung zog allerdings noch nicht. Jeder Kollege war im Grunde davon überzeugt, daß die DLH aufgrund der raschen Expansion zumindest auf der Werft keine Entlassungen etc. vornehmen werde.

Dann aber kam der große Auftritt der ÖTV-Führung: In zwei verschiedenen Flugblättern gab sie den DLH-Kollegen bekannt, daß zwischen DLH-Konzernvorstand und ÖTV Verhandlungen begonnen hatten, um ein „Sozialabkommen zur Vermeidung von Härten" im Fall von Kurzarbeit und Entlassungen zu vereinbaren. In beiden Ausgaben der „Luftfahrt aktuell" vermieden die Gewerkschaftsführer natürlich zu sagen, was der eigentliche Grund für die zu erwartende Kurzarbeit oder evtl. Entlassungen ist – stattdessen wurde frech behauptet, **„Dienst nach Vorschrift gefährdet Arbeitsplätze der Beschäftigten".**

Deshalb wenden sich die ÖTV-Führer auch nicht gegen die kapitalistische Rationalisierungspolitik überhaupt, sondern eben nur gegen „besondere Härten".

Auf der gleichen Linie, nur noch um einiges unverschämter, lag die zweite Veröffentlichung des Gesamtbetriebsrats vom 6.9.73. Darin hieß es: *„Die Arbeitsplätze müssen gesichert werden. Wo dies wegen der andauernden Aktion der Flugleiter (!) nicht möglich ist, werden in einem Sozialplan ... Härten aufgefangen."*

Auffällig ist auch hier, daß der Kapitalist geradezu von jeder Verantwortung freigesprochen wird, für die verschärfte Ausbeutung und andere arbeiterfeindliche Maßnahmen, dagegen der Kampf der Fluglotsen als Ursache des Übels denunziert wird.

Nach dieser Theorie gefährdet selbstverständlich jeder Kampf der Arbeiter (egal welchen Berufes) irgendwelche Arbeitsplätze, indem er den Kapitalisten Profiteinbußen bringt.

Was den DLH-Kapitalisten zunächst nicht gelingen mochte, das schafften die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und ihre Parteikumpanen vom Gesamtbetriebsrat: Zunehmend machte sich Unruhe unter den Kollegen breit. „Wenn jetzt schon die Gewerkschaft davon spricht, dann muß ja was dran sein an 'Kurzarbeit' und 'Entlassungen' ", diese Meinung konnten wir mehrfach von unseren Kollegen hören.

Es sollte deutlich geworden sein, was die Kapitalisten mit ihrer „Fluglotsen-Kampagne" bei der DLH bezwecken.

Zum einen wollen Kapitalisten und ihre Agenten im BR und in der Gewerkschaftsführung für die unmittelbar bevorstehende Lohnrunde eine ängstliche und eingeschüchterte Belegschaft vorfinden, die man ohne Mühe abkochen kann.

Zum anderen soll hier langfristig die Ideologie verankert werden, daß selbständige Kämpfe der Bevölkerung etwas Anrüchiges sind, mit denen man sich im Grunde nur selber schadet. ■

Betriebszelle Deutsche Lufthansa
KB-Gruppe Hamburg

Mitteilungen des Betriebsrats

Lfd. Nr. 12/73
Von: HAM YX
An: Aushang und Raumverteiler

Hamburg, den 6. Sept. 19[illegible]

Der Gesamtbetriebsrat der Deutschen Lufthansa hat in seiner Sitzung am 3., 4. und 5. September 1973 einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Arbeitsplätze müssen gesichert werden. Wo dies wegen der andauernden Aktion der "Flugleiter" nicht möglich ist, werden in einem Sozialplan - abzuschließen zwischen Vorstand und Gesamtbetriebsrat - Härten aufgefangen.
2. Die Gewerkschaft ÖTV wird ihre Verhandlungen über ein tarifvertragliches Sozialabkommen fortführen. Gesamtbetriebsausschuß und Tarifkommission sollten zusammen verhandeln.
3. Die Arbeitnehmer im Aufsichtsrat der Deutschen Lufthansa, Kluncker, Dollinger, Puepke, Meyer und Schmidt werden aufgefordert, in der Sitzung des Aufsichtsrates am 26. September 1973 die Zusage der Bundesregierung zu erzwingen, die Deutsche Lufthansa so zu stellen, als ob es den "Dienst nach Vorschrift" der Flugleiter nicht gegeben hätte. Im Weigerungsfalle sollen sie geeignete Maßnahmen ergreifen.
4. Der Vorstand der Deutschen Lufthansa wird aufgefordert, sein Konzept zur Beilegung des "Bummelstreiks" der Öffentlichkeit vorzulegen. Gleichzeitig soll er klar und eindeutig die wirkliche Situation aufzeigen und gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretungen im Zusammenwirken nach [illegible] die Deutsche Lufthansa vor weiteren [illegible].
5. Gesamtbetriebsrat, Vorstand und die Gewerkschaft sind sich einig, daß die Situation im Unternehmen keine Auswirkungen auf die tarifvertragliche Entwicklung haben werden. Daher werden die neuen Tätigkeitsmerkmale rückwirkend ab 1. Januar 1973 in Kraft treten.
6. Der Gesamtbetriebsrat unterstützt die Unterschriftenaktion der Mitarbeiter.
7. Der Gesamtbetriebsrat fordert die Wiederherstellung des vollen Flugplanes.

HAM YX [Unterschrift]
Dollinger [illegible]

Für den Informationsausschuß: [Unterschrift]

Mitteilungen des Betriebsrats

Von: HAM YX
An: Aushang und Raumverteiler

Hamburg, den 5. Juli 1973

Liebe Mitarbeiterinnen, liebe Mitarbeiter!

Nachstehend möchten wir Ihnen den genauen Wortlaut der Resolution des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Lufthansa bekanntgeben:

"An den
Bundeskanzler der
Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Der Gesamtbetriebsrat der Deutschen Lufthansa begrüßt die Erklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag in Sachen Fluglotsen.
Er stellt jedoch fest, daß starke Worte allein nicht genügen.

Wenn es in diesem Lande möglich ist, daß Beamte und Angestellte, die hoheitsrechtliche Aufgaben erfüllen sollen, zum Dienst kommen können, wenn sie wollen, dann ist es an der Zeit, den Status dieser "Staatsdiener" neu zu überdenken. Es ist für uns unverständlich, daß der Bundesverkehrsminister in den vergangenen Monaten keinen Versuch gemacht hat, die antiquierten Vorschriften der Bundesanstalt für Flugsicherung zu ändern.

Der Gesamtbetriebsrat der Deutschen Lufthansa fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich für einen reibungslosen Flugverkehr im Interesse unserer Fluggäste und unserer Mitarbeiter zu sorgen. Sollte dies nicht geschehen, dann empfiehlt der Gesamtbetriebsrat dem Vorstand des Unternehmens Deutsche Lufthansa, die Bundesregierung auf Schadenersatz zu verklagen, da sie durch ihre Untätigkeit die jetzige Situation mitverursacht hat.
Die Erhaltung unserer Arbeitsplätze und die Aufrechterhaltung des internationalen Luftverkehrs veranlassen uns zu diesem Schritt.
Wir erwarten Ihre Stellungnahme.

Gesamtbetriebsrat der Deutschen Lufthansa

gez. W. Schmidt
Betriebsratsvorsitzender"

Mit freundlichen Grüßen
HAM YX [Unterschrift]

Für den Informationsausschuß
Ross

Extremistenerlaß jetzt auch in der Gewerkschaft HBV

Unter der Überschrift „Toleranz hat Grenzen" bläst Heinz Vietheer, der 1. Vorsitzende der Gewerkschaft HBV im Gewerkschaftsorgan „Ausblick" zur Kommunistenjagd. Er kündigt die Übernahme des Extremistenerlasses an, wie er in anderen DGB-Gewerkschaften bereits besteht. Danach ist die Mitgliedschaft in kommunistischen Organisationen Grund zum Ausschluß aus der Gewerkschaft.

„Diese Gruppen", so schreibt Vietheer, *„können von den Gewerkschaften nicht mehr mit der Begründung totgeschwiegen werden, durch öffentliche Auseinandersetzung mache man sie erst interessant."* Erst wird der breiten Masse der Gewerkschaftsmitglieder die Beruhigungspille verabreicht: *„Niemand wird schief angesehen, weil er der Vorstandsmeinung widerspricht."* Jetzt wird die Katze aus dem Sack gelassen: Unter dem Motto *„die Gewerkschaften können nicht stillschweigend zusehen, wie man die Demokratie demontiert"*, erweist sich Vietheer selbst als derjenige, der die gewerkschaftliche Demokratie abbauen will; in vorsorglicher Angst um ihre Macht *(„noch ist es früh genug")* reiht sich die Gewerkschaftsführung bereitwillig in die Hetz- und Verfolgungskampagne gegen Linke ein. *„Gegnerische Organisationen verdienen keine Rücksichtnahme, – sondern eine Kampfansage, wenn wir uns nicht selbst aufgeben wollen"*. Dabei steht für Vietheer *„nicht in erster Linie die Frage an, wie man sich mit diesen radikalen Kräften politisch auseinandersetzt"*, im Gegensatz zu den Kommunisten, die den Kampf gegen arbeiterfeindliche Maßnahmen der Gewerkschaftsführung durch politische Auseinandersetzung führen. Vietheer dagegen will die Kommunisten ausschalten: *„Heute ist zunächst dafür zu sorgen, daß ihnen* (den Kommunisten) *– auch mit der Satzung (!) – in den Gewerkschaften das Agitationsfeld entzogen wird."*

Doch es geht der Gewerkschaftsführung keineswegs nur um die Kommunisten, einerseits sieht sie in den Kommunisten die entschiedendsten Gegner ihrer arbeiterfeindlichen Maßnahmen, andererseits lassen sich ihre Angriffe auf die Rechte der Gewerkschaftsmitglieder leichter durchsetzen, wenn sie behauptet, diese Maßnahmen richteten sich ja nur gegen die Kommunisten. Wenn es nach Vietheer ginge, hätte, *„wer die Mitbestimmung als 'Augenwischerei' ablehnt"*, bereits seine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft HBV verwirkt. Es geht also allein um die machtpolitische Durchsetzung bzw. Aufrechterhaltung der sozialdemokratischen Vorherrschaft in der Gewerkschaft.

Durch Satzungsänderungen sollen der Gewerkschaftsführung nicht nur neue Möglichkeiten zu Gewerkschaftsausschlüssen bzw. der Androhung dazu gegeben werden. Mit dem Vietheer-Artikel im „Ausblick" wurde von der Hamburger Ortsverwaltung **Satzungsänderungen für die Mitgliederversammlungen und die Orts-Satzung vorgelegt, die eine erhebliche Einschränkung der Rechte der Mitglieder insgesamt zur Folge** haben.

Diese Änderungen waren still und heimlich vorbereitet worden und erst von gewerkschaftlichen Betriebsgruppen unter den Mitgliedern breiter bekanntgemacht worden.

Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie

Die HBV-Angestellten Bereiche zeichnen sich durch vergleichsweise geringere gewerkschaftliche Aktivitäten und Mitgliederzahlen aus, die gewerkschaftliche Arbeit muß vielfach erst noch entwickelt werden, obgleich es in den letzten Jahren einen stürmischen Aufschwung gab. Das schlug sich auch in der letzten HBV-Tarifrunde dieses Jahres nieder, wie es im ARBEITERKAMPF Nr. 29 dargestellt worden ist:

Im Versicherungsbereich in Hamburg etwa wurden durch die Aktivität fortschrittlicher Gewerkschaftler zahlreiche Betriebsgruppen aufgebaut. Diese Betriebsgruppen stellten mehrheitlich gegen die Sabotageversuche der Ortsverwaltung und einiger Mitglieder eine einheitliche Forderung von 200,– DM auf und setzten sich über die Argumentation der Gewerkschaftsführung hinweg, die von „gesamtwirtschaftlichen Gegebenheiten und Erfordernissen" ausgeht.

Während beim Aufbau einer gewerkschaftlichen Basis im Betrieb die Gewerkschaftsführung sich durchaus auch der Kommunisten bediente, werden jetzt mehr und mehr Angriffe gegen diese linken und kommunistischen Mitglieder geführt, werden die demokratischen Rechte aller Mitglieder eifrig beschnitten. Noch während der Tarifrunde wurde den Betriebsgruppen das Recht genommen, Unzensiertes zu veröffentlichen. Jetzt soll mit dem Vorwand, man brauche doch eine Satzung für die Mitgliederversammlung, diese möglichst in ein Akklamationsorgan des Vorstandes verwandelt werden. So sollen in Zukunft überhaupt nur über Anträge abgestimmt werden, die sich auf Tagesordnungspunkte beziehen, die zwei Wochen vorher veröffentlicht worden sind, zudem müssen die Anträge drei Tage vorher schriftlich vorliegen; selbst Initiativanträge müssen vorher schriftlich vorliegen. Selbst dann noch kann ein Präsidium Tagesordnungspunkte einfach ablehnen, oder eine Antragskommission Anträge nach Belieben ändern. Doch damit noch nicht genug. Spricht ein Redner nach Meinung des Präsidiums nicht zur Sache, so kann ein Redeverbot erteilt werden. Das Recht, überhaupt Tagesordnungspunkte für die Mitgliederversammlung zu bestimmen oder eine Mitgliederversammlung einzuberufen, steht den einfachen Gewerkschaftsmitgliedern nicht zu.

Damit will sich die Gewerkschaftsführung – der Ortsvorstand hat diesen Entwurf bereits angenommen – ein ganzes Arsenal schaffen, um möglichst sicher zu gehen, daß nur Beschlüsse nach seinen Vorstellungen gefaßt werden können.

Es zeigt sich, daß es der Gewerkschaftsführung wichtiger ist, Kritik der Mitglieder abwürgen zu können, als etwa in einer Tarifrunde, wenn schnelle Beschlüsse notwendig sind, eine funktionierende Mitgliederversammlung zu haben.

Doch damit nicht genug: die Gewerkschaftsführung beabsichtigt eine weitere Satzungsänderung, um die eigenen Posten besser abzusichern. Statt bisher durch die Wahl der Mitglieder, sollen in Zukunft die Fachgruppenvorstände ohne Wahl aus ihren Reihen die Vertreter der Fachabteilungen im Ortsvorstand bestimmen.

Kommunisten-Hatz und Abbau der Rechte für alle Mitglieder, das paßt verteufelt gut zusammen. ■

HBV-Komitee, KB-Gruppe Hamburg

Alfred Teves GmbH



Alle Tage elender!

Die Alfred Teves GmbH (ATE) ist der größte Bremsenhersteller Europas. Derzeit werden 12 300 Kollegen in zehn Werken, davon je eines in Belgien, Südafrika und Brasilien, beschäftigt. Im Frankfurter Hauptwerk, mit dem sich dieser Artikel beschäftigt, arbeiten knapp 3000 Menschen, davon ca. 48% Angestellte und Techniker.

Neben allen in der BRD hergestellten PKWs werden viele LKWs und einige ausländische Fabrikate sowie der Panzer Leopard mit ATE-Bremsen ausgerüstet. Von 1960 bis 1966 erhöhte sich der Umsatz um fast 90%, während die Belegschaft um 47% zunahm. In der Krise 66/67, in der der Umsatzrückgang der Automobilindustrie ca. 20% betrug, ging bei ATE der Umsatz nur um 3% zurück, die Belegschaft dagegen um 30%. Im selben Jahr, also 1967, wurde die Alfred Teves GmbH vom berüchtigten ITT-Konzern aufgekauft. Da sich zu dieser Zeit die Automobilindustrie auf Scheibenbremsen umstellte und ATE die Patente dafür hatte, wurde mit Hilfe des US-Kapitals der ITT-Aktionäre eine Monopolstellung auf dem europäischen Markt erobert. Daß ATE „das Juwel unter den ITT-Gesellschaften" (so die „Frankfurter Rundschau") werden konnte, liegt aber vor allem an der schon unter Alfred Teves (dem Firmenbegründer) eingeleiteten und dann unter ITT-Regie verstärkten Rationalisierung. So stieg der Umsatz von 1967 bis 1971 von 301 auf 800 Mill. DM. Das sind 166 %. Im gleichen Zeitraum wurde allerdings die Belegschaft um nur 100 % erhöht!

Seit Anfang 1972 steuern die ATE-Kapitalisten einen noch härteren Kurs, um auf dem Rücken der Kollegen weitere umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen durchzusetzen, damit sie im verschärften Konkurrenzkampf, der einsetzen wird, wenn Mitte 1973 die Patente ablaufen, weiter ihre europäische Spitzenstellung halten können. Vor allem die Frankfurter Kollegen haben sich gegen diese verschärfte Ausbeutung u. a. durch mehrere Streiks zur Wehr gesetzt.

In diesem Artikel wird versucht, den Verlauf dieser Kämpfe und die Ursachen der vorläufigen Niederlage der Kollegen darzustellen.

Nach einer Zeit der relativ ruhigen und stetigen Aufwärtsentwicklung der Produktion starteten die ATE-Kapitalisten Mitte der 60er Jahre, also als die erste größere Wirtschaftskrise nach dem Krieg zu erwarten war, den ersten verstärkten Angriff auf die Frankfurter Kollegen.

Durch die Verlegung der Gießerei in ländliches Gebiet (niedrige Löhne) waren die Arbeitsplätze von 150 bis 200 Kollegen, vorwiegend Spanier, in Gefahr. Daraufhin traten die ausländischen Kollegen dieser Abteilung in den Streik. Der Geschäftsleitung gelang es, die deutschen Gießereiarbeiter von ihren ausländischen Kollegen abzuspalten, indem sie ihnen neue, allerdings schlechter bezahlte Arbeitsplätze versprach, was diese Kollegen vom Streik abhielt. Ebenso gab es auch keine Solidarität in den anderen Abteilungen mit den streikenden Arbeitern, was, wie die Kollegen heute berichten, der Politik vom Betriebsrat (BR) und Vertrauensleutekörper (VLK) zu verdanken war. BR und VLK wurden, unter der Führung des BR-Vorsitzenden Bach, von einer SPD-Betriebsgruppe beherrscht, die getreu der Politik ihrer Partei mit Hilfe der Propagierung der Partnerschaftsideologie die streikenden Kollegen isolierte. Daraufhin brach der Streik zusammen. Die Mehrzahl der am Streik Beteiligten wurde entlassen, womit auch eine Schwächung der Kampfbereitschaft der gesamten Belegschaft erreicht wurde, da die Gießerei eine sehr kampfstarke Abteilung war, die sich u. a. schon öfter Erschwerniszulagen erkämpft hatte.

Trotzdem konnte die Alfred Teves GmbH weiterhin ihr Gesicht als einer der sozialsten Betriebe Frankfurts wegen seiner Altersversorgung, Unterstützungszahlungen in Notfällen, einem Ferienheim im Allgäu und „rauschenden" Betriebsfesten wahren.

Doch das sollte sich bald ändern. Während der Krise 1967, in der der Umsatz um drei Prozent zurückging, wurde Kurzarbeit eingeführt und die Belegschaft um fast 30 % (!) verringert. Das geschah nicht nur dadurch, daß man ausscheidende Kollegen nicht ersetzte, sondern auch zahlreiche Arbeiter und Angestellte entließ.

Zur gleichen Zeit wurde der Aufsichtsrat in das sogenannte Dreiergremium umgewandelt, welches praktisch die Funktion der Direktion inne hatte. Dem Dreiergremium gehört auch der BR-Vorsitzende Bach an. Zusammen mit den anderen Herren bereitete Bach die Übergabe des Betriebs an den berüchtigten amerikanischen Großkonzern ITT vor, der ebenso für seine besonders scharfen Ausbeutungsmethoden wie für seine politische Aggressivität bekannt ist (siehe Kasten). Auf die „Idee", die Kollegen gegen den Verkauf an ITT zu mobilisieren, da dieser zwangsläufig zu einer Verschlechterung ihrer Lage führen mußte, kam der Herr „Arbeitnehmervertreter", der nebenbei auch SPD-Stadtverordneter von Neu-Isenburg war, natürlich nicht.

In den folgenden Jahren nahm die Produktion gewaltig zu. Von 1967 bis 1971 stieg der Umsatz um 166 Prozent. Allerdings nahm im gleichen Zeitraum die Belegschaft nur um 100 Prozent zu, was beweist, in welch enormen Maß die Arbeitshetze gestiegen ist. Diese Hetze wurde noch verbunden mit einer Senkung der Akkordlöhne und einer zunehmenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. „Seit die Amis da sind, wird alles schlechter!" sagen die Kollegen.

In dieser Situation unternahm der BR alle Anstrengungen, um die Empörung der Kollegen zu dämpfen, was vor allem der BR-Vorsitzende Bach mit wachsendem Vertrauensschwund bezahlen mußte. Auf diesen Vertrauensschwund spekulierte die KPD/ML (Roter Morgen), die Anfang 1971 mit zwei bis drei Studenten und einem Lehrling die Arbeit bei Teves aufgenommen hatte, und konzentrierte sich in ihrem Blatt „Der rote Metaller" auf Angriffe gegen Bach. Damit und aufgrund ihres Namens, der an die Zeit erinnerte, wo die KPD mit einer Gruppe von ca. 80 Mann bei Teves arbeitete, genoß die KPD/ML vor allem bei älteren Kollegen anfangs einige Sympathie. Das änderte sich jedoch recht schnell, als die Kollegen merkten, daß die KPD/ML nicht mehr anzubieten hatte als großkotzige Sprüche, die in keinem realen Verhältnis zum tatsächlichen Kräfteverhältnis im Betrieb standen. Mit dieser Agitation und Propaganda, die es gänzlich versäumte, den Kollegen allseitige Klarheit über ihre Lage und die Bedingungen ihres Kampfes zu vermitteln, sondern stattdessen den Arbeitern einreden wollte, die Revolution stünde vor der Tür, fügte die KPD/ML der zukünftigen Arbeit der Kommunisten bei Teves schweren Schaden zu. Noch heute, nachdem die KPD/ML längst nicht mehr bei Teves arbeitet (übrigens wurden die Mitglieder der KPD/ML aufgrund von Denunziation durch die DKP (!)-BR Schickedanz entlassen), setzen eine Reihe fortschrittlicher Kollegen die Arbeit der KPD/ML mit der politischen Arbeit „der Kommunisten" gleich, an der man sehen könne, was „die Kommunisten" für einen Scheiß-Dreck verzapfen.

In dem Maße, in dem die KPD/ML die Illusionen der Kollegen über die Gruppe zerstörte, förderte sie auch die Resignation vor allem bei einigen fortschrittlichen Kollegen, die durch die Abwiegelei des BR sowieso schon vorhanden war (Ob die oder die – alle machen Scheiße). Von Bach & Co. wurde die Erfahrung der Kollegen mit der KPD/ML ausgenutzt, um gegen „die Kommunisten" Stimmung zu machen.

Nach dem miesen 7,5 %-Abschluß in der Tarifrunde 71/72 hatte sich bei den meisten Kollegen ein Gefühl der Niederlage und Resignation breit gemacht. Diese Situation nutzten die Teves-Kapitalisten aus, um ihre Angriffe auf die Lebensbedingungen der Kollegen weiter zu verstärken. Zwischen den Jahren wurde die Streichung der 15-prozentigen Frühschichtzulage und andere Lohnkürzungen angekündigt. Zudem sollten die Akkordzeiten an den Bändern neu aufgenommen werden. Diese Maßnahmen wurden mit einer angeblichen „schlechten wirtschaftlichen Lage" begründet, was angesichts der Umsatzsteigerung von 301 auf 800 Mill. DM in den Jahren 1967-71 der einste Hohn war.

Tatsächlich sind diese Angriffe schon als vorbereitende Maßnahmen auf einen verstärkten Konkurrenzkampf zu werten, mit dem die ATE-Kapitalisten aufgrund des Ablaufens ihrer Patente Mitte 1973 zu rechnen hatten. Ab diesem Zeitpunkt ist ihre Monopolstellung auf dem Bremsenmarkt vor allem aufgrund starker englischer und französischer Konkurrenz, die vermittels niedriger Löhne billiger produzieren können, in Gefahr.

Der Januar-Streik

Am 29. Dezember kam es in der Hydraulik zu einem ersten kurzen Streik. Als die Kollegen nach Neujahr erfuhren, daß die Streichung der Schichtzulage ab sofort gelten sollte, traten am 4. 1. die Arbeiter in der Bremse und in der Montage (zusammen ca. 300 Arbeiter) nach der Frühstückspause in den Streik. In der Bremse, wo deutsche und ausländische Kollegen zusammen arbeiten, war der Streik von einigen fortschrittlichen Kollegen und Vertrauensleuten kurzfristig organisiert worden. In der Bandmontage arbeiten fast nur ausländische Kollegen, damals hauptsächlich Spanier und Italiener, die schon längere Zeit bei ATE waren. Da sich die Kollegen hier gut kannten und es keine wesentlichen Verständigungsschwierigkeiten gab, konnte der Streik schnell von einigen fortschrittlichen, zum Teil sogar politisch aktiven Arbeitern organisiert werden. Die Verbindung zwischen diesen beiden Abteilungen war ausgezeichnet. Als die Geschäftsleitung in den Verhandlungen mit den Vertrauensleuten nicht nachgab, genügte ein kurzer Wink, und die Bänder, die zwischendurch wieder liefen, standen still. Diesmal für den Rest des Tages. Auch die Kollegen der Frühschicht am nächsten Tag weigerten sich, die Arbeit aufzunehmen. Erst als weitere Verhandlungen zugesagt und bis zum 6. 1. ein konkretes Ergebnis versprochen wurde, begannen die Kollegen wieder zu arbeiten. Als am 6. 1. die Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt hatten, verließ die Frühschicht eine 3/4 Stunde vor Feierabend das Werk. Die Spätschicht führte den Streik weiter. Trotz dieser Kampfbereitschaft konnte sich die Geschäftsleitung in den Verhandlungen durchsetzen. Ihr Angebot, statt einer sofortigen Streichung der Schichtzulage eine schrittweise Kürzung durchzuführen, wurde von den Vertrauensleuten vor allem wegen der Haltung des Betriebsrats angenommen.

Der von der SPD-Betriebsgruppe beherrschte BR hatte dem Rationalisierungspaket der Kapitalisten schon vor Abschluß der Tarifrunde zugestimmt. Um seine Auffassung von „Arbeitnehmerpolitik" durchzusetzen, behauptete Bach demagogisch, daß die Arbeiter und Angestellten bei Teves immer noch besser dastehen würden als die Kollegen in allen anderen Frankfurter Betrieben, womit es ihm gelang, vor allem die weniger bewußten Vertrauensleute zu verwirren. Außerdem gelang es dem BR schon aufgrund der Mehrheit der SPD-Betriebsgruppe im VLK, seine Absichten zu verwirklichen.

Noch unter dem Eindruck der vorangegangenen Kämpfe entschloß sich der Werkzeugbau zum Streik gegen den Abbau einer einprozentigen übertariflichen Leistung. Die Geschäftsleitung gab noch am selben Tag nach und erklärte, daß alles nur ein Mißverständnis gewesen sei. Dieser Erfolg erklärt sich daraus, daß der Werkzeugbau die bewußteste Abteilung war, die zu 100 % in der IGM organisiert ist, mit relativ starkem Einfluß im VLK, und daß die dort arbeitenden Kollegen auf Teves spezialisiert und für die Kapitalisten nur schwer zu ersetzen waren. Zudem befürchtete die Geschäftsleitung aufgrund des „Klimas" bei Teves und in Frankfurt, wo zur gleichen Zeit noch andere Streiks wegen Streichung übertariflicher Zulagen stattfanden, eine erneute Ausdehnung des Streiks.

Dieser bescheidene Erfolg konnte aber die vor allem bei den Schichtarbeitern vorhandene Resignation, das enttäuschende Ergebnis, den zersplitterten Verlauf der Kämpfe und über den erneuten diesmal offensichtlichen Verrat des BR und eines großen Teils des VLK, beseitigen. Damit wurde die schon durch die Niederlage in der Tarifrunde erzeugte Resignation weiter verstärkt.

Das neue Werk

Inzwischen stand der Umzug in das neu erbaute Werk in Rödelheim bevor. Dieses Ereignis ließen die Kapitalisten und ihre Handlanger nicht ungenutzt, weil hier eine neue Möglichkeit vorhanden war, um die Unzufriedenheit der Kollegen mit den miserablen Arbeitsbedingungen zu dämpfen. So versuchte man, neue Illusionen zu wecken, indem man z. B. in einer Broschüre unter der Überschrift „Raus aus dem alten Anzug" die im neuen Werk angeblich

Forts. nächste Seite

... Zahlen bereits ein deut... Bild liefern. Infolge der rigo... Ausplünderung durch die impe...ischen Konzerne, die unge... Summen dem Aufbau einer ...nalen Wirtschaft entzogen, ...s die Verschuldung gegenüber ...dischen Mächten. Bei Amts...t der Allende-Regierung war ... mit vier Mrd. US-Dollar Aus...schuld hinter Israel das am ...n verschuldete Land der Welt. ...perialistische Ausbeutung des ...s hat auch dazu geführt, daß ... etwa seit Ende der 30er Jahre ... Überschuß mehr in der Land...haft produzierte, sondern sich ...xporteur zum Importeur land...haftlicher Produkte wandel... bei Ende der christdemokra...n Regierung belief sich der ...he Lebensmittelimport auf ...00 Millionen Dollar.

Lebensmittelimporte kann ... nur aus dem Erlös seiner Ex...ter und aus Krediten bestrei...a es dazu Devisen, d. h. aus...che Zahlungsmittel benötigt. ... als 70 % des chilenischen ...ts, und damit des Devisen...nmens, wird durch das Kupfer ..., das unter der Unidad Popu...staatlicht wurde. Seit Amts... der Allende-Regierung ist ...er Kupferpreis auf dem Welt... durch Spekulation und di... Intervention der imperialisti... Mächte von 68 auf 48 Cent ...und gesenkt worden. Die Sen...m einen einzigen Cent bedeu...on den Verlust von zwölf Mio. ...jährlich; d.h. Chile büßt dadurch ...r 240 Mio. Dollar ein. Nach ...n von Luis Corvalan könnte ... Verlust nur durch eine 40 %ige ...tionssteigerung wieder auf... werden. Darüberhinaus wur...eichzeitig die Preise für Nah...ittel und Erdöl, also Ein...er für Chile, auf dem Welt...erhöht.

...dite wurden von den impe...chen Ländern und den unter ...Kontrolle stehenden Institu...

... kupferexportierenden Länder Chile, Sambia, Zaire und Peru nicht gelang. Für die internationale reaktionäre Presse ist es natürlich nur „gerecht", wenn die US-Kupferkonzerne der Enteignung „ihrer" chilenischen Minen durch Raub und Piratenakte begegnen, wobei ebenso natürlich der „kleine Unterschied" verschwiegen oder verdreht wird, daß Chile mit der Nationalisierung der Kupferminen nur das unter seine Kontrolle bringt, was dem eigenen Land gehört und was die US-Konzerne seit Generationen widerrechtlich sich angeeignet und zu ihrem privaten Nutzen ausgeplündert haben.

Von Spekulationen und Preisdirigierungen auf dem Weltmarkt, über Kreditboykottierungen bis hin zum offenen wirtschaftlichen Raub – das alles sind Hebel der ökonomischen Macht des Imperialismus, mit denen er die chilenische Wirtschaft in tiefe Krisen treibt. Zum anderen geht die gegenwärtige Krise aber auf das Konto der inländischen Konterrevolution, die sich ebenfalls vielfältiger Mittel offener und verdeckter Sabotage bedient: von der Schaffung von Versorgungslücken durch Warenhortung (und dem Aufblühen des Schwarzmarkts), über den Schmuggel rarer Güter ins Ausland (so wurden ganze Viehherden über die Grenze nach Argentinien getrieben), bis hin zur Zerstörung von Produktionsanlagen, die die Arbeiter in ihren Besitz genommen haben.

In dem schon erwähnten Aufsatz von E. Boris und H. Haustein wird aus einem unveröffentlichten Manuskript aus Santiago zitiert, das ein einfaches Schema der Schaffung von Versorgungslücken beschreibt:

„Eine massive Pressekampagne bereitet die Bevölkerung darauf vor, daß in nächster Zeit ein beliebiges Produkt auf dem Markt nicht mehr vorhanden sein wird . . . . durchschlagender Erfolg: alles stürzt in den nächstliegenden Laden, um so viel wie möglich von der betreffen...

Der ITT-Konzern

ITT ist der größte Mischkonzern der Welt. Er besitzt Betriebe in allen Branchen in 90 Staaten. Das ITT-Hauptquartier befindet sich in New York. Die Verbindungen zur US-Regierung sind sehr eng und haben sich in der Vergangenheit „bewährt". So versuchte ITT mit Hilfe des US-Geheimdienstes CIA und mit Unterstützung der Nixon-Regierung, die Wahl des Volksfront-Kandidaten Allende zu verhindern. Zu diesem Zwecke wurden wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen Chile unternommen um ein Chaos im Land zu erzeugen, das den Militärs die Möglichkeit gegeben hätte, zugunsten der Reaktion einzugreifen. ITT war bereit, dafür eine siebenstellige Summe auszugeben.

Eine Anti-Trust-Klage wurde umgangen, indem die ITT-Kapitalisten den Wahlkongreß Nixons mit 400 000 Dollar finanzierten und sich so von der Anklage freikauften. Im Vorstand der ITT sitzt ein altgedienter CIA-Boss, im mittleren Management sind viele ehemalige Geheimdienstler zu finden, und ITT besitzt eine eigene Spionageabwehr.

ITT umfaßt insgesamt 423 000 Arbeiter und Angestellt, davon in der BRD 47 000. Die jährlichen Einnahmen betrugen 1972: 8,6 Milliarden Dollar (etwa 21,5 Milliarden DM). Der Umsatz von ITT ist damit größer als das Bruttosozialprodukt von Staaten wie Portugal und Chile. Dieses wirtschaftliche Potential wird von den ITT-Kapitalisten politisch eingesetzt. Wie weit das gehen kann, haben z.B. die Ereignisse in Chile in Gegenwart und Vergangenheit gezeigt. Diese Aggressivität des ITT-Konzerns hat auch für die Teves-Kollegen Gültigkeit.

Fortsetzung Ate

zu erwartenden „Verbesserungen" anpries. Natürlich versäumte es auch der BR nicht, alle Beschwerden mit Sprüchen wie „in Rödelheim wird alles besser" im Sande verlaufen zu lassen. Die einzigen, denen das neue Werk Vorteile brachte, waren die Kapitalisten. So wurde der Umzug mit neuen Rationalisierungsmaßnahmen verbunden, die bewirkten, daß die gleiche Anzahl von Kollegen mehr arbeiten mußte. Gleichzeitig verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen. Hieß es vor dem Umzug: „In Rödelheim wird alles besser", so hieß es jetzt: „Anlaufschwierigkeiten, es wird alles noch geregelt" usw. Diese „Anlaufschwierigkeiten" bestehen bis heute.

Nach dem Werkzeugbau stehen nun auch die Maschinen von Bremse und Automatenraum zu eng beieinander, weil man hier Raum für ein Lager brauchte und die Abteilungen einfach zusammengelegt wurden. Die Folgen davon sind stark erhöhte Unfallgefahr und gesundheitsschädlicher Lärm, was einhergeht mit verstärkter Luftverschmutzung. Überhaupt ist von der „guten „Taunusluft", die die Geschäftsleitung den Kollegen versprach, nicht viel zu merken. Da, wo keine Fenster sind, wurde statt einer Klimaanlage (obwohl diese u. a. bei Teves gebaut werden) eine billige Belüftung eingebaut, so daß im Sommer Temperaturen von 30°C herrschen, was schon zu Kreislaufzusammenbrüchen geführt hat. Statt „Frankfurter Smog" ist dort zeitweise ein ebenso dichter Öldunst.

Der Juli-Streik

Im Juli 72 wurde ein neues Bewertungssystem eingeführt, was zur Folge hatte, daß die Kollegen an den Bändern bis zu 30 % weniger in der Lohntüte hatten. Daraufhin traten die Arbeiter an den Bändern nach der Lohnauszahlung geschlossen in den Streik. Die Initiative ging vor allem von den Kollegen aus, die

den Streik. Die Initiative ging vor allem von den Kollegen aus, die

schon am Streik im Januar teilgenommen hatten. Die Geschäftsleitung begann sofort, die Kollegen mit massiven Drohungen unter Druck zu setzen. Unter anderem sollten die Kollegen eine Liste unterschreiben und damit ihre Bereitschaft zur Arbeit erklären. Bei Weigerung wurde ihnen mit Entlassung gedroht. Der neue BR-Vorsitzende Ruppert handelte ganz im Sinne seines Vorgängers Bach und tat erst einmal gar nichts. Begründung: Die Akkordarbeiter seien an der Kürzung der Vorgabezeiten selber schuld. Schließlich bildete Ruppert mit den ausländischen Betriebsräten eine Verhandlungskommission und nahm Gespräche mit der Geschäftsleitung auf. Diese blieb hart und drohte dem BR, ob er vertragsbrüchig werden wolle, da die Neuaufnahme durch eine Betriebsvereinbarung festgelegt worden war. Gleichzeitig unterließ es der VLK-Vorstand, die übrigen Vertrauensleute über den Streik zu unterrichten, womit von vorn herein eine Solidarisierung anderer Abteilungen mit ihren streikenden Kollegen verhindert wurde. Aufgrund dieser Isolation und der massiven Drohung der Geschäftsleitung nahmen die Kollegen die Arbeit wieder auf. Ein mehr als zweifelhafter „Erfolg" dieser Aktion war, daß einige wenige Kollegen etwas mehr Lohn bekamen, was vor allen Dingen auf die Spaltung der Bandarbeiter und die damit verbundene Schwächung ihrer Kampfkraft abzielte.

Ende August traten bei der Lohnauszahlung erneut die Arbeiter von zwei Bändern in den Streik. Es begannen sofort starke Einschüchterungen durch die Meister. Als ein griechischer Kollege trotzdem versuchte, mit einer Rede die anderen Arbeiter von der Notwendigkeit des Streiks zu überzeugen, wurde er vom Werkschutz abgeführt und fristlos entlassen. Damit hatten die Kapitalisten die Abwehrkämpfe fürs erste niedergerungen. Zugleich war dies der erste Einsatz des Werkschutz gegen streikende Kollegen.

Diese Niederlage verstärkte die Resignation, die sich schon vorher bei großen Teilen der Belegschaft breit gemacht hatte, bei den Bandarbeitern noch weiter. Vor allem waren sie enttäuscht über die deutschen Kollegen, die, soweit sie etwas davon erfahren hatten, dem Streik viel Sympathie entgegenbrachten, aber selbst nicht mitstreikten. Damit vertiefte sich die Spaltung zwischen den Kollegen, wozu die Politik der von der SPD-Betriebsgruppe beherrschten VLK-Leitung, die die Kollegen nicht informiert hatte, maßgeblich beitrug. Die Haltung des BR in den Kämpfen führte zu Gewerkschaftsaustritten und bei einigen Kollegen sogar zu Gewerkschaftsfeindlichkeit.

„Rotation" und weitere Rationalisierung

Nach der Niederlage in den Abwehrkämpfen kündigten eine ganze Reihe ausländischer Kollegen, darunter auch die bewußtesten und kampfbereitesten Kollegen der Bremsen-Montage, die bei Teves keine Perspektive mehr sahen. Die neu eingestellten Arbeiter kamen oft direkt aus ihren Heimatländern, zumeist aus der Türkei und Jugoslawien, was die Verständigungsschwierigkeiten wesentlich verstärkte. Zudem verfügen diese Kollegen oft nur über geringe Erfahrungen über die Fabrikarbeit und deren Bedingungen, was natürlich von den Kapitalisten ausgenutzt wird.

So wurde Anfang 1973 ein betriebsinternes analytisches Leistungsbewertungssystem eingeführt, das in Zusammenhang mit den Bemühungen der Kapitalisten um Haustarife zu sehen ist. Dieses Entlohnungssystem, welches der Willkür Tür und Tor öffnet, wurde so eingesetzt, daß die ausländischen Kollegen, obwohl sie wie die Pferde schuften müssen, besonders wenig Lohn erhalten. Dies führt dazu, daß die meisten spätestens nach einigen Monaten wieder kündigen. Die dadurch entstehende „Rotation" wird weiter verstärkt, indem andere Kollegen, die die hohe Bandgeschwindigkeit nicht schaffen, schon in der Probezeit entlassen werden.

Bewertungsblatt zur analytischen Ermittlung von Leistungszulagen für Zeitlöhner.

Bewertungsblatt zur analytischen Ermittlung von Leistungszulagen für Zeitlöhner.
Ermittelte Bewertungsstufe ankreuzen, Punktzahl auswerfen, Summe u. Leistungsstufe feststellen. Blatt 4

Pers.Nr.	Name	Abteilung	Beschäftigt als	Bewertung am ....

Bewertungsmerkmal		Bewertungsstufe A	B	C	D	E	Punkte
1. Arbeitsergebnis	a) Intensität	sehr langsam 0	langsam 2	üblich 4	gleichmäßig zügig 6	schnell 8	
	b) Wirksamkeit	sehr umständlich 0	manchmal umständlich 2	meist zweckmäßig 4	immer zweckmäßig 6	sehr zweckmäßig 8	
	c) Stetigkeit (Ausdauer)	nicht konzentriert 0	versucht sich zu konzentrieren 1	fast konzentriert 2	fast immer konzentriert 3	stets konzentriert 4	
2. Arbeitsausführung (Güte, Qualtität, Ausschuß)		viele Beanstandg. 0	öfters Beanstandg. 3	manchmal Beanstandg. 6	wenig Beanstandg. 9	keine Beanstandg. 12	
3. Arbeitseinsatz	a) Selbständigk.	vollkommen unselbständig 0	unselbständig 1	genügend selbständig 2	selbständig 3	sehr selbständig 4	
	b) Verschiedene Einsetzbark.	einseitig, schwer anlernbar 0	wenig vielseitig, beschränkt versetzbar 1	f. gleichartige Arbeiten einsatzfähig 2	f. verschiedenartige Arb. einsatzfähig 3	vielseitig u. stets einsatzfähig 4	
	c) Arbeitsbereitschaft	geringes Interesse 0	zeigt Interesse 1	normales Interesse 2	gutes Interesse 3	sehr gutes Interesse 4	
4. Arbeitssorgfalt (Betriebsm., Energie, Hilfsstoffe, Sicherheitsvorschriften)		oberflächlich 0	nur das Notwendigste 2	bemüht sich 4	gut 6	vorbildlich 8	

1. Bewerter ____ 2. Bewerter ____ erreichte Ges. Punktzahl ____ erreichte Leistungsstufe ____

Nr. 41/73

Durch diese Maßnahmen gelingt es den Ate-Kapitalisten, Lohn zu sparen und zugleich die Entstehung größerer Solidarität unter den Kollegen zu verhindern. Weiter wird das neue Entlohnungssystem dazu verwendet, die für die Kapitalisten wichtigen Arbeiter, also besonders die Facharbeiter, besser zu entlohnen, um sie so an den Betrieb zu binden, was gleichzeitig zur Spaltung der Kollegen dient. Darüberhinaus wird die „Leistungsbewertung" natürlich als Disziplinierungsinstrument benutzt, denn wenn sich die Kollegen den Maßstäben dieses Systems unterwerfen, besteht die Chance, daß ihr Lohn steigt. Damit nutzen die Kapitalisten das Interesse der Kollegen an mehr Lohn aus, um sich diese gefügig zu machen, wodurch das Entstehen einer einheitlichen Kampffront weiter erschwert wird.

An dieser praktischen Anwendung der analytischen Leistungsbewertung läßt sich ablesen, in wessen Interesse die Gewerkschaftsführung handelt, wenn sie solche Systeme als einen Schritt zu größerer Lohngerechtigkeit verherrlicht.

Die Durchsetzung der o.a. Rationalisierungsmaßnahmen brachte für die Ate-Kapitalisten auch Nachteile mit sich. So litt unter der enorm gesteigerten Arbeitshetze natürlich die Qualität der Arbeit, so daß vor allem in der Produktion der Ausschuß stieg. Dem versuchte die Geschäftsleitung mit einer im Frühjahr 73 anlaufenden „Null-Fehler"-Kampagne zu begegnen. Dabei wurde in einer Schrift, die an alle Belegschaftsmitglieder verteilt wurde („Jetzt am Ball bleiben"), versucht, den Kollegen einzureden, daß die



Hetze + Qualität

Steigerung der Qualität ihrer Arbeit, die der Erhaltung der Ate-Monopolstellung dient, in ihrem eigenen Interesse läge.

Diese Maßnahme wurde begleitet von einer Broschüre, die an die Abteilungsleiter, Obermeister und Manager verteilt wurde, in welcher diese präzise Anweisungen erhielten, wie sie gegenüber den Kollegen argumentieren müssen und welche praktischen Schritte sie einzuleiten haben, um das „Null-Fehler"-Programm durchzusetzen. Darüberhinaus wurden die Namen der Bandführer, an deren Band kein Ausschuß produziert wird, ans „Schwarze Brett" geheftet, und schon seit längerer Zeit bekommen die Einrichter, die wenig Ausschuß produzieren, eine monatliche Prämie von 80,- DM.

Mit einer sogenannten „Goldgräber"-Kampagne wurde seitens der Geschäftsleitung versucht, die Kollegen selbst an der Rationalisierung zu beteiligen. Die Erfahrungen der Arbeiter und Angestellten in ihrem Arbeitsbereich, ihr Wissen, wie sie sich in ihrer Arbeit kleine Erleichterungen verschaffen und, wenn auch nur in geringstem Maße, mit „Tricks" die Hetze mildern können, sollten mit einigen „Goldgräber"-Preisen und Prämien hervorgelockt werden, um diese Erfahrungen dann zur verstärkten Ausbeutung der Kollegen zu nutzen. Solch eine Kampagne spekuliert darauf, daß „Radfahrer" oder wenig bewußte Kollegen durch diese Bestechung dafür gewonnen werden können, an einer Verschärfung der Ausbeutung mitzuarbeiten.

Inzwischen ist auch die Auflösung des Werkzeugbaus vorangeschritten. Nach dem Umzug verließen aufgrund der allgemeinen Lage und der schlechten Bezahlung viele Facharbeiter die Firma. Diese wurden nicht ersetzt. Stattdessen vergab man immer mehr Aufträge an andere Firmen, so daß nur noch zwei Werkzeugmacher und einige Dreher übrig geblieben sind. Der Abbau dieser Abteilung hat eine weitere Schwächung der ganzen Belegschaft zur Folge, da der Werkzeugbau eine relativ bewußte und kämpferische Abteilung war.

Die „Fünfte Kolonne"

Die Ate-Kapitalisten verlassen sich allerdings nicht auf die Aktivitäten des Betriebsrates, um den Arbeitern und Angestellten Niederlagen zu bereiten. Sie gehen da lieber mehrgleisig vor.

Anders als bei vielen Industriebetrieben sind bei ATE die Meister nicht betriebsfremd, sondern z.T. schon seit Jahrzehnten dort beschäftigt. So besteht zwischen Arbeitern und Meistern teilweise sogar ein kollegiales Verhältnis. Dies beschränkt sich allerdings auf die Abteilungen, wo relativ viele Facharbeiter tätig sind, wie z.B. in der Bremse, im Automatenraum oder im Werkzeugbau. In anderen Abteilungen wie den Bändern und den Lägern sind die Meister einfach Aufpasser und Antreiber. Hier wird der harte Kurs gewählt, wie sich das im Juli-Streik 72 zeigte, als die Meister die Kollegen massiv unter Druck setzten.

Die „weiche Welle" bei den Facharbeitern wird natürlich nicht aus lauter Menschenliebe praktiziert. Sie ist vielmehr das Produkt jahrzehntelanger Erfahrung, die die Kapitalisten in den Klassenkämpfen gewinnen konnten. Diese Erfahrung besagt, daß sich im allgemeinen unter den Facharbeitern der „harte Kern" der Belegschaft befindet, also jene Kollegen, die am ehesten ihre Interessen erkennen, den Kampf zur Durchsetzung dieser Interessen aufnehmen und organisieren und den Weg kennen, um aus diesem Kampf erfolgreich hervorzugehen. Mit der „weichen Welle" haben sich die Kapitalisten ein Instrument geschaffen, mit dessen Hilfe sie sich über die Bewegung unter den Kollegen informieren können und mit dem sie versuchen, diese Bewegung zu beeinflussen.

So verzichteten die Kapitalisten während des Streiks gegen den Abbau der Schichtzulage auf den Einsatz ihrer „kollegialen" Meister, um diese nicht von den Kollegen zu isolieren, was ihrer Horchohr-Funktion abträglich gewesen wäre. Stattdessen ließen sie das Abwiegeln des Streiks vom Betriebsrat besorgen. Trotzdem wurden die Meister und ähnliche Personen gezielt eingesetzt, indem man die Enttäuschung der Kollegen über die Haltung des BR ausnutzte, um mit Behauptungen wie: „Die Arbeiter können ja doch nie etwas erreichen!" die vorhandene Resignation weiter zu verstärken. Zugleich begannen die Meister, die ehemaligen Streikführer, die sich weiter für die Durchsetzung der Interessen ihrer Kollegen einsetzten, systematisch zu isolieren, indem sie deren Vorgehen gegenüber den anderen Kollegen demagogisch mit der verräterischen Politik des BR und der Gewerkschaftsführung gleichsetzten. Das Resultat dieser Diffamierungen war, daß die Meister einige fortschrittliche Arbeiter von ihren Kollegen isolieren konnten, während sie andere in eine antigewerkschaftliche Haltung hineintrieben, was sie langfristig ebenfalls von ihren Kollegen isoliert.

Darüberhinaus verfügt die Geschäftsleitung noch über eine Reihe von „Vertrauenspersonen", die zumeist auf Nichtstuerposten zu finden sind. Daß damit der Personenkreis der „Fünften Kolonne" erschöpft ist, ist zu bezweifeln, wenn man bedenkt, daß ITT auf diesem Gebiet als Spezialist gelten kann. Schließlich verfügt der Konzern über einen eigenen Geheimdienst.

Ideologische Offensive

Die Geschäftsleitung überläßt die Arbeit ihrer „Fünften Kolonne" natürlich nicht dem Zufall. So werden die Spitzen derselben, wie z.B. Obermeister und Abteilungsleiter, gezielt geschult. Im November 72 wurde eine Schulung mit dem Thema „Die neue Linke" (Schriftenreihe, herausgegeben vom Deutschen Industrie Institut) gestartet. Diese Schulung findet jeden Monat einen ganzen Tag lang statt. Hier geht es natürlich nicht darum, die „Leitenden" über die linke Bewegung und die marxistische Theorie zu informieren; es geht auch nicht darum, die Kommunisten lauthals als „Spinner" und „bodenlose Abenteurer" hinzustellen, wie das von den Kapitalisten nach außen hin getan wird. Vielmehr will man den

tan wird. Vielmehr will man den

Agenten der Geschäftsleitung „Hilfen für die Diskussion" geben, die geschickt an die in den Reihen der Arbeiter weit verbreiteten sozialdemokratischen Argumentationen anknüpfen. Mit dieser subtilen Methode soll die Ideologie der Kapitalisten bei den Werktätigen weiter verankert, die fortschrittlichen und kommunistischen Kollegen isoliert und die Kampfkraft der Kollegen geschwächt werden.

Ein weiteres Beispiel für die ideologische Formierung der Handlanger der Kapitalisten ist das Vorgehen der Geschäftsleitung anläßlich der Qualitätskampagne „Am Ball bleiben", wo die „Leitenden" neben praktischen Weisungen auch präzise Argumentationsanweisungen für die Diskussion mit den Kollegen erhielten.

Für ihre höchsten Wasserträger haben sich die ATE-Kapitalisten noch mehr einfallen lassen. Diese werden in Lehrgängen in Bad Harzburg gedrillt, wofür sie sogar ihre Freizeit opfern müssen. Nach dem sogenannten „Harzburger Modell" sind höhere Abteilungsleiter und Direktoren abwechselnd „Leiter vom Dienst", der rund um die Uhr erreichbar sein muß. Damit sollen diese Herren einerseits lernen, schwierige Situationen selbständig zu meistern, und andererseits darin geschult werden, das Gesamtinteresse des Betriebs im Auge zu behalten, um dementsprechend gleichzeitig verschiedene Instrumente koordiniert einsetzen zu können. So werden die bedingslos einsetzbare Unternehmerknechte geschaffen.

Neben dem Weg über ihre Handlanger versuchen die ATE-Kapitalisten, die Kollegen auch unmittelbar im Betrieb zu beeinflussen. So wurde in der Tarifrunde 72/73 das vom Deutschen Industrie Institut herausgegebene „Super-Preisausschreiben" „Euro-Test" unter den Kollegen verteilt.

Hinter der Aufmachung der Schrift als „Test" und „Super-Preisausschreiben" verbarg sich – gut getarnt – massive Unternehmerpropaganda gegen die Lohnforderungen der Arbeiter. Im Inhalt verglich man den Lebensstandard von sechs europäischen Metallarbeitern

Forts. nächste Seite

Fortsetzung Ate

und mogelte mit Hilfe geschickter Zahlenmanipulationen den deutschen Arbeiter an die erste Stelle. Dieser sollte natürlich seinen ersten Platz behalten, aber dazu muß er bei Tarifrunden „besonnen" sein, darf er nicht „mit maßlosen Forderungen die Wirtschaft kaputt machen" und mit Streiks „sich selber schaden" usw. usf. (vgl. AK 27, S. 14)

„Diskussionshilfe" für die Agenten der Geschäftsleitung – Broschüren des Deutschen Industrie Instituts: „Die neue Linke"

Ausbau der Werkspolizei

Der frühere Werkschutz bestand aus fünfzehn überwiegend älteren Pförtnern. Außerdem mußte jede Abteilung für „Notfälle" einen Mann bereitstellen, der offiziell bei der „Feuerwehr" ist, die aber mit dem Werkschutz zusammenhängt. Um die Leistungsfähigkeit dieses Systems zu prüfen und um festzustellen, wie und wo der Werkschutz ausgebaut werden muß, führten die Teves-Kapitalisten ein umfangreiches Manöver durch.

Kurz nach dem Umzug, im Rahmen der allgemeinen Hetze anläßlich der Jagd auf die Baader-Meinhof-Gruppe, ging bei Teves angeblich eine „Bombendrohung" ein. Der Werkschutz und die Hilfskräfte aus den Abteilungen wurden alarmiert und das Werk geräumt. Natürlich wurde keine Bombe gefunden. Nun wurde ein ständiger Streifen-Dienst eingeführt, auch auf den Dächern, von wo aus die Werkschützer die Vorgänge im Werk mit Ferngläsern beobachteten. In den folgenden Wochen wurden Gepäckkontrollen durchgeführt, dies nicht nur beim Betreten, sondern auch beim Verlassen des Werks. (Damit niemand die Bombe wieder rausschmuggelt?). Als besondere Provokation wurden von einem Detektivbüro Schlägertypen angeheuert, die mit Lederjacke und offen getragenen Revolvern die Kollegen einschüchtern sollten.

und offen getragenen Revolvern die Kollegen einschüchtern sollten.

Die Konsequenz aus dem Manöver war, daß einige ältere Pförtner abgeschoben und junge Leute unter 30 Jahren neu eingestellt wurden. Diese führen unter Anleitung eines früheren Polizisten regelmäßig Schieß- und Karateübungen durch. Inzwischen wurde schon eine Haussuchung bei einem Kollegen durchgeführt, der verdächtigt wurde, geklaut zu haben.

Die SPD-Betriebsgruppe

Die KPD-Betriebsgruppe war bis Mitte der 50er Jahre relativ stark (ca. 80 Mann) und genoss bei den Kollegen einiges Ansehen, was sich darin ausdrückt, daß die älteren Kollegen noch heute von dem als Kommunist gewählten BR-Vorsitzenten mit Hochachtung sprechen. Nach dem KPD-Verbot 1956 gelang es der SPD, die vorher im BR und VLK nichts zu melden hatte, diese Vertretungskörperschaften in ihre Gewalt zu bekommen. Dabei nutzte die SPD-Betriebsgruppe unter Führung des BR-Vorsitzenden Bach die von der Adenauer-Regierung entfaltete Anti-Kommunisten-Hetze, um eine Politik der Klassenversöhnung durchzusetzen und um diese Ideologie in die Belegschaft zu tragen. So wurden statt Betriebsversammlungen „rauschende" Feste mit viel Alkohol gefeiert, auf denen sich Alfred Teves höchstpersönlich als der beste Kumpel gab.

Bach hieß „Betriebsobmann" und war an allen Rationalisierungsmaßnahmen, so z.B. an der Stillegung der Gießerei und dem Verkauf an ITT beteiligt. Seitdem er noch Mitglied des dreiköpfigen Aufsichtsrates wurde, der für die Planung der verschärften Rationalisierungsmaßnahmen durch die Amerikaner verantwortlich war, schwand das Vertrauen der Kollegen in Bach, weniger allerdings in den gesamten SPD-beherrschten Betriebsrat.

Nach dem Streik gegen die Streichung der Schichtzulage im Januar 1972, der Bach schon vorher zugestimmt hatte und wo er noch die Unverschämtheit besaß, die Vertrauensleute anzupöbeln, indem er sagte, daß sie mehr an die Mitgliedsbeiträge als an die Schichtzulage denken sollten, nahm der Unmut der Kollegen über Bach weiter zu. Selbst in der SPD-Betriebsgruppe machte sich Opposition gegen ihn breit.

machte sich Opposition gegen ihn breit.

Bei den BR-Wahlen gelang es Bach nur noch mit Hilfe der IGM-Ortsverwaltung, sich aufstellen zu lassen. So wurde er dann zwar gewählt, war aber nicht mehr freigestellt. Für den Verlust dieses Postens wurde er freilich von der Geschäftsleitung entschädigt, indem er die Leitung der „Sozialstelle" erhielt.

Da die Person, die sich am meisten kompromittiert hatte, aus der ersten Reihe verschwunden war, konnte man nun, da einige Kritiker befriedigt waren, die SPD-Gruppe wieder enger zusammenschweißen und versuchen, das Vertrauen der Kollegen in den BR wieder herzustellen. Da Bachs Geschicklichkeit und Trickreichtum bei den Hinhalte- und Täuschungsmanövern gegenüber den Kollegen weiter benötigt wurde, wählten ihn die rechten SPD- und die DAG-Leute im BR zum Gesamtbetriebsratsvorsitzenden, wo er seine Fähigkeiten in größerem Maßstab für die Geschäftsleitung einsetzen kann. Bach ist ein typisches Beispiel für einen Agenten der Kapitalistenklasse in der Arbeiterklasse, der überall da zu finden ist, wo er die Pfründe schröpfen, den Kapitalisten die Profite und den Werktätigen die Niederlagen sichern kann.

Der neue BR führte die Politik des alten weiter und versuchte, sich herauszureden, indem er alle Kritik auf den alten Bach-BR abzuschieben versucht. So z.B. beim Streik der Bandarbeiter im Juli 72, wo er sich auf die schon von Bach beschlossenen Vorgabezeiten berief, um nichts tun zu müssen. In Wahrheit hat die SPD-Betriebsgruppe die Solidarisierung der anderen Abteilungen verhindert, indem sie keine Vertrauensleuteversammlung einberief, wodurch der Streik isoliert blieb und zusammenbrach. Nachdem der KOMMUNISTISCHE BUND und die DKP die Kollegen über den Streik informiert hatten, rechtfertigte sich die SPD-Betriebsgruppe damit, daß es sich nur um eine Angelegenheit der Bandarbeiter gehandelt habe, mit der die anderen Kollegen nichts zu tun hätten, was beweist, daß sie bewußt die Solidarität der Kollegen verhindert hat.



Bach, ehem. BR-Vorsitzender, Aufsichtsratmitglied, SPD-Stadtverordneter. Jetzt: Gesamt-BR-Vorsitzender und Leiter der „Sozialstelle". Typisches Beispiel für einen Agenten der Kapitalistenklasse in der Arbeiterklasse

Zugleich bemüht sich die SPD-Betriebsgruppe um den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie, was bei den diesjährigen Vertrauensleute„wahlen" erneut seinen Ausdruck fand. Der von der IGM-Ortsverwaltung eingesetzte Wahlausschuß versuchte, die Wahl vor den Kollegen möglichst geheimzuhalten. So war nur an einigen „Schwarzen Brettern" eine kurze Mitteilung zu finden. Das Resultat davon war, daß dann auch nur in zwei Abteilungen gewählt und die anderen Vertrauensleute von „oben" bestätigt wurden.

Die Politik der SPD-Betriebsgruppe, die den BR und VLK beherrscht, hat wesentlich zur Niederlage der Kollegen in ihren Abwehrkämpfen beigetragen. Das Ergebnis dieser Niederlage, die tiefe Resignation unter den Kollegen, die u.a. ihren Ausdruck darin findet, daß selbst fortschrittliche Kollegen das Interesse an gewerkschaftlicher Arbeit verloren haben, wird durch den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie und der damit verbundenen weiteren Schwächung der Kampfkraft der ATE-Kollegen noch verstärkt.

Diese Tatsache versucht die SPD-Betriebsgruppe zu bemänteln, indem sie mit demagogischen Sprüchen behauptet, die Kollegen wollten gar nicht an der VLK-Wahl teilnehmen oder der BR sei ja nur so stark wie die Kollegen.

Die rechten SPDler versäumen es natürlich auch nicht, sich im Kampf gegen die Kommunisten hervorzutun. Bereits zu Zeiten, als die „KPD-ML" noch bei Teves aktiv war, heuerte der damalige stellvertretende BR-Vorsitzende Ruppert drei Mann an, die einem Verteiler des „Roten Metaller" die Zeitungen entrissen und ihm Nase und Ohr blutig schlugen. Zum 1. Mai 1973 mobilisierte der BR die Kollegen nicht etwa, damit diese für ihre Forderungen gegen die Kapitalisten und deren Staat demonstrieren, sondern gegen die sogenannten „Chaoten". Das ging soweit, daß man die Kollegen dazu aufforderte, den „Chaoten" endlich einmal in die Fresse zu schlagen. Diese Aufforderung hatte allerdings keinen Erfolg.

Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang das Vorgehen des DKP(!)-Betriebsrats Schikkedanz. Dieser schmeichelte sich bei den „KPD-ML"-Genossen mit Sprüchen wie „Ich bin ja auch Kommunist" ein, um diese dann bei Bach zu denunzieren. Bach meldete sie natürlich der Geschäftsleitung, mit dem Ergebnis, daß alle „KPD-ML"-Genossen entlassen wurden.

Schlußfolgerung

Schlußfolgerung

Die Entwicklung der Klassenauseinandersetzungen bei Teves zeigt, daß es den ATE-Kapitalisten gelungen ist, das Kräfteverhältnis weiter zu ihren Gunsten zu verändern. Sie haben es vorerst geschafft, den Abwehrkampf der Kollegen gegen verstärkte Ausbeutung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen niederzuringen und die Kampfbereitschaft der Arbeiter in Resignation umzuwandeln. Die Gründe dafür sind in erster Linie darin zu suchen, daß die Kapitalisten politisch bewußt und langfristig planend ihre ökonomischen Angriffe mit einer Reihe präzise aufeinander abgestimmter, politischer Kampfmaßnahmen koordinierten. Die Ursache für die Niederlage der Kollegen ist also vor allem der Grad an politischer Klarheit, der nicht ausreicht, um die Angriffe der Kapitalisten durchschauen und erfolgreich abwehren zu können. Und eben diese politische Klarheit fällt den Kollegen nicht in den Schoß. Vielmehr sind die Kapitalisten und die Gewerkschaftsführung mit allen Kräften bemüht, den Arbeitern einzureden, daß ihr Kampf nur um den Lohn gehe, mit Politik aber absolut nichts zu tun hätte. Denn ihnen ist klar, daß die Entwicklung des politischen Bewußtseins der Arbeiter längerfristig zur „Erkenntnis der unversöhnlichen Gegensätzlichkeit ihrer Interessen zu dem gesamten gegenwärtigen politischen und sozialen System" (Lenin, „Was tun?") führt.

Demnach ist es unsere wichtigste Aufgabe, dazu beizutragen, das politische Bewußtsein der Kollegen zu entwickeln, indem wir ihnen die Bedingungen ihres Kampfes erläutern. Zwar hat die Branchenzelle Metall des KB/Gruppe Frankfurt bereits in der Vergangenheit neben dem ökonomischen auch den politischen Kampf der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse aufgezeigt. Es ist uns aber nur unzureichend gelungen, den ökonomischen Kampf in unmittelbarer Verbindung mit dem politischen Kampf darzustellen, d.h. den Klassenkampf der Bourgeoisie gegen die Arbeiter so darzustellen, wie er tatsächlich ist, nämlich als ein System von politischen und ökonomischen Kämpfen, in dem die politischen Kämpfe dazu dienen, die Arbeiterklasse klein zu halten, um die Profitinteressen des Kapitals durchsetzen zu können. Nur indem wir diesen unmittelbaren Zusammenhang auch in dieser Unmittelbarkeit aufzeigen, können wir effektiv die Demagogie der Bourgeoisie bekämpfen, daß der Kampf der Arbeiter nichts mit Politik zu tun hätte.

Darüber hinaus stellt sich uns angesichts der ideologischen Offensive der Kapitalistenklasse, wie sie nicht nur bei ATE zu beobachten ist, die grundsätzliche Aufgabe der Erhöhung des Niveaus unserer Agi-

ist, die grundsätzliche Aufgabe der Erhöhung des Niveaus unserer Agi-

tation und Propaganda. Dies wird uns allerdings nur möglich sein, wenn wir es gleichzeitig verstehen, in unseren eigenen Reihen das Element der Bewußtheit weiterzuentwickeln. ■

Branchenzelle Metall
KB/Gruppe Frankfurt

Teves Frankfurt:

KOLLEGEN VERSCHAUKELT

Am Freitag, den 7.9., traten bei Teves in Frankfurt ca. 400 Kollegen in einen halbstündigen Streik. Die Arbeiter an den Montagebändern, in der Bremse und im Automatenraum legten vollständig die Arbeit nieder, während sich der Werkzeugbau zur Hälfte anschloß und die Kollegen aus anderen Abteilungen nur vereinzelt am Streik teilnahmen. Es fand eine Kundgebung auf dem Werksgelände statt, auf der Vertreter des Betriebsrats und der Geschäftsleitung sprachen.

Worum ging es? Der Gesamtbetriebsrat hatte Mitte August die Forderung nach einer Teuerungszulage von 80 DM monatlich, rückwirkend ab 1.8. bis Ende Dezember, aufgestellt. Auf diese Forderung reagierten die Kapitalisten mit dem Vorschlag, einen Vorschuß auf das Weihnachtsgeld in Höhe von 100 DM zu zahlen, der bei eventueller Lohnerhöhung (die von der IGM mit Gesamtmetall ausgehandelt werden sollte) dementsprechend angerechnet wird.

Dieses „Angebot" der Teves-Kapitalisten war also praktisch gleich Null, denn bei Scheitern der Verhandlungen mit Gesamtmetall hätte es den Kollegen keinen Pfennig mehr eingebracht. Es ist klar, daß ein solches „Angebot" bei den Kollegen auf Empörung stieß.

Auf den ersten Blick erscheint die Arbeitsniederlegung bei Teves als einer der zahlreichen spontanen Streiks, mit denen sich viele Belegschaften in den vergangenen Wochen gegen Reallohnsenkung durch Preistreiberei gewehrt haben.

Jedoch erstaunt es, wenn man an die sonst übliche Hetze der Kapitalisten und ihrer Handlanger bei Streiks denkt, daß Verwaltungsdirektor Koch betonte, „die Arbeitsniederlegung sei diszipliniert und ruhig vor sich gegangen" („FR" vom 8.9.73).

Dieses „Lob" ist Ausdruck der Tatsache, daß die Kapitalisten zu keinem Zeitpunkt die Kontrolle über den Streik verloren. Vielmehr waren schon ca. zwei Stunden vor (!) Streikbeginn die „Leitenden" unterwegs, um die Kollegen einzuschüchtern und vom Streik abzuhalten. Damit hatten sie vor allem deshalb relativ großen Erfolg, weil die Kollegen nicht vorbereitet waren. So hatte der Gesamtbetriebsrat zwar die Forderung aufgestellt, aber es wurde von Anfang an unterlassen, die Kollegen für diese Forderung zu mobilisieren. Erst einen Tag vor dem Streik fand eine VLK-Sitzung statt; die erste seit drei Monaten! Hier wurde gerade von den rechten Betriebsräten sowie von einem Funktionär der Ortsverwaltung Streikstimmung verbreitet. Allerdings ließ man die Vertrauensleute über den Zeitpunkt und den Ablauf eines Streiks völlig im Unklaren.

Demgemäß lag die Organisierung der Aktion dann auch fest in den Händen der SPD-Betriebsgruppe, Aktivitäten fortschrittlicher Kollegen wurden allerhöchstens zur Mobilisierung der eigenen Abteilung zugelassen, möglichst jedoch ganz ausgeschaltet. ▶▶

Der Metallarbeiter EXTRA



ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES
GRUPPE FRANKFURT
FÜR DIE KOLLEGEN DER METALLINDUSTRIE
BETRIEBSAUSGABE TEVES 10. SEP. 73



DER STREIK BEI FORD IN KÖLN

Der Streik bei dem Autoriesen Ford in Köln war zugleich der Höhe- und Endpunkt in der Bewegung spontaner Streiks, die am 13. August 73 bei der A. Pierburg AG in Neuß mit dem Ausstand von rund 800 ausländischen Arbeiterinnen ihren Anfang genommen hatte.
Für eine knappe Woche rückten die streikenden Ford-Arbeiter in den Mittelpunkt des „öffentlichen Interesses", nachdem der Kampf der Opel-Arbeiter in Bochum am 24.8. „beigelegt" werden konnte.
Der im wesentlichen von türkischen Arbeitern initiierte und getragene Arbeitskampf wurde von der Bourgeoisie und ihrem Staatsapparat brutal niedergeschlagen. Die Arbeiter hatten sehr bald nicht mehr nur mit „ihrem" Kapitalisten und seinen ergebenen „Unteroffizieren" in der Belegschaft zu tun, sondern sahen sich dem konzentrischen Angriff der Bourgeoisie insgesamt gegenüber, wobei der sozialdemokratische Kanzler ebenso wie die bürgerliche Presse als Bourgeois-Agenten funktionierten.
Von den eigentlichen Zielen des Streiks bei Ford konnte k e i n e s erreicht werden. Damit sind natürlich jene Probleme nach wie vor vorhanden, die die Arbeiter zu Widerstand und Protest veranlaßt haben – und gegen die sie auch in Zukunft „protestieren m ü s s e n , weil sie erklären müssen, daß sie als Menschen nicht nach den Verhältnissen sich schicken, sondern daß die Verhältnisse sich nach ihnen, den Menschen, zu richten haben; weil ihr Stillschweigen eine Anerkennung sein würde des Rechts der Bourgeoisie, während guter Handelsperioden die Arbeiter auszubeuten und in schlechten Zeiten verhungern zu lassen. Die Arbeiter müssen dagegen protestieren, solange sie noch nicht alles menschliche Gefühl verloren haben..." (F. Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England).
Klar, daß auch die Ford-Kapitalisten wissen, daß es den Klassenkampf solange gibt, wie Klassen existieren. Um die Position der Arbeiter für die kommenden, unvermeidlichen Konfrontationen nachhaltig zu schwächen, haben sie jetzt bereits über hundert Führer der spontanen Kämpfe gefeuert. Weitere klassenbewußte Kollegen sollen folgen, wenn das umfangreiche Fotomaterial von Polizei und Werkschutz ausgewertet ist (wie Springers „Welt" zu berichten wußte).

Am Freitag, den 24.8., beginnt in der Spätschicht bei Ford in Köln der Streik der Ford-Arbeiter.
Etwa 400 türkische Arbeiter ziehen in einem Demonstrationszug mit Transparenten über das Werksgelände und fordern die Wiedereinstellung von 500 entlassenen türkischen Kollegen. Als Anlaß für willkommene Entlassungen benutzte die Werksleitung die verspätete Rückkehr mehrerer tausend türkischer Arbeiter aus dem Jahresurlaub. Solche Verspätungen sind allerdings nicht neu: allein die Hälfte des Urlaubs geht bei den Kollegen für die Hin- und Rückfahrt zu ihren Familien drauf. Während die Forderung nach mehr Urlaub immer abgelehnt wurde, „duldete" die Ford-Leitung in früheren Jahren solche Verspätungen, indem die Arbeiter durch Zusatzschichten etc. zu unbezahlter Nacharbeit gezwungen wurden.

In diesem Jahr nutzten die Ford-Kapitalisten ihre rechtlichen Möglichkeiten (Entlassung wegen Urlaubsüberziehung). Ersatz für die rausgeworfenen Kollegen wurde nicht geschaffen... Von den übriggebliebenen Arbeitern wurde die gleiche Arbeitsleistung wie vorher verlangt.

Diesen Schachzug verbanden die Kapitalisten mit gleichzeitigen Spaltungsmanövern: Die Empörung der besonders von der Verschärfung des Arbeitstempos betroffenen türkischen Kollegen sollte sich gegen ihre unpünktlichen Landsleute wenden – dieses Manöver mißlang allerdings.

Die Forderung nach mehr Urlaub wird demagogisch benutzt, um die deutschen Kollegen aufzuhetzen: Keine Sonderrechte für Ausländer! heißt es dann.

Doch zunächst mißlingen diese Spaltungsversuche. Der Demonstration der 400 Arbeiter folgt der Streik der gesamten Spätschicht: 8000 deutsche und ausländische Kollegen verweigern die Arbeit und stellen die Forderungen für alle Kollegen auf:

- **Zurücknahme sämtlicher Entlassungen**
- **1 Mark mehr Lohn**
- **Verlangsamung der Bandgeschwindigkeiten**
- **6 Wochen Jahresurlaub für alle**
- **Wegfall der unteren Lohngruppen**
- **Zahlung eines 13. Monatslohns**

später dann:

- **Volle Bezahlung der Streiktage**

In der folgenden Nachtschicht streiken etwa 1000 Arbeiter.

In der Reparaturschicht am Wochenende wird kaum gearbeitet, stattdessen werden die Forderungen und das weitere Vorgehen diskutiert.

Montag, 27.8.: 12 000 Kollegen, die gesamte Frühschicht, steht im Streik. In einem großen Demonstrationszug durch das Werk werden die Forderungen ausgerufen und alle Abteilungen zum Mitstreiken aufgerufen.

Die Streikenden wählen sich ein Streikkomitee aus acht türkischen, zwei deutschen und einem italienischen Kollegen.

Allein dieses Streikkomitee soll nach dem Willen der Arbeiter die Verhandlungen führen, da der größte Teil kein Vertrauen in den Betriebsrat hat.

Die Werksleitung reagiert auf den Streik mit der Schließung des Betriebs und versucht, die Arbeiter nach Haus zu schicken. Diese Maßnahme wurde „aus Gründen der Sicherheit für die Arbeitswilligen" getroffen, wie es offiziell hieß. Tatsächlich war das ein Manöver zur Aufspaltung des Streiks und zur Isolierung der kämpferischsten Teile der Belegschaft. Zum Teil gelang das auch, da die meisten deutschen Kollegen das Werk verließen und nach Haus gingen.

Andererseits besetzten Streikende die Betriebstore und schafften es, auch gegen den Widerstand der erstmals in diesem Streik eingesetzten Polizei, die in mehreren Hundertschaften um das Werk zusammengezogen war, das Tor 3 offenzuhalten und Arbeiter in das Werk zu lassen. Durch diese Betriebsbesetzung war es gelungen, ein Streikzentrum zu schaffen.

Dienstag, 28.8.: Mehrere Tausend Arbeiter haben auf dem Werksgelände übernachtet. Tagsüber befinden sich etwa 8000 Arbeiter auf dem Werksgelände. Es gibt Demonstrationen und ständig Versammlungen, Ansprachen und Diskussionen.

Mittwoch, 29.8.: Die Spaltungsversuche der Unternehmer zeigen erste Erfolge. Dabei geht die Werksleitung sehr geschickt vor: überraschend erklärt sie sich bereit, mit dem gewählten Streikkomitee zu verhandeln, nachdem sie das in den Tagen vorher abgelehnt hatte und nur mit dem Betriebsrat sprach.

Dabei unterbreitete sie ein Angebot von 200 Mark Teuerungszulage. Außerdem sollten die Entlassungen „überprüft" werden und die Streiktage für diejenigen bezahlt werden, die bis nachmittags 15.15 Uhr die Arbeit wieder aufgenommen haben. Das Streikkomitee ließ die im Betrieb versammelten Kollegen abstimmen:

Mit überwältigender Mehrheit stimmten die Anwesenden dagegen und formierten den größten Demonstrationszug aller Streiktage: etwa 6000 Kollegen forderten zur Weiterführung des Streiks auf, bis die Forderungen erfüllt sind.

Zur selben Zeit verbreiten die IGM-Führung und der Betriebsrat im Betrieb und die Werksleitung über den Rundfunk, daß eine Zulage von 280 Mark gezahlt wird und daß im Werk schon wieder gearbeitet wird.

Der Unterschied von 80 Mark in den Angaben – ein abgekartetes Spiel – muß dann als Beweis für die These vom Führen des Streiks durch Extremisten und dem Verführtsein speziell der türkischen Arbeiter, aufgrund „mangelnder Sprachkenntnisse", herhalten. Dabei ist das natürlich ein Witz, denn selbst die 80 Mark hätten nichts an der Kampfbereitschaft der Arbeiter geändert.

Das erste Mal gelang es jetzt auch, den Keil zwischen deutsche und ausländische Arbeiter tiefer zu treiben: während die meisten deutschen Arbeiter mit dem Verhandlungsergebnis den Streik als beendet ansahen (ein Teil arbeitete am Mittwoch bereits wieder), war besonders für die türkischen Arbeiter nichts klar: ihr Kampf wurde nicht zuallererst für mehr Lohn geführt, sondern sie verbanden damit die Forderung nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen, da sie unter besonders scharfer Ausbeutung leiden. Das wurde auch deutlich in dem Forderungskatalog, der ja zunächst von allen Arbeitern akzeptiert wurde.

Auch ein von der Werksleitung herbeigeholter Abgesandter des türkischen Arbeitsministeriums, der die Streikenden vom Fenster des Verwaltungsgebäudes aus beschimpfte, konnte an der Weiterführung des Streiks nichts ändern. Seine Aufforderung an die Streikenden, die Arbeit wieder aufzunehmen und *„nicht auf der Straße herumzulungern und Krach zu machen"*, die Beschimpfung der Streikführer als *„Deserteure der türkischen Armee"* wird mit Hohngelächter und Pfiffen quittiert.

Am Nachmittag kommt es zu ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen den Streikenden und einer von den Kapitalisten angeheuerten Schlägerbande, zu der sich auch Meister, Vorarbeiter und leitende Angestellte gesellen, die einzelne Streikende überfallen und verprügeln, wogegen sich diese natürlich wehren. Die bürgerliche Hetzpresse macht daraus die Mär von den empörten „arbeitswilligen" Deutschen, die sich der Türken entledigen wollen.

Donnerstag, 30.8.: Gegen 8 Uhr sind schon 2000 streikende Arbeiter auf dem Werksgelände versammelt und machen eine weitere Demonstration zur Fortführung des Streiks unter den alten Forderungen.

Zur selben Zeit organisieren die Kapitalisten eine Gegendemonstration „Arbeitswilliger". Angeheuerte Schläger in Arbeitskleidung, Werkschützer, Polizeibeamte in Zivil (der „Stern" schreibt am 6.9.: *„ein Stoßtrupp uniformierter und als Ford-Arbeiter getarnter Polizisten"*), Meister, Vorarbeiter und leitende Angestellte stürzten sich unter der Leitung der Ford-Direktoren Bergemann und Banzhaf und ihres Helfershelfers Ernst Lück (Vorsitzender des Ford-Gesamtbetriebsrats) auf einzelne Streikende, schlugen diese brutal zusammen und lieferten sie der offiziell bereitstehenden uniformierten Polizei aus, die nun bei Ausbruch der Schlägerei den Anlaß hatte, zusätzlich zu ihren sowieso schon prügelnden Zivilbullen einzugreifen. Mindestens 27 Arbeiter wurden verhaftet.

Der feine Herr Lück, der sich während des gesamten Streiks dadurch auszeichnete, daß er diesen nicht nur ablehnte, sondern auch wiederholt in Stellungnahmen in der Presse gegen seine Kollegen hetzte, erhielt später das zweifelhafte Lob, mit „vorbildlichem körperlichen Einsatz" in einem Atemzug neben Polizei und Direktion vom Personalchef Bergemann genannt zu werden.

Damit war am Donnerstagmorgen der Streik bei Ford mit brutaler Gewalt zerschlagen. Während des gesamten Streiks wurden bei solchen Auseinandersetzungen etwa hundert Arbeiter verletzt.

Faschistische Hetze

Jedes Mittel war der Bourgeoisie recht, den Streik der Kölner Arbeiter zu verhetzen.

Da waren zum einen die „Extremisten und Maoisten", „wild" und „kalt berechnend", von „hoher Intelligenz", die „Hilfsarbeiter mit Abitur" usw. (alles Zitate aus der bürgerlichen Presse), die den Streik

Forts. nächste Seite

Die SPD-Betriebsgruppe ist von früheren Ereignissen her für ihre rechte Politik bekannt. So verhinderte die VLK-Leitung (ebenfalls fast ausschließlich in der SPD-Betriebsgruppe) z.B. beim Streik der Bandarbeiter im Juli 72 eine Solidarisierung der anderen Kolelgen, indem sie eine Vertrauensleuteversammlung abblockte, die Streikenden nicht unterstützte und die übrigen Teile der Belegschaft nicht informierte. Ganz in dieser Tradition war dann auch der Zeitpunkt des Streiks so gewählt, daß eine aufkommende Kampfstimmung leicht wieder „abgekühlt" werden konnte, nämlich einmal kurz vor dem Wochenende, zum anderen eine halbe Stunde vor der Mittagspause der Normalschicht.

Auf der während des Streiks abgehaltenen Versammlung sprach nach der Geschäftsleitung auch ein Vertreter des BR. Hatten die Rechten anfangs Streikstimmung erzeugt und die Aktion organisiert, so hieß es jetzt (ehe der Streik überhaupt recht begonnen hatte), daß die Geschäftsleitung unter Druck nicht verhandeln würde und es deshalb notwendig sei, daß die Kollegen wieder an die Arbeit gehen.

Da die Kollegen auf den Streik nicht vorbereitet waren, marschierte dann auch die Normalschicht zur Mittagspause und nahm anschließend die Arbeit wieder auf. Angesichts dieser Tatsache gaben auch die Schichtarbeiter (fast nur ausländische Kollegen), die anfangs den Streik fortsetzen wollten, den Kampf auf. Dadurch vertiefte sich die Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Kollegen, denn diese fühlten sich von den deutschen im Stich gelassen. Zugleich nahm die Empörung eines Teils der ausländischen Kollegen über die Politik der IGM erheblich zu.

Der Ablauf des Streiks zeigt, daß es den sozialdemokratischen Initiatoren gar nicht darauf ankam, eine breite Kampffront der Kollegen zur Durchsetzung der Forderung zu schaffen. Vielmehr sollte bei den Kollegen rechtzeitig „Dampf" abgelassen werden, zumal eine Woche vorher bekannt war, daß im Teves-Zweigwerk Gifhorn 1 000 Kollegen für die Forderung von 80 DM monatlich streikten und ein Übergreifen des Streiks nicht ausgeschlossen werden konnte. So gab es schon am 29.8. im Frankfurter Hauptwerk bei der Lohnauszahlung beträchtliche Unruhe unter den ausländischen Kollegen, die der Ansicht waren, daß sie zu wenig Lohn erhalten.

Durch einen Spurt nach vorn hat der BR, die VLK-Leitung und die SPD-Betriebsgruppe sich an die Spitze der Bewegung gesetzt, um sich als konsequente Interessenvertreter der Arbeiter darstellen und die Bewegung bremsen und kontrollieren zu können. Der Versuch der rechten Gewerkschafter, ihr angeschlagenes Ansehen bei den Arbeitern wieder aufzupolieren und die Stellvertreterideologie weiter zu verankern, findet seine Parallele im derzeitigen Vorgehen der Gewerkschaftsführung, die es darauf anlegt, die Kollegen mit markigen Sprüchen vom Kampf abzuhalten und sie auf Verhandlungen mit den Kapitalisten vertröstet.

Was bei solchen Verhandlungen herauskommt, kann man bei Teves sehen: Statt der geforderten 80 DM monatlich ab 1.8. zahlen die Kapitalisten mehr als bescheidene 50 DM ab 1.9., also statt 400 DM nur 200 DM. Ist schon dieses Ergebnis eine Niederlage für die Kollegen, so heißt es in der mit dem Betriebsrat ausgehandelten „Betriebsvereinbarung" weiter: „Die Zahlung der obigen Sonderzulage setzt voraus, daß der Arbeitsfrieden in allen Werken während der im Absatz 1 genannten Zeitspanne gewahrt wird." Mit diesem miserablen Abschluß sind also zugleich die Kampfbedingungen der Arbeiter und Angestellten bei Teves verschlechtert worden. Denn es wird schwer sein, die Mehrzahl der Kollegen für einen Streik zu mobilisieren, der bei einer Niederlage sogar zur Verschlechterung ihres Lohns führen kann.
Sozialdemokratische Tarifpolitik!! ■

Branchenzelle Metall
KB/Gruppe Frankfurt

Fortsetzung Ford

„inszeniert" hatten und die Arbeiter verführten, die zudem in 13 „KPD/ML"-Bussen (so Ford-Direktor Bergemann) angereist kamen, – eine Meldung, die später selbst Kölns Polizeichef Hosse und der IGM-Chef Tolusch als unwahr bezeichneten („Frankfurter Rundschau" vom 14.9.). „Verführt" von diesen wilden „Chaoten" waren vor allem die „dummen" türkischen „Gastarbeiter". Wer das nicht so offen auszusprechen wagte, wie z.B. die IGM-Führung, die sich beim Ford-Streik der bürgerlichen Hetze anschloß, schob „Sprachschwierigkeiten, die zu Mißverständnissen führten", vor.

Ford wurde in der Sprache der bürgerlichen Schmierfinken zur **„Türkenfestung"**, es herrschte **„Türken-Terror"**, aus „Gastarbeitern"



Bullenterror

wurden **„Gaststreiker"**, türkische Arbeitskollegen wurden zu **„Muselmännern"**, **„Männer vom Bosporus"**, im „Bayernkurier" gar zur **„meuternden Masse meist anatolischer Hirten"** gemacht.

Die faschistische Hetze gegen unsere ausländischen Kollegen verband die bürgerliche Presse mit frei erfundenen oder verzerrten Greuelmeldungen, deren Ziel es war, vor allem die deutsche Bevölkerung, besonders auch die deutschen Arbeiter bei Ford, gegen ihre ausländischen Kollegen aufzuhetzen.

Hier zwei Beispiele für solche Hetze:

Am 29.8. berichtete die „Bild-Zeitung", daß die *„Angestellten bei dem Schreckensruf 'die Türken kommen' unter die Schreibtische gekrochen sind"*.

In der am selben Tag erscheinenden „Neuen Ruhr-Zeitung" liest sich das unter der Überschrift *„Streikende ließen Sektkorken knallen"* so: *„nachts hatten sich... (die Streikenden) in der Polsterei ein Lager bereitet, nicht ohne vorher durch Aufbrechen des Kühlraums im Gebäude und durch das Ausräumen des Vorratslagers... sich kräftig einzudecken und die Sektkorken knallen zu lassen."*

Die „Quick" schreibt: *„Die Kommunisten haben sie unter Alkohol gesetzt."*

Neben der Verhetzung der ausländischen Kollegen versucht die

IGM-Vorstand verurteilt Tumulte bei Ford in Köln

Der Vorstand der Industriegewerkschaft Metall distanziert sich in scharfen Worten von den tumultuarischen Vorgängen bei Ford in Köln. Er verurteilt mit Nachdruck die wilde Agitation von aus dem ganzen Bundesgebiet angereisten Extremisten, die bewußt die geringeren Sprachkenntnisse der ausländischen Arbeitnehmer und ihre Unerfahrenheit in der Tarifpolitik, in der Betriebsverfassung und in von Gewerkschaften geführten Arbeitskämpfen ausnutzen.

Diese Leute wollen mit den Interessen der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik – gleich welcher Nationalität – Schindluder treiben. Sie haben mit der Gewerkschaftsbewegung nichts zu tun, mögen sie das auch mit noch so lautstarken Phrasen beanspruchen.

Daß ein Teil der türkischen Arbeitnehmer dieser Hetze erliegen konnte, ist allerdings auch dadurch bedingt, daß den ausländischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik noch immer die volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung versagt ist. Größte Anerkennung verdient die solidarische und besonnene Haltung der großen Mehrheit der Ford-Arbeitnehmer, die sich selber in gewaltloser Form für die Wiederaufnahme der Arbeit einsetzten, nachdem ein Angebot der Geschäftsleitung in Verhandlungen mit dem Betriebsrat erzielt war.

Die ausländischen Metallarbeitnehmer haben bisher immer bewiesen, daß sie in voller Solidarität für die gewerkschaftlichen Ziele eintreten. Für sie ist die IG Metall die einzige Organisation, die ihre wahren Interessen vertreten und durchsetzen kann und die zu ihrer Integration, zur Hebung ihres Lebensstandards und zur Beseitigung ihrer Diskriminierung beiträgt. Die Gewerkschaft bietet ihnen wie eh und je den Schutz, den alle Arbeitnehmer zur Wahrung ihrer Rechte brauchen.

IGM-Führer im Chor der Verleumder, aus: „Metall"

Daraus machte ein Reporter der Illustrierten „Quick" in der Ausgabe vom 6.9.: *„Mit erhobenen Fäusten und Knüppeln bedrohten sie (gemeint sind türkische Arbeiter) 200 deutsche Kollegen, die wieder arbeiten wollten. Mit dem Schreckensruf 'die Türken kommen' flüchteten die Deutschen ins Verwaltungsgebäude. Hinter ihnen her flogen Flaschen und Steine; Fensterscheiben klirrten"*.

Oder das folgende Beispiel:

Die „Kölnische Rundschau" berichtet am 30.8., daß das Gerücht umgeht, in der Nacht zum Mittwoch sei von den Streikenden ein Verpflegungslager aufgebrochen worden, unter anderem hätten sie eine Flasche Sekt „erbeutet".

In der am selben Tag erscheinen- Bourgeoisie die deutschen Arbeiter als „arbeitswillig" und „treu" hinzustellen, ja sie zu „Opfern" der türkischen Kollegen zu machen. Einen Tag nach der brutalen Zerschlagung des Streiks schreibt die „Bild-Zeitung": „Deutsche Arbeiter kämpften ihre Fabrik frei!"

Und weiter unten weiden sich bürgerliche Journalisten an der Niederlage der Arbeiter und dem Polizeiterror in einer Art und Weise, wie sie bekannt ist von Kommunisten- und Judenverfolgungen unter den Nazis und zuletzt von der Festnahme Andreas Baaders, der in großen Bildern nackt in allen Zeitungen als jämmerliches Häuflein dargestellt wurde.

„Bei Tor 3 warfen deutsche Arbeiter (gemeint ist die Schlägerbande der Werksleitung, Anm. d. Red.) einen der übelsten Streik-Einpeitscher hinaus: den Türken Baha Targün. Erst seit zehn Tagen bei Ford, hetzte Targün die Werksangehörigen jetzt mit linksradikalen Parolen immer wieder auf. Als er gestern die Quittung für seine Agitation bekam, rief er kläglich: 'Helft mir doch, helft mir doch!' Kein Landsmann half ihm, die Polizei nahm ihn in Schutzhaft."

Ziel solcher faschistischen Hetze ist neben den Spaltungsversuchen auch die Einschüchterung der gesamten Arbeiterklasse: so sehen sie aus, eure '(Ver) Führer.'

Die Polizei geht allemal mit dem Kapital

Der Einsatz der Polizei bei Ford war nur der Höhepunkt brutaler Polizeieinsätze gegen Arbeiterstreiks in diesem Jahr.

Diese Einsätze richteten sich vornehmlich gegen ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter, die in diesem Jahr erstmals in den Streiks eine führende Rolle spielten. Dabei benutzten die Kapitalisten nationale Vorurteile und zu deren Untermauerung rassistische Greuel-Stories, um diese Einsätze zu rechtfertigen.

Die Arbeiterklasse und die gesamte Bevölkerung sollen an solche Einsätze gewöhnt werden und die staatlichen Unterdrückungsmittel als selbstverständlich hinnehmen.

Gleichzeitig wird die Polizei an solche Einsätze gewöhnt und in ihnen ausgebildet.

Es begann Ende Mai mit dem Einsatz von Polizei zur Zerschlagung des Streiks bei John Deere in Mannheim, wobei die Polizei nicht nur vor den Werkstoren auffuhr, sondern ebenfalls in Zivil im Werk mitmischte (ARBEITERKAMPF 3o/73).

Beim Bremer Klöckner-Streik im Juni gab es Vereinbarungen zwischen der Werksleitung und dem Bremer Innensenator über einen eventuellen Polizeieinsatz. Der ausgearbeitete Plan kam allerdings nicht mehr zur Anwendung, da der Streik mittlerweile abgebrochen war.

Als im Juli die hauptsächlich spanischen Arbeiter bei den Lippstädter Hella-Werken streikten, gab es nicht nur zwei Prügeleinsätze der Polizei, sondern erstmals wurden drei Arbeiter wegen ihrer Streikteilnahme verhaftet (ARBEITERKAMPF 31/73).

Bei der A. Pierburg KG in Neuß prügelte Polizei auf die streikenden ausländischen Arbeiterinnen ein, neben mehrern verletzten Frauen gab es auch eine Verhaftung. (ARBEITERKAMPF 32/73).

In Solingen bei den Vereinigten Schlüsselwerken versuchte Bereitschaftspolizei überfallartig den Sprecher der streikenden ausländischen Arbeiter festzunehmen, was jedoch durch den Widerstand der Arbeiter mißlang.

Bei den Bochumer Opel-Werken waren neben von der Werksleitung engagierten Privatdetektiven und dem schnell vergrößerten Werkschutz außerdem noch 12o zivile Polizeibeamte im Einsatz, von denen ein großer Teil als Arbeiter getarnt wurde, andere wurden für Film und Fotoaufnahmen eingesetzt.

Im Aachener Valvo – Betrieb setzten die Arbeiter einen Polizeispitzel an die Luft, der sich auf eine Streikversammlung eingeschlichen hatte.

Am 5.Streiktag setzte die Werksleitung Polizeieinheiten gegen die Streikenden ein. Als Anlaß wurde ein vor dem Werk verursachter Auffahrunfall genommen, für den die Streikenden verantwortlich gemacht wurden. Im dann folgenden Knüppeleinsatz der Polizeischläger mißlang allerdings der Versuch, Mitglieder der Valvo-Streikleitung zu verhaften.

Zu den Polizeieinsätzen bei Ford – Köln und Rheinstahl – Bielefeld siehe nebenstehenden Artikel.

Nordrhein-Westfalens Polizei- und Innenminister Willy Weyer gab offen zu, daß die Arbeiter *„in den bestreikten Betrieben von Kriminalpolizei und Beamten des Verfassungsschutzes beobachtet"* wurden (Frankfurter Rundschau,29.8.).

Während Weyer die Vorwürfe und Enthüllungen von Kommunisten zu den Polizeieinsätzen als „frei erfunden" bezeichnete („Welt" 8.9.), sah er sich gezwungen, ähnlich lautende Vorwürfe der Kölner Vertrauensleuteversammlung der IG Druck und der GEW so zu beantworten:

„Auch bei einem Streik kann die Polizei sich nicht völlig (? !) neutral verhalten" und „die Polizeibeamten sind nur (!) gegen zum großen Teil betriebsfremde kommunistische Agitatoren vorgegangen (und gegen) solche, die Arbeitswillige bedrohten, schlugen und mit Gewalt am Betreten des Arbeitsplatzes hinderten." („Welt")

Wie „Arbeitswillige" erzeugt werden, zeigt der Ford-Artikel.

Recht hat Weyer allerdings, wenn er der Polizei 'die Neutralität' im Streik abspricht. Der Polizeiterror bei den jüngsten Streiks war nur ein erneuter Beweis:

Der Staat und seine Machtorgane sind Instrumente der Bourgeoisie, die zur Niederhaltung der Arbeiterklasse eingesetzt werden.

„Arbeitswillige" und Konzentration der Polizei

Immer mehr gehen die Unternehmer dazu über, ihre innerbetriebliche Schutzpolizei auszubauen und gegen die Arbeiter einzusetzen. Der Werkschutz besteht vielfach aus Schlägern, die bei faschistischen Organisationen oder der Bundeswehr angeheuert werden. Daneben werden für „Notfälle" Spitzel von

▶▶

Flugblatt von Ford-Arbeitern, in dem sie der Hetze der reaktionären Presse entgegentraten

Ford-Kollegen an die Kollegen

Wir wollen die Kolleginnen und Kollegen in den anderen Kölner Betrieben darüber informieren, was bei uns wirklich los ist. Das halten wir für wichtig, weil in der Presse, insbesondere im „Express" in der letzten Woche laufend Halbwahrheiten und Gerüchte verbreitet wurden.*

„Prügelei bei Ford-Streik! 12 Verletzte", „Express" 28.8.1973

Wahr ist, daß Kollegen, Deutsche wie Ausländer, die gegen den Streik hetzten und die Streikenden beschimpften, vereinzelt handgreiflich darauf hingewiesen worden sind, daß man sich den Streik von ihnen nicht kaputtmachen läßt. Das ist für jeden begreiflich, der schon einmal erlebt hat, wie der Erfolg eines Arbeitskampfes durch solche Leute gefährdet werden kann. Tatsache ist, daß ein Mitglied des Werkschutzes, nachdem er mehrere Kollegen, die mit ihm diskutieren wollten, tätlich angegriffen hatte, daraufhin verprügelt wurde.

„Sabotage bei Ford" „Express" 28.8.1973

Wahr ist, daß wir zu Beginn des Streiks darüber abgestimmt haben, daß keine Maschinen beschädigt werden. Sogar der Betriebsrat mußte zugeben, der Vorwurf der Geschäftsleitung trifft nicht zu. Des weiteren wurde durch eine Abstimmung beschlossen, daß während des Streiks kein Alkohol getrunken wird.

„Betriebsräte wie Geiseln festgehalten „Express" 29.8.1973

Wahr ist, daß ein Kollege das Gespräch von zwei Betriebsratmitgliedern belauschte und hörte, man wolle die gewählte Streikleitung zu einem Gespräch einladen, um sie dann von der Polizei verhaften zu lassen. Daraufhin hielten wir zwei Betriebsräte fest, die uns während der Verhandlung der Streikleitung mit dem Betriebsrat für die Sicherheit unserer Kollegen garantierten.

„6 Radikale legen Ford lahm" „Express" 29.8.1973

Glaubt denn irgendjemand, daß Tausende von Leuten, die wissen, wofür sie kämpfen, sich von sechs Leuten vorschreiben zu lassen, was sie zu tun und zu lassen haben?

Warum erscheinen solche Meldungen in der Presse? Ford ist einer der größten Anzeigenkunden des „Express". Ein altes Sprichwort sagt: Wes Brot ich eß, des Lied ich sing! Um von unseren berechtigten Forderungen abzulenken, werden Buhmänner aufgebaut: Ausländer und Studenten.

Unsere Forderungen lauten nach wie vor

1 DM mehr für Alle
Verringerung des Arbeitstempos
6 Wochen Urlaub
Sofortige Rücknahme sämtlicher Entlassungen
Bezahlung der Streikstunden
Keine Disziplinierungsmaßnahmen gegen die Streikenden

Kollegen, haltet ihr diese Forderungen nicht für berechtigt?

*** Der „Express" ist ein Kölner Tageszeitung**



Auch das gehört dazu: Streikende Kollegen vergnügen sich mit Tanz und Folklore

Der Streik bei Rheinstahl-Brackwede

Am Dienstag, den 21. August findet im Rheinstahl-Werk in Bielefeld-Brackwede eine Betriebsversammlung statt. Die Kollegen warten hier auf ein Angebot der Geschäftsleitung zu ihrer bereits fünf Wochen vorher vom Vertrauenskörper und Betriebsrat aufgestellten Forderung nach einer Teuerungszulage von 400 Mark. Die Kapitalisten erklären jedoch resolut: „Wir lehnen jede Erhöhung des Lohns ab!"

Während auf der Betriebsversammlung kein Kollege hierzu das Wort ergriff, begannen anschließend in den Abteilungen heftige Diskussionen über die nächsten Schritte, die zu unternehmen sind. Es war klar: Die Haltung der Kapitalisten erfordert eine deutliche Antwort der Arbeiter!

Am nächsten Tag begann hier der längste der spontanen Streiks der vergangenen Wochen und gleichzeitig auch der sowohl von den Arbeitern als auch von den Kapitalisten mit am härtesten geführte.

Einstündiger Warnstreik weitet sich zum Vollstreik aus

Am Mittwoch entschieden sich die Kollegen der Frühschicht, nach der Frühstückspause um neun Uhr mit einem einstündigen Warnstreik die Forderung zu bekräftigen. Sie zogen zum Verwaltungsgebäude und riefen dabei ihre Forderung. Hier wurde ihnen nochmals erklärt, daß die Konzernbosse grundsätzlich nicht bereit sind, eine Teuerungszulage zu zahlen. Nach der Aufforderung der Geschäftsleitung, jetzt die Arbeit wieder aufzunehmen, rührten sich die Kollegen nicht. Auch die nochmalige Aufforderung des Betriebsratsvorsitzenden wurde nicht befolgt, sondern es wurde beschlossen, weiterzustreiken. Hinzu kam jetzt, daß einige Arbeiter die Entlassung des Personalchefs Scholz forderten, da er sie beleidigt und ihnen 'einen Vogel' gezeigt hat, als sie zum Verwaltungsgebäude marschiert waren. Er mußte sich schließlich vor den Kollegen entschuldigen.

Gegen 13 Uhr erklären die Konzernbosse nochmals, daß sie zum Zahlen nicht bereit sind, und solange die Maschinen stillstehen, werde noch nicht mal verhandelt. Diese Erklärung verstärkt lediglich die Bereitschaft der Kollegen, für ihre berechtigte Forderung weiter zu kämpfen.

Als um 14.30 Uhr die Spätschicht kommt, wird sie über die Sachlage informiert, und schließt sich dem Streik an. Jetzt befinden sich 1600 Rheinstahl-Arbeiter im Streik. Am Abend verhandelt der Betriebsrat nochmals mit der Geschäftsleitung. Es wird jedoch keine Einigung erzielt.

Der Betriebsrat beschließt jetzt, die Forderung von 400 Mark in eine Forderung nach 60 Pf Stundenlohn-Erhöhung umzuwandeln.

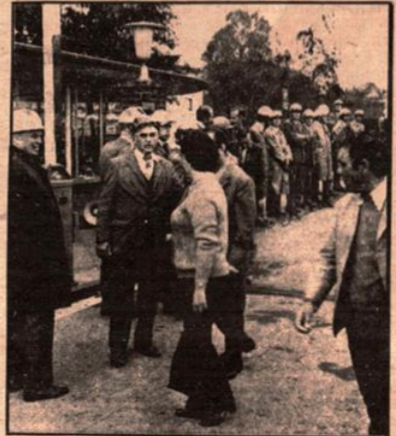
Am Donnerstag, den 23. August erscheinen die Kollegen wie üblich um sechs Uhr im Werk und stempeln. Sie versammeln sich dann am Werkstor. Angestellte, die zur Arbeit gehen, werden ausgepfiffen. Als LKWs ankommen, die ins Werk wollen, werden sie am Tor abgefangen und zurückgewiesen.

Die Kollegen ziehen vors Verwaltungsgebäude, und Delegationen der Vertrauensleute gehen regelmäßig hinein, um die neue Lage zu erfahren. Die Haltung der Kapitalisten bleibt jedoch unverändert. Sie beginnen jetzt lediglich zu stöhnen, daß ihre „Aufträge nicht termingerecht fertig werden", und andere Werke, die Karosserieteile und Autowerkzeuge aus Brackwede bekommen, müßten bei Andauern des Streiks kürzer treten. Das ist in der Tat ein Trumpf, den die Arbeiter dort in der Hand haben.

Mittags erreicht die Streikenden die Nachricht, daß ihre Kollegen in der Rheinstahl-Gießerei in Duisburg ebenfalls in den Streik getreten sind. Sie fordern eine Teuerungszulage von 250 Mark. Die Nachricht wird mit großem Jubel aufgenommen, und man erklärt sich solidarisch. Ebenso wird ein Solidaritätstelegramm an die streikenden Opel-Arbeiter verschickt.

Freitag, den 24.8.: Die Konzernverwaltung in Essen lehnt nach wie vor jegliche Verhandlungen ab. Der Arbeitsdirektor aus Essen erklärt: „Wir sind bereit, mit Ihnen zu sprechen. Aber wir werden mit Ihnen nicht über die Teuerungszulage verhandeln."





„Schutz"-Polizei im Rheinstahl-Werk

Inzwischen sind mehrere Solidaritätsbekundungen, vor allem aus dem Ruhrgebiet, bei den streikenden Kollegen eingegangen.

Die Vertrauensleute beschließen, zusätzlich zu den 60 Pf, die Bezahlung der Streiktage zu fordern. In einer Erklärung, die sie als Flugblatt unter den Kollegen verbreiten, grenzen sie sich auch von kommunistischen Flugblättern ab:

nistischen Flugblättern ab:

Hier der Wortlaut der Erklärung:

„Der Vertrauenskörper distanziert sich in aller Form vom Inhalt aller (!) Flugblätter, die bisher am Tor verteilt worden sind.

Wir bedauern die Haltung der Konzernleitung, die trotz wachsender Unruhe nicht bereit ist, sich mit dem Inhalt unserer Forderung auseinanderzusetzen.

Sie scheinen dabei außer acht zu lassen, daß von der Produktion bei Rheinstahl-Brackwede die LKW-Produktion von Daimler-Benz, Ford, Volvo und Berliet unter anderem abhängt.

Dies ist unsere Stärke!

Wir halten unsere Forderung von 0.60 DM/Std. und die Bezahlung der Streikstunden für durchaus gerechtfertigt.

Um weiteren Schaden durch Produktionsausfall zu vermeiden, haben einsichtige Arbeitgeber die

haben einsichtige Arbeitgeber die

Forderungen ihrer Arbeiter bereits erfüllt."

Die Vertrauensleute der
Fa. Rheinstahl



Fortsetzung Ford Köln

Privatagenturen angeheuert, die eine Spezialausbildung in Schießen, Karate usw. haben. (Wir berichteten z.B. über die Agentur Mihm im ARBEITERKAMPF 29/73). Ebenfalls gelingt es den Kapitalisten immer wieder, treu ergebene leitende Angestellt und andere Arschkriecher gegen die Arbeiter aufzuhetzen.

Sowohl bei den Streiks bei John Deere, Klöckner, und jetzt bei Ford wurden diese Schlägerbanden eingesetzt. Bei Ford waren es die berühmten „Arbeitswilligen", die laut Presse in einem Demonstrationszug riefen: „Wir wollen arbeiten" und schließlich Polizei-„schutz" anforderten.

Das von diesen „Arbeitswilligen" mitgeführte Transparent „Wir wollen arbeiten" hatte die Werksleitung zur Verfügung gestellt, Jetzt, 14 Tage nach Ende des Streiks, erklärt sogar der IGMetall Sekretär Wintgen gegenüber der „Frankfurter Rundschau" (14.9.): *„Diese Gegendemonstration der Arbeitswilligen ist von Managern, Meistern und Obermeistern organisiert worden. Dazu ist über Hallenmikrofon in der Halle FK aufgerufen worden."*



Bullenterror

Ein Artikel der „Kölnischen Rundschau" vom 31.8. enthüllt, daß die Kapitalisten und der Staatsapparat alle Vorbereitungen getroffen hatten, die Arbeiterstreiks zu zerschlagen. Das entlarvt gleichzeitig die Behauptung Willy Weyers, die Polizei sei 'nur' gegen „betriebsfremde Agitatoren" eingesetzt worden, als Lüge:

„Durch eine zufällige Bemerkung von Public Relations Chef Klausdieter Banzhaf wurde bekannt, daß sich sowohl Bundespräsident Gustav Heinemann als auch Bundeskanzler Willy Brandt stündlich über den Verlauf des wilden Streiks in Niehl informiert hatten."

Banzhaf mutmaßte, daß von Bonn aus eine 'politische Entscheidung' herbeigerufen worden wäre, wenn der Ausstand gestern noch angehalten hätte. 'Nicht der nordrhein-westfälische Innenminister hätte das Signal zum Polizeieinsatz gegeben. Das wäre auf Bundesebene entschieden worden.'

Dem NRW-Innenminster Weyer, der am Mittwoch den Höhepunkt des Streiks vom Helikopter aus verfolgt hatte, bescheinigte Personalchef Bergemann 'eine sehr sorgfältige Beobachtung der Situation bei uns.' Weyer hielt Ford deshalb so gut im Auge, weil sich am Mittwoch die Anzeichen gehäuft hatten, daß weitere Betriebe in der nordrhein-westfälischen Metallindustrie kurz vor dem Streik stünden. Um ein Übergreifen des Funkens von Köln-Niehl auf andere Werke möglicherweise schon im Ansatz ersticken zu können, waren im Ruhrgebiet starke Polizeikräfte zusammengezogen. Dieses Gerücht hielt sich gestern bei den Streikbeobachtern in den Ford-Werken.

Auch die Autobahnpolizei rings um Köln lag von Mittwoch abend an in Bereitschaft, um bei einer Eskalation in Niehl ihren Schutzpolizei-Kollegen helfen zu können." („Kölnische Rundschau 31.8.).

Nach dem Streik

Das Ergebnis: eine einmalige Teuerungszualge von DM 28o,– und Bezahlung der Streikzeit.

Die übrigen Forderungen sind nicht erfüllt worden, sondern vielmehr wieder den Verhandlungen von Betriebsrat und Werksleitung überlassen.

Dagegen stehen die Entlassungen von zur Zeit etwa 1oo am Streik beteiligten Arbeiter, die Vorbereitung der Abschiebung türkischer Kollegen. Die ursprünglich wegen der Verspätung entlassenen 5oo türkischen Kollegen sind nicht wieder eingestellt worden. ■

Metall-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

Streiks bei Rheinstahl – Kurzarbeit bei Hanomag Henschel

„Infolge der Arbeitsniederlegung bei Rheinstahl in Brackwede ist die Belieferung unseres Werkes mit wesentlichen Teilen ... seit Tagen unterbrochen. Die Lagerbestände werden heute verbaut sein, so daß die Fahrzeugproduktion bis auf weiteres eingestellt werden muß."

Mit dieser Meldung wurden in den Hanomag-Henschel Werken Hamburg-Harburg und Bremen 800 bzw. 1600 Kollegen von einem Tag zum anderen auf Kurzarbeit gesetzt. Die Kurzarbeit dauerte vom 30.8. bis einschließlich 4.9.

Der Grund: Durch ihren Streik verhinderten die Rheinstahl-Arbeiter die Produktion der Vorderwände für Hano-LKWs und vereitelten auch mehrfach Versuche der Werksleitung, die auf Lager befindlichen Wände aus dem Werk zu schaffen.

Es zeigt sich an dem Vorgehen der Kapitalisten bei Hanomag, daß die bürgerlichen Gesetze eindeutig gegen die Arbeiter gerichtet sind und die Kapitalisten begünstigen. Nicht nur, daß der Streik der Arbeiter als „wild" und illegal gilt und massiv bekämpft wird, sondern darüber hinaus geben die Gesetze den Kapitalisten die Möglichkeiten, Streikfolgen auf die Arbeiter abzuwälzen:

- So spart Hanomag die Löhne, da das Kurzarbeitergeld aus den Sozialversicherungsbeiträgen gezahlt wird.
- In einzelnen Fällen erhalten die Arbeiter nur 50% (!) ihres Normallohns, die Hanomag-Werksleitung weigert sich, den Differenzbetrag zu zahlen.



Auch der verzweifelte Versuch eines Rheinstahl-Direktors, einen Zulie-fer-LKW für Hanomag aus dem Bielefelder Werk zu schleusen, mißlang. Die Arbeiter verhinderten den Abtransport der Vorwände.

Auch so versuchen die Kapitalisten, die Arbeiter verschiedener Betriebe gegeneinander auszuspielen und die Arbeitersolidarität zu bekämpfen: Die Rheinstahlarbeiter werden für Kurzarbeit und geringeren Lohn verantwortlich gemacht.

Hanomag-Zelle, Hamburg

Fortsetzung Streik Rheinstahl

Am Sonnabend, den 25. August, wurden trotz von der Geschäftsleitung angekündigter „Feiertagsruhe" an den Werkstoren Streikposten aufgestellt. Die Richtigkeit dieser Maßnahme bewies sich prompt: Die Streikposten verhinderten den Abtransport von versandfertigen Einzelteilen.

Zu Beginn der nächsten Woche zeigt sich ein kaum verändertes Bild. Die Kollegen versammeln sich, wie an den Tagen davor, vor dem Werkstor und diskutieren die Lage. LKWs, die aufs Werksgelände wollen, werden von ihnen abgewiesen. Die Kapitalisten zeigen unverändert keine Bereitschaft zu Zugeständnissen. Der Vertrauenskörper beschließt, auf den Erfahrungen der Streiks in anderen Betrieben aufbauend, als weitere zusätzliche Forderung: **Kein Kollege darf aufgrund des Streiks entlassen werden!**

Nach dem Bekanntwerden der Niederlage der Opel-Arbeiter treten die ersten Anzeichen von Resignation bei Teilen der Kollegen auf. Dazu kommt, daß inzwischen die IGM-Führung mit dem Gesamtmetallverband Verhandlungen aufgenommen hat, was zur resignativen Stimmung mit beiträgt.

Die Gunst dieser Situation nutzend, gibt der Betriebsrat gemeinsam mit einem Teil des Vertrauenskörpers eine Erklärung am Mittwoch, den 29.8.,ab, in der die Arbeiter aufgefordert werden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Als Begründung dafür war die Zusage der Geschäftsleitung angegeben, *„die zu erwartenden Vereinbarungen zwischen den Tarifpartnern für jedes Belegschaftsmitglied voll wirksam werden zu lassen, mit dem Betriebsrat nochmals über eine Entlohnung der nachzuholenden Ausfallstunden sowie über alle anstehenden Probleme kurzfristig zu verhandeln. Außerdem sollte keine Maßregelung der im Ausstand befindlichen Belegschaftsmitglieder erfolgen. Begrüßt wurde in dem Flugblatt auch die in Aussicht stehende Lösung zwischen den Arbeitgeberverbänden und der IG Metall."* (lt. „NWZ", 30.8.)

Ein großer Teil der Vertrauensleute distanziert sich jedoch nach Bekanntgabe dieser Erklärung wieder davon. Sie waren davon nicht informiert.

Ein Teil der Arbeiter geht tatsächlich an den Arbeitsplatz – wird aber sofort wieder durch die Streikenden überzeugt, weiter zu streiken.

Daraufhin ruft der Betriebsrat die vor dem Werkstor versammelten Kollegen erneut zu einer Betriebsversammlung auf. Die Kollegen weigern sich, dort hinzugehen, da zu erwarten war, daß hier weiter zur Arbeit aufgerufen werden sollte.

Nun tritt der Geschäftsführer der IG Metall Bielefeld, Helmut Wullenkord, auf: *„Es geht darum, nicht nur ans Heute sondern auch an morgen und übermorgen zu denken!"* und *„Ihr verliert schließlich Tag für Tag Euren Lohn. So schwer es auch ist, jetzt muß es weitergehen, und es hat keinen Zweck, nach Schuldigen zu suchen. Wir sehen keine Möglichkeit, zu anderen Ergebnissen zu kommen als bisher ... Auf alle Stunden, die nachgeholt werden müssen, gibt es jetzt aber die tariflichen Zuschläge."* („Neue Westfälische")

Auf die Pfiffe und Rufe der Kollegen zu diesen abwieglerischen Redensarten beteuert Wullenkord „in großer Sorge":

„Ich spreche zu Euch als Kollege, glaubt mir doch!"

Gelächter und Pfiffe sind die Antwort der Arbeiter.

Immerhin gehen schließlich doch fast 500 Kollegen auf die Betriebsversammlung, wo dann der größte Teil von ihnen sich überreden läßt, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Der Streik wird abgewürgt – durch Schlägereien – Aussperrung – und Polizeiterror !

Dies nutzen die Kapitalisten jetzt aus, um die Streikfront aufzuspalten. Der technische Werksleiter Stender fordert die vor den Werkstoren versammelten Kollegen nochmals auf, jetzt an die Arbeit zu gehen: *„Eure Kollegen arbeiten, wer auch will, kann kommen."* („NWZ")

Als die Arbeiter sich auch jetzt nicht beirren lassen, werden die Werkstore von den Kapitalisten geschlossen, „um die Arbeitswilligen zu schützen", wie sie erklären. Die ausgesperrten Kollegen klettern über den Zaun aufs Werksgelände, wo sie sich zu einer Demonstration formieren. Der Zug, der durch alle Abteilungen marschiert, fordert die „Arbeitswilligen" auf, sich solidarisch zu verhalten und weiter mitzustreiken.



Streikversammlung der Rheinstahl-Kollegen

Werkschutzleute und Meister beginnen darauf Provokationen gegen die Streikenden und zetteln Schlägereien an. Einige werden verletzt. Trotzdem wird der Streik noch weitergeführt.

Am Abend erklären die Kapitalisten dann, daß das Werk am nächsten Tag vorübergehend geschlossen wird: *„Um die persönliche Sicherheit der Belegschaftsmitglieder nicht zu gefährden, ist beschlossen worden, das Werk Brackwede am Donnerstag, 30. August nicht arbeiten zu lassen. Arbeiter und Angestellte werden gebeten, das Werk am Donnerstag nicht zu betreten. Der erneute Arbeitsbeginn wird durch die Presse bekanntgegeben."* („NWZ")

Es handelt sich also um eine Aussperrung.

Die örtliche IGM-Führung reagiert darauf, indem sie nun diskutiert, ob man überhaupt „Aussperrung" dazu sagen könne, da dies ja ein „wilder Streik" sei. Eine Unterstützung für die Arbeiter wird hier nicht erwogen, wie die anderen Tage auch.

Auch am Freitag bleibt das Werk geschlossen.

Der Vertrauenskörper beschließt in einer Sitzung, für Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. Dann informieren die Kapitalisten über ihre Presse die Arbeiter davon, daß die Arbeit am Montag-Morgen wieder „normal" beginnt.

Montag-Morgen, 3.8. um sechs Uhr:

Das gesamte Werksgelände ist von etwa 250 Polizisten besetzt. Sie sind mit Schlagstöcken, Helmen und Hunden bewaffnet und patrouillieren so um die Werkshallen und ums Werksgelände. In den Werkshallen befinden sich außerdem vollbesetzte Mannschaftswagen der Polizei. Zusätzlich wimmelt es im Werk von einer erheblichen Anzahl Spitzel und anderen zivilen Bullen, die die Streikführer herausfinden sollen.

Die Arbeiter sind auf so einen massiven Bulleneinsatz nicht vorbereitet, als sie zum Werk kommen. Sie lassen sich von diesem Aufgebot einschüchtern und begeben sich zum größten Teil „freiwillig" an ihren Arbeitsplatz.

Kollegen, die sich während des Streiks besonders gut eingesetzt haben, werden gleich vorne am Tor, auf Hinweise von Direktoren und Meistern, verhaftet, „aus polizeirechtlichen Gründen", wie die Polizei sagt. Nur in einem der vier Teilwerke versuchen die Arbeiter, den Streik noch fortzuführen. Um sieben Uhr stellen die Kapitalisten ihnen ein Ultimatum: Wenn bis 7.15 Uhr die Arbeit von ihnen nicht aufgenommen wird, werden sie von der Polizei vom Werksgelände ‚entfernt'!

Mehrmals fordern Geschäftsleitung und Polizei die Arbeiter zur Arbeitsaufnahme auf.

Unter Auseinandersetzungen werden weitere Arbeiter von den Bullen verhaftet. Dies führt schließlich dazu, daß auch die restlichen Kollegen jetzt entmutigt in die Halle gehen.

Insgesamt sind 12 Arbeiter, darunter sieben Griechen, drei Türken, ein Jugoslawe und ein Deutscher verhaftet worden. Vier von ihnen wurden nach wenigen Stunden wieder freigelassen, die anderen sollen wegen „Nötigung" angeklagt werden, und müssen dann mit der Ausweisung in ihre Heimatländer, wo zum größten Teil faschistische Diktaturen herrschen, rechnen.

Besonders hervorzuheben ist nochmals, wie auch in anderen Streiks der letzten Wochen, der Versuch, die ausländischen Kollegen von den deutschen abzuspalten und gegen sie zu hetzen. Das um so mehr, da auch hier die Solidarität und das hohe Kampfbewußtsein die ausländischen Kollegen führend in den Streik eingreifen ließ. Diese hohe Kampfmoral, die sie auch gegenüber manchem deutschen Kollegen auszeichnet, versuchten die Kapitalisten zum Ansatz einer Spaltung zwischen den ausländischen und deutschen Kollegen zu benutzen. So erklärte der Direktor Stender in der entscheidenden Phase des Kampfes: *„Das Temperament unserer ausländischen Kollegen kühlt sich auch mal ab, und dann wollen wir erneut diskutieren."* Als wenn das eine Frage des Temperaments ist. Die Presse verbreitet sogar das Gespenst der mordlustigen Türken: *„Wenn morgen ein Deutscher arbeitet, wir machen alle tott"*, so behauptet die „NWZ" am 30.8., hätte angeblich ein Türke gesagt. (Es wurde in der „NWZ" „tott" mit doppel-t geschrieben, damit man den Akzent so richtig im Ohr klingen hat, was die Sache nochmal so bösartig macht.)

Für die Arbeiter ist das Streikergebnis als kompletter Mißerfolg zu bewerten. Das einzige „Zugeständnis", das die Kapitalisten machten: Die Kollegen können die Streiktage durch täglich zwei Überstunden, zu normalem Tariflohn (!) nacharbeiten, und in Notfällen dürfen sich Kollegen einen Vorschuß von 350 Mark davon auszahlen lassen. ■

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Rundfunkzensur beim NDR durch „Blohm & Voss"

Mehr als 130 000 Arbeiter und Angestellte kommen täglich aus Niedersachsen, Bremen und Schleswig-Holstein nach Hamburg zur Arbeit. Die meisten dieser sogenannten „Pendler" kommen aus Orten, die ca. 40 km von der Hansestadt entfernt sind, viele aber sind auch mehr als hundert Kilometer in jeder Richtung unterwegs.

Das bedeutet eine tägliche Verlängerung der Arbeitszeit um mehrere Stunden. Die Kollegen nehmen diese Strapaze stundenlanger Fahrten in zum Teil klapprigen und lärmenden Bussen nicht auf sich, um sich einen besonderen Luxus leisten zu können, sondern, weil sie an ihren Heimatorten keinen angemessen bezahlten Arbeitsplatz finden.

„Pendler" sind aufgrund der ständigen Übermüdung besonders Unfall gefährdet, ihre Arbeitskraft ist schneller verbraucht. „Pendler" sind ein Teil des Proletariats, der die Ausbeutung in besonders verschärfter Form erfährt.

Im Herbst 1971 schrieben die beiden Hamburger Rundfunk-Autoren Werner Borsbach und Sieghard Hennig eine Hörfunk-Sendung, die dieses Problem darstellen sollte: „Die Pendler oder: Ein Tag minus 15 Stunden". Die einstündige Sendung wurde Anfang Dezember 71 im dritten Programm ausgestrahlt, verschwand dann aber auf Intervention der Firma Blohm + Voss in den Archiven des NDR.

In einem Interview berichtete Werner Borsbach dazu:

„Daß diese Sendung so unerhört lebendig und fesselnd wurde, ist weniger das Verdienst von Sieghard Hennig und mir. Wir hatten ursprünglich sogar ein ganz anderes Konzept gehabt, mit großem formalem Ehrgeiz und vielen technischen Mätzchen." ...

„Durch Zufall gerieten wir aber bei unseren zahlreichen Gesprächen mit Pendlern (wir sind mehrmals mit den Bussen mitgefahren) an einen Arbeiter von Blohm + Voss, der bereit war, sein Alltagsleben ausführlich auf Tonband zu schildern. Sein Bericht war so eindrucksvoll, daß wir beschlossen, ihn zum Hauptteil unserer Sendung zu machen. So wirklichkeitsgetreu und eindringlich wie dieser Kollege, stellvertretend für die vielen, mit denen wir gesprochen hatten, die miese Lage der meisten Pendler schilderte, hätten wir selbst es nie schildern können." ...

„Wir ergänzten die Ausführungen dieses Kollegen durch Interviews mit dem Betriebsratsvorsitzenden von Blohm + Voss, einem Vertreter der Geschäftsleitung und dem DGB-Vorsitzenden des Landesbezirks Nordmark." ...

„Welche Wirkung eine solche ja sehr seltene Darstellung der Lage der Arbeiter durch einen Arbeiter selbst haben kann, ging aus einem Brief hervor, den wir von einem Studenten bekamen. Er schrieb: ‚Die hierbei zu Tage geförderten Fakten über die ökonomische und soziale Lage eines nicht unerheblichen Teils der arbeitenden Bevölkerung waren für mich neu und gerade deshalb so erschütternd. Diese Tatsachen entlarven Aussagen wie die von der Wohlstandsgesellschaft, in der es den Arbeitern so gut gehe wie nie zuvor, als hohle Phraseologie.' "

Eine solche Aufklärung wollte die Firma Blohm + Voss nicht dulden. Sie schrieb an den Programmdirektor des NDR u.a.:

„Nach Anhören der Sendung müssen wir leider feststellen, daß durch Schnitte und gezielte Auswahl in widersprüchlicher und die Tatsachen teilweise entstellender Weise ein außerordentlich negatives Bild unseres Unternehmens vermittelt wurde. Bei dem von Herr Hennig ohne unser Wissen (!) befragten Belegschaftsmitglied handelt es sich nach unserer Auffassung entweder um einen Mann, der bei uns nicht beschäftigt ist, oder aber um eine mit fingiertem Namen zitierte Person. Inzwischen haben wir auch von einigen Belegschaftsmitgliedern, die zu den in der Sendung angesprochenen „Pendlern" gehören, empörte Stellungnahmen bekommen. Wir bedauern es sehr, daß Sie eine solche Sendung zugelassen haben, ohne uns zuvor über Ihre Absichten zu informieren (!) ... **Wir möchten Sie bitten, dafür zu sorgen, daß diese Sendung nicht weitere Verbreitung findet. Im übrigen werden wir unsere Bereitschaft, Mitarbeiter Ihres Hauses durch Informationen zu unterstützen, künftig davon abhängig machen, daß Sie uns eine faire Berichterstattung garantieren."**

Diesem Wunsch kam die Leitung des NDR nach. Entgegen sonst üblichem Vorgehen wurde die Sendung, obwohl vor dem Blohm + Voss-Brief hoch gelobt, nicht wiederholt. Dadurch hatten die Autoren natürlich eine empfindliche finanzielle Einbuße – ein vorzügliches Mittel, um Journalisten davon abzuschrecken, Partei für die Arbeiterklasse zu ergreifen.

Nach zwei Jahren war es jetzt den beiden Autoren gelungen, eine Übernahme durch Radio Bremen zu erreichen. Die Sendung lief am 13. September, 21.15 – 22.15 Uhr im 2. Programm. ■

Journalisten-Zelle,
KB/Gruppe Hamburg

Planübung „Arbeitskampf"

Wie sich die Polizei auf Streiks vorbereitet



DIE POLIZEI – DEIN FREUND UND HELFER: Immer im Verhältnis 4 zu 1

Im Verlauf der jüngsten Streikbewegung, die ihren Schwerpunkt in der nordrhein-westfälischen Metallindustrie hatte, wurde von den Kapitalisten in zahlreichen Fällen Polizei angefordert und in mehreren belegten Fällen zur gewaltsamen Niederschlagung der Arbeitskämpfe eingesetzt. Besonders bekannt wurde der Bullenterror gegen die streikenden Kolleginnen und Kollegen bei

den Hella-Werken in Lippstadt und Paderborn, wo mehrere Hundertschaften Bereitschaftspolizei auf die Streikposten (vornehmlich ausländische Kollegen) einknüppelten und für die Dauer des Arbeitskampfes das Werksgelände besetzt hielten (siehe dazu auch AK 31, S.8);

der A. Pierburg Autogerätebau KG in Neuß, wo die Besatzungen von rund 20 Streifenwagen die von Arbeiterinnen blockierten Werkstore „räumten" und dabei nicht davor zurückschreckten, streikende Frauen krankenhausreif zu schlagen (siehe hierzu AK 32);

den Ford-Werken in Köln, wo mehrere Hundertschaften Bereitschaftspolizei, als Arbeiter verkleidete Zivilbullen und Schlägertrupps von „betriebstreuen Mitarbeitern" (leitende Angestellte, Meister, Vorarbeiter etc.) den Streik der Automobilarbeiter brutal niederschlugen – das alles wurde direkt vom nordrhein-westfälischen Innenminister Weyer (FDP) vom Hubschrauber aus geleitet (siehe dazu den Artikel in dieser Ausgabe).

Aus Anlaß der jüngsten massiven Polizeieinsätze gegen streikende Arbeiter – und aus der Einschätzung heraus, daß der staatliche Terror gegen die kämpferischen Teile der Arbeiterklasse in der nächsten Zeit zunehmen wird – veröffentlichen wir im Folgenden ein Dokument, in dem ein Polizei-Stratege selbst Richtlinien für Einsätze bei Arbeitskämpfen entwickelt. In bemerkenswerter Offenheit schildert ein Polizeirat an einem Modellfall, wessen Rechte die Polizei wie zu verteidigen gedenkt. Die Tatsache, daß diese „Planübung" bereits 1965 (!) entwickelt wurde und seitdem der Ausbildung und Schulung der Polizeischüler dient, macht darüberhinaus deutlich, daß die Organe der kapitalistischen Ordnung v o r b e u g e n d für kommende Klassenkämpfe ausgerichtet und fit gemacht werden. (Ein Blick in die Statistik zeigt, daß in den Jahren 1964/65 mit am wenigsten gestreikt wurde in der Nachkriegszeit Westdeutschlands!!!)

Wir haben darauf verzichtet, unsererseits irgendwelche Hervorhebungen im Text zu machen. Die Ausführungen sprechen für sich!

Metall Komitee, KB/Gruppe Hamburg

Die Streiklage

Am 22. März 1965, 06.45 Uhr, kommt es kurz vor Beginn der Frühschicht vor den Werktoren der „Westdeutschen Stahlwerke" (WSW) in der Hauptstraße der A – Stadt zu ernsten Ausschreitungen einer offensichtlich aufgehetzten Menge von 200 bis 300 Streikenden gegen Arbeitswillige, die ihre Arbeit aufnehmen wollen. Dabei werden etwa zehn Personen, darunter auch Frauen und Angestellte, verletzt.

Das sofort von der Werksleitung und eigenen zur Aufklärung eingesetzten Beamten alarmierte zuständige 3. Polizei-Revier setzt unverzüglich eigene und unterstellte Kräfte in Stärke von 1 : 18 zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung ein. Bei ihrem Erscheinen werden die Beamten von der Menge mit Pfui-Rufen und Steinwürfen empfangen. Die Aufforderung über Lautsprecher, auseinanderzugehen und die Umgebung der Stahlwerke zu verlassen, wird erst nach Wiederholung und Ankündigung von polizeilichen Zwangsmaßnahmen nur zögernd und nur zum Teil befolgt. Aufgrund von Aussagen Festgenommener und nach überörtlichen kriminalpolizeilichen Erkenntnissen liegen bestimmte Anhaltspunkte dafür vor, daß radikale, vermutlich von außen gesteuerte Kräfte mit Schwerpunkt A – Stadt den gewerkschaftlichen Streik für folgende Ziele mißbrauchen wollen:

- Aufhetzung der Streikenden
- Einschüchterung der Arbeitswilligen
- Lahmlegung der Produktion
- Stiftung von Unruhe und Unzufriedenheit in der Bevölkerung
- Politisierung des Streiks mit umstürzlerischen Absichten

Diese Nachrichten, die Vorgänge vor den Stahlwerken am frühen Morgen und eine vertrauliche Mitteilung der Gewerkschaft, daß im Laufe des Tages auch in anderen Industriebetrieben des Landes, insbesondere aber in der Stadt, mit ähnlichen Störaktionen zu rechnen sei, veranlassen den Polizeipräsidenten von A – Stadt, beim Innenministerium seines Landes die Unterstellung der bereits seit wenigen Tagen in Alarm-Bereitschaft liegenden Bereitschaftspolizei-Abteilung I (BPA I) zu beantragen. Dem Antrag wird stattgegeben. In einer um 8.15 Uhr im Polizei-Präsidium mit Vertretern verschiedener Stellen stattfindenden Einsatzbesprechung erhält der Führer der BPA I vom Leiter der Schutzpolizei A – Stadt, dem vom Polizeipräsidenten die Gesamtleitung aller durch die Streiklage notwendigen Einsatzmaßnahmen übertragen wurde, folgenden mündlichen Befehl, der ihm später schriftlich nachgereicht wird:

„1. Die Streiklage hat sich verschärft. Nach vorübergehender Zerstreuung haben sich nach einer soeben erhaltenen Meldung erneut etwa 500 Personen vor den Werkstoren der Stahlwerke angesammelt. Der Verkehr ist erheblich beeinträchtigt. Ein Verkehrsunfall hat bereits zwei Verletzte gefordert. In Flugblättern wird zu Gewaltmaßnahmen gegen Arbeitswillige und Werkseinrichtungen aufgefordert und gegen die Regierung gehetzt.

Einige Rädelsführer konnten erkannt und fotografiert werden.

Versuche der Gewerkschaft, auf die Menge beruhigend einzuwirken und den Streikablauf in geordnete Bahnen zu lenken, bleiben ohne Wirkung.

Es liegen bestimmte Anhaltspunkte dafür vor, daß radikale, vermutlich von außen gelenkte Kräfte den Streik für ihre umstürzlerischen Absichten mißbrauchen wollen.

Es ist daher im vorgesehenen Schwerpunkt A – Stadt jederzeit mit weiteren ernsten Störaktionen und Zwischenfällen ab sofort zu rechnen, insbesondere mit Ausschreitungen gegen Arbeitswillige beim nächsten Schichtwechsel um 15.00 Uhr.

Im Eisenwerk „Union" in A – Stadt ist die Streiksituation ebenfalls angespannt. Dort haben sich vor den Werkstoren etwa 200 Streikende angesammelt. Zu ernsteren Ausschreitungen ist es jedoch dort noch nicht gekommen. Das Verhalten der Streikenden läßt aber auch dort und an verschiedenen Stellen der Stadt Störaktionen befürchten.

Aufgaben und Lösungen

Erste Aufgabe: Entschluß des Abteilungsführers

Lösung

1) Ab sofort verstärkte Aufklärung im engeren und weiteren Bereich der Stahlwerke.

2) Auflösung der Ansammlung vor den Werkstoren, Festnahme von Rädelsführern und Sicherstellung von Beweismaterial sowie Verhinderung weiterer Ansammlungen und Verkehrsbehinderungen.

3) Schutz der Arbeitswilligen vor Belästigungen und Tätlichkeiten bei der An- und Abfahrt unter Einbeziehung ihrer Wohnbereiche.

4) Schutz der wichtigen Betriebsanlagen.

5) Bereithalten einer starken Reserve.



Dieser gepanzerte „Gruppenwagen" (so die offizielle Bezeichnung) wurde in Nordrhein-Westfalen in sechs Exemplaren vom Innenminister bestellt und wird demnächst zu einem Stückpreis von 13 000 DM geliefert.
Wie wir bereits im ARBEITERKAMPF 30 berichteten, ist dieser Kauf Teil eines umfassenden Aufrüstungsprogramms für die Polizei Nordrhein-Westfalens.
Der in Gemeinschaftsarbeit von Daimler-Benz und Rheinstahl hergestellte Kampfwagen bietet zehn Personen Platz, erreicht eine Geschwindigkeit von 80 Kilometern in der Stunde und hat auf dem Dach zwei Luken für MG-Schützen.

Zweite Aufgabe: Befehl des Abteilungsführers

Lösung

Mündlich persönlich an Führer der Hundertschaften eins bis vier und die Sachbearbeiter „Schutzpolizei; Einsatz, Verwendung und Organisation (S 1)" und Schutzpolizei; Fernmeldewesen (S IV), die der Abteilungsführer zur Besprechung mitgenommen hatte:

1) Die verschärfte Streiklage, insbesondere bei den Stahlwerken, ist ihnen bekannt.

2) 3. Polizei-Revier überwacht Ansammlungen in Stärke von 500 Streikenden vor den Werkstoren und hat Verkehr auf der Hauptstraße in Richtung Stadtmitte über die Südstraße ... umgeleitet. Kanalstraße ist zwischen Oststraße und Weststraße gesperrt.

Einzeldienstkräfte und Einsatzhundertschaft des Polizeipräsidiums A – Stadt schützen Arbeitswillige und Anlage der „Union" Eisenwerke und anderer Betriebe.

3) Die BPA I zerstreut sofort Ansammlungen im Raume Stahlwerk, übernimmt sofort verstärkte Aufklärung im engeren und weiteren Bereich des Werkes, verhindert weitere Ansammlungen und schützt unter Bereithaltung einer starken Reserve Arbeitswillige und wichtige Werksanlagen.

Hierzu sind mir unterstellt: 16 Beamte der Kripo und ein Wasserwerfer.

4) Zur Durchführung befehle ich: 1. Hundertschaft mit vier unterstellten Kripo-Beamten und unterstellten Wasserwerfern löst sofort Ansammlungen vor den Werkstoren der Stahlwerke auf, übernimmt verstärkte Aufklärung vom 3. Pol.-Revier im engeren und weiteren Bereich, verhindert weitere Ansammlungen, hält anliegende Straßen und Werkstore frei, nimmt Rädelsführer fest und stellt Beweismaterial sicher. 2. Hundertschaft mit vier unterstellten Beamten der Kripo übernimmt heute ab 14.00 Uhr bis auf weiteres in Zusammenarbeit mit dem Werkschutz den Schutz wichtiger Anlagen des Stahlwerks.

Dazu ist die Hundertschaft ins Werk zu verlegen.

3. Hundertschaft mit vier unterstellten Personen der Kripo übernimmt vom nächsten Schichtwechsel ab bis auf weiteres den Schutz der Arbeitswilligen bei der An- und Abfahrt unter Einbeziehung der Wohnbereiche.

4. Hundertschaft mit drei unterstellten Beamten der Kripo hält sich ab sofort im Hintergebäude des 3. Polizeireviers als Reserve einsatzbereit.

Festgenommene sind zur ersten Vernehmung zunächst dem 3. Polizei-Revier zuzuführen. Weitertransport zur Festgenommenenansammel- und Vernehmungsstelle der Einsatzleitung im Polizeipräsidium übernimmt 3. Polizei-Revier.

Zur Aufklärung sind Kriminalbeamte einzeln oder in Trupps einzusetzen. Ihre Ausrüstung mit Fotogerät ist vorteilhaft. Bildmaterial erleichtert die Strafverfolgung.





Mit Mps bewaffnete Spezialeinheiten sind in 45 Minuten an jedem „Krisenherd" in der BRD!

Forts. ‚Arbeitskampf'

Polizeihunde sind wertvoll beim Einsatz im Objektschutz. Ein sonstiger Einsatz ist aus psychologischen Gründen sehr gefährlich und daher zu vermeiden.

Berittene Polizei ist zum Sichern, Räumen und Freihalten mit guter Wirkung verwendbar.

Der Wasserwerfer ist das wirksamste Mittel zum Räumen von Straßen und Plätzen. Sein Einsatz hat außerdem eine stark abkühlende und entspannende Wirkung.

Besonders zu überwachen sind: Werkseingänge, Notausgänge, Zufahrtstraßen, Straßenbahn- und Omnibushaltestellen, Kanalisation, Bahn- und Wasseranschlüsse, lebenswichtige Betriebseinrichtungen, Streiklokale und Werkskantinen.

Arbeitswilligen ist notfalls durch Öffnung breiter Durchlaßgassen, die nicht eingedrückt werden können, die Möglichkeit zu verschaffen, ihre Arbeitsstelle zu betreten oder zu verlassen.

Werkseingänge sind hierzu offenzuhalten durch Einsatz starker Kräfte vor dem Tor und Bereithalten einer Reserve hinter dem Tor.

Bei Sperrung eines Tores sind schwache Kräfte vor dem Tor einzusetzen und starke Kräfte als Reserve hinter dem Tor bereitzuhalten.

Zur Festnahme von Rädelsführern sind Greiftrupps bereitzustellen und durch eine schnell zu bildende Gasse überraschend anzusetzen. Für einen sofortigen und gesicherten Transport zur Festgenommenensammel- und Vernehmungsstelle ist zu sorgen. Widerstand und Gefangenenbefreiung sind dabei zu verhindern.

Arbeitswillige sind zu schützen durch Begleitung von Bahnhöfen und Haltestellen öffentlicher und privater Verkehrsmittel, durch Bildung von Konvois privater Fahrzeuge von Arbeitswilligen mit polizeilicher Begleitung, durch Begleitung öffentlicher Verkehrsmittel, durch motorisierte Streifen in die Wohngebiete und umgekehrt und ggf. durch Einrichten von Wachen in den Wohnbereichen.

Schutz der Parkplätze, auf denen Arbeitswillige ihre Fahrzeuge abgestellt haben.

Kontrolle betriebs- und ortsfremder Personen.

○

Unter Verwendung einer Planübung bearbeitet von Polizeirat Josef Müller, Hiltrup ■

Aus: „DIE POLIZEI", April 1965

Bosse und Polizei bauen Werkschutz auf und aus

Zur Verbesserung der Tätigkeit des Wach- und Werkschutzes der Großunternehmen hat die Bundesvereinigung der Arbeitgeber (BDA) beschlossen, im letzten Quartal dieses Jahres eine Reihe von Speziallehrgängen für Pförtner, Wach-, Ordnungs- und Ermittlungspersonal durchzuführen.

Vorgesehen sind dabei drei Grundlehrgänge, ein Aufbaulehrgang und Speziallehrgänge für Fotographie und Verwendung von „Schutzhunden".

Auftakt bildet ein „Seminar für Werkschutzleiter", das vom 17.-18. Oktober im Verwaltungsgebäude des BDI in Köln durchgeführt wird.

Die „Spezialisten" treffen sich danach zu mehreren Kursen in Haltern (Westfalen).

Das BDA-Präsidium ließ wissen, daß „erfahrene Werkschutzleiter und leitende (!) Polizeibeamte" als Instrukteure gewonnen werden konnten.

Der „Ermittlungslehrgang" wird eine Woche dauern (Beginn 26. November); der „Lehrgang für Fotographie als Beweismittel bei besonderen Ereignissen im Betrieb" wird fünf Tage dauern; am 4. Dezember beginnt ein zweitägiger Kursus „für die Verwendung von Schutzhunden".

Organisator dieser Kurse ist der „Verband für Sicherheit in der Wirtschaft e.V." ■

(nach Berliner EXTRA-DIENST)

Treffen auf 40 m genau. – Die Ziel-Attrappen sind menschliche Figuren ohne Arme und Beine („kampfunfähig" schießen ist nicht mehr vorgesehen)

Bundeswehrübung gegen Streikende

Unter dem Decknamen „Römerkastell" übten Bundeswehreinheiten der 2. Division in Hessen den Bürgerkrieg. In der „Feindlage" wurde angenommen, daß die Arbeiter des Henschelwerkes in Kassel streikten; außerdem sollte der Einsatz gegen „unruhige Soldaten eines Munitionsdepots" geübt werden. Bei der Übung gegen die Henschelarbeiter sollen die Soldaten, die den „Feind" spielten, die übliche Kleidung der Industriearbeiter getragen haben.

Diese Meldung aus der IGM-Zeitung „Metall" Nr. 15 Juli 73 und der „UZ" der DKP wurde von der Bourgeoisie bzw. ihren Handlangern im Staatsapparat nicht dementiert.

Ein „Ausrutscher allzu eifriger Militaristen" oder systematische Bürgerkriegsvorbereitungen?

In der Darstellung der sozialdemokratischen Gewerkschaftspresse und auch der „UZ" werden solche Übungen als etwas „Besonderes" als Überbleibsel des „Kalten Krieges" dargestellt. Ausgedacht und ausgeführt von Militaristen und Revanchepolitikern, die mit solchen Übungen die „Friedenspolitik" der Regierung sabotieren wollen.

Wer solche Übungen als etwas Besonderes als „Ausrutscher" einiger „Militärköppe" darstellt, streut der Arbeiterklasse Sand in die Augen, verschleiert den Blick für die Wirklichkeit.

Solche Übungen sind Ausdruck der systematischen Vorbereitung des Kapitals zum verschärften Kampf gegen die Arbeiterklasse.

Der Aufbau spezieller Bürgerkriegstruppen in der Bundeswehr wird seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze im Bundestag 1968, durch die sozialdemagogische Bundesregierung verstärkt vorangetrieben (s. hierzu „ARBEITERKAMPF" Nr. 31 Aug. 73, S. 12-15). Die Übungen gegen die eigene Bevölkerung wurden bisher vor der Masse der Soldaten getarnt als Übungen gegen den „kombattanten" Gegner, das heißt gegen den eingedrungenen – „äußeren Feind" – Fallschirmjäger usw.

Wenn diese Übungen jetzt offen gegen den „inneren" Feind (die Arbeiterklasse!) abgehalten werden, bedeutet das die politisch-ideologische Ausrichtung der Soldaten auf das „innere Feindbild". Die Vorbereitungen der Bourgeoisie auf den Bürgerkrieg erreichen damit eine neue Qualität. Arbeiter in Uniform sollen daran gewöhnt werden, gegen ihre streikenden Kollegen zu kämpfen. Aber nicht nur gegen „streikende Henschelarbeiter" soll der militärische Einsatz geübt werden, sondern auch gegen ihre uniformierten Kameraden, die nicht mehr bereit sind, für die Kapitalisten ihre Haut auf den Markt zu tragen und sich weigern gegen ihre Klassenbrüder zu kämpfen. ■

Militarismus-Kommission, KB-Gruppe, Hamburg

Der Streik der Müllwerker in Hannover

Am Montag Morgen, dem 10. 9.73, machten die hannoverschen Müllwerker ihre Drohung wahr und legten nach einer Betriebsversammlung, an der alle 800 Kollegen des Fuhramtes teilnahmen (unter ihnen ca. 1/3 Spanier), unbefristet ihre Arbeit nieder. Die Kollegen streikten für eine Forderung von 600 DM (netto) Teuerungszulage, um die enormen Preissteigerungen der letzten Zeit ausgleichen zu können. Für den Streik zur Durchsetzung der Forderung sprachen sich 799 der anwesenden 800 Kollegen aus. Obwohl die Vertreter von Stadtverwaltung und Müllamt sowie „ihr" gewählter Personalrat, massiv auf sie einredeten, von einem Streik abzusehen.

Nachdem die staatlichen Stellen ein „Angebot" einer Teuerungszulage zwischen 263 und 363 DM (brutto) unterbreitet hatten, sprach ein Vertreter des Vertrauensleutekörpers. Er sagte:

„Der Betriebsfriede kann in diesem Falle nur vom Arbeitgeber wieder hergestellt werden, indem er uns die 600 DM zahlt und nicht so miserable Angebote macht!"

Die ÖTV-Führung trat durch den Sekretär der Abteilung sehr wortradikal auf und bot sich als weiterer Verhandlungspartner für die Arbeitnehmerseite an.

Am Dienstag morgen kam es auch in Wolfsburg zu Streiks der Müllwerker, Gartenarbeiter und Totengräber. Dabei stürmten mehr als 100 Kollegen mit Pfiffen das Büro des Oberstadtdirektors im Rathaus, um ihrer Forderung nach 600 DM Teuerungszulage Nachdruck zu verleihen. Ebenfalls in Oberhausen kam es zu Streiks der Müllarbeiter, Straßenfeger und Kanalarbeiter um eine Teuerungszulage.

Streikende Müllwerker in Hannover halten ihr Depot besetzt

Das wird verdient (brutto)

- Müllwerker (Anfangsgehalt): 1073 Mark
- Straßenreiniger: 1222,77 Mark
- Pkw-Fahrer und Fahrer kleiner Lastwagen: 1127,41 Mark
- Spezialfahrer der großen Müllwagen: 1184 Mark
- Handwerker: 1243 Mark
- Küchenpersonal: 953 Mark

In Hannover traten 48 Vermessungshelfer in einen Solidaritätsstreik. Auch bei den Stadtwerken wurde ein Streik von den Belegschaften erwogen.

Nach drei Tagen Streik wurde dann plötzlich überall die Arbeit wieder aufgenommen. Die Vertreter der ÖTV hatten sich mit den Stadtverwaltungen auf einen „Kompromiß" geeinigt: 100 bis 300 DM netto Teuerungszulage (ganz nach Lohngruppe) und eine Urlaubsgeldzahlung von 63 DM war das Ergebnis. Beim näheren Hinschauen wird dabei deutlich, daß von der Verhandlungskommission ein schlechterer Abschluß „erkämpft" wurde, als das Angebot, das von der hannoverschen Stadtverwaltung schon vor dem Streik unterbreitet wurde. Der von SPD-„Kollegen" aus Stadtverwaltung und Gewerkschaftsführung geplante Anschiß der Müllwerker hatte geklappt. Das Rezept des Dampfablassens und der Wortradikalität durch die ÖTV-Funktionäre zur Niederhaltung von Arbeiteraktionen hat ein weiteres mal seinen Zweck erfüllt. Während der Streikaktionen zog die gesamte bürgerliche Presse alle Register zur Verteufelung des Streiks.

Zu einer Spitzenleistung an Demagogie brachte es die „Neue Hannoversche Presse", als sie in ihrer Ausgabe vom 12.9.73 schrieb:

„. . . Die Fluglotsen (!) haben es vorgemacht, was eine kleine Minderheit (!) anrichten kann. Bloß da konnten die Fluggäste auf andere Verkehrsmittel ausweichen. Wenn es aber kein Gas, Strom oder Wasser mehr gibt, dann können die Bürger der Landeshauptstadt nicht ausweichen.

Ein Streik bedeutet hier nicht nur Millionenschäden für die dann lahmgelegte Industrie (!!), sondern dann kann die Mutter für ihre Kinder nichts mehr kochen (!!!), . . . und was wohl das Schlimmste ist, die hygienischen Verhältnisse werden bald . . . zum Himmel stinken. Soll etwa bei uns wie in Neapel Cholera und Typhus ausbrechen?"

Nach dem Hinweis darauf, daß *„die Allgemeinheit . . . nicht Opfer eines Tarifstreiks werden* (kann)", wird die hannoversche Bevölkerung listig zur „Selbstverteidigung" animiert. Das geschieht so:

„Wir verraten wohl kein Geheimnis (!), daß eine derartige Ausweitung bei den Bürgern unserer Stadt nicht nur auf Unverständnis (!), sondern auf völlige Ablehnung (!!), ja auf Empörung (!!!) stoßen wird." ■

Gewerkschaftskomitee Hafen (ÖTV) KB/Gruppe Hamburg

Reichhold Albert Chemie AG Hamburg:

Von den Nazis abgeguckt

Kapitalisten und SPD-Betriebsrat wollen betriebliche Vertrauensleute einführen.

Im Hoechst-Konzern wurden die „betrieblichen Vertrauensleute" 1967 durch eine Betriebsvereinbarung mit dem Betriebsrat (BR) eingeführt. Bei der Reichhold Albert Chemie AG, die 67 vom Hoechst-Konzern übernommen wurde, machte die Geschäftsleitung im Herbst 71 den ersten Vorstoß, die betrieblichen Vertrauensleute (BVL) einzuführen.

Dies scheiterte damals am entschiedenen Widerstand des jungen, im Frühjahr 71 gewählten gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper, der gerade im Sommer bei Reichhold einen Vollstreik organisiert hatte und starken Rückhalt in der Belegschaft hatte. Der damals amtierende BR – geführt vom rechten Sozialdemokraten Teschner – war an sich gar nicht so abgeneigt, die Betriebsvereinbarung mit der GL abzuschließen, mußte jedoch in Anbetracht der im Frühjahr 72 anstehenden BR-Wahlen auf die Stimmung der Belegschaft Rücksicht nehmen, in deren Augen er ohnehin wegen seiner ablehnenden Haltung dem Streik gegenüber keine gute Figur machte.

In diesen Wochen liegt die Betriebsvereinbarung wieder auf dem Tisch des Betriebsrates. Die Chance für die Belegschaft, den Abschluß ein zweites mal zu verhindern, ist sehr klein geworden, denn die Situation hat sich im letzten Jahr stark zuungunsten der Belegschaft verändert:

Bei der BR-Wahl 72 gewann zwar die IG-Chemie-Liste gegen den auf einer unabhängigen Liste kandidierenden alten BR unter Teschner die Mehrheit im BR. Diese Mehrheit entwickelte sich allerdings unter den Schlägen der Geschäftsleitung und dem zunehmenden Einfluß seitens der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung immer mehr nach rechts, so daß gegenwärtig kaum noch ein Unterschied zwischen der Politik der IG-Chemie-BRs und der der Teschner-Anhänger zu verzeichnen ist. Einen weiteren Schlag versetzte die Verwaltungsstelle der IG-Chemie Hamburg den Arbeitern und Angestellten: Anfang März löste sie den VLK auf, weil sie keine andere Möglichkeit sah, den Einfluß linker und kommunistischer Vertrauensleute im VLK und in der Belegschaft zurückzudrängen. Hinzu kommt, daß seit Anfang des Jahres eine neukonstituierte SPD-Betriebsgruppe, die unter der Leitung des BR-Vorsitzenden Volkmann und des örtlichen IG-Chemie-Sekretärs Kodolitsch steht, eine kontinuierliche antikommunistische Hetzpropaganda betreibt, die zum Ziele hat, die ehemaligen linken Vertrauensleute zu diffamieren.

In der Belegschaft ist eine gewisse Resignation und ein Desinteresse an betriebspolitischen Fragen als Folge dieser Politik zu verzeichnen. Von einer kleinen Gruppe aktiver Gewerkschafter allerdings wurde in den letzten Monaten immer wieder die Forderung nach Neuwahl eines VLK laut. Das aber wollen Gewerkschaftsführung und SPD-BR mit aller Macht verhindern, da sie wissen, daß größtenteils die Linken wiedergewählt werden würden.

Aus diesem Grund taucht jetzt wieder – offenbar sogar auf Initiative von BR-Vorsitzendem Volkmann (!) – das Konzept der betrieblichen Vertrauensleute (s. Nachdruck) aus der Versenkung auf. Die BVL müssen als Teil der SPD-Strategie zur Zurückdrängung der Linken begriffen werden.

Exemplarisch läßt sich an diesem Fall zeigen, wie SPD-BRs den Kapitalisten die Arbeit abnehmen, arbeiterfeindliche Maßnahmen in der Belegschaft durchzusetzen.

SPD-Betriebsgruppe – Kampf gegen links

Im Februar dieses Jahres wurde bei Reichhold eine SPD-Betriebsgruppe gegründet. Wesentlicher Initiator aus dem Betrieb war BR-Vorsitzender Volkmann und von der Verwaltungsstelle der IG-Chemie Sekretär Kodolitsch. Uns ist berichtet worden, daß Volkmann auf der ersten Sitzung gefordert hat, daß der Schwerpunkt der Arbeit der SPD-Betriebsgruppe auf dem „Kampf gegen die Kommunisten und deren Sympathisanten" liegen sollte.

Gegenwärtig arbeitet die Mehrheit des Betriebsrates auf dieser Linie. Die Differenzen zwischen den sich bei den BR-Wahlen 72 gegenüberstehenden Listen – der linken IG-Chemie-Liste unter Volkmann und der rechten unabhängigen Liste unter dem alten BR Teschner – sind beim „Kampf gegen links" verschwindend gering geworden.

Die Fronten haben sich verschoben:

<u>1971/72</u>: Der junge VLK, darunter Volkmann, sprach sich einstimmig gegen die Einführung der BVL aus und zwang den damaligen BR, die BVL der Geschäftsleitung gegenüber abzulehnen.

- Im VLK bestand einhellige Empörung über die Boykott-Haltung des alten BRs während des Streiks 71. Volkmann war unter anderen Wortführer der Kritik am alten BR.
- Die IG-Chemie-Liste trat zu den BR-Wahlen eindeutig als Oppositionsliste gegen den rechten BR unter Teschner und für eine linke gewerkschaftsorientierte BR-Politik auf.

<u>Frühjahr 73</u>: Zusammen mit den Stimmen der Rechten drückte Volkmann die Verabschiedung einer arbeiterfeindlichen Arbeitsordnung gegen die Stimmen zweier linker Betriebsräte durch. Es handelt sich dabei um die im Hoechst-Konzern gültige Arbeitsordnung, die im Zuge der verschärften Eingliederung von Reichhold in den Konzern, die Kollegen stärker in den Griff nehmen soll.

- Zusammen mit den rechten und unter deren Beifall verabschiedete Volkmann gegen die Stimmen der Linken eine antikommunistische Solidaritätsadresse an den reaktionären BR-Vorsitzenden Jürgensen vom Springer Verlag, in der er ihm seine Solidarität im Kampf gegen links ausdrückt (Jürgensen hatte gerade versucht, einen linken BR, der den Streik der Springer-Kollegen in dieser Tarifrunde unterstützt hatte, aus dem BR zu schmeißen – vgl. AK Nr. 31).
- Während der Tarifrunde gab Volkmann zusammen mit der Verwaltungsstelle eine ganze Reihe antikommunistischer Hetzschriften gegen den CHEMIEARBEITER (Branchenzeitung des KB) heraus. Höhepunkt dieser Aktivitäten war eine gemeinsame (!) Stellungnahme von ihm und Teschner, in der er nachträglich versucht, die Rolle, die er 71/72 im VLK gespielt hat, zu vertuschen: er habe nie etwas mit Kommunisten zu tun gehabt. (Volkmann lügt hier: er hatte damals Kontakt zum damaligen Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentrum (SALZ) und hat auch teilgenommen an gemeinsamen Schulungsterminen!)

Die Gründe für die Wandlung der Mehrheit der IG-Chemie-Liste und vor allem Volkmanns von linken Vertrauensleuten zu Karrieristen und SPD-Parteipolitikern können wir an dieser Stelle nicht untersuchen. Wir werden dies allerdings in einem späteren Artikel über Reichhold nachholen.

Rechte Sozialdemokraten erleiden Niederlagen

Trotz dieser massiven Versuche seitens der SPD-BG, den Einfluß der Linken und Kommunisten zurückzudrängen, gelang ihnen dies im VLK nicht: Die rechten Sozialdemokraten wie Volkmann und Kodolitsch bekamen Anfang 73 im VLK kein Bein an die Erde: bei mehreren Abstimmungen erlitten sie Niederlagen:

- Trotz Kodolitsch's Abwiegelungsversuchen sprach sich der VLK gegen den Abschluß der neuen Hoechster Arbeitsordnung aus und beschloß, dazu ein Flugblatt für die Belegschaft herauszugeben. Als einziger stimmte BR-Vorsitzender Volkmann dagegen.
- Desgleichen sollte ein Flugblatt gegen das Propagandaorgan der Chemiekapitalisten „aktiv", das den Reichhold-Kollegen auf Weisung der Geschäftsleitung ins Haus geschickt wird, herausgegeben werden.



Kurt Teschner (Der „Dicke"), SPD, bis 1972 BR-Vorsitzender, ansonsten Aufsichtsratsmitglied und Hausmeister im werkseigenen Wohnheim für ausländische Reichhold-Kollegen. Als er 1972 nicht mehr freigestellt wurde, mußte er nicht in die Produktion zurück, sondern bekam den Posten als „Verwalter des Sozialgebäudes". So hat er viel Zeit, im Betrieb 'rumzulaufen und sich umzuhören...

- Die Vertrauensleute stimmten einstimmig für eine Forderung von 200,– DM in der diesjährigen Tarifrunde, obwohl Kodolitsch mit viel Redekunst versucht hatte, noch „etwas runter" zu handeln.

Betriebliche Vertrauensleute – ein Teil der SPD-Strategie

Dieser VLK war also den Kapitalisten, aber auch der Verwaltungsstelle und dem SPD-BR, ein Dorn im Auge. So machte die Verwaltungsstelle den ersten Schritt zur Zurückdrängung der Linken und Kommunisten: Auflösung des VLK Anfang März 73 mit der „Begründung", er sei von den „Roten und Chaoten unterwandert". (s. AK Nr. 27)

Der nächste Schritt: die Neuauflage der Betriebsvereinbarung über die „Einführung betrieblicher Vertrauensleute", die 71 noch durch den Druck der Belegschaft verhindert werden konnte. Sowohl die Kapitalisten, Gewerkschaftsführer als auch der BR rechnen offenbar damit.

Die drei wichtigsten Punkte der Betriebsvereinbarung sind folgende:
1) Die betrieblichen Vertrauensleute (BVL) werden nicht wie die gewerkschaftlichen Vertrauensleute nur von den Gewerkschaftsmitgliedern einer Belegschaft gewählt, sondern von der ganzen Belegschaft, „gleichgültig, ob sie gewerkschaftlich organisiert sind, oder nicht". (Betriebsvereinbarung)
2) „Die Auszubildenden können weder wählen, noch gewählt werden." (Wahlordnung)
3) „Vertreter der Werksleitung können an den Besprechungen (der Vertrauensleute) teilnehmen." (Betriebsvereinbarung)

1.) Mobilisierung der Unorganisierten

Sowohl Kapitalisten, Gewerkschaftsführer als auch der BR rechnen offenbar damit, daß bei einer demokratischen Neuwahl des VLK die Linken von den Gewerkschaftsmitgliedern wiedergewählt werden würden. Das hoffen sie mit der Einführung eines betrieblichen VLK (BVLK) zu verhindern. Denn dieser wird von allen Belegschaftsangehörigen gewählt, „gleichgültig, ob sie gewerkschaftlich organisiert sind, oder nicht." (Betriebsvereinbarung) Bei Reichhold sind, bei einem Organisationsgrad von 37 %, im wesentlichen die Schichtarbeiter, ein Teil der Handwerker, so gut wie alle Lehrlinge und nur eine Handvoll Angestellte in der IG-Chemie organisiert.

Diese Kollegen sind in der Gewerkschaft, weil sie erkannt haben, daß die Auseinandersetzung mit den Kapitalisten um höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen oder gegen Übergriffe seitens der Unternehmer nur organisiert zu führen ist. Konkret waren es auch weitgehend diese Kollegen bei Reichhold, die den Streik 71 aktiv geführt haben, die der linken IG-Chemie-Liste bei den BR-Wahlen 72 ihre Stimme gegeben haben, obwohl allgemein bekannt war, daß auf dieser Liste auch Kommunisten kandidierten. <u>Also der fortschrittlichste Teil der Belegschaft</u>.

Die Bemühungen der linken und kommunistischen Vertrauensleute, eine fortschrittliche Politik zu machen, wurde von der Mehrheit dieser Kollegen – wenn nicht aktiv – so doch mit wohlwollender Neutralität unterstützt.

Nichtmitglieder werden natürlich mit ganz anderen Maßstäben an eine Wahl zum BVLK herangehen, als Gewerkschafter. Ausschlaggebend dafür, wem sie ihre Stimme geben, wird nicht in erster Linie – wenn überhaupt – sein, ob ein Kollege sich konsequent für die Interessen der Arbeitnehmer eingesetzt hat. Sie haben ja noch nicht einmal selbst den Schritt in die Gewerkschaft hinein getan.

Dazu kommt, daß gerade die Angestellten, die die Mehrheit der Unorganisierten darstellen, am ehesten anfällig für die derzeit in Konzertierter Aktion von BR und Verwaltungsstelle betriebene antikommunistische Hetze sind.

Durch die Mobilisierung dieser Teile der Belegschaft und durch ihre Beteiligung an den Wahlen zum BVLK erhoffen sich Gewerkschaftsführung und SPD-BR eine Zurückdrängung der Linken und Kommunisten.




2.) Die Lehrlinge werden ausgeschaltet

In einem Papier mit der Überschrift „Situationseinschätzung der gewerkschaftlichen Arbeit bei Reichhold durch den BR-Vorsitzenden" schreibt Volkmann: „Die Mehrheit der Mitglieder und die übergroße Mehrheit der Belegschaft lehnen radikale politische Aussagen ab, identifizieren jedoch immer noch die Gewerkschaft mit diesen und beurteilen die Gewerkschaft nach dem Auftreten und Ansehen ihrer betrieblichen Vertreter. Da diese Vertreter in der letzten Phase fast nur aus <u>jungen Kollegen</u> bestand, die leider an den Realitäten vorbei politisierten und sachlichen Belange der Interessenvertretung immer undurchsetzbar gestalteten, ist es mit dem Ansehen nicht mehr weit her."

An andrer Stelle spricht er von einer „Strukturverzerrung im aktiven Teil der Mitglieder durch Auszubildende und Jugendliche."

Die Tatsachen sehen folgendermaßen aus: Die Jugendlichen machen 10 % der Belegschaft aus, stellen allerdings 25 % der Gewerkschaftsmitglieder, denn sie sind zu 80 % organisiert. Von daher waren sie natürlich ein starker Faktor im VLK. Der hohe Organisierungsgrad ist mit ein Ergebnis der guten Arbeit der linken Jugendvertretung; sie hatte eine gewerkschaftliche Jugendgruppe organisiert, auf der immer wieder die Probleme der Lehrlinge zur Sprache kamen und von der aus auch einige Initiativen in den VLK hineingetragen wurden. So z.B. ging der Vorschlag, ein Flugblatt gegen die Kapitalistenzeitung „aktiv" herauszugeben, von der Jugendgruppe aus und wurde im VLK aufgegriffen.

Man könnte naiverweise denken, daß diese vorbildliche Arbeit der jungen Gewerkschafter Anerkennung findet bei der Verwaltungsstelle und IG-Chemie-Mitglied Volkmann. Weit gefehlt: Überall dort, wo Kollegen für ihre Interessen eintreten, ohne sich von Sozialdemokraten etwas einreden zu lassen, überall dort, wo Linke oder Kommunisten ihre Kollegen zur aktiven gewerkschaftlichen und politischen Arbeit mobilisieren, fürchten sozialdemokratische Gewerkschaftsführer oder Betriebsräte, daß ihr Einfluß zurückgeht und versuchen, den eigenständigen Aktivitäten der Arbeiter und Angestellten einen Riegel vorzuschieben.

Die vollständige Entrechtung der Jugendlichen durch die Betriebsvereinbarung über die BVL („Die Auszubildenden können weder wählen, noch gewählt werden." – Wahlordnung), stellt wohl einen der frechsten Angriffe auf die Reichhold-Belegschaft dar.

Ergänzt wird diese Offensive durch einen Brief der Personalabteilung an alle Abteilungsleiter, in dem daraufhingewiesen wird, daß es der Jugendvertretung verboten sei, die Kollegen in den Abteilungen zu besuchen. Die JV sei nur noch in der Sprechstunde und nur in dem dafür vorgesehenen Raum zu sprechen. Gezielt wird hier versucht, den Kontakt der JV zu den Jugendlichen abzubauen und die JV zu isolieren.

3.) Werksleitung nimmt an Sitzungen der betrieblichen Vertrauensleute teil

Mit der Einführung der BVL soll das fundamentale Recht der Arbeiter auf eine von den Kapitalisten unabhängige Interessenvertretung abgeschafft werden.

In Punkt vier heißt es: „Die Vertrauensleute kommen alle zwei bis drei Monate nach Absprache mit der Werksleitung zu gemeinsamen Besprechungen zusammen. Die Leitung obliegt dem BR-Vorsitzenden. Vertreter der Werksleitung können an den Besprechungen teilnehmen."

Ein Unding ist es schon, daß die Vertrauensleute darauf festgenagelt werden, sich nicht häufiger als höchstens fünf mal im Jahr zu treffen und dann auch nur „nach Abspra-

Forts. nächste Seite

Fortsetzung Reichhold

che" mit der Werksleitung!

Kernpunkt dieser Bestimmung allerdings ist die Teilnahme der Kapitalisten an den Sitzungen der Arbeitervertreter! Die offene Diskussion über Angriffe seitens der Geschäftsleitung, die Erörterung von praktischen Gegenmaßnahmen der Arbeiter, das Vorbringen der kleinsten Beschwerde eines Arbeiters wird dadurch unglaublich erschwert.

Betriebliche Vertrauensleute – ein Schritt zur Faschisierung

Das Konzept der BVL reiht sich ein in die von den Kapitalisten und ihren Politikern betriebene Faschisierung von Staat und Gesellschaft, die in allen Bereichen zu beobachten ist. Das Ziel der Kapitalisten ist die totale Unterordnung der Arbeiterklasse unter das Klasseninteresse der Kapitalisten wie unter der faschistischen Diktatur im „Dritten Reich": Die Gewerkschaften wurden zerschlagen, das Recht auf Streik, die Koalitionsfreiheit, die Tarifautonomie abgeschafft, die politischen Organisationen der Arbeiterklasse – die KPD, aber auch die SPD wurden aufgelöst, ihre Führer verhaftet und ermordet. Dahin soll die Reise wieder gehen. Deshalb werden gegenwärtig der Staatsapparat und seine Unterdrückungsorgane wie Polizei, Militär, Justiz usw. ausgebaut; Gesetze werden geschaffen, die die brutale Unterdrückung von politischen und wirtschaftlichen Kämpfen der Bevölkerung legalisieren: Notstandsgesetze, Bundesgrenzschutzgesetz, Vorbeugehaft, Waffengesetze, Betriebsverfassungsgesetz, Arbeitsrecht usw. ...

Auch die BVL sind keine Neuheit im Klassenkampf der Kapitalisten gegen die Arbeiter. Sie erinnern sogar verteufelt an die sog. „Vertrauensmänner", die im faschistischen „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" von 34 vorgesehen



waren. (s. Kasten)

Wir haben heute noch keinen Faschismus, aber wir befinden uns auf dem Weg dorthin. Die Kapitalisten und ihre Politiker versuchen Stück für Stück die Rechte der Arbeiter abzubauen und ihnen gleichzeitig einzureden, Klassenkampf sei schädlich für das „Gemeinwohl", „gemeinsames Ringen um Stabilität" – d.h. die Aufgabe des Klassenkampfes seitens der Arbeiter – sei notwendig usw.

Die BVL sind ein Schritt im Zuge der Faschisierung. Dennoch wäre es falsch, die BVL als „rein faschistisch" zu bezeichnen. Damit würde man Illusionen über das wahre Gesicht des Faschismus verbreiten. Es verbleiben den Arbeitern bei Reichhold einige demokratische Rechte, die unter einer faschistischen Diktatur abgeschafft sein würden:

Einerseits wird das fundamentale Recht der Arbeiter, sich eine von den Kapitalisten unabhängige Interessenvertretung zu schaffen, abgeschafft (Kapitalisten haben jederzeit Zugang zu den Besprechungen der BVL). Ein Teil der Belegschaft – die Auszubildenden – wird völlig entrechtet, was die Beteiligung an den BVL angeht.

Andererseits besteht für den Rest der Belegschaft noch das Recht, die Kollegen zu wählen, die sie wollen – also z.B. auch Gewerkschafter oder Kommunisten.

Gewerkschaftsschädigendes Verhalten

Der Verwaltungsangestellte der IG Chemie und Gewerkschaftsmitglied Volkmann kommt es offenbar gar nicht darauf an, daß durch die Einführung eines VLK die Gewerkschaft objektiv geschwächt wird:

- Möglicherweise werden die Mitglieder im BVLK in der Minderheit sein.
- Es gibt dann kein Organ mehr, indem – wie im gewerkschaftlichen VLK – die Gewerkschaftsarbeit im Betrieb besprochen und organisiert werden kann.
- Die aktivsten Gewerkschafter – die Jugendlichen – werden völlig aus der Vertrauensleutearbeit ausgeschaltet.

Auch ein anderer Punkt spricht dafür, daß den rechten Sozialdemokraten Volkmann und Kodolitsch momentan andere Dinge mehr „am Herzen" liegen, als die Stärkung der Gewerkschaft: Vor kurzem baten verschiedene Gewerkschafter von Reichhold – darunter langjährige und aktive Mitglieder – darum in ihrem Beitrag niedriger eingestuft zu werden. Die Motive dazu waren unterschiedlich: Einige gaben die immense Preissteigerung als Grund an, ein anderer Kollege hatte jahrelang einen höheren Beitrag, als satzungsgemäß vorgesehen, bezahlt und wollte jetzt den vorgeschriebenen zahlen. Im Hintergrund wird wohl bei allen die Frage gestanden haben, wofür sie eigentlich über Jahrzehnte Beiträge bezahlen, wenn mit diesen Geldern nicht, wie vorgesehen, Kämpfe gegen die Unternehmer um mehr Lohn geführt werden, sondern seit Jahrzehnten – bis auf 71 – auf Betreiben der Gewerkschaftsführung nicht mehr gestreikt wird, gleichzeitig aber Ergebnisse ausgehandelt werden, die vorn und hinten nicht ausreichen. Kodolitsch besaß die Frechheit, diesen Kollegen einen Brief zu schicken, in dem er sie beschimpft, man wäre doch von ihnen eigentlich „Beitragsehrlichkeit" gewöhnt, aber wenn sie sich nicht besinnen würden, könnte man auch ohne sie auskommen! „Erfolg" dieser „Gewerkschaftsarbeit": 2 Kollegen traten in den letzten Wochen aus der IG-Chemie aus, mehrere andere Kollegen äußerten, das gleiche tun zu wollen!

Die Verwaltungsstelle wird es gar nicht so ungern sehen, wenn gerade die kritischen Kollegen bei Reichhold angesichts einer derartigen Provokation „das Handtuch werfen" und austreten. Durch solche Schritte resignierter Kollegen verkleinert sich die Gewerkschaftsopposition bei Reichhold praktisch von selber!

Wir kennen es aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, daß sich die Gewerkschaftsführung nicht scheut, sogar ganze Bezirke aufzulösen und Hunderte von Mitgliedern auszuschliessen. Das tat und tut sie immer dann, wenn sie kein anderes Mittel mehr sieht, mit der wachsenden Kritik der Basis an ihrer arbeiterfeindlichen Politik fertig zu werden bzw. diese Opposition mundtot zu machen.

Unter der Berufung auf die „Einheit" der Gewerkschaft spaltet die Gewerkschaftsführung einfach ganze Teile ab, mit der „Begründung", die Kommunisten, die in der Regel die konsequentesten und grundsätzlichsten Kritiker der Gewerkschaftsführung sind, würden die Einheit sabotieren und spalten. Auch bei der konkreten Auseinandersetzung bei Reichhold wird wieder deutlich, daß es den Gewerkschaftsführern gar nicht ehrlich um „Einheit" und „Stärkung der Gewerkschaft" geht, sondern in Wahrheit einzig und allein um ihre Vorherrschaft in der Gewerkschaft. Kodolitsch arbeitete solange im VLK, solange er sich noch Chancen ausrechnete, die Mehrheit der Vertrauensleute zu sich rüberzuziehen. Er mußte allerdings feststellen: Je länger er im VLK auftrat, desto unbeliebter machte er sich, desto mehr wurde er durch die Politik der linken und kommunistischen Vertrauensleute entlarvt. Gegenüber einer kommunistischen Politik hat die Gewerkschaftsführung eben keine Chance, ihre Glaubwürdigkeit vor den Kollegen zu bewahren. So verfügte er nach seiner letzten Abstimmungsniederlage (zur Herausgabe eines Flugblattes zur Kapitalistenzeitung „aktiv"), mit der „Begründung", die Vertrauensleute hätten „ihm die Zusammenarbeit aufgekündigt" (!!) die Auflösung des VLK.

Im AK 25 schrieben wir zu dieser Politik der Gewerkschaftsführung: „Ist die Vorherrschaft über das Ganze – unter der Parole der Einheit – nicht mehr gewährleistet, wird gespalten, um zumindest danach noch die Vorherrschaft über einen gewissen Teil zu behalten. Über diesen Punkt darf sich die Arbeiterlinke keinerlei Illusionen machen!" („Gegenoffensive der Rechten").

Genau dies brachte Kodolitsch auch zum Ausdruck, als er auf der letzten Mitgliederversammlung bei Reichhold am 20.7. nach seiner Meinung zur Einführung betrieblicher Vertrauensleute gefragt wurde. Er sagte, wenn bei einer Wahl zu einem gewerkschaftlichen VLK „wieder eine radikale Minderheit die Mehrheit erhalten" würde, wäre ein BVLK das „letzte Mittel"!! Also: wenn die Mitgliederschaft nicht endlich auf den Kurs der Verwaltungsstelle einschwenkt, dann wird ihr eben verboten, ihre mehrheitlich vertretene Meinung aktiv im VLK zum Ausdruck zu bringen! Aus Kodolitsch's Äußerung geht deutlich hervor, daß er sich völlig darüber im klaren ist, daß die Mehrheit der Vertrauensleute auf der Seite der Linken und Kommunisten (der „radikalen Minderheit") steht! Damit ist wieder einmal der zutiefst undemokratische Charakter der Gewerkschaftsführung zu Tage getreten.

Was tun?

Geht man an die Frage realistisch heran, muß man wohl sagen, daß die Betriebsvereinbarung wahrscheinlich abgeschlossen wird. Die Mehrheit der Betriebsräte steht hinter BR-Vorsitzendem Volkmann. Die einzige Möglichkeit, den Abschluß zu verhindern, wäre eine breite Widerstandsbewegung unter der Belegschaft selbst. Gegenwärtig ist allerdings das Interesse an diesen Fragen relativ gering. Die Fragen, die momentan im Betrieb unter den Kollegen diskutiert werden, drehen sich mehr um die wirtschaftliche Situation der Arbeiter bei den enormen Preissteigerungen der letzten Zeit. Politische Fragen treten beim gegenwärtigen Stand der Arbeiterbewegung in den Hintergrund.

Für die Kommunisten kommt es bei Reichhold in den nächsten Monaten verstärkt darauf an, diese politische Frage der „Betrieblichen Vertrauensleute" und der Folgen für die Reichhold-Kollegen in den Vordergrund zu rücken. In den Diskussionen mit den Kollegen muß immer wieder der Gesamtzusammenhang (Wohin soll die Reise gehen? Faschisierung von Staat und Gesellschaft ...) dieser kapitalistischen Politik klar gemacht werden.

Was aber tun, wenn die „Betrieblichen Vertrauensleute" eingeführt worden sind?

Das faschistische Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit

Eine der ersten Handlungen der Nazis nach ihrer „Machtergreifung" war die Auflösung der Gewerkschaften. An ihrer Stelle wurde die „Deutsche Arbeitsfront" aufgebaut, die unter Kontrolle der NSDAP stand.

Mit dem „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" vom 20. Januar 1934 hoben die Nazis schließlich auch das Betriebsrätegesetz von 1920 auf. Die deutschen Arbeiter hatten sich nach dem ersten Weltkrieg das Recht erkämpft, selbständige betriebliche Vertretungen zu wählen. Dieses Recht nahmen ihnen die Nazis.

Die allgemeine Marschrichtung des faschistischen Arbeitsgesetzes ist durch die Bestimmung angegeben, die Arbeiter und Angestellten müßten mit den Kapitalisten „gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat" zusammenarbeiten.

Den „Vertrauensräten", die nach dem Gesetz an die Stelle der alten Betriebsräte traten, war außerdem als Pflicht vorgeschrieben, „das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Betriebsgemeinschaft zu vertiefen". Dazu heißt es im Einzelnen noch:

„Der Vertrauensrat hat die Aufgabe, alle Maßnahmen zu beraten, die der Verbesserung der Arbeitsleistung (!), der Gestaltung und Durchführung der allgemeinen Arbeitsbedingungen, insbesondere der Betriebsordnung, der Durchführung der Verbesserung des Betriebsschutzes, der Stärkung der Verbundenheit aller Betriebsangehörigen untereinander und mit dem Betriebe und dem Wohle aller Glieder der Gemeinschaft dienen. Er hat ferner auf die Beilegung aller Streitigkeiten innerhalb der Betriebsgemeinschaft hinzuwirken."

Die Aufgabe des „Vertrauensrates" ist also eindeutig Wahrung des „sozialen Friedens", während ihm jede Kampfmaßnahme verboten ist. Diese Regelung gefiel der deutschen Bourgeoisie so gut, daß sie nach dem Zusammenbruch des Faschismus in das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 aufgenommen wurde: das BVG verpflichtet die Betriebsräte zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit den Kapitalisten und verbietet ihnen „Maßnahmen des Arbeitskampfes" (z.B. Unterstützung von Streiks).

Wie kamen nach dem faschistischen Arbeitsgesetz die „Vertrauensräte" zustande? Zuerst einmal suchte sich der Kapitalist die „richtigen" Leute heraus, wobei er mit dem Leiter der faschistischen Grundorganisation im Betrieb (NSBO) zusammenarbeiten mußte. Die vom Kapitalisten ausgewählten Leute wurden dann auf einer Liste den Arbeitern und Angestellten zur „Wahl" gestellt. – Die Beschäftigten hatten also allenfalls die Möglichkeit, die vom Kapitalisten ausgewählten Leute abzulehnen, konnten aber nicht selbst Kandidaten aufstellen.

Lehnte die Mehrheit der Beschäftigten die Liste ab, so trat der faschistische Staat in Aktion: er berief dann die „Vertrauensleute", wobei natürlich oft dieselben Leute vom Staat „berufen" wurden, die eben erst von den Arbeitern und Angestellten des Betriebes abgelehnt worden waren. Dem Staat war außerdem das Recht vorbehalten, „Vertrauensmänner" wegen „sachlicher oder persönlicher Ungeeignetheit" abzuberufen, wenn diese nicht wunschgemäß arbeiteten, sondern trotz des Auswahlverfahrens noch zu sehr für die Interessen der Kollegen eintraten.

Die „Vertrauensmänner" waren jährlich zu wählen. **Es beweist die Stärke der Ablehnung des Faschismus durch die werktätigen Massen, daß trotz des herrschenden Terrors und der Knebelung durch das faschistische Arbeitsgesetz die „Vertrauensmänner"-Wahlen 1934 und 1935 zu Niederlagen für die Faschisten wurden. Daher fanden seit 1935 keine Wahlen mehr statt.**

Die Erfahrung der Merck-Arbeiter

Bei Merck, einem hessischen Chemiebetrieb mit ca. 8.000 Beschäftigten, wurde 68 eine Betriebsvereinbarung über die Einführung betrieblicher Vertrauensleute abgeschlossen, die der Hoechster fast aufs Haar gleicht. Auch hier war es der SPD-BR-Vorsitzende – Fleckenstein –, der als Schrittmacher für die Einführung der betrieblichen Vertrauensleute fungierte. Auch hier das gleiche Motiv wie bei Reichhold: die Befürchtung, daß die alte rechte BR-Clique in einem aktiven gewerkschaftlichen VLK schnell an Einfluß verlieren würde.

Die aktiven Gewerkschafter riefen zur Wahl dazu auf, nur Gewerkschafter zu wählen, um eine fortschrittliche Politik im betrieblichen VLK zu gewährleisten. Bei der Wahl gewannen die IG-Chemie-Kandidaten die Mehrheit der Sitze.

Von Anfang an traten sie im BVLK fraktionell auf, d.h. sie wählten sich eine eigene Leitung, führten eigene Treffen durch, gaben eine eigene Zeitung heraus und traten im BVLK mit einer einheitlichen, vorher herausgearbeiteten Politik auf.

Diese linke Gewerkschaftsfraktion im BVLK war für die Merck-Kollegen vor allem 71 während ihres Vollstreiks eine große Hilfe: Die Organisierung des Streiks und das Durchhalten gegenüber den Angriffen der Unternehmer wäre ohne die linken Vertrauensleute nicht möglich gewesen.

Die äußeren Bedingungen waren für die Arbeit der linken Merck-Vertrauensleute allerdings sehr günstig: Der damals amtierende Verwaltungsstellenvorsitzende H. Lang der IG-Chemie Darmstadt ist einer der wenigen ehrlichen linken Sekretäre gewesen, der durch seine tatkräftige Unterstützung der Merck-Vertrauensleute auch in die Schußlinie der Kritik des Hauptvorstandes geriet und daraufhin unter dem Druck der Gewerkschaftsführung resigniert kündigte. Mit einer derartigen Unterstützung können die Vertrauensleute bei Reichhold selbstredend nicht rechnen. Im Gegenteil müssen sie ihren Kampf um einen gewerkschaftlichen VLK auf sich selbst gestellt und gegen zwei Fronten führen: Gegen die Kapitalisten und gegen die rechten Sozialdemokraten im BR und der Verwaltungsstelle.

Über dieses politische Kräfteverhältnis- bzw. über die relative Schwäche der Reichhold-Vertrauensleute gegenüber diesen Gegnern – müssen sich die Vertrauensleute klar sein. Sonst werden sie die mit Sicherheit zu erwartenden Angriffe unvorbereitet treffen und die ohnehin schon bestehende Gefahr der Resignation der besten Kollegen verstärken.

Es kommt also – neben der formalen Selbständigkeit der Gewerkschafter in einem BVLK (also eigene Sitzungen, Leitung, Zeitung usw.), deren Wichtigkeit nicht zu unterschätzen ist – die geradezu die Voraussetzung für eine freie gewerkschaftliche Arbeit ist, auch und vor allem auf die politische Klarheit in der Gewerkschaftsfraktion über die politischen Ziele der Kapitalistenklasse, über die grundsätzliche Funktion der Gewerkschaftsführung als Agentur der Kapitalistenklasse innerhalb der Arbeiterklasse und über die Rolle der Sozialdemokratischen Ideologie an. ■

Betriebszelle Reichhold des KB Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag, J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35,

verantwortl. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage 15.000, Erscheinungsweise: monatlich, Verkaufspreis 50 Pfg. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595 J. Reents

„Europäische Sicherheitskonferenz"

Sicherheit in Worten – Unsicherheit in der Tat

Warum reden die Imperialisten soviel von „Sicherheit"?

Es liegt auf der Hand, daß das Schicksal der Menschheit angesichts des Wettrüstens, vor allem der ungeheueren Ansammlung von atomaren Massenvernichtungs-Waffen bei den USA und der Sowjetunion, alles andere als sicher ist.

Da die Imperialisten und die Sowjetrevisionisten nicht daran denken, das Wettrüsten zu beenden und tatsächlich abzurüsten, sind sie darauf angewiesen, zur Täuschung der Massen ständig so zu tun „als ob".

So sind seit Anfang der 60er Jahre vor allem zwischen den Regierungen der USA und der Sowjetunion Verhandlungen im Gange, die eine Aktivität in Richtung „Frieden und Entspannung" vortäuschen sollen.

Eine beachtliche Zahl von Verträgen wurde im Laufe dieser Zeit geschlossen. Es wurde sogar daran gedacht, die Lagerung von Atomwaffen im Weltraum zu verbieten. In derselben Zeit hat sich das atomare Potential der USA und der Sowjetunion jedoch vervielfacht. Bei oberflächlicher Betrachtung scheinen sich die Dinge in Richtung „Entspannung" zu entwickeln (es sind ja so viele schöne Verträge geschlossen worden), tatsächlich aber hat sich das Wettrüsten ungeheuer verschärft. Das gilt natürlich nicht nur für die beiden „Supermächte" USA und Sowjetunion, sondern ebenso für imperialistische Großmächte wie die BRD. Eben erst erleben wir den Versuch der Imperialisten, mit aufgebauschten Meldungen über eine angebliche militärische Überlegenheit der Sowjetunion die eigene Aufrüstung noch stärker voranzutreiben.

Schon als sich der Imperialismus herausbildete, fanden in den Jahren 1899 und 1907 die erste und zweite Haager Friedenskonferenz statt. Diese Konferenzen deklarierten bereits damals nach außen die Ziele „Beschränkung der Ausgaben für Kriegszwecke" sowie „Einschränkung der Land- und Seestreitkräfte". Außerdem wurden einige Papiere über die „friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Staaten" verfaßt. Es folgte 1914 - 1918 der 1. imperialistische Weltkrieg.

Nach diesem Krieg wurden – der allgemeinen Friedenssehnsucht der Völker folgend – die internationalen Gespräche über Abrüstung wieder aufgenommen. Auf diese Konferenzen im einzelnen einzugehen, lohnt kaum, denn das Ergebnis war stets dasselbe: viele Worte über Abrüstung bei gleichzeitiger verstärkter Aufrüstung. Es folgte 1939 - 1945 der 2. imperialistische Weltkrieg. Mit mehreren der überfallenen Länder – so mit Polen und der Sowjetunion – hatten die deutschen Faschisten zuvor Nichtangriffs-Abkommen geschlossen.

Die Geschichte beweist klar, daß durch „Abrüstungskonferenzen" und durch Verträge keine Sicherheit erreicht werden kann, solange nur umso stärker aufgerüstet wird. Im Gegenteil ist es so, daß die Imperialisten und Sowjetrevisionisten ihre Waffen tatsächlich nicht als „Waffenliebhaber" anhäufen, die sich aus sentimentalen Gründen von dem Schrott nicht trennen mögen. Sondern diese Waffen dienen dazu, bei gegebener Gelegenheit eingesetzt zu werden, um über einen für schwächer gehaltenen Gegner herzufallen.

Die Sowjetrevisionisten (und mit ihnen natürlich die DKP) stelllen es so hin, als wäre die Fülle von „Abrüstungskonferenzen", Verträgen, Staatsbesuchen etc. ein Beweis für die „wachsende Kraft des sozialistischen Lagers", die die Imperialisten mehr und mehr in Richtung „Entspannung", Respektierung des Friedens etc. dränge. Zudem sind sie bemüht, den angeblichen „Entspannungswillen" zumindest der „realistischen" Kreise des Imperialismus im glänzendsten Licht erscheinen zu lassen.

Warum aber – wenn dem wirklich so wäre – ist in mehr als zehn Jahren internationaler „Gipfelgespräche" und Konferenzen unter dutzenden von Abkommen kein einziges, das eine reale Abrüstung vorsieht?

Die Umorientierung der imperialistischen Politik: Vom kalten Krieg ....

Die Politik des „Kalten Kriegs" war geprägt von der militanten Frontstellung und einem wirtschaftlichen Boykott der Imperialisten gegenüber den sozialistischen Ländern. Die dadurch erzwungene Aufrüstung der Sowjetunion, verbunden mit dem wirtschaftlichen Boykott, sollte den Wiederaufbau der Sowjetunion und anderer vom Krieg getroffener Länder des RgW so schwer wie möglich machen. Einige Imperialisten glaubten sogar, die Sowjetunion dadurch in den wirtschaftlichen Ruin führen zu können und so der Konterrevolution in diesen Ländern zum Sieg verhelfen zu können. Diese Methode wurde in der BRD vor allem von der Gruppe um Strauß verfochten; und bis heute ist bei imperialistischen Politikern die Illusion nicht ganz verstummt, die Sowjetunion und die übrigen Länder des RgW in die Knie zu zwingen, indem man an jeden Handel die Forderung nach weitgehenden politischen Zugeständnissen knüpft.

Eine solche Strategie war – von den imperialistischen Klasseninteressen her betrachtet – zunächst nicht aus der Luft gegriffen. Es war vorhersehbar, daß sich die westeuropäischen Länder mit Hilfe der USA (die vom Krieg verschont geblieben waren) am Anfang schneller entwickeln würden als die sozialistischen Länder, wo die Sowjetunion die Hauptlast des antifaschistischen Krieges getragen hatte und wo auch in der Sowjetzone (später DDR) sowie Polen die Kriegszerstörungen erheblich waren.

Diese Politik der Stärke scheiterte jedoch. Insbesondere bewirkte es die innerimperialistische Konkurrenz, daß kein einheitlicher Boykott gegen die RgW-Länder zustande kam, sondern schließlich sogar ein Wettlauf vor allem auf den sowjetischen Markt einsetzte.

Die imperialistische Strategie hatte allerdings insoweit Erfolg, daß die ungünstigen Bedingungen beim Aufbau des Sozialismus insgesamt zur Verstärkung der revisionistischen Tendenzen in diesen Ländern beitrugen.

.... zur neuen Ostpolitik

Anfang der 60er Jahre begannen die Imperialisten mit der „Neuen Ostpolitik". Die Strategie des „Kalten Kriegs" entsprach nicht mehr den neuen Gegebenheiten. Die Lage hatte sich in mehreren Punkten wesentlich geändert:

1.) Das ökonomische Erstarken der westeuropäischen Länder machte im wesentlichen eine einheitliche, an den US-Interessen ausgerichtete Strategie des Westens immer schwieriger. Insbesondere Frankreich opponierte gegen die USA und entwickelte umfangreiche diplomatische Aktivitäten in Richtung Sowjetunion, China, Polen u.a.

2.) Die Zentren der revolutionären Bewegung begannen sich immer mehr in die Länder der Dritten Welt zu verlagern (Indochina, Palästina, Kongo, Kuba, südliches Afrika), so daß das militärische „Engagement" des US-Imperialismus in den Ländern der Dritten Welt immer mehr zunahm. Die Auseinandersetzung der USA mit der Sowjetunion war nur noch e i n e Front des US-Imperialismus, und nicht mehr die Hauptfront. Im Gegenteil entwickelten sich die Dinge so, daß an dieser Front ein stillschweigender Waffenstillstand zustande kam und die US-Imperialisten an den anderen Fronten umso aktiver werden konnten.

3.) Die Sowjetunion verlor zunehmend den Charakter eines sozialistischen Landes. Während im Inneren die Restauration kapitalistischer Verhältnisse voranschritt, nahm die sowjetische Außenpolitik imperialistische Züge an.

In dieser Phase machten die Sowjetrevisionisten eine Reihe prinzipieller Zugeständnisse an die US-Imperialisten: angeblich sei „eine neue Lage in der Welt" eingetreten, in der die „Vermeidung von Kriegen möglich" geworden sei. Aufgrund der Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus könnten die Imperialisten zum Frieden gezwungen werden. Diese maßlose Unterschätzung der Aggressivität des Imperialismus wird damit begründet, daß sich die „friedliebenden Kräfte", die „gemäßigten, vernünftigen Kreise" der Bourgeoisie gegenüber den „aggressiven Kreisen" weitgehend durchgesetzt hätten und in der gegenwärtigen Situation gezwungen seien, eine friedliche Politik, eine Politik der Zusammenarbeit zu betreiben.

Die Änderung der Außenpolitik der Sowjetunion aufgrund der weiteren revisionistischen Entwicklung gab den Imperialisten die Möglichkeit, mit den Sowjetrevisionisten ins Geschäft zu kommen.

4.) Die revisionistische Entwicklung in der Sowjetunion und dem RgW führte zur Spaltung des einstigen sozialistischen Lagers in die um die Sowjetunion gruppierten Länder einerseits und die VR China und Albanien andererseits (wobei Vietnam und Korea bis heute einen unabhängigen Standpunkt einnehmen, während Kuba auf die Position der Sowjetunion übergegeangen ist.)

Die Sowjetunion hatte die ersten Ansätze zur Kritik an ihrem neuen Kurs seitens der VR China alsbald mit wirtschaftlichem Boykott, Abberufung von Experten u.a.m. beantwortet. **Spätestens seit den sowjetrevisionistischen Provokationen an der nördlichen chinesischen Grenze (Ussuri) im März 1969 ist die Gefahr eines Angriffs der Sowjetrevisionisten auf die VR China offenbar. Zu diesem Zweck massieren die Sowjetrevisionisten immer gewaltigere militärische Kräfte an der chinesischen Grenze.**



Diese gewandelte Lage bezogen die Imperialisten natürlich in ihre neue Strategie ein, während in der Phase des „Kalten Krieges" kaum ein Unterschied zwischen der Sowjetunion und der VR China gemacht worden war.

Die Hauptziele der Strategie der „Neuen Ostpolitik" sind folgende:

1.) Die Imperialisten versuchen, die Widersprüche zwischen der VR China und der Sowjetunion zu verschärfen, um diese Widersprüche für sich auszunutzen. Die von den Sowjetrevisionisten verursachte Konfrontation zwischen China und der Sowjetunion bringt die Imperialisten in die angenehme Lage, sozusagen auf zwei Klavieren spielen zu können. Heute ist nicht mehr zu verkennen, daß diese Konfrontation auch seitens der VR China ein gewandeltes Verhältnis zu den imperialistischen Staaten bewirkt hat, was im Extremfall so weit gehen kann, daß ausgemachte Reaktionäre (Springer-Presse, CSU) wegen ihrer Haltung gegen die Sowjetunion als potentielle Bündnispartner angesprochen werden. (Zur chinesischen Außenpolitik wird von uns eine Broschüre vorbereitet!)

2.) Die Imperialisten versuchen im Rahmen ihrer allseitigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit den gesamten Wirtschaftsplan und das staatliche Außenhandelsmonopol in den Staaten des RgW immer mehr zu unterlaufen. Das Hauptziel ist dabei, von Betrieb zu Betrieb zu verhandeln statt über die staatlichen Institutionen. Eine zentrale Rolle spielen dabei die wirtschaftlichen Kooperationen, die eine verschleierte Form des Kapitalexports sind. Ein immer grösserer Teil der Wirtschaft in diesen Ländern soll dabei mehr den kapitalistischen Marktgesetzen unterworfen werden als sozialistischen Planzielen. Insbesondere sollen die einzelnen Betriebe eine weitgehende wirtschaftliche Autonomie bekommen. (zu dem Thema: „Der Osthandel – politische Waffe des BRD-Imperialismus", UNSER WEG-Sondernummer).

Die „ökonomischen Reformen" zielen in der Regel ohnehin darauf ab, die Autonomie der Betriebe und damit die gesellschaftliche Stellung der betrieblichen Bürokratie zu stärken. Diese Entwicklung wird durch die wirtschaftliche Kooperation mit den Kapitalisten noch beschleunigt. Es ist daher kein Zufall, daß in der DDR noch vor wenigen Jahren die von den Kapitalisten gewünschte Kooperation ausdrücklich abgelehnt wurde und es dagegen hieß (offenbar auch mit Spitze gegen andere RgW-Staaten): **„Unsere Kooperationspartner sind die sozialistischen Staaten."**

3.) Parallel zu diesen „ökonomischen Reformen" hat sich auch das Verhältnis der Betriebsleitungen und der Wirtschaftsplaner zur Arbeiterklasse geändert. Und zwar in einer Weise, wie sie von Strauß in seinem Buch „Entwurf für Europa" begrüßt wird:

„Es ist eine Mittelklasse von technischen Funktionären und Beamten, von Technikern und Automationsexperten entmik ausgelost, die der Westen unterstützen sollte. Zwar wäre es falsch, im Zusammenhang mit dem Marxismus von einer neuen Bourgeoisie zu sprechen. Das Entstehen einer neuen, unabhängigen Führungsschicht aber ist in Osteuropa kaum zu übersehen. Die Verstärkung der Kultur- und Handelsbeziehungen mit diesen Staaten könnte solche Tendenzen fördern." (S. 41/42)

4.) Schließlich versuchen die Imperialisten auch, mit Hilfe des „ökonomischen Hebels" – d.h. mit wirtschaftlichen Lockungen und Erpressungen – von der Sowjetunion Zugeständnisse in bestimmten politischen Fragen zu erreichen.

Ein anschauliches Beispiel dafür ist die Frage der sowjetischen Bürger jüdischen Glaubens. Manche von ihnen, vor allem Angehörige der Intelligenz, haben den Wunsch, nach Israel auswandern zu können. Die sowjetische Regierung war zunächst – mit Rücksicht auf die Beziehungen zu den arabischen Staaten – bemüht, das Kontingent der jüdischen Auswanderer möglichst gering zu halten. Außerdem wurde von Angehörigen der Intelligenz verlangt, die Kosten für ihre Ausbildung an den sowjetischen Staat zurückzuzahlen. Die starke „Israel-Lobby" in den USA erreichte es, daß bestimmte Aufträge, Kredite etc. von einer Änderung in der Haltung der sowjetischen Regierung gegenüber den jüdischen Auswanderern abhängig gemacht wurden. Der Druck hatte den gewünschten Erfolg: die Rückerstattung der Ausbildungskosten wurde abgeschafft, und eine Ausreisegenehmigung wird „nur in ganz wenigen Ausnahmefällen nicht erteilt", wie Breschnew während seines Besuchs in den USA mitteilte.

5.) Der BRD-Imperialismus hielt besonders lange an der Politik des „Kalten Krieges" fest und geriet Mitte der 60er Jahre dadurch sogar offenkundig in eine schlechte außenpolitische Position. Dennoch ist es ihm inzwischen gelungen, sich mit seiner „neuen Ostpolitik" an die Spitze zu setzen und damit den USA und Frankreich den Rang abzulaufen. Dabei hat die Bundesregierung jedoch sehr klar gemacht, was sie in Wahrheit von den inzwischen geschlossenen Verträgen mit der DDR, mit der Sowjetunion und Polen hält: ein Stück Papier, mehr nicht. (Vgl. Kasten über den Grundlagen-

Forts. nächste Seite

Auf Antrag der bayerischen Staatsregierung hatte sich das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe mit dem Grundvertrag zwischen BRD und DDR zu befassen.

Was war das Ziel dieses Manövers? Die bayerische Regierung hatte beantragt, zu prüfen, ob der Grundvertrag „verfassungswidrig" sei. Das nicht etwa in der Absicht, den Grundvertrag aufzuheben, woran gegenwärtig die Bourgeoisie durchaus nicht interessiert ist. Vielmehr ging es darum, eine bestimmte „Interpretation" des Vertrages zu erreichen. Das ist gelungen.

So kam das Bundesverfassungsgericht z.N. zu der Behauptung, der Grundvertrag habe einen „Doppelcharakter" – „seiner Art nach" sei er ein völkerrechtlicher Vertrag, „seinem speziellen Inhalt nach" jedoch nicht. Die im Grundvertrag garantierte Granze zwischen BRD und DDR sei keine wirkliche Staatsgrenze, sondern eher den Grenzen zwischen den Bundesländern der BRD vergleichbar. Die Bürger der DDR seien als „deutsche Staatsangehörige" anzusehen. Der „Auftrag zur Wiedervereinigung" (Einverleibung der DDR) werde vom Vertrag nicht berührt.

Von der Bundesregierung wurde das Karlsruher Urteil „mit Befriedigung zur Kenntnis genommen". Aber auch Strauß erklärte, mit dieser „Interpretation" sei „das gesetzte politische Ziel erreicht" (laut „Bild" vom 1. August).

Nur die DDR-Regierung war mit dieser „Interpretation" nicht ganz einverstanden. Zurecht wurde von einer „revanchistischen Auslegung" des Grundvertrages gesprochen. Allerdings wurde versucht, das Ganze als Werk einiger „unverbesserlicher" Reaktionäre hinzustellen. In Rundfunkkommentaren z.B. wurde – naiv oder demagogisch? – aus dem SPD-„Vorwärts" zitiert, um scheinbare Widersprüche zwischen SPD und CDU/CSU in dieser Frage hochzuspielen. Daß die SPD-Regierung die revanchistische „Interpretation" des Grundvertrages völlig teilt, durfte für die DDR anscheinend nicht wahr sein.

Denn das Karlsruher Urteil wirft erneut ein bezeichnendes Licht auf die verschiedenen Verträge, um die von den Revisionisten von Anfang an ein gewaltiger Rummel gemacht worden ist. Besonders die DKP hat in Zusammenhang mit den Verträgen geradezu das Blaue vom Himmel herunter versprochen: Entspannung, Abrüstung, Sicherheit der Arbeitsplätze usw. ■

Fortsetzung KSZE

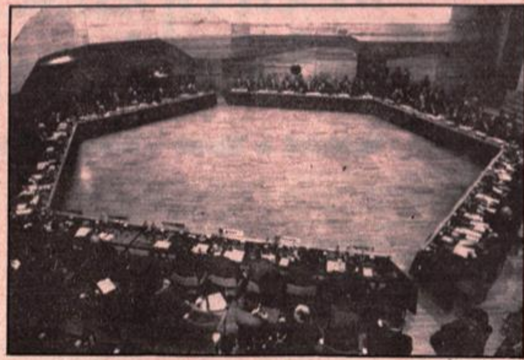
Vertrag mit der DDR.) Gegenüber der CSSR hat die Bundesregierung es durchgesetzt, daß auf die gerechte Forderung „Ungültigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an" verzichtet wurde. In der Westberlin-Frage hat die BRD bereits einige Zugeständnisse erreicht (Anerkennung der „engen Bindungen" zwischen BRD und Westberlin) und versucht gegenwärtig, noch mehr zu erpressen.

Die Haltung Albaniens zur KSZE

Als einziges europäisches Land nimmt das sozialistische Albanien nicht an der Konferenz in Helsinki teil. Albanien hat diese Entscheidung in einer Denkschrift an die finnische Regierung begründet. Darin heißt es u.a.:

„Die Regierung der Volksrepublik Albanien und das albanische Volk verstehen die berechtigte Sorge und die Beunruhigung der Völker Europas, die eine w i r k l i c h e Sicherheit und einen dauerhaften Frieden auf dem europäischen Kontinent wünschen. Es ist vollkommen natürlich, daß die Völker Europas, die allein in den letzten Jahrzehnten die Opfer von zwei Weltkriegen waren und großes Leid und Not über sich ergehen lassen mußten, heute die Sicherheit ihrer Freiheit, Unabhängigkeit und nationalen Souveränität fordern und in Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit miteinander zu leben wünschen."

Die albanische Regierung stellt dann klar, warum sie die KSZE nicht für ein geeignetes Forum hält, um auf der Basis der Gleichberechtigung *„die europäischen Probleme im Einklang mit dem Willen und den legitimen Bestrebungen der europäischen Völker und Länder, im Einklang mit den Interessen der wirklichen Sicherheit in Europa zu lösen"*: *„Diese Hoffnung ist nicht gerechtfertigt, weil die zwei imperialistischen Mächte* (gemeint sind USA und Sowjetunion – Anm. AK) *die wichtigsten internationalen Fragen untereinander und hinter dem Rücken der anderen Staaten und der Weltöffentlichkeit lösen ... Die zwei Supermächte werden niemals Zugeständnisse außerhalb des Rahmens ihrer hegemonistischen Interessen machen. Daher werden auch jene Staaten, die glauben, sie werden durch die Teilnahme an dieser Konferenz irgendwelche wirtschaftliche, politische oder andere Profite herausschlagen, sehr bald enttäuscht sein."*



Vor 34 Nationen bekennen sich die Imperialisten zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker...

Hier unterschätzt die albanische Regierung anscheinend die Rolle der imperialistischen Großmächte wie BRD, Großbritannien, Frankreich, die sich eben durchaus begründete Hoffnungen machen, bei der KSZE „Profite herauszuschlagen" (wie z.B. die Erfolge des BRD-Imperialismus mit der „neuen Ostpolitik" beweisen). Die e i n s e i t i g e Betonung der Rolle der beiden „Supermächte" im größten Teil der Denkschrift steht auch in Widerspruch zu der Feststellung am Anfang:

„Es ist inzwischen klar, daß die expansionistische und aggressive Politik der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sowie der westdeutsche Revanchismus die Hauptgefahr für den Frieden und die Sicherheit in Europa darstellen."

Und ferner zu der Feststellung, die Verträge BRD-Sowjetunion, BRD-Polen usw. hätten *„die revanchistischen Tendenzen Westdeutschlands angeschürt und bestärkt, indem Westdeutschland zum gleichberechtigten Partner (!) und zur ersten Macht in Europa wird."*

In der Denkschrift wird unserer Auffassung nach richtig eingeschätzt:

„Irgendein Beschluß, eine Erklärung oder ähnliches Dokument über den Gewaltverzicht, das eventuell auf dieser Konferenz angenommen werden könnte, wäre unter den heutigen Umständen nur eine Wiederbelebung des Briand-Kellog-Paktes, dessen Ende ja allgemein bekannt ist."

(Der Briand-Kellog-Pakt von 1928 – auch Kriegsächtungspakt genannt – wurde bis 1938 von insgesamt 48 Staaten, darunter auch von Deutschland, unterzeichnet. Er verbot den Krieg als Mittel der Politik. Seine Hauptfunktion bestand darin, die Völker über die allgemeinen Kriegsvorbereitungen zu täuschen).

Abschließend heißt es in der Denkschrift:

„Die Regierung der VR Albanien ist der Meinung, daß die wirkliche Sicherheit in Europa nicht durch Konferenzen, die von den Supermächten angeregt und organisiert sind, erzielt werden kann. Die europäische Sicherheit kann nur durch die Anstrengungen aller friedliebenden Völker und Länder Europas erzielt werden. Sie müssen die Sache der Verteidigung ihrer hohen nationalen Interessen in ihre eigenen Hände nehmen. Die Völker Europas werden den wirklichen Frieden und die wirkliche Sicherheit erreichen, wenn sie ihre eigene nationale Unabhängigkeit und Souveränität, die selbständige Entwicklung und die Verteidigungsfähigkeit ihrer eigenen Länder festigen werden. Es ist für alle europäischen Völker lebenswichtig, die aggressive Politik der Militärblocks in unserem Kontinent sowie in den anliegenden Gebieten abzulehnen und zu bekämpfen, sich konsequent dafür einzusetzen, damit alle fremden Militärstützpunkte und Truppen aus ihren eigenen Gebieten abgezogen werden, und ihre Anstrengungen mit dem Kampf um den Frieden und die Sicherheit der anderen Völker der Welt zu vereinigen."

Dazu ist unsererseits anzumerken, daß von der Festigung der Verteidigungsfähigkeit in Wahrheit nur dort gesprochen werden kann, wo die Völker die Macht haben, das heißt in sozialistischen Staaten. In einem imperialistischen Land wie der BRD die „Verteidigungsfähigkeit" zu stärken, würde offenbar heißen, seine Aggressivität nach außen und seinen Unterdrückungsapparat nach innen zu stärken, würde damit aber auch die Kriegsgefahr in Europa erheblich steigern.

Die Ledernacken proben den Krieg in der Wüste

Washington: Kein akuter Bezug - Rommel als Vorbild

Die Lage ist eindeutig: Eine mit östlichen Waffen hochmodern ausgerüstete Armee überfällt das friedliebende Nachbarland und drängt die Soldaten des Wüstenstaates ins Meer. Eine Landungsflotte der US-Marine-Infanterie dampft heran. Kampfauftrag der Ledernacken ist es, die Eindringlinge durch die Wüste zurückzuwerfen. Schauplatz des Manövers: die Mojave-Wüste in Südkalifornien.

Jede Ähnlichkeit mit möglichen Situationen im Nahen Osten oder am ölreichen Persischen Golf weist ein Sprecher des Verteidigungsministeriums in Washington weit von sich. Es bestehe „keinerlei Verbindung", versichert er. Die „Marines" bereiteten sich lediglich darauf vor, „wann immer notwendig" jeder Situation gewachsen zu sein.

„Es gibt keinen politischen Grund für die Übung", versichert auch Generalleutnant Georg Axtell im Manövergebiet. Doch andere Offiziere verraten mehr. „Sie haben uns verboten, Israel als ein hypothetisches Beispiel zu nennen", bemerkt ein Oberst.

Tatsache ist: Amerikas Elite-Kämpfer rüsten vom Dschungelkrieg in Vietnam auf bewaffnete Auseinandersetzungen in der Wüste um.

Tatsache ist auch: Die „Feinde" in dem Wüstenmanöver „Alkali Canyon 73" trugen die Uniformen der libyschen Armee. Brigadegeneral Arthur Poillon, der die 8800 Ledernacken, die Landungsfahrzeuge, Hubschrauber, Düsenjäger und Artillerie befehligt, wiegelte ab: „Die Kriegsführung in der Wüste und die Landung mit Amphibien-Booten haben wir schon seit Jahren geübt. Das können wir am besten." Auffällig ist nur, daß die meisten der an der Übung beteiligten Soldaten zur Zweiten Division gehören. Sie ist Teil der 6. Flotte, die im Mittelmeer operiert.

Die Vereinigten Staaten haben im Nahen Osten zwei vitale Interessen zu vertreten. Das eine heißt Israel (allein in Chicago leben mehr jüdische Wähler als in ganz Israel). Das zweite heißt Öl. Immer mehr arabische Emirate am Persischen Golf machen Front gegen die Vereinigten Staaten.

Doch militärisch glauben sich die USA gut vorbereitet. General Poillon: „Ich habe gelesen, was Rommel in der Wüste getan hat, so daß wir nicht mehr von Null anfangen mußten."

Abrüstung? Entspannung?
Notiz aus der „Hamburger Morgenpost" vom 25.8.

Abrüstungs-Gespräche sollen Aufrüstung verschleiern

In die Reihe der Ost-West-Verhandlungen fallen auch die derzeit laufenden Gespräche über eine „Truppenreduzierung in Mitteleuropa". Die „Abrüstungsverhandlungen" sind Ergebnis der seit 14 Jahren laufenden „amerikanisch-sowjetischen Zusammenarbeit", die 1959 mit einem Besuch Chruschtschows bei Eisenhower in Camp David eingeleitet wurde. Seit dieser Zeit gab es zunächst viele Abkommen über die wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit, bald begannen beide Staaten, sich über „Abrüstungsmaßnahmen" zu unterhalten.

Das Atomtest-Stopp-Abkommen

Im Jahre 1963 wurde zwischen den USA, der Sowjetunion und Großbritannien das Atomtest-Stopp-Abkommen ausgehandelt, das überirdische Kernwaffen-Versuche verbietet. Seit Unterzeichnung dieses Abkommens stiegen nicht nur die Rüstungsausgaben in den einzelnen Ländern erheblich (vgl. Tabelle), sondern auch die Weiterentwicklung immer „modernerer" Massenvernichtungs-Waffen ging zügig weiter, nun allerdings mit unterirdischen Tests.

Das wahre Motiv der US-Imperialisten und Sowjetrevisionisten war vor allem, Druck auf die VR China auszuüben. Während sie selbst die Atom-Waffen – aufgrund dutzender von Tests – nunmehr so weit entwickelt hatten, um auf überirdische Tests ohne Schaden verzichten zu können, würde China beim Aufbau einer eigenen Atom-Streitkraft zunächst auf überirdische Tests angewiesen sein. So schien sich immerhin die Möglichkeit zu bieten, mit dem Abkommen China den „Schwarzen Peter" zuzuschieben und von der eigenen Aufrüstung abzulenken. Am [illegible] 1964 führte China [illegible] Atomversuch durch.

Der Atomwaffen-Sperrvertrag

1967 wurde ein Vertrag „über die Nichtweitergabe von Kernwaffen" zunächst von der Sowjetunion, den USA und Großbritannien unterzeichnet. Er soll verhindern, daß Atomwaffen in die Kontrolle von Ländern weitergegeben werden, die keine Atomwaffen besitzen.

An diesem Vertrag war besonders die Sowjetunion interessiert, die vor allem besorgt war wegen einer möglichen Ausrüstung des BRD-Imperialismus mit Atomwaffen.

Dieses Ziel sichert das Abkommen allerdings in Wahrheit nicht:

1.) verbietet das Abkommen nicht die Stationierung von Atomwaffen im Ausland, z.B. von Atomwaffen der USA in der BRD, sofern diese formal unter Kontrolle der US-Truppen bleiben.

2.) hält sich die BRD ausdrücklich die Möglichkeit offen, im Rahmen eines „Vereinigten Europa" doch noch Kontrolle über Atomwaffen zu erlangen.

Frankreich und die VR China traten dem Abkommen aus unterschiedlichen Gründen nicht bei.

Der Grund der französischen Bourgeoisie ist, daß sie eine von den USA unabhängige Politik, auch auf militärischem Gebiet, zu betreiben versucht. Die französischen Imperialisten wollen ihre atomare „Force de Frappe" als politisches Mittel im Kampf um die Vormachtstellung in Westeuropa einbringen, gegebenenfalls als Ausgangspunkt für eine europäische Atom-Streitkraft unter französischer Führung.

Daher ist besonders der BRD-Imperialismus an der Fortführung der französischen Atom-Aufrüstung sehr interessiert.

Chinas Standpunkt zu Atomwaffen

Die chinesischen Genossen legten schon in ihrer „Polemik über die Generallinie" (Peking 1965) ihren Standpunkt zur Frage der Atomwaffen dar:

„Wir sind seit jeher der Meinung, daß die sozialistischen Staaten, um die nationalen Befreiungskriege und revolutionären Bürgerkriege der Völker zu unterstützen, keine Atomwaffen anwenden sollen und es auch nicht nötig haben.

Wir sind seit jeher der Meinung, daß die sozialistischen Staaten die nukleare Überlegenheit erreichen und aufrechterhalten müssen. Nur so kann man den Imperialismus in Schranken halten, daß er es nicht wagt, einen Atomkrieg zu entfesseln; nur so kann das vollständige Verbot der Kernwaffen herbeigeführt werden.

Wir sind stets der Meinung, daß Kernwaffen in den Händen eines sozialistischen Staates immer nur Verteidigungswaffen zur Abwehr imperialistischer nuklearer Drohungen sein können. Ein sozialistischer Staat darf auf keinen Fall als erster Atomwaffen anwenden ..." (S. 274 – der zitierte Artikel ist vom 19. Nov. 63)

Nach dem ersten Atomversuch am 16. Oktober 64 erklärte Chinas Regierung u.a.:

„Es sind die Menschen und nicht irgendwelche Waffen, die über Sieg oder Niederlage in einem Krieg entscheiden. Das Schicksal Chinas wird vom chinesischen Volk, und das Schicksal der Welt von den Völkern der Welt entschieden, und nicht von Kernwaffen. China entwickelt Kernwaffen, um sich zu verteidigen und das chinesische Volk vor der Gefahr eines durch die USA begonnenen nuklearen Krieges zu schützen.

Die chinesische Regierung verkündet hiermit feierlich: China wird niemals und unter keinen Umständen als erstes Land Kernwaffen einsetzen." („Peking Rundschau", Nr. 5/64)

Daran hat China bis heute festgehalten – übrigens als einziges der Länder, die Atomwaffen besitzen.

BRD-Imperialismus – Hintertür offen

Der BRD-Imperialismus, dessen Ziel es ist, früher oder später doch noch Kontrolle über Atomwaffen zu gewinnen, hat sich lange dagegen gewehrt, den Sperr-Vertrag zu unterschreiben. Als Vorwand diente, daß angeblich die Frage der „friedlichen Nutzung" der Atom-Energie zuvor zufriedenstellend geregelt sein müßte.

Erst in letzter Zeit ist die BRD schließlich dem Abkommen beigetreten. Dabei halten sich die Imperialisten jedoch offen, im Rahmen eines gemeinsamen Atom-Streitkraft eines „Vereinigten Europa" ihr Ziel doch noch zu erreichen. Sie würden in diesem Fall das Abkommen für erledigt erklären, denn das „Vereinigte Europa" wäre ja sozusagen ein ganz neuer Staat, für den keine früher geschlossenen Abkommen mehr gültig wären. Genauso verhält sich der BRD-Imperialismus gegenüber den Verträgen mit der Sowjetunion, Polen und der DDR.

Die „europäische" Atomstreitkraft ist allerdings zunächst nicht in greifbarer Nähe – Brandt erklärte denn auch, nur in einem Westeuropa mit „zentraler politischer Führung" sei eine gemeinsame Atom-Streitkraft möglich. Beim gegenwärtigen Stand der inner-imperialistischen Widersprüche und des Kräfteverhältnisses sind die Imperialisten Großbritanniens und Frankreichs auch durchaus noch nicht bereit, den BRD-Imperialismus zum atomaren Teilhaber zu machen. Der BRD-Imperialismus rechnet demgegenüber auf zweierlei:

1.) die weitere Entwicklung der „politischen Einigung Europas" unter westdeutscher Führung, und

2.) den Zeitpunkt, wo es den britischen und französischen Imperialisten nicht mehr möglich sein wird, die Fortentwicklung ihrer Atom-Rüstung noch aus eigener Kraft zu tragen.

Die SALT-Gespräche

Die im letzten Jahr abgeschlossenen „Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen" (Strategic Arms Limitation Talks ▸▸

Fortsetzung KSZE

SALT) zwischen den USA und der Sowjetunion brachten ein erstes Resultat im Rahmen der langjährigen Zusammenarbeit beider Länder:

„Ihre Absicht bekundend, baldmöglichst eine Beendigung des atomaren Wettrüstens zu erreichen und . . . effektive Maßnahmen . . . zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung einzuleiten", verpflichteten sich beide Seiten, „ihre Raketenabwehr-Systeme einzuschränken" (laut Kommuniqué vom 26. Mai 72).

Bei dieser angeblichen Rüstungsbeschränkung handelt es sich um einen weiteren „Abrüstungs"-Bluff, der den beim Wettrüsten völlig üblichen Austausch veralteter Waffensysteme gegen modernere als Schritt zur Abrüstung hinzustellen soll.

Laut Artikel IV des SALT-Abkommens „können eine Modernisierung und eine Auswechslung der strategischen, offensiven . . . Raketen und Startanlagen . . . durchgeführt werden."

Das SALT-Abkommen ist auch Ausdruck der Tatsache, daß bis zu einem gewissen Grad der Bedarf der US-Imperialisten und Sowjetrevisionisten an „großen" (strategischen) Raketen gesättigt ist, und nunmehr die Produktion „kleiner" (taktischer) Atomwaffen für „begrenzte Konflikte" an Bedeutung gewinnt.

Außerdem wird z.B. die Bestimmung des SALT-Abkommens über die Einschränkung der Raketen-Startrampen dadurch umgangen, daß verstärkt Raketen mit Mehrfach-Sprengköpfen entwickelt werden – d.h. die Zahl der Startrampen bleibt gleich oder kann sogar „eingeschränkt" werden, während die Zahl der einsetzbaren Atom-Sprengköpfe und der erreichbaren Ziele wächst.

Als ob das noch nicht genug wäre, enthält das SALT-Abkommen zusätzlich eine Klausel, die es überhaupt in die Willkür der Vertragspartner stellt, ob sie das Abkommen einhalten wollen. Nämlich Artikel 15:

„Jede der beiden Seiten hat in Ausübung ihrer staatlichen Souveränität das Recht, sich aus dem Vertrag zurückzuziehen, . . . wenn außerordentliche Umstände ihre Interessen gefährdet haben."

Ähnlich wie beim letzten amerikanisch-sowjetischen Abkommen über die „Verhinderung von Atomkriegen" (vgl. Artikel „Friedensschwindel" in AK 30) ist auch beim SALT-Abkommen der betrügerische Charakter offenbar.

So nimmt das Abkommen über die „Verhinderung von Atomkriegen" ausdrücklich die „Bündnisverpflichtungen" der US-Imperialisten und Sowjetrevisionisten vom Vertrag aus. Da jedoch beide Staaten „Bündnisverpflichtungen" (NATO, Warschauer Pakt etc.) mit fast allen bedeutenderen Länder der Welt eingegangen sind (und zwar gerade an den sogenannten „Spannungsherden") ist der Wert des Abkommens von vornherein gleich Null.

„Die kautskyanische Predigt der „Abrüstung", die sich ausgerechnet an die jetzigen Regierungen der imperialistischen Großmächte wendet, ist vulgärster Opportunismus, bürgerlicher Pazifismus, der in Wirklichkeit . . . nur dazu dient, die Arbeiter vom revolutionären Kampf abzulenken. Denn den Arbeitern wird durch solche Predigten der Gedanke eingeflößt, als ob die jetzigen bürgerlichen Regierungen der imperialistischen Mächte nicht durch Tausende Fäden des Finanzkapitals und durch Dutzende oder Hunderte von entsprechenden (d.h. räuberischen, mörderischen, imperialistischen Kriege vorbereitenden) gegenseitigen Geheimverträgen gebunden wären." (Lenin: „Über die Losung der Entwaffnung".)

BRD-Imperialismus bleibt am Ball

Jedes „Abrüstungs"-Abkommen zwischen USA und Sowjetunion

zwischen USA und Sowjetunion

nutzen die BRD-Imperialisten demagogisch aus, um ebenfalls weitere Aufrüstung zu rechtfertigen. So wurde z.B. anläßlich der jüngsten Vereinbarung über die „Verhinderung von Atomkriegen" namentlich von Vertretern der CDU/CSU laut gejammert, nun sei ja der „atomare Schutz" der USA für Westeuropa in Frage gestellt und die Länder West-Europas müßten eigene atomare „Verteidigungsanstrengungen" machen. Dem selben Ziel dient es, wenn die „Gefahr" eines militärischen Rückzuges des US-Imperialismus aus Europa beschworen wird.

Im Herbst dieses Jahres soll eine „Konferenz über gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstungen sowie damit zusammenhängende Maßnahmen in Mitteleuropa" (MBFR) stattfinden, an der neben den USA und der Sowjetunion einige europäische Länder teilnehmen werden.

Schon jetzt wird diese Konferenz von der Bourgeoisie gebührend „vorbereitet". Bezeichnend ist das ständige Jammern der bürgerlichen Presse und der NATO-Generale über die angebliche militärische Überlegenheit des Warschauer Paktes. Damit wird die verstärkte eigene Aufrüstung gerechtfertigt und zugleich eine möglichst günstige Ausgangsposition bei der kommenden Konferenz angestrebt.

Vor der westdeutschen Arbeiterklasse will die Bourgeoisie die „Abrüstungsgespräche" mit den Ländern des Warschauer Paktes dazu benutzen, um die weitere Modernisierung der NATO und der Bundeswehr sogar noch voranzutreiben. Der BRD-Imperialismus hat im Rahmen der NATO eine „europäische Fraktion" initiiert, die sogenannte „Eurogroup", die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Aufrüstung der westeuropäischen Staaten zu koordinieren, Waffenhilfe an reaktionäre und faschistische Staaten zu organisieren u.a.m.

Frankreich nimmt an den „Abrüstungsgesprächen" ohnehin nicht teil, u.a. deshalb, weil es seine eigene – relativ kleine – Atom-Streitkraft unbedingt erhalten will, vor allem als Gewicht beim Ringen um die Vorherrschaft in Westeuropa. Zugleich ist Frankreich damit eine Art Schlupfloch für die anderen EG-Staaten, besonders die BRD, um über die Beteiligung am französischen (und britischen Atom-waffen-Programm an der atomaren Aufrüstung teilzunehmen.

Militarismus Komission (KB/Gruppe Hamburg) und AK-Redaktion ■

■ *Verteidigungs- und Sozialausgaben des Bundes*

Rechnungsjahr	Bundeshaushalt in Mrd. DM	Rüstungsausgaben in Mrd. DM	Rüstungsausgaben in % des Bundeshaushalts
1955[1]	25,3[1]	6,1[1]	24,1
1961[2]	45,2	11,7	25,9
1962[2]	50,1	15,7	31,3
1963[2]	54,8	18,3	33,4
1964[2]	58,4	17,8	30,5
1965[2]	64,9	18,1	27,9
1966[2]	67,9	18,4	27,1
1967[2]	76,0	20,0	26,3
1968[2]	75,4	17,6 (23,1)[3]	23,3 (28,0)
1969[2]	81,7	19,5 (24,3)[3]	23,9 (29,3)
1970[2]	87,3	20,0 (25,8)[3]	22,9 (29,6)
1971[2]	98,4	21,8 (29,6)[3]	22,2 (30,1)
1972[2]	106,6	24,2 (32,7)[3]	22,7 (30,7)

■ *Rüstungsausgaben der NATO und der wichtigsten NATO-Länder*

Effektive Ausgaben im Kalenderjahr (in Millionen US-Dollar)

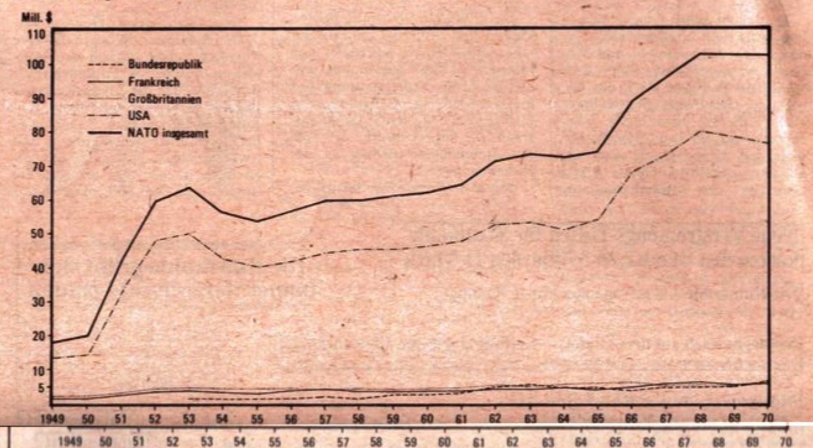
Land/Jahr	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959
Bundesrepublik[1]	—	—	—	—	1 475	1 497	1 758	1 717	2 134	1 632	2 640
Frankreich	1 368	1 597	2 517	3 580	3 961	3 346	3 148	4 197	4 457	3 945	3 659
Großbritannien	2 181	2 377	3 217	4 371	4 707	4 399	4 388	4 522	4 407	4 455	4 449
USA	13 580	14 559	33 398	47 852	49 621	42 900	40 518	41 773	44 548	45 503	46 614
NATO insgesamt[2]	18 777	20 499	42 245	59 958	63 994	56 417	54 165	56 798	60 191	60 168	61 641

Land/Jahr	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Bundesrepublik[1]	2 885	3 539[3]	4 669	5 391	4 888	4 607	4 335	5 000	5 278	5 301	6 187
Frankreich	3 866	4 037	4 347	4 292	4 918	4 215	4 465	5 502	6 104	5 586	5 982
Großbritannien	4 634	4 785	5 078	5 252	5 562	5 937	6 081	5 340	5 450	5 438	5 950
USA	46 545	47 807	52 392	53 243	51 213	54 200	67 950	73 000	79 576	78 475	76 507
NATO insgesamt[2]	62 414	65 158	71 693	73 699	72 555	74 245	88 965	96 395	103 672	103 328	102 838

Quelle: Für 1949 bis 1960 Bund der Steuerzahler, Einzeldarstellung Nr. 68: *Kein Tabu für Verteidigungsausgaben*, S. 15; für 1960 bis 1963: Einzeldarstellung Nr. 73: *Verteidigungshaushalt*, 1965, S. 4; ab 1964 *‹Military Balance›* 1965/66 bis 1968/69 (Jahrbücher des Institute for Strategic Studies, London).

1 Bevor die Bundesrepublik der NATO beitrat (Mai 1955), trug sie durch Zahlung von Besatzungskosten zum Verteidigungsbudget von einigen Ländern bei; darüber hinaus trug sie andere Kosten, die ebenfalls unter den NATO-Begriff der Verteidigungsausgaben fallen. Die Gesamtsumme der Spalte von 1953 stellt die Ausgabe dar, die unter den verschiedenen Titeln für das Rechnungsjahr 1953/54 gemacht wurden. Die Zahlen, die dem Rechnungsjahr 1953/54 vorausgingen, wurden hier nicht erfaßt.

2 Die Gesamtsumme für die NATO schließt die deutschen Verteidigungsausgaben für die Zeit vor 1953 nicht ein und ist daher nicht direkt vergleichbar mit den Gesamtkosten für die darauffolgenden Jahre.



Waffenlieferungen der BRD an die portugiesischen Kolonialtruppen

In der letzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF wurden die Hintergründe der bekanntgewordenen portugisieschen Massaker in Moçambique beleuchtet. Dabei wurde bereits auf die militärische Unterstützung des faschistischen NATO-Staates Portugal durch die BRD hingewiesen. Die westdeutsche Regierung beteiligt sich u.a. auf diesem Wege d i r e k t an der grausamen Unterdrückung der afrikanischen Völker. Das „Deutsche Komitee für Angola, Guinea-Bissao und Moçambique" hat nun kürzlich genauere Angaben über die militärischen Lieferungen der BRD an die portugiesischen Kolonialtruppen veröffentlicht, die wir nachstehend wiedergeben (in Klammern jeweils die Informationsquelle):

1961
8 Patrouillenboote (Revista de Marinha, Portugal, 9/65)

1965
60 Düsenbomber (Spandauer Volksblatt, 3.4.65, Die Zeit, 1.8.67)

1966
40 Düsenbomber Fiat-G-91 (Wehr und Wirtschaft, 10/66) und 111 Düsenjäger Fouga Magister (Correira de Manna, 27.10.66)

1968
12 Fallschirmjäger-Transportflugzeuge (U. Albrecht, Waffen für die dritte Welt, rororo aktuell 1535) und 110 Aufklärungsflugzeuge DO-27 (Cockpit, 3/68)

1969
8 Fouga Magister (Angabe von verschiedenen Luftwaffenangehörigen gegenüber dem Deutschen Komitee für Angola)

Und seit Bestehen der SPD/FDP-Regierung:

1969/70
30 Aufklärungsflugzeuge DO-27

1970/71
3 Noratlas-Transportflugzeuge (beides bestätigt durch Beamte des Auswärtigen Amtes gegenüber dem Deutschen Komitee für Angola am 18. 10.71), 3 Korvetten speziell für den Einsatz in tropischen Küstengewässern (The Star, 19.9.70; Diario de Noticias, 22.1.73) und Maschinengewehrrohre, Überdruckpatronen, Mörsergranatzünder (Antwort der Bundesregierung auf Anfrage von MdB Horn, 2.11.71)

1972
Die Bundesregierung bewilligt die Produktion der Granaten „Heat 105, 106", sowie von „Anti-personnel-Minen" und „Anti-Tank-Minen" in der portugisieschen Fabrik Trafaria in westdeutscher Lizenz.

1973
Produktion von 6 Korvetten nach Lizenz von Blohm & Voss in Portugal (Diario de Noticias, 5.4.73; Yearbook of the Stockholm Institute of Peace Research and Information, S. 330)

Was entlarvt deutlicher die H e u c h e l e i, mit der die regierungstragende Sozialdemokratie kürzlich Vertreter der Befreiungsbewegung von Mocambique, FRELIMO, eingeladen und sich über die portugiesichen Massaker „entrüstet" hat ? !

Frankreich: Zehntausende in Larzac

In der letzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF berichteten wir ausführlich über den Kampf der südfranzösischen Bauern gegen die geplante Ausweitung des Militärlagers von Larzac, wodurch die Bauern von ihren Höfen vertrieben werden sollen. Dieser Kampf hat im ganzen Land eine breite Solidarität gefunden. An den Solidaritätsmärschen. die vom 22. bis 26. August nach Larzac stattfanden, nahmen 50.000 Menschen teil. Die Zeitung „Politique Hebdo" sprach sogar von 80.000. Am letzten Tag versammelten sich alle Teilnehmer auf dem zur Erweiterung des Militärlagers vorgesehenen Gelände, wo die Bauern von Larzac gegen das Verbot der Regierung illegal mit dem Aufbau einer Schäferei begonnen haben, die mittlerweile zu einem Symbol ihres Kampfwillens geworden ist. Dort überreichten die Arbeiter der Uhrenfabrik Lip aus Besançon, die mit einer Delegation von 200 Kollegen erschienen waren, den Bauern als Ausdruck der Solidarität zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft eine Uhr, die auf einem Schafsmodell befestigt war. Die Arbeiter von Lip hatten Mitte Juni ihren Betrieb besetzt und die Produktion in eigener Regie übernommen, weil die Kapitalisten diesen Betrieb durch Entlassungen und Lohnstreichungen auf dem Rücken der Arbeiter „sanieren" wollten. Am 14. August wurde der Betrieb durch den Einsatz von 3.000 Polizisten gewaltsam geräumt.

Auch aus anderen Betrieben und Landstrichen, wo die Arbeiter bzw. Bauern gegenwärtig im aktiven Kampf stehen, waren Solidaritäts-Delegationen nach Larzac gekommen: so z.B. aus den Betrieben Pechiney-Noguères und Romans, und aus den Landgebieten von Fontevrault, Naussac und Canjuers, wo die Bauern ebenfalls gegen die Existenz und Ausweitung von Übungslagern des Militärs auf ihre Kosten kämpfen.



Die Bauern von Larzac stellen das Solidaritätsgeschenk der Lip-Arbeiter auf das Mauerwerk der Schäferei, die sie illegal auf dem zur Erweiterung des Militärlagers vorgesehenen Gelände aufbauen.



Ruhrkohle-Chef Kuhnke

II. TEIL
DER MILLIARDENSCHWINDEL

KRISE IM STEINKOHLENBERGBAU FÜR WEN?



Die Artikelfolge über die kapitalistische Lösung der Krise im westdeutschen Steinkohlenbergbau haben wir in der letzten Ausgabe des AK mit einem Bericht über die Energiepolitik der Kapitalisten und die Rationalisierungswelle im Steinkohlenbergbau 1958 bis 1965 eingeleitet. Grundlage für die weitgehende Einschränkung der Steinkohlenproduktion durch die westdeutschen Ruhr- und Saarbergbaumonopole war die Aufnahme des Erdölgeschäfts seit Mitte der 50er Jahre, insbesondere nach dem imperialistischen Suezkrieg 1957. Mit der weiteren politischen Absicherung der Erdölquellen in Nah-Ost durch den Imperialismus, insbesondere der Verlagerung der für Westdeutschland bestimmten Erdölförderung in „krisenfeste" reaktionäre Regimes (Persien, Saudi-Arabien etc.), begann der Abbau der Steinkohlenförderung. Dabei konnten die westdeutschen Monopole nicht nur trotz, sondern gerade wegen der teilweisen Einstellung der Kohlenproduktion das dicke Geschäft machen. Nach dem Vorbild der Weimarer- und Nazi-Zeit ließ sich die Existenzunsicherheit der Bergarbeiter derart ausnutzen, daß parallel zu Massenentlassungen die Arbeitshetze so gesteigert werden konnte, daß die Kohlenförderung insgesamt nur unwesentlich zurückging. Nicht die unabwendbare Senkung der Produktion führte zu den Entlassungen, wie die Kapitalisten immer wieder betonten, sondern die Entlassungen waren das Druckmittel, um die Produktion geradezu in die Höhe zu treiben.
Dieser zweite Teil der Artikelfolge geht auf die Verflechtung zwischen Staat und Monopolen des Ruhrbergbaus ein, die mit der Gründung der Ruhrkohle „Aktien-Gesellschaft" (RAG) einen besonderen Höhepunkt erreicht hat.
Die weiteren Teile gehen auf die politische Entwicklung der Bergbauarbeiter und ihre Kämpfe, die Kommunistenverfolgung, die Politik der SPD-Führer in SPD und Gewerkschaftsspitze und schließlich auf die sozialen Folgen für die Bergbauarbeiter und ihre Familien ein.

Im Januar 1967 fanden die ersten offiziellen Vorgespräche zwischen den Zechenherren und Regierungsvertretern aus Bonn und Nordrhein-Westfalen statt, um die geplante Großfusion der Ruhrzechen in die Tat umzusetzen. Zwei Jahre später, im Juli 1969, wurde dann der „Grundvertrag" über die Gründung der Ruhrkohle AG (RAG) zwischen den Altgesellschaftern, der Bundesregierung und der neuen RAG geschlossen.

Abgeschlossen war die erste Rationalisierungsperiode, in der die Produktion um ca. 20%, die Belegschaft um über 50%, die Anzahl der Zechen von 1957 / 173 auf 1968 / 72 reduziert worden waren. Dabei hatte der erste Teil der Stillegungen vor allem auf den im Kohlenbergbau tätigen Staatsbetrieben gelegen. In den Jahren 1957 bis 1961 waren z.B. genau die Hälfte aller Stillegungen Staatsbetriebe, obwohl deren Anteil an der gesamten Produktion viel geringer war.

Für die weiteren Stillegungen, die die Privateigentümer betrafen, war 1963 per Gesetz die Bildung eines „Rationalisierungsverbandes" beschlossen worden, der aus Steuergeldern hohe „Stillegungsprämien" zahlen sollte. Die Kapitalisten kassierten so für die durch den vorhergehenden Raubbau zumeist wertlosen, überalterten Zechen Millionenbeträge! Mit verstärktem Tempo war so in den drei Jahren vor der RAG-Gründung noch einmal jede 3. Zeche geschlossen und mehr als 100 000 Kumpels entlassen worden.

Übrig blieben die profitabelsten Zechen mit 100%ig vollmechanischer schneidender, schälender und rammender Kohlengewinnung und der höchsten Schichtleistung pro Mann und Schicht. 52 dieser Zechen bildeten die neue RAG. Damit entstand ein Superkonzern, der 85% der Steinkohlenförderung an der Ruhr vereinigte.

Mit der besonderen Rechtskonstruktion der RAG und dem „Grundvertrag", an denen Schiller als Bundeswirtschaftsminister, Kühn als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Arendt, damals IG-Bergbau-Vorsitzender, maßgeblich beteiligt waren, gelang den Bergbaubossen „der große Wurf".

Von staatlicher Seite erhielten die Bergbaukapitalisten die Garantie, für die zukünftigen Verluste der RAG den Steuerzahler aufkommen zu lassen, für Milliardenkredite der RAG zu bürgen etc., während andererseits die ehemaligen Zechenherren als Aktionäre der RAG die gesamte Unternehmenspolitik, wie Investitionsvorhaben, Preisgestaltung usw. in der Hand behielten. Damit war für die Zechenbosse der Weg zu Milliardengeschäften gerade durch die „Kohlenkrise" frei!

Bei einer derartigen „Aktiengesellschaft" mit staatlicher Verlustübernahme kam es darauf an, möglichst hohe „Verluste" zu produzieren, die sich bei den Zechenherren als „Gewinne" wiederfanden. Deswegen wurden vor der RAG-Gründung aus den alten Zechengesellschaften die ursprünglich darin vereinigten Kraftwerke, der riesige Grundbesitz und Zehntausende von Bergarbeiter-Wohnungen herausgelöst und nicht in die RAG eingebracht. Denn diese Sparten hätten Gewinn gebracht und somit die „Verluste" geschmälert.

Für die RAG blieben so nur die nackten Zechen übrig, denen allerdings sämtliche Folgelasten der jahrzehntelangen Kohlenförderung und der Stillegungsaktionen der vergangenen Jahre, wie Bergschäden, Wasserpumpkosten, Deputatkohle für Bergarbeiterrentner etc. aufgelastet blieben.

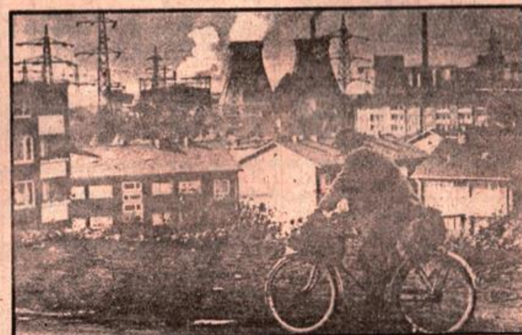
Der „Wert" dieser Zechen wurde vor der RAG-Gründung mit 1,8 Mrd. DM festgesetzt, denen allerdings 1,5 Mrd. an Bankschulden gegenüberstanden. Außerdem zahlten die ehemaligen Zechenherren 540 Mill. für das Grundkapital der RAG, zusammen also 300 + 540 = 840 Mill. Vermögenswerte der RAG bei der Gründung. Bei einer normalen Aktiengesellschaft würden die Aktionäre auf dieses Kapital einen Teil des Profits jährlich als Dividende erhalten.

Nicht so bei der RAG, die ja Verluste produzieren sollte, so daß eine Dividende nicht möglich war. Stattdessen wurde im „Grundvertrag" festgelegt, daß die Altgesellschafter für ihr eingesetztes Kapital „Einbringungsforderungen" an ihre eigene Gesellschaft stellen können, und zwar erheblich höher, als das tatsächlich in die RAG eingebrachte Kapital von 840 Mill., nämlich 2,1 Mrd. DM! Diese 2,1 Mrd. sollten von der RAG bei einer jährlichen Verzinsung von 6% in 20 Jahresraten an die „alten" Zechenherren gezahlt werden, wofür diese staatliche Garantien erhielten.

Der Betrug war zum Gesetz erhoben. Die einzelnen kleineren Betrugsgeschäfte am Rande der RAG-Gründung, über die später die bürgerliche Presse berichtete, nehmen sich dagegen wie „kleine Fische" aus.

So hatten einige Altgesellschafter sechs mal höhere Kohlenvorräte ihrer Gruben vor der RAG-Gründung zur „Bewertung" angegeben, als tatsächlich vorhanden und abbaubar. Andere Schächte waren vor der Übernahme durch die RAG so im Raubbau betrieben worden, daß die Förderung nur noch wenige Wochen ohne immense Neuinvestitionen klappte. (FR vom 10.9.71) Die „Welt" berichtete 1971, daß die Altgesellschafter 300 Mio. DM Rückstellungen aus der Zeit der Kohlenschwemme aus den Zechenbilanzen vor der RAG-Gründung noch hatten „verschwinden" lassen, ebenso weitere 350 Mio. DM Rückstellungen für die Behebung der Wasserwirtschaftsschäden! („Welt" vom 10.9.71)

Der Spiegel berichtete 1970 (Nr. 18), daß allein die Rheinstahl-Zechen (ca. 1/20 der RAG-Produktion) im Jahr 1969 statt der erwarteten und bewerteten 30 Mill. Gewinn 70 Mill. DM Verlust (!) einbrachten.



Ruhrpott-Landschaft (in Essen)

Auch diese Betrügereien „so ganz nebenbei" blieben ungesühnt. In keinem Fall wurde gegen die darin verwickelten Zechenbosse etwas unternommen. Keine Instanz war zur Prüfung und Kontrolle dieser Machenschaften eingerichtet. Sie sollten sich daher in den nächsten Jahren verstärkt fortsetzten.

Hauptaktionär der RAG mit ca. 60% Beteiligung war die Stahlindustrie, gleichzeitig auch einer der Hauptkunden für Steinkohle. (Gesamter Steinkohlenverbrauch: ca. 30 Mill. t im Jahr)

Für die ersten zwei Jahre handelte die Stahlindustrie mit der RAG Kohlepreise aus, die weit unter den handelsüblichen lagen. 1970 z.B. verkaufte die RAG an ihre Mehrheitsaktionäre Thyssen, Krupp, Hoesch, Rheinstahl, Salzgitter und Ilsede die Ruhrkohle für 66 DM/t statt für 91 bis 100 DM Marktpreis! Daneben wurden zusätzliche „Mengenrabatte" und „Treueprämien" gewährt. Bei dem riesigen Kohleverbrauch der Stahlindustrie macht dies alleine Hunderte Millionen „Verluste" bei der RAG und „Gewinne" andererseits bei den Stahlerzeugern jährlich aus.

Nach diesen „Preisverhandlungen" mit der RAG, die im „Hüttenvertrag" festgelegt waren, mußte die RAG in der Hochkonjunktur 1970, als ihre eigene Produktion nicht ausreichte, sogar Steinkohle aus Australien und Südafrika für 140 DM pro Tonne einkaufen und zum vereinbarten „Hüttenpreis" von weniger als der Hälfte an die Stahlindustrie liefern! (Spiegel Nr. 3, 1971)

Auch in den nächsten Jahren lag der von den Stahlindustriellen gezahlte Kohlepreis weit unter dem handelsüblichen Niveau. Selbst der vom RAG-Vorstand und „neutralen" Schiedsrichtern festgelegte „Wettbewerbspreise" der Steinkohle für die Stahlindustrie, der wegen des Einflusses der Stahlbosse über den RAG-Vorstand denkbar niedrig war, wurde noch nicht einmal gezahlt.

Wettbewerbspreis = W.
Tatsächlich gezahlt = T.g.

	W.	T.g.
1969	65,- DM	ca. 55 DM
2.Halbj. 1970	73,80 DM	68,35 DM
1971	85,55 DM	ca. 83 DM
72/73	über 80 DM	ca. 78 DM

Dabei muß man noch berücksichtigen, daß der Marktpreis zeitweise erheblich über dem „Wettbewerbspreis" lag, der Preisvorteil für die Stahlbosse also erheblich höher war.

Weiterhin wurde in allen Preisverhandlungen mit der Stahlindustrie, der „g-Wert" der Ruhrkohle, ein Qualitätsmaßstab zur Berechnung des Heizwertes, nicht zugrunde gelegt. Dieser „g-Wert" liegt bei der Ruhrkohle besonders hoch und verbilligt durch geringeren Kohleverbrauch die Stahlerzeugung. Nach Ansicht von Fachleuten wäre so ein Aufschlag von 5 DM pro Tonne das Mindeste gewesen. Laut Spiegel Nr.

Forts. nächste Seite

Neue Verstromungs-Hilfen für Steinkohle
kosten den Staat 2,25 Milliarden D-Mark

Die Ruhrkohle AG ist ein ganz armer Kumpel
Altlasten und hohe Fremdfinanzierung sind Hauptursachen der großen Verluste

Bis Ende Juli schon wieder 331 Millionen DM Verlust aufgelaufen
Die Ruhrkohle gräbt sich immer tiefer in rote Zahlen
Minister Schmidt plädiert für mehr Egoismus in der Energiepolitik

Kohlegespräch auf dem Gipfel
Drei Minister wollen in Kürze mit der Ruhrkohle AG verhandeln

Rettungsanker für die Ruhrkohle
Schuldbuchforderung erweitert den Liquiditätsspielraum

Milliardenhilfe für Ruhrkohle AG
Bund und Nordrhein-Westfalen greifen wieder tief in die Tasche

Ruhrkohle erhält Bürgschaft
Bund und Land füllen Plafonds auf 3,3 Milliarden D-Mark auf

Das Zechensterben an der Ruhr ist noch lange nicht zu Ende

Ruhrkohle AG erhält neue Finanzstütze

Ruhrkohle AG stöhnt unter Milliarden-Lasten

Ruhrkohle AG verkündet ein Notprogramm

Das Ruhrkohle-Paket bleibt auf dem Tisch
Konsolidierung wird nur mit einer Ausgliederung der Altlasten möglich sein

Ruhrkohle noch tiefer in den roten Zahlen

Presseschlagzeilen der letzten Jahre



Forts. Kohlenkrise

14/1971) entstanden allein dadurch der RAG 1969 300 Mill., 1970 400 Mill. DM „Verluste' – bei den Stahlbossen ebensolche Extra-Profite!

Nicht nur über die Kohlepreise wurde die RAG geschröpft. So verkaufte der Vorsitzende des RAG-Vorstandes, Kuhnke, den bei der Koksproduktion der RAG anfallenden Steinkohlenteer zu „Niedrigstpreisen". Steinkohlenteer ist Basis für eine ganze Sparte der chemischen Industrie. Als Aufkäufer fungierten die Rütgerswerke, der größte Teerverwertungskonzern der BRD, der u.a. Mannesmann, Thyssen und der Gelsenberg AG gehört. Kuhnke selbst ist bei den Rütgerswerken – Vorsitzender des Aufsichtsrates! Jährlicher „Verlust" durch die Unterpreise: 50 Mill. DM. („Spiegel" Nr. 9/1972)

Den gewinnträchtigen Steinkohlengroßhandel für Hausbrandkohle etc. behielten einige Altgesellschafter nach der RAG-Gründung in eigener Regie. Das Monopol darauf hatten einige Energie-Konzerne, die ihre unrentablen Zechen in die RAG eingebracht hatten. (Die Gelsenberg AG mit der Fa. Raab Karcher GmbH, Stinnes mit der Fa. Strohmeyer, die Ewald-Kohle AG mit der Fa. Winschermann) Zu Niedrigst-Preisen kauften sie die Ruhrkohle, so daß allein in diesem Zwischengroßhandel jahrelang die Ruhrkohle mit 100% Aufschlag weiter verkauft wurde! („Spiegel", Nr. 20/1970)

Ein weiteres Betrugsgeschäft er-

Nr. 20/1970)
Ein weiteres Betrugsgeschäft er-

möglichte der Handel mit der RAG als Einkäufer für Maschinen, technische Anlagen etc. In den ersten RAG-Jahren lagen diese Einkäufe besonders hoch, da die Altgesellschafter vor der Gründung keine Reperaturen, Neuanschaffung von Maschinen etc. mehr getätigt hatten, so daß allein 1970 Maschinen im Wert von über 2 Mrd. DM gebraucht wurden. Das Monopol auf diese Spezialmaschinen hatten wiederum die Altgesellschafter, nämlich die Stahlbosse, in den Händen. Sie lieferten laut „Spiegel" Nr. 18/1970 mit zu 15% überhöhten Preisen, also neben dem normalen Geschäft mindestens weitere 300 Mill. DM Extrarofite!

Entsprechend diesen Geschäften entwickelten sich die „Verluste" der RAG, die alsbald astronomische Höhen erklommen. Im ersten Betriebsjahr, das allerdings auch nur von August 69 bis Ende 69 reichte, wurden „nur" 199 Mill. DM Bilanzverluste angegeben, die sich in den folgenden Jahren auf durchschnittlich 0,5 Mrd. DM pro Jahr steigerten. Allein bis Ende letzten Jahres summierten sich diese Verluste auf 1,7 Mrd. DM, wobei Kuhnke schon Anfang 1972 ankündigte, daß sich die jährlichen Verluste bis 1975 auf weit mehr als 0,5 Mrd. DM steigern würden. („Welt" vom 30.3.73 und „Spiegel" 9/1972) Allein die Zinsen für die benötigten Kredite würden so im gleichen Zeitraum auf jährlich 500 bis 600 Mill. DM ansteigen. (Kuhnke im Sept. 72 nach Kölner Stadtanzeiger vom 20.9.72)

Diese Firmen beherrschen das Ruhrgebiet

In Duisburg
Demag, Klöckner, Thyssen

In Oberhausen
Babcock, Gutehoffnungshütte

In Essen
Gelsenberg, Hochtief, Karstadt Krupp, RWE, Rheinstahl, Ruhrkohle

In Gelsenkirchen
Veba-Chemie, Eisen und Metall

In Marl
Chemie Hüls

In Bochum
Aral, Krupp-Hütte

In Dortmund
Dortmunder Union-Schultheiss, Hoesch, VEW

Die staatlichen Subventionen summieren sich in diesem Zeitraum auf weit über 10 Milliarden DM, soweit veröffentlicht. (Es ist klar, daß es daneben noch Unsummen an verdeckten Subventionen gibt, die nie bekannt werden, so daß die veröffentlichten Zahlen nur einen Teil ausmachen. So bekommen die Kapitalisten staatliche Grundstücke zu Schleuderpreisen, während vom Staat an die Kapitalisten dafür Wucherpreise gezahlt werden etc.)

Bis 1970 erhielt die RAG an staatlichen Bürgschaften, also Geldern, die die RAG zunächst bei den Banken geliehen hat, aber bei der „Verlust"-Entwicklung nicht tilgen kann, 3,5 Mrd. DM. („Spiegel" Nr. 9/1970) Im Herbst folgten 1 Mrd. „Bürgschaft" durch das Land Nordrhein-Westfalen. („Welt" „FR" am 21.10.71) Dabei sind bis 1975 weitere 2 Mrd. „Bürgschaften" für Investitionen der RAG vorgesehen. („Welt", 10.9.71)

160 Mill. „Investitionshilfe" durch Nordrhein-Westfalen folgen einen Monat später. („Welt" vom 9.10.71) Die Bundesanstalt für Arbeit, deren Gelder aus den Arbeitslosenversicherungsbeiträgen stammen, gibt 66 Mill. DM ohne Rückzahlung und 512 Mio. fast zinslos als Kredit an die gesamte Ruhrindustrie, von denen die RAG sich einen Löwenanteil sichert. (Schon immer hatten die Kapitalisten ein Auge auf die von der Arbeiterklasse angesparten Versicherungsbeiträge geworfen. Mit der Demagogie, die Arbeitsplätze im voraus zu sichern, bauten sie einen ERP-Fond aus diesen Geldern auf, unter Zustimmung der bei der Bundesanstalt für Arbeit „paritätisch" vertretenen Gewerkschaftsführer. In Zukunft flossen diese Gelder unter dem Stichwort „Investitionsbeihilfe" dann direkt in die Taschen der Kapitalisten, häufig gerade, um die Arbeitsplätze wegzurationalisieren!)

Anfang 1972 verlangen die Kapitalisten im RAG-Vorstand Befreiung von den Altlasten der jahrzehntelangen Kohleausbeutung. Diese Altlasten für die Lastenausgleichsabgabe, Pumpkosten und Bergschäden betrugen ca. 1 Mrd. DM, dazu kamen Pensionen und Deputatkohle für Bergbauarbeiter-Rentner in Höhe von ebenfalls 1 Mrd. DM. Also nichts anderes als von den Kumpels durch ihre Arbeit erworbene Rentenansprüche, die die Kapitalisten als „Altlasten" ebenfalls loswerden wollten; mit verschiedenen Zinsaufwendungen insgesamt 2,6 Mrd. DM „Altlasten"!

Ende Mai 72 verkündet die Bundesregierung wunschgemäß ihr Hilfsprogramm für die RAG-Kapitalisten. Die gesamte Lastenausgleichsabgabe wird erlassen. Um weitere 600 Mill. wird die Bürgschaft der Bundesregierung erhöht. Die RAG darf eine Kreditanleihe von 1 Mrd. DM machen, für die der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen die Zinsen und Tilgung übernehmen. Die „Einbringungsforderungen" der Altgesellschafter für die 3 Jahre 1972-1975 mit 250 Mill. (Zinsen zusätzlich) werden vom Bund bezahlt. Zusätzlich dazu sieht die Planung für Subventionen an die RAG im Staatshaushalt von Nordrhein-Westfalen vor:

1972	841 Mill. DM,
1973	781 Mill. DM,
1974	890 Mill. DM und
1975	905 Mill. DM

(„Welt" vom 31.5.72)

Damit ist natürlich längst kein Ende abgesteckt. Schon im Frühjahr dieses Jahres kündigten die Kapitalisten an, daß die 1 Mrd. Kreditanleihe vom letzten Jahr, die aus Steuergeldern bezahlt wird, „aufgebraucht ist", so daß neue Gelder fließen müßten. („Welt" vom 3.4.73) Rechnet man die veröffentlichten Subventionen – nur diese! – zusammen, die angeblich „zur Erhaltung der Arbeitsplätze der Ruhrkumpel" ausgegeben werden, und verteilt diese Gelder rechnerisch auf die Kumpel, so könnten diese sich getrost zur Ruhe setzen, egal ob 18 oder 60 Jahre alt. Bei jährlichen Subventionen von 3-4 Mrd. DM könnte jeder der 180 000 Arbeiter und Angestellten der RAG fast 2 000 DM Rente im Monat verbrauchen!

Neben diesen direkten Zuwendungen kassierten und kassieren die Bergbau-Kapitalisten weitere Mrd. DM an allgemeinen Subventionen.

An erster Stelle stehen dabei die

An erster Stelle stehen dabei die

Subventionen für Kraftwerkskohle. Zusätzlich zum Preis, den die Kraftwerke an die Bergbaukapitalisten zahlen, verpflichtete sich der Staat, pro t Kohle eine weitere „Prämie" zu zahlen, eine sogenannte „Verstromungshilfe". Dabei betrugen die Aufwendungen für das erste im Bundestag erlassene „Verstromungsgesetz" 2,3 Mrd. DM Bundesmittel, für das zweite ca. 1,7 Mrd. DM, also insgesamt 4 Mrd. DM. Diese Gelder wurden bis 1971 kassiert, die Anschlußregelung seit Mitte 71 bis 1978 wird weitere 2,5 Mrd. DM mindestens kosten bei 20 DM Subvention pro t Steinkohle, allein aus Bundesmitteln. Daneben kündigte Riemer als Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen schon 1971 an (auf einer „Konferenz" vor 600 Betriebsräten der Rhein.Westf.Elektrizitätswerke – RWE), daß das Land bis 1980 weitere 2,25 Mrd. DM an „Verstromungssubventionen" ausgeben müsse, um den Kohleabsatz bei 25 Mill. t für Stromenergie zu halten. Insgesamt bis Ende der 70er Jahre fast 10 Mrd. „Verstromungssubventionen". (Für diesen Betrag könnten fast 10 Mill. Arbeiterfamilien bei einem pro-Kopf-Verbrauch von 2,5 kW Strom täglich und maximalen Herstellungskosten von 5 Pf/kW 10 Jahre kostenlos Strom beziehen!)

An zweiter Stelle der allgemeinen Kohlesubventionen liegt die „Kokskohlenbeihilfe", die für Kokslieferungen an die Stahlindustrie gezahlt wird. Auch hier teilen sich das Land NRW und der Bund die größten Summen. Sie betrugen 1969 6,80 DM/t, liegt heute bei 16 DM/t und würde (nach einem Brief Thyssens, „Welt" vom 3.1.73) bis 1978 auf 40 DM/t steigen, so daß dann jährlich nicht mehr ca. 500 Mill., sondern 1 Mrd, DM „Kokskohlenbeihilfe" gezahlt werden müßten!

Daneben gibt es „Stillegunghilfen", „Strukturhilfen", „Forschungshilfen", „Entwicklungshilfen" und „sonstige Förderung", von denen die neueren Zahlen uns leider nicht bekannt sind. Ein Beispiel liefert allerdings der Zeitraum 1966 bis 1971, für den nach dem Kapitalistenorgan „Wirtschaftswoche" Nr. 53 / 71 unter diesen Subventionen vom Land NRW ca. 500 Mill. DM und vom Bund ca. 3,3 Mrd. DM gezahlt wurden! Die weiteren Planungen sehen vor, die kW-Preise für Strom um mindestens 1 „Kohlepfennig" zu erhöhen, der dann in die Taschen der Ruhr-Kapitalisten zusätzlich fließen soll. („Welt" vom 19.6.73) ■

„Die höchste Staatsform, die demokratische Republik, . . . weiß offiziell nichts mehr von Besitzunterschieden. In ihr übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus. Einerseits in der Form der direkten Beamtenkorruption, wofür Amerika klassisches Muster, andererseits in der Form der Allianz von Regierung und Börse, die sich um so leichter vollzieht, je mehr die Staatsschulden steigen und je mehr Aktiengesellschaften nicht nur den Transport, sondern auch die Produktion selbst in ihren Händen konzentrieren und wieder in der Börse ihren Mittelpunkt finden." Friedrich Engels 1884 („Vom Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates")

**„Heute haben Imperialismus und Herrschaft der Banken diese beiden Methoden („direkte Beamtenkorruption" und „Allianz von Regierung und Börse"), die Allmacht des Reichtums in jeder beliebigen demokratischen Republik zu behaupten und auszuüben, zu einer außergewöhnlichen Kunst „entwickelt" . . .
Direkte Korruption oder indirekte? Allianz der Regierung mit den Syndikaten oder „nur" freundschaftliche Beziehungen? . . . Die Allmacht des „Reichtums" ist in der demokratischen Republik deshalb sicherer, weil sie nicht von einer**

sicherer, weil sie nicht von einer

schlechten politischen Hülle des Kapitalismus abhängig ist. Die demokratische Republik ist die denkbar beste Hülle des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital, nachdem es von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, daß kein Wechsel, weder der Personen noch der Institutionen noch der Parteien der bürgerlich-demokratischen Republik diese Macht erschüttern kann." Lenin 1917 („Staat und Revolution")

Südafrika: Polizei ermordet streikende Arbeiter

Der Militärputsch der chilenischen Konterrevolution mit Unterstützung westlicher imperialistischer Staaten hat ein weiteres Beispiel blutiger Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Machtpolitik der Imperialisten und ihrer Helfershelfer nahezu unbemerkt gelassen:

Im rassistischen Südafrika hat die Polizei des Apartheid-Regimes den Streik südafrikanischer Bergarbeiter in einem blutigen Überfall niedergeschlagen:

12 Arbeiter wurden getötet, einer schwebt in Lebensgefahr, mehrere wurden verletzt.

15 Arbeiter sind eingekerkert worden.

Was ist geschehen?

Im Goldbergwerk „Western Deep Level" der im Besitz englischer und amerikanischer Imperialisten befindlichen „Anglo-American Corporation" hatte ein kleiner Teil der Arbeiter (Maschinisten und Fahrer) Lohnerhöhungen erhalten. Daraufhin verlangten die übrigen Arbeiter ebenfalls mehr Lohn. Als diese Forderung abgelehnt wurde, traten als erste die 540 (von 5400) unter Tage arbeitenden Bergarbeiter, die die Sprenglöcher bohren, am 11.9. in den Streik.

Dazu muß man wissen, daß die ausschließlich schwarzen Arbeiter in den südafrikanischen Bergwerken unter extrem brutalen Arbeitsbedingungen für Hungerlöhne, die nicht einmal das Existenzminimum decken, schuften müssen. Wiederholt haben südafrikanische Polizei und Militär Aufstände der Arbeiter hiergegen blutig niedergeschlagen. Die staatlichen Machtorgane vertreten dabei nicht allein die Interessen der einheimischen Unternehmer, sondern schützen auch die Ausbeutung der afrikanischen Arbeiter durch die Firmen imperialistischer Staaten (unter anderen die Bundesrepublik, deren bekannteste Vertreter Siemens und Philips sind), die ihr Kapital einführen und eigene Produktionsstätten aufbauen. Diese Staaten haben ein Interesse an der Aufrechterhaltung des faschistischen Regimes in Südafrika, das Niedriglöhne und völlige Rechtlosigkeit der schwarzen Arbeiter garantiert und damit Höchstprofite sichert. Die herrschende Klasse solcher Staaten wird dafür von den Imperialisten fürstlich belohnt.

Als am Abend des Streiktages 80 Arbeiter gegenüber den Kollegen der Nachtschicht ihre Forderungen demonstrierten, griffen 21 schwer bewaffnete Polizisten (nach Direktionsangaben 21) ein und eröffneten das Feuer auf die Arbeiter. Nach späteren „amtlichen" Angaben haben die Arbeiter „die Speisesäle der Minenabteilung und ein Alkoholdepot geplündert". Außerdem sollen sie „Arbeitswillige angegriffen" und die Polizisten „wie die Berserker mit Steinen und Äxten angegriffen" haben. Daraufhin habe die Polizei „angesichts der Übermacht" (80 Arbeiter gegen 21 schwerbewaffnete Polizisten!) geschossen.

Überall das gleiche Bild brutaler Übergriffe der Kapitalisten gegen die Arbeiter: Greuelmeldungen sollen sie rechtfertigen:

In Chile sind es „Zehntausende in- und ausländischer Extremisten", die den Militärterror rechtfertigen sollen, in Südafrika sind es Arbeiter, die „wie Berserker wüten", in der Bundesrepublik „randalierende, alkoholisierte und schlagende Arbeiter", die wie bei Ford der Bevölkerung gegenüber als Ursache von Polizeieinsätzen aufgebaut werden.

In allen Fällen aber schützt der Staat die Interessen der Bourgeoisie.

Doch die „Demokratie" bleibt gewahrt: Südafrikas Ministerpräsident Vorster ordnete eine Untersuchung der Schießerei an. Das Ergebnis nahm er allerdings schon vorweg:

„Ich bin allerdings überzeugt, daß die Polizei mit der nötigen Umsicht vorgegangen ist" („Frankfurter Rundschau" 14.9.73). ■

Metallkomitee KB/Gruppe Hamburg

Rassismus in Indonesien

Indonesische Genossen haben uns einen erschütternden Bericht geschickt. Er behandelt Massaker gegen Angehörige der chinesischen Minderheit in Indonesien, die sich vor einigen Wochen ereignet haben. Dieser Bericht ruft den Gedanken an die Judenverfolgung in Europa wach.
Massaker an Angehörigen der chinesischen Minderheit, wie die Genossen sie hier schildern, hat es in Indonesien auch früher schon gegeben. Und auch in anderen Ländern Südostasiens, wo Chinesen wohnen – wie vor einigen Jahren in Burma und Kambodscha. Die Genossen zeigen in ihrem Bericht auch den politisch-ideologischen Hintergrund des Rassismus und der rassistischen Massaker auf: die Volksmassen zu spalten, die Empörung der Volksmassen über soziale Mißstände auf nationale Minderheiten als „Sündenböcke" abzulenken.
Zu dem Bericht noch eine Vorbemerkung: Indonesien steht seit Herbst 1965 unter der faschistischen Herrschaft einer Militär-Clique. Diese hatte damals die Regierung Sukarno gestürzt, die eine anti-imperialistische Politik betrieben hatte. Nach dem Militärputsch gab es einen ungeheueren faschistischen Terror, dem nach Schätzungen mindestens eine halbe Million Menschen zum Opfer fielen – darunter insbesondere Kommunisten und Angehörige der chinesischen Minderheit. Dieser Umsturz erfolgte im Dienst und unter Regie des US-Imperialismus – ebenso wie jetzt der Militärputsch in Chile.
Die Kommunistische Partei Indonesiens (PKI) veröffentlichte nach dem Staatsstreich im September 1966 eine gründliche Selbstkritik ihrer früheren Politik, u.a. auch in der Frage des „friedlichen Wegs" zum Sozialismus – eine Politik, die die PKI nach dem XX. Parteitag der KPdSU eingeschlagen hatte. Das führte, wie die PKI in ihrer Selbstkritik eingesteht, zu einer politischen und militärischen Entwaffnung der Partei und der revolutionären Massen gegenüber dem faschistischen Militärputsch. Seither hat die PKI begonnen, den bewaffneten Kampf zu organisieren.
Die indonesischen Genossen haben uns ihren Bericht anonym zugeschickt. Angesichts der bekannten Kollaboration des BRD-Staates mit allen imperialistischen und faschistischen Regierungen und Geheimdiensten verstehen wir das sehr gut. Wir übermitteln auf diesem Weg den Genossen unseren Dank für ihren Bericht. Genossen, bitte arbeitet weiter mit uns zusammen!

„Anfang September 1973

Liebe Freunde:
In unserem Heimatland ist Anfang des vergangenen Monats die rassistische Hetze intensiviert worden; es kam zu Terrorakten gegenüber Indonesiern chinesischer Abstammung in verschiedenen Städten des Landes.
Das ist eine schon oft angewandte Methode der herrschenden Klassen, im Dienst des Imperialismus das Volk niederzuhalten.
Wir messen diesen Ereignissen große Bedeutung zu. Die Nachrichten, die wir erhalten konnten und die wir Euch teil- und auszugsweise als Anlage mitsenden, sprechen eine deutliche Sprache.
Unser Volk hat unter Führung der PKI einen schweren Weg eingeschlagen, der aber sicherlich erfolgreich sein wird und durch Befreiung und nationale Unabhängigkeit gekrönt sein wird.
Wir versuchen dadurch, daß wir uns an Euch wenden, einen entscheidenden Faktor für den Sieg der Sache unseres Volkes weiterzuentwickeln: die internationale Solidarität.
Wir haben nicht die Möglichkeit, wie Ihr, diese Vorkommnisse in unserem Land, diese Verbrechen des Imperialismus dem deutschen Volk zur Kenntnis zu bringen.
Wir haben unsere Auffassung über die Ereignisse in einem Artikel zusammengefaßt. Diesen Artikel legen wir bei, ebenso zwei Briefe in Auszügen.

Mit solidarischen Grüßen!
EINE GRUPPE INDONESISCHER STUDENTEN IN DER BRD"

Der rassistische Terror vom 5. August 1973

„Am Sonntagabend brachen an allen Ecken der Stadt Bandung urplötzlich Unruhen aus, die Menschenleben kosteten und Eigentum zerstörten. Sie dauerten bis spät in die Nacht hinein an. Nicht kontrollierbare Unruhen, die die Ereignisse vom 10. Mai 1963 weit übertreffen, greifen wieder um sich. Nicht identifizierte Gruppen von 'Demonstranten' (darunter auch Jugendliche) plünderten Läden an den Straßen von Oto-Iskandardinata, Jendral A. Yani, Tegallega und vielen anderen. Die 'Demonstranten' verbrannten Autos, Motorräder und anderes Privateigentum. Sie schlugen blindlings auf Passanten ein und töteten viele von ihnen auf der Stelle."
(aus GALA - indonesische Zeitung - vom 6. August 73)

Diese Passagen stammten aus einem ersten Bericht einer regierungsfreundlichen Zeitung. Weitere Berichte und Briefe von Augenzeugen (siehe Anhang), die uns erreichten, zeigen, daß sich der Terror auch auf andere Städte ausdehnte.

Der Vergleich, den die Zeitung GALA zu den Ereignissen des 10. Mai 1963 zieht, ist nicht aus der Luft gegriffen: Ebenso wie heute richtete sich vor zehn Jahren eine Welle des Terrors in vielen Städten Indonesiens gerade gegen die Indonesier chinesischer Abstammung, gegen Indonesier also, die schon seit Jahrhunderten oder Jahrzehnten in Indonesien ansässig sind. Es ist heute jedem bekannt, daß der rassistische Terror des Jahres 1963 von Agenten des US-Imperialismus inszeniert wurde, um Unruhe zu stiften und den Aufschwung der revolutionären Bewegung des Volkes zu bremsen.

Ähnliches geschieht heute. Die Terroristen machten keinen Unterschied und griffen ausnahmslos alle chinesisch-stämmigen Indonesier an. Sie brannten ihre Häuser nieder, plünderten Geschäfte, brachten Menschen um und vergewaltigten Mädchen.

Die regierungstreue Presse Indonesiens bezeichnete die Terroristen als „die Massen des Volkes" und erklärte, daß ihr Terrorismus „ein Ausdruck des Zorns über die Indonesier chinesischer Abstammung sei, die Reis gespeichert hätten und so die ständig steigenden Reispreise verursacht hätten." Es wird behauptet, die chinesisch-stämmigen Indonesier seien „Parasiten der indonesischen Gesellschaft".

Stimmt es, daß die Terroristen aus den Reihen der Volksmassen kommen?

Allen Berichten und Briefen von Augenzeugen können wir entnehmen, daß die Terror-Banden ausgezeichnet organisiert sind; auch können wir entnehmen, daß die Staatsvollzugsorgane wie Polizei und Armee nicht einmal den Versuch machten, sie aufzuhalten, ja – sie waren ihnen sogar freundlich gesinnt. Selbst wenn es wahr ist, daß sich einige Söhne armer Schichten diesen rassistischen Organisationen anschließen, so können wir doch nicht sagen, daß diese Banden aus den Reihen der Volksmassen stammen; das wäre genauso, wie wenn wir sagten, daß die Polizeiorgane der herrschenden Klasse aus den Volksmassen hervorgehen, nur weil der einzelne Polizist oft aus armen Schichten kommt. Die Taten der rassistischen Banden sind ganz gewiß nicht im Interesse der breiten Volksmassen, sondern durch und durch Terror gegen das Volk.

Das Volk tritt für Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung ein. Das kann nur erreicht werden, indem es seine eigene politische Macht errichtet und die Produktionsmittel im Interesse des Volkes einsetzt, ganz gewiß nicht durch Plünderung und wahllose Zerstörung. Es ist vollkommen einleuchtend, daß der rassistische Terror den faschistischen Generälen in der Regierung willkommen ist, und sie sind auch die eigentlichen, wenn auch verdeckten, Urheber und Rädelsführer der reaktionären rassistischen Fanatiker.

Die Lage der Volksmassen verschlechtert sich von Tag zu Tag

Stimmt es, daß die Indonesier chinesischer Abstammung „Parasiten der indonesischen Gesellschaft" sind?

Die indonesische Nation besteht aus verschiedenen Volksstämmen und Nationalitäten. In jeder dieser Gruppen gibt es verschiedene Schichten und Klassen: Ausbeuter und Ausgebeutete, Arbeiter und Kapitalisten, Bauern und Grundherren, Arme und Reiche. Es ist also entschieden falsch zu behaupten, daß das Elend des Volkes nur durch die Ausbeuter chinesischer Herkunft verursacht sei, und noch schlimmer ist es, zu behaupten, daß ALLE chinesisch - stämmigen Indonesier das Elend des Volkes verursacht hätten. Denn erstens sind die größten Ausbeuter überhaupt die internationalen Monopolkapitalisten der USA, Japans und Westeuropas, die sich ihre Diener in allen Nationalitätengruppen des Landes herangezüchtet haben, und zweitens gibt es unter den chinesisch-stämmigen Indonesiern genügend Arbeiter, arme Bauern und Fischer, von denen nur sehr törichte Menschen oder solche, die bewußt irreführen wollen, behaupten können, daß sie „Reis gespeichert und so die ständig steigenden Reispreise verursacht hätten".

Wahr ist, daß sich die wirtschaftliche Lage der Volksmassen in den letzten Monaten sehr verschlechterte, und deshalb die Unzufriedenheit der Volksmassen wächst. Der Reispreis ging raketenartig in die Höhe, und Reis ist das Hauptnahrungsmittel des Volkes.

Wahr ist weiterhin, daß die Arbeitslosigkeit durch den um sich greifenden Bankrott der nationalen Industrie und des Handwerks, der durch die internationalen imperialistischen Monopole verursacht wird, rapide anstieg.

Wahr ist drittens, daß die ausländischen Monopole sich das Land und seine Reichtümer von Tag zu Tag mehr unterwerfen und bedenkenlos das Volk ausplündern und bestehlen. Das alles zwingt das indonesische Volk dazu, in großer Armut zu leben.

Nur eine kleine Minderheit, namentlich die faschistischen Generäle und die Kompradoren der verschiedenen Nationalitäten, leben in Saus und Braus. Sie sind es auch, die für die ständig steigenden Reispreise verantwortlich sind. Sie sind die Beschützer der feudalen Grundherren, die noch immer die große Mehrheit der indonesischen Gesellschaft, die armen und oft leibeigenen Bauern, unterdrücken. Sie sind es, die voll und ganz den ausländischen Monopolen zu Diensten stehen, die Öl, Gold, Zinn, Kupfer, Fische, Holz usw. plündern. Sie unterstützen die Imperialisten dabei, die nationale Industrie zu zerstören und große Arbeitslosigkeit zu schaffen, die den Imperialisten die Löhne so schön niedrig hält. Sie sind für die Steigerung der Kriminalität und der Prostitution verantwortlich, für den Mangel an Schulen und Krankenhäusern, für Seuchen und Epidemien.

Der Feind des indonesischen Volkes ist daher nicht eine gesamte Nationalitäten-Gruppe, sondern die Ausbeuter, die aus verschiedenen Nationalitäten stammen. Der Feind ist die gesamte herrschende Klasse, die dem Imperialismus beim Ausverkauf des Landes dient und durch die faschistische Militärdiktatur des General Suharto vertreten wird.

Rassismus – Mittel der Imperialisten und ihrer Lakaien zur Spaltung und Schwächung des Volkes

Je mehr und tiefer die ausländischen Monopole vordringen und die Lage der Volksmassen verschlechtern, desto mehr wächst die Unzufriedenheit im Volk.

Auf dem Lande kommt es zu Aufständen der armen Bauern gegen die Grundherren, die sich schnell zur bewaffneten Konfrontation entwickeln. In den Städten bilden sich Bewegungen zum Kampf gegen die Korruption, die Preistreiberei, brechen spontan Streiks und Protestaktionen der Arbeiter aus. Die Mittelklassen-Kleinhändler, mittlere Unternehmer, die Mehrheit der Intellektuellen – leben zwar besser als die breiten Volksmassen, aber ihre Perspektive ist äußerst unsicher, sie verlieren ihre Selbständigkeit, machen bankrott und können leicht arbeitslos werden. In dieser Lage verschärfen sich die Streitigkeiten und der Konkurrenzkampf unter ihnen, sie suchen verzweifelt nach einem Ausweg, um dem Druck der internationalen Monopolkapitalisten zu entgehen; Spekulation, Korruption und das Glücksspiel greifen um sich, und oft verfallen diese Leute auch der rassistischen Propaganda der herrschenden Klassen.

Ebenso verschärft sich der Kampf um Profite zwischen den einzelnen Cliquen der herrschenden Klassen selber: Militärs bekämpfen die islamischen Grundherren und Kompradoren, der eine General liegt mit dem anderen in Streit. Jede Clique versucht ihren politischen Einfluß zu stärken. Die regierenden Generäle um Suharto haben z.B. die politischen Parteien der rivalisierenden Feudalherren und Kompradoren verboten und lediglich ihre eigene Partei GOLKAR zugelassen.

Wir sehen also, wie alle Widersprüche in der indonesischen Gesellschaft anwachsen. Unvermeidlich wird das zum neuerlichen Hervorbrechen eines gewaltigen Volkskampfes führen, so sehr auch die herrschenden Klassen Gewalt anwenden mögen.

Um die breiten Volksmassen von ihrem Kampf gegen die wirklichen Unterdrücker abzuhalten, um die Mittelklassen irre zu führen und auch die Rivalen und Opponenten innerhalb der herrschenden Klassen zu beruhigen und abzulenken, verbreitet die Suharto-Clique die rassistischen Lügen, daß für die schlechte wirtschaftliche Lage das „Parasitentum der Indonesier chinesischer Abstammung verantwortlich" sei.

Seit Anfang Mai dieses Jahres ist eine derartige Kampagne angekurbelt worden. Sie hat zu den rassistischen Unruhen von Anfang August geführt.

Einer der eifrigsten Sprachrohre Suhartos, Bung Tomo, besaß sogar die Unverschämtheit, im Mai Briefe an den Vorsitzenden Mao Tsetung und an Tschiang Kai-shek auf Taiwan zu senden, in denen er darum bat, „die Chinesen Indochinas zu repatriieren", sie also nach China und Taiwan „zurückzuholen".

Antichinesischen Rassismus zu schüren, ist eine alte Taktik der Imperialisten und ihrer Lakaien. Die holländischen Kolonialisten gebrauchten früher ebenso wie die japanischen Besatzer während des II. Weltkriegs diese rassistische Hetze, um ihre Politik des DIVIDE ET IMPERA (Spalte und Herrsche) zu verwirklichen. Gerade die japanischen Besatzer griffen zur antichinesischen Hetze und inszenierten großangelegte Massaker, um den Einfluß der siegreichen chinesischen Revolution im antijapanischen Widerstandskrieg innerhalb des indonesischen Volkes einzudämmen.

In den 60er Jahren bezahlten die US-Imperialisten ihre Agenten für ihre antichinesische Hetze mit dem Ziel, Unruhe zu stiften und ihre konterrevolutionäre Globalstrategie der Einkreisung der Volksrepublik China durch die Unterwerfung der Völker Südostasiens zu verwirklichen.

Kurz, jedesmal war der rassistische Terror ein Mittel zur Durchsetzung der reaktionären Ziele der Imperialisten und ihrer Lakaien im Land selber.

Der Kampf des indonesischen Volkes läßt sich nicht aufhalten und abwürgen

Durch die rassistische Hetze kann sicherlich kurzfristig ein Teil der Volksmassen von dem Kampf um die wirklichen Interessen abgehalten werden.

Aber der Aufschwung der Volkskämpfe in den letzten Jahren zeigt deutlich, daß die Volksmassen ihren Gegner klar erkennen. Der bewaffnete Kampf der armen Bauern in Kalimantan (Borneo) unter Führung der Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI) entwickelt sich schwungvoll im Sinne des Programms für die Volksdemokratie in Indonesien:

„Für jeden Kommunisten und für jeden Sohn und jede Tochter des indonesischen Volkes, die sich nach Befreiung sehnen, ist es klar, daß die hauptsächlichsten und wichtigsten Aufgaben der Revolution sind, die Massen des Volkes aufzurütteln, zu organisieren, zu bewaffnen und zu mobilisieren, die rückständigen indonesischen Dörfer in fortschrittliche revolutionäre Stützpunkte zu verwandeln, in mächtige Bastionen der Revolution, sie in politischer, militärischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht zu konsolidieren. Um die indonesische Revolution zu führen, müssen die Arbeiterklasse und die PKI nicht nur fähig sein, den bewaffneten Kampf zu führen, sondern müssen in der Lage sein, eine Einheitsfront aller revolutionären Klassen und Gruppen zu errichten, die gegen Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus sind."

Im krassen Gegensatz zur reaktionären rassistischen Hetze der herrschenden Cliquen formuliert dieses Programm der PKI: „Jeder Bürger, Mann oder Frau, ohne Rücksicht auf seine oder ihre Nationalität oder Herkunft, soll gleiche Rechte genießen."

Auch in den Städten Indonesiens entwickelt sich der Kampf der Volksmassen gegen ihre Unterdrücker. Das städtische Kleinbürgertum und eine Anzahl der Studenten schließen sich solidarisch den Protestaktionen der Arbeiter und armen Bauern gegen Korruption, Preissteigerung und politische Entrechtung an. Die breiten Volksmassen folgen nicht dem rassistischen Terror. Teile der Volksmassen können zeitweilig in die Falle der rassistischen Propaganda gehen, aber selbst dann können sie wieder für den Kampf des Volkes gegen seine Unterdrücker gewonnen werden und führen diesen Kampf auch tatsächlich. So wurde z. B. während des rassistischen Terrors am 5. August gleichzeitig die faschistische Propagandazentrale der Regierung, die Presseagentur, in Brandung angegriffen und zerstört.

Der siegreiche Weg des indonesischen Volkes in Richtung auf die Volksdemokratie und Unabhängigkeit vom Imperialismus läßt sich durch die organisierte rassistische Hetze der reaktionären Klassen nicht aufhalten. Diesen Weg hat die PKI nach der Niederlage der Revolution 1965-66 gewiesen und sie schreibt am Schluß ihres großartigen Programms:

„Die Kommunistische Partei Indonesiens ruft die Arbeiter, Bauern, revolutionären Intellektuellen, Fischer, kleinen Geschäftsleute, patriotischen nationalen Geschäftsleute und alle Indonesier guten Willens, Männer und Frauen aller Nationalitäten auf, sich eng zusammenzu-

Forts. nächste Seite

Fortsetzung Indonesien

schließen und die bewaffnete Revolution aufzunehmen, um die faschistische Militärdiktatur zu stürzen, um auf diese Weise den Weg in Richtung eines freien, demokratischen, neuen Lebens, das zum Sozialismus führt, zu ebnen."

Wir indonesischen Studenten im Ausland begrüßen diese Richtlinie der PKI. Unser Kampf im Ausland ist Teil des Kampfes unseres Volkes für seine nationale Befreiung.

Wir sind zutiefst überzeugt, daß das deutsche Volk gerade aufgrund seiner eigenen Erfahrungen den Kampf unseres Volkes gegen Rassismus, Kolonialismus und für nationale Selbstbestimmung und Freiheit unterstützen wird.

Die PKI hat unsere Meinung ausgedrückt, indem sie schrieb: „Wir werden niemals vergessen, daß das internationale Proletariat, wenn es sich und seine Nation schon befreien konnte und auch wenn es noch um seine Befreiung kämpft, und daß alle Menschen, die gegen den Imperialismus kämpfen, die Bundesgenossen der kommenden indonesischen Revolution sind."

„Die Solidarität hat die Überzeugung der indonesischen Revolutionäre gestärkt, daß ihr Kampf für nationale Befreiung und der Kampf des internationalen Proletariats für den Sozialismus unauflöslich miteinander verbunden sind."

Eine Gruppe indonesicher Studenten in der BRD

Anhang

Auszüge aus einem Brief eines indonesischen Mädchens an ihren in der BRD lebenden Freund

Ton! Hast Du schon gehört, was in Bandung geschah? Es steht schon viel in den Zeitungen, aber da wird die Wahrheit oft verwischt. Ich will Dir berichten, wie es wirklich war, damit Du unsere Lage begreifen kannst.

Am 5. August kam es in Bandung zu Vorfällen, die denen vom 10. Mai (1963) ähnelten – Du erinnerst dich doch daran? ! Aber diesmal war es viel grausamer. Viele Indonesier chinesischer Abstammung wurden umgebracht und sicher wird es noch viele Opfer geben! Es gab überall Folterungen, Mädchen wurden die Kleider heruntergerissen und sie wurden vergewaltigt.

Ton, es war eine entsetzliche Zeit am Sonntag, den 5. August. Es ist schrecklich, wenn wir wieder daran denken. Ich habe gehört, daß die Wohnungen in dem Häuserblock, in dem sich Deine Wohnung befindet, ausgeplündert wurden, aber ich habe nicht selbst nachschauen können, weil ich Angst habe hinzugehen. Frage mal Tjatjang.

Ton, gegen 20 Uhr hörten wir, daß Häuser verbrannt worden waren, Leute in Wohnungen eingedrungen waren, Sachen wie Fernseher und Kühlschränke und Möbel und anderes verbrannt haben. Da bekamen wir furchtbare Angst und alle versteckten sich unter Betten. Zum Glück waren die Fenster mit Eisen vergittert, so daß das Räuberpack das mit Hilfe von Brechstangen einzudringen versuchte, erfolglos blieb. Erst nach längerer Zeit gaben sie den Versuch auf, in unser Haus einzudringen.

Als das Räuberpack die Hauser mit Steinen bewarf, schrien sie aus vollem Hals: „Chinese, mach daß Du rauskommst!! Wir bringen Dich eigenhändig um! Du sollst Dich nicht verkriechen, sonst werden wir Dir Dein Haus über dem Kopf anzünden!" Es hörte sich an, als befänden sich die Leute direkt vor der Zimmertür.

Gerade als sich gegen elf Uhr abends die Lage ein wenig beruhigt zu haben schien, Ton, da kamen diese Lumpen plötzlich wieder. Jetzt wurde es wirklich ernst, weil sie alles anzündeten! Aber bei uns geschah merkwürdigerweise nichts. Nur es war beängstigend – überall Feuer, der Himmel färbte sich rot. Wir waren damit beschäftigt, die Kleider in eine Decke zu bündeln. Wir hatten nämlich vor, in ein nahegelegenes Hotel umzuziehen. Wir bemerkten aber dann, daß dieses Hotel gerade von den Plünderern in Beschlag genommen worden war.

Ton, das Inventar im Haus von Oong wurde geplündert und verbrannt. Zum Glück waren die Bewohner des Hauses auf die Dächer geklettert, sonst wären sie auch noch umgebracht worden.

Es waren bestimmt Hunderte von Menschen, die durch Bambusspeere und Hackmesser umkamen. Die Zeitung berichtet allein von 308 Personen – und da sind ja alle die, von denen man noch nichts weiß, nicht mitgerechnet.

Falls junge Mädchen sich weigerten, sich ausziehen zu lassen, wurde ihr Gesicht mit einer Holzsäge zersägt. Es waren junge Mädchen, weißt Du!

Die Geschäfte in der Innenstadt wurden alle geplündert und ausgebrannt. Nichts blieb übrig und es wurde keine Ausnahme gemacht. Noch abscheulicher sah es in der Tjitjadas-Straße aus. Abok erzählte, die Straße wäre voller Blut gewesen als ob man Hühner geschlachtet hätte. Frauenhaare lagen verstreut auf der Straße. Es war sadistisch. Ton, wenn Du es nicht mit eigenen Augen siehst, wirst Du es nicht glauben!

Plötzlich tragen viele Leute neue Uhren, neue Schuhe, Jeans und andere sehr auffallende Sachen, ist das nicht großartig?

Ton, in der Tjibadak-Straße wurde alles vernichtet, nur ein Haus blieb unberührt, weil ein Soldat des „Kudjang-Batallions" Wache davor hielt. Es ist jetzt Mode, einen starken Mann im Rücken zu haben, alle Autos werden vom Staatsapparat beschlagnahmt, obwohl sie Indonesiern chinesischer Abstammung gehören. Spaßig, nicht?

Das Kaufhaus Mekar Sari wurde aufgebrochen und leergeräumt, die Motorradgeschäfte wie Pritico Perdas, Matras und Astra, sind alle leergeplündert.

Ton, in der Stadt Tjandjur wurde die Hälfte der Chinesen umgebracht. Wie grausig! Ton, frage Deine Familie, ob sie verschont geblieben ist, da ich es noch nicht weiß!

Gestern, um neun Uhr morgens, wurde Madjalaja angegriffen. Das Schicksal ist dasselbe wie hier. Man weiß noch nicht, wie viele Opfer es gegeben hat. Ton, wenn man sich die Raya Barat Straße anschaut, so findet man sie voller Autowracks. Es sieht wie auf einem Schrottplatz aus. In der Tat sind die Indonesier chinesischer Abstammung hier alle bedroht und haben Angst...

Bandung, den 7. August 73

Aus einem Brief indonesischer Eltern an ihren in der BRD studierenden Sohn

9.8.1973
Han, mein geliebter Sohn!
Han, am 5. August 73, es war ein Sonntag Abend, kam es in Bandung zu Unruhen... Laut Zeitungsberichten wurden 912 Häuser zerstört...Han, versuch Dir ein Bild von der Niedergeschlagenheit der Leute zu machen. Sie sind unschuldig und zählen zu den Opfern! Han, halte Dir vor Augen, daß 912 Häuser nicht wenig sind. Man kann sagen, daß die Stadt Bandung total lahmgelegt wurde.

Hoffentlich wird Semarang von diesen Ereignissen nicht auch noch erfaßt; laut noch nicht bestätigten Berichten, sollen die Städte Garut/Tjimahi, Bogor in Mitleidenschaft gezogen worden sein.

Han, versuche Dir vorzustellen, daß wir vor den Hörnern eines wilden Büffels stehen; jeder Zeit können wir es erleben...

Grüße von Deinen Eltern. ■

15. AUGUST 1973 – EIN TAG DES SIEGES FÜR DAS KAMBODSCHANISCHE VOLK

Der 15. August ist für das kambodschanische Volk ein historischer Tag – für die nationale Widerstandsbewegung ein Tag des Sieges gegen den US-Imperialismus.

Seit März dieses Jahres hat die US-Regierung Kambodscha praktisch zum Objekt völliger Vernichtung durch die amerikanischen Luftangriffe gemacht – pausenlos warfen amerikanische Kampfbomber, B-52-Maschinen, ihre Bomben auf das Land und die Bevölkerung, vor allem auf die Umgebung der Hauptstadt Phnom Penh, wo sich der US-Statthalter Lon Nol ängstlich mit seiner Clique verschanzt.

Das Ergebnis dieser völkermordenden Luftangriffe sollte die Volksstreitkräfte für die Nationale Befreiung von Kambodscha in die Knie zwingen, die Nationale Einheitsfront von Kambodscha und die „Königliche Regierung der Nationalen Union Kambodschas" zur Annahme eines Waffenstillstands bringen, um schließlich einen „amerikanischen Frieden" zu akzeptieren. Das hieße: eine Regierung der sog. „Koalition" und „Versöhnung" anzuerkennen, was nichts anderes bedeuten würde, als eine Koalition mit der Verräterclique Lon Nol einzugehen und damit die Gewährleistung des imperialistischen Einflusses.

Die Entschlossenheit und der Widerstand des kambodschanischen Volkes sowie die Unterstützung einer breiten anti-imperialistischen Öffentlichkeit konnten dieses wahrhaft imperialistische Ziel verhindern – die US-Regierung mußte den offenen militärischen Angriff auf Kambodscha aufgeben.

In echt zynischer, imperialistischer Manier wurde der Bombenstop für den 15. August Wochen vorher angekündigt. Je näher dieser Tag rückte, desto mehr Bomben fielen, desto brutaler, unmenschlicher und zielloser wurden die Einsätze. Die Grausamkeit dieser Angriffe und deren Wirkung ist beispiellos in der Geschichte der zwischenstaatlichen Kriege und der Weltkriege. Längst führte die US-Regierung keinen Kampf mehr um Sieg oder Niederlage, dieser letzte militärische Angriff zur Rettung ihres neokolonialistischen Systems, das sich auf weniger als auf 10% des kambodschanischen Territoriums aufbaute, hatte nur das eine Ziel: alles vernichten, alles verbrennen, alles umbringen!

Nach Vietnam sollte jetzt auch Kambodscha in die Steinzeit zurückgebombt werden!

Dieses Wesen des Imperialismus verschweigt uns die bürgerliche Presse der BRD in ihren Berichterstattungen wohlweislich.

Hier werden lediglich die „Fehlwürfe" amerikanischer B-52-Bomber, die „versehentlich" wichtige Verteidigungspositionen der Lon Nol-Truppen trafen, groß herausgestrichen.

„Morgenpost"-Überschrift vom 7.8.1973: „Fehlwurf der US-Bomber. 50 Unschuldige starben." Bedauerlich! „Aber, solche Dinge passieren nun mal im Krieg." (angebliche Aussage einer Zivilistin des betroffenen Dorfes Neak Nuong, vergl. im „Stern" vom 16.8.73)

Welche Verlogenheit spricht aus dieser Art der Darstellung angesichts der wahren Ziele des US-Imperialismus, der brutalsten Zerstörung eines Landes, der gezielten Liquidierung eines Volkes!

Die kambodschanische Regierung unter dem Prinzen Sihanouk hatte zunächst versucht, Kambodscha durch stillschweigende „Zugeständnisse an beide Seiten" möglichst weitgehend aus dem Indochina-Krieg der USA herauszuhalten. Nur deshalb nahm sie es hin, daß in den Grenzgebieten des Landes Basen und Versorgungslinien für den Nachschub der laotischen und südvietnamesischen Befreiungsstreitkräfte aufgebaut wurden. Ebenso duldete sie stillschweigend, daß seit 1966 die US-Luftwaffe kambodschanisches Gebiet bombardierte. Diese Angriffe wurden geheimgehalten, da sie nicht vom US-Kongreß der Verfassung entsprechend genehmigt worden waren.

Dies reichte dem US-Imperialismus jedoch auf die Dauer nicht. So inszenierte der CIA am 18. März 1970 einen Militärputsch gegen Sihanouk und setzte die völlig abhängige, korrupte, faschistische Clique um Lon Nol und Sirik Matak ein.

Die Absicht des US-Imperialismus war dabei, Kambodscha zum militärischen Aufmarschgebiet im Indochina-Krieg und zum Kettenglied in dem von den Philippinen bis Thailand reichenden Einkreisungsring gegen China zu machen.

Zur Unterstützung der Putschisten ließ der US-Imperialismus einige Wochen später, am 30. April, amerikanische und südvietnamesische Truppen nach Kambodscha einfallen.

Seit dem Militärputsch führt das kambodschanische Volk und die Volksstreitkräfte der Nationalen Befreiung unter der Führung der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (gegründet nach dem Sturz Sihanouks) einen bedingungslosen Kampf gegen die Angriffe der US-Armee.

In den letzten Jahren hat das kambodschanische Volk den größten Teil seines Landes befreien können. Nur in einigen wenigen Städten können sich die Truppen der Militär-Clique noch halten.

Offizieller Führer der Regierung der Nationalen Einheitsfront ist Prinz Sihanouk. Jedoch wird er im politischen Leben Kambodschas wahrscheinlich nie wieder eine entscheidende Rolle spielen, sondern das Volk wird die gewonnene Macht in den Händen behalten. Sihanouk selbst hat dies anerkannt und erklärt, er werde nach der vollständigen Befreiung Kambodschas „mit Vergnügen" abdanken.

Sihanouk lebt zur Zeit meist in Peking, wo ihn die chinesische Regierung als Gast aufgenommen hat. Unmittelbar nach dem Putsch hatte er noch den Wunsch geäußert, sich abwechselnd in China und der Sowjetunion aufhalten zu können. Das scheint von den Sowjetrevisionisten nicht gewünscht worden zu sein.

Die sowjetische Regierung weigert sich bis heute, die Regierung der Nationalen Einheitsfront als rechtmäßige Regierung Kambodschas anzuerkennen und unterhält stattdessen diplomatische Beziehungen zur Militär-Clique. Bei verschiedenen Anlässen sind die Sowjetrevisionisten auf internationaler Ebene dafür eingetreten, Vertreter der Lon Nol-Clique offiziell zuzulassen, so u.a. bei Tagungen von Organisationen der UNO (UNESCO u.a.).

Nach Angaben der Nationalen Einheitsfront haben die Sowjetrevisionisten den kambodschanischen Befreiungskampf in keiner Weise materiell unterstützt, offenbar getreu der von Breschnjew verkündeten Devise, daß die „Kriegsbrandherde" so schnell wie möglich „ausgetreten" werden sollten.

Zum Glück hängen die Erfolge der nationalen Befreiungsbewegungen jedoch nicht von Gunst oder Ungunst der Sowjetrevisionisten und deren „Hilfe" ab – wie diese selbst anmaßend behaupten – sondern in erster Linie vom Vertrauen der Völker in die eigene Kraft.

Seit dem 15. August ist es offensichtlich: die Volksstreitkräfte für die Nationale Befreiung von Kambodscha konnten von der US-Armee nicht nur nicht vernichtet werden, sie sind eine stärkere Macht denn je – der US-Imperialismus dagegen mußte in Kambodscha eine 100-prozentige Niederlage einstekken.

Trotz des großen Sieges ist der Kampf des kambodschanischen Volkes noch nicht beendet – noch sitzen die Marionetten der US-Regierung in der Hauptstadt Phnom Penh – noch ist die US-Regierung weit davon entfernt, ihre Truppen endgültig aus Indochina abzuziehen. Auf Guam, in Thailand, im Golf von Tonking haben die USA an Flugzeug- und Schiffsbesatzungen etwa 75.000 Mann stationiert, in Japan und auf den Philippinen unterhalten sie starke Militärbasen, in Südvietnam haben sie 20.000 „Zivilberater" zurückgelassen.

Doch der endgültige Sieg des kambodschanischen Volkes ist unvermeidlich und nur noch eine Frage der Zeit.

13.9.1973 ■

KONTAKTADRESSEN DES KB

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 022583

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80
Postfach 800747

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Lübeck:
W. Blankschein
24 Lübeck
Postlagerkarte 082 332 A

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Samdech Sihanouk weist sowjetische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kambodschas zurück

„Peking Rundschau" vom 28. Aug. 1973

Am 13. August wies Samdeck Sihanouk in einem Telegramm, das er von Pjöngjang an den AFP-Korrespondenten in Peking sandte, die sowjetische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kambodschas zurück, wobei er sich auf einen von AFP verbreiteten Artikel aus der sowjetischen Zeitung „Iswestija" über die Kambodscha-Frage bezog.

Der volle Text des Telegramms von Samdech Sihanoul lautet:

Die AFP in Moskau hat einen Artikel der „Iswestija" über die Kambodscha-Frage verbreitet. Dem AFP-Bericht zufolge hat die „Iswestija" die Nationale Einheitsfront von Kambodscha den wahren Vertreter des kambodschanischen Volkes genannt. Hier mein Kommentar zu dieser Frage. Die ganze Welt weiß, daß die Nationale Einheitsfront von Kambodscha eine Regierung hat, nämlich die Königliche Regierung der Nationalen Union von Kambodscha. Wenn die UdSSR wirklich so aufrichtig die Nationale Einheitsfront von Kambodscha als den wahren Vertreter des Khmer-Volkes anerkennt, sollte sie ipso facto die Königliche Regierung der Nationalen Union von Kambodscha anerkennen und die diplomatischen Beziehungen mit der Phnom-Penh-Republik abbrechen. Die Tatsache, daß die Sowjetunion hartnäckig diplomatische Beziehungen zum todgeweihten Regime der Landesverräter in Phnom Penh unterhält, nimmt der sogenannten Unterstützung der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha von seiten der Sowjetunion allen Wert und jegliche Glaubwürdigkeit. Ausserdem haben die Volksstreitkräfte für die Nationale Befreiung von Kambodscha von der UdSSR nicht die geringste militärische Unterstützung erhalten. Wie AFP berichtet, sieht „Iswestija" „die Aufgabe der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha darin, alle politischen Parteien und Patrioten im In- und Ausland zusammenzuschließen. Welcher politischen Gesinnung oder Religion sie auch immer sind, sie sollen zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit mobilisiert werden, usw." Hier mein Kommentar dazu. Zwei Bemerkungen will ich machen: Erstens, dieser Appell, der der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha ihre Politik vorschreiben will, ist eine offene Einmischung in Khmer-Angelegenheiten. Zweitens, vom Zusammenschluß aller politischen Parteien und Patrioten zu sprechen, ungeachtet ihrer Politik, ist ein Komplott von alters her, um die königliche Regierung der Nationalen Union von Kambodscha am vollen Sieg zu hindern, sie unrechtmäßig aus dem Weg zu schaffen und durch eine sogenannte nationale Koalitionsregierung zu ersetzen, in welcher die Nationale Einheitsfront von Kambodscha von den politischen Parteien überwältigt wird, die Agenten des ausländischen Imperialismus und Neokolonialismus sind. Sihanouk stimmt nach der Befreiung von Phnom Penh mit Vergnügen seiner politischen Abdankung zu, unter der Bedingung, daß die Roten Khmer, die innerhalb der Volksstreitkräfte für die Nationale Befreiung von Kambodscha den USA-Imperialismus niedergeschlagen haben, die Macht im Staat, in der Regierung und in der Verwaltung Kambodschas antreten, ohne sie mit anderen teilen zu müssen. Aber Sihanouk wird bis zum Ende gegen eine Lösung kämpfen, bei der eine Koalitionsregierung Leuten oder politischen Parteien, die niemals am bewaffneten Widerstand gegen die amerikanischen Aggressoren teilgenommen und nur für die Interessen des ausländischen Imperialismus und Neokolonialismus gearbeitet haben, eine Machtteilung mit den Roten Khmer von Khieu Samphan, Hou Youn und Hu Nim gewähren soll. Zuletzt fügt die „Iswestija", AFP zufolge, hinzu, daß „innerhalb der existierenden Grenzen ein Land des Volkes wie auch der Demokratie errichtet werden soll". Hier mein Kommentar dazu: Dies ist eine weitere unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Khmer-Volkes und der Khmer-Nation. Der Vorschlag, daß wir eine volksdemokratische Republik Kambodscha gründen und diese das Königreich Kambodscha ersetzen lassen, das doch von den Roten Khmer verwaltet werden soll, ist eine unannehmbare Einmischung für jeden Khmer, der auch nur die geringste Selbstachtung hat. Bitte, bringen Sie in Ihrem Bericht die vorliegende Erklärung in allen Einzelheiten.

Mit herzlichem Dank und freundschaftlichen Grüßen

Norodom Sihanouk von Kambodscha ■

Forts. Militärputsch

ihren Profit und ihre Herrschaft geht.

Gilt das auch für Westeuropa?

In einem Flugblatt, das der AStA der Hamburger Uni (SHB und MSB) zum Militärputsch in Chile verteilte, wird frohgemut verkündet: *„Es zeichnet sich ab, daß die Entwicklung, wie sie sich in Chile vollzieht, auch in anderen Staaten verwirklicht wird. Das Bündnis in Frankreich zwischen der französischen Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Partei ist ein Beispiel vor unserer Haustür."*

Der makabre Tiefsinn dieser Sätze scheint den Verfassern wohl selbst nicht klar gewesen zu sein. Tatsächlich weist die Politik der französischen vereinigten Reformisten genau in Richtung der chilenischen Entwicklung, nämlich in Richtung einer katastrophalen Niederlage. Zu anderen Ergebnissen kann die parlamentarische Strategie auch in Westeuropa nicht führen.

Als sich im Mai-Juni 1968 der Klassenkampf in Frankreich zuspitzte, ließ die Bourgeoisie rund um Paris Panzer-Einheiten aufmarschieren und mobilisierte die Fallschirm-Jäger. An dem Einsatz dieser Truppen kann im „Ernstfall" kein Zweifel bestehen. Außerdem scheint uns die französische Armee, die über spezielle Bürgerkriegs-Einheiten aus Berufssoldaten verfügt, noch besser als die chilenische Armee für solche Einsätze geeignet.

In Italien sind Putsch-Versuche bereits wiederholt nur daran gescheitert, daß die Bourgeoisie den Zeitpunkt für ungünstig hielt und die Entwicklung des Klassenkampfes sich „entspannte".

In beiden Fällen kann die Konterrevolution zusätzlich zur Armee auf sehr militante, zum Teil bewaffnete, faschistische Verbände und auf Teile des Kleinbürgertums zurückgreifen. Faschisten in Frankreich ermorden ausländische Arbeiter, Faschisten in Italien legen Bomben, überfallen Streikposten.

Der faschistische Terror würde es erfordern, den Gedanken der Organisierung des Proletariats zum Selbstschutz bewußt zu propagieren und diese Organisierung voranzutreiben. Stattdessen wendet sich z. B. die „KP" Italiens an den bürgerlichen Staat. Überhaupt ähneln die Illusionen der „KP" Italiens sehr denen der chilenischen UP.

In diesen Zusammenhang gehört schließlich auch der Militärputsch Griechenland.

Das unterstreicht, daß sich die Methoden der Konterrevolution Westeuropas im Prinzip von den jetzt in Chile angewandten kaum unterscheiden. Eine Strategie, die nicht gerade auf diese Entwicklung vorbereitet, wird die Arbeiterklasse in Niederlagen führen.

Niederlage einer Illusion

Die internationalen Erfahrungen der Arbeiterbewegung und die Erfahrungen der dreijährigen Regierung der Unidad Popular in Chile selbst haben von vornherein die Unausweichlichkeit einer gewaltsamen Offensive der Konterrevolution und damit die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes gegen die Herrschaft der Bourgeoisie bezeugt. Die Unidad Popular hat dies hingegen immer bestritten und an ihrem illusorischen Konzept eines „friedlichen Übergangs" festgehalten, was in der Praxis zu immer offenerer Kapitulation vor der Konterrevolution führte. Die reformistische Politik der Unidad Popular trägt die Schuld daran, wenn der Widerstand des chilenischen Volkes gegen die faschistische Militärdiktatur heute nicht über die nötige Organisiertheit und über die nötigen Waffen verfügt, um die Bourgeoisie und deren Junta zu besiegen. Der Preis, den das chilenische Volk heute mit seinem Blut bezahlen muß, ist durch das opportunistische Zurückweichen der Unidad Popular und durch die mangelhafte Vorbereitung auf diese Situation in die Höhe getrieben worden.

Der Kampf zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft wird überall, in allen Ländern Opfer auf Seiten des Volkes kosten. Daran werden die Völker den Imperialismus nicht hindern können. Aber die Revolutionäre haben vor der Arbeiterklasse und dem Volk die Verantwortung zu tragen, durch die Wahl der Kampfmittel die Opfer möglichst gering zu halten, und vor allem: daß diese Opfer den Weg des Sieges und nicht den der Niederlage bereiten. Die gegenwärtigen Tausende von Opfern in Chile sind aber Ergebnis der Niederlage einer Illusion: der Illusion vom „friedlichen Übergang" zum Sozialismus. ■

Anmerkungen: Auf die Entwicklung in Chile sind wir im Einzelnen nicht eingegangen, da wir dazu schon sehr viel veröffentlicht haben. Wir geben hier die Übersicht darüber:
KAB-AZ Nr. 2: Zur Lage in Chile
KAB-AZ Nr. 3: Anmerkungen zur Politik der KP Chiles
UNSER WEG-Sondernummer: „Friedlicher Übergang" zum Sozialismus? (eine zweite Auflage wird vorbereitet)
AK 19: Chile: „Friedlicher Übergang" zum Sozialismus?
AK 23: Unidad Popular in Gefahr
AK 27: Konterrevolution rüstet weiter
AK 32: „Friedlicher Übergang" auf dem Sterbebett



STRATEGIE DER BOMBEN IN ENGLAND

Kapitalisten starten Verfolgungsjagd auf die IRA

In den letzten Wochen explodierten in England – hauptsächlich in London und in Birmingham, der größten Stadt im Industriegebiet Midlands – mehrere Bomben. Einige wurden gefunden, ehe sie hochgingen, mehrere Menschen wurden verletzt. Kaum ein Tag verging, an dem nicht von anonymen Bombendrohungen und anschließenden Räumungen ganzer Bahnhöfe oder Geschäftsstraßen berichtet wurde.

Die Schuldigen für diese „Bombenkampagne" hatte man schnell: In Presse, Rundfunk, Fernsehen und von offizieller Stelle wurde behauptet, es handele sich um Aktionen der Irisch-Republikanischen Armee (IRA). Obwohl Scotland Yard bereits am 1.9. zugeben mußte, daß diese Behauptung nicht haltbar ist, wurde sie weiterhin von englischen und ausländischen Zeitungen kolportiert.

Wenn auch gegenwärtig nicht sicher zu sagen ist, wer im einzelnen hinter den Bombenanschlägen steckt, so ist doch eins sicher: Sie werden von der englischen Bourgeoisie und ihrem Staatsapparat genutzt, um die Verfolgung der IRA in Irland und in England zu verschärfen und die Faschisierung der englischen Gesellschaft voranzutreiben. Zahlreiche Hausdurchsuchungen wurden in den letzten Wochen in London und Birmingham durchgeführt. Die Demagogie in der bürgerlichen Presse gegen den berechtigten Befreiungskampf des irischen Volkes erreichte einen neuen Höhepunkt. Die Bomben in England wurden für die Verhaftung führender Mitglieder der IRA und Sinn Fein (politische Partei der IRA) zum Vorwand genommen.

Aus den Reihen der reaktionären Tory-Partei wurde bereits die Forderung laut, für „IRA-Terroristen" solle die Todesstrafe eingeführt werden! Die Bombenkampagne der englischen Bourgeoisie läßt sich durchaus mit der Baader-Meinhof-Jagd in der BRD vergleichen.

Der „Sunday Telegraph" schrieb am 2.9.73: „Scotland Yard äußerte gestern die ersten schweren Zweifel daran, daß die Bombenwelle in London und Birmingham das Werk der IRA sei, obwohl die Bomben-Kommission offiziell weiterhin ihr die Angriffe zuschreibt (!). Aber der einzige Anhaltspunkt für diese Annahme ist die Ähnlichkeit (!) der Vorrichtungen mit denen, die die IRA in Nordirland gebraucht und die Annahme (!!!), daß der Sprengkörper von dort kommt. Mitglieder

IRA in Nordirland gebraucht und die Annahme (!!!), daß der Sprengkörper von dort kommt. Mitglieder

der Spezialeinheit sagten, das Bomben sei nicht typisch für die IRA-Operationen."

Trotz dieser zynischen Offenheit, mit der die völlige Haltlosigkeit der Vorwürfe gegen die IRA („Anhaltspunkt ... ist die Annahme"!!!) zugegeben wird, behaupten die englischen und auch die westdeutschen Zeitungen frech weiter, die Bomben kämen von der IRA.

So schrieb der „Guardian" am 3.9. von einer „...dreitägigen Ruhepause in der Bombenkampagne der Provisional IRA (der eine Flügel der IRA)", an anderer Stelle von „dem IRA-Bomben-Team".

Das westdeutsche politische Magazin „Der Spiegel" schrieb am 10.9.73: „Die IRA bombt nun auch in London ... Wie der Spiegel in Dublin erfuhr (?), wurden die Anschläge der vergangenen zwei Wochen von jeweils dreiköpfigen Sonder-Trupps der irischen Guerilla-Krieger ausgeführt. Die Kommando-Einheiten wurden in Irland ausgebildet..."

Gegen die Behauptung, die IRA stecke hinter den Bomben, spricht vor allem folgendes: „Nach Meinung des Scotland Yard wurde kein einziges Mal, seitdem die Angriffe vor zwei Wochen begannen, Anspruch auf Verantwortlichkeit erhoben." („Sunday Telegraph", 2.9.73)

Also auch von der IRA nicht!

Die bürgerliche Presse kriegt natürlich „die Kurve", auch dies als „Indiz" für die Verantwortlichkeit der IRA hinzustellen: „Ihr (der IRA) Stillschweigen ... im Gegensatz zu ihrer sonst üblichen Praxis, Stellungnahmen herauszugeben, in denen sie die terroristischen Anschläge entweder für sich in Anspruch nimmt oder ableugnet, spricht für sich."(!!) („Daily Telegraph", 3.9.73)

Jagd auf Iren in England

Indirekt gab der „Guardian" zu, daß die Polizei – trotz der „schweren Zweifel" an der Verantwortlichkeit der IRA – eine umfassende Jagd auf in England lebende Iren, die mit dem Befreiungskampf des irischen Volkes sympathisieren, eingeleitet hat. Reporter McManus – fest von der Täterschaft der IRA überzeugt – wirft der Polizei vor, daß ihre Meinung, die IRA sei es nicht gewesen, „gar nicht erklärt, warum sich die Nachforschungen über die Anschläge, die von der Bombenabteilung und der Spezialeinheit durchgeführt werde, auf Iren konzentrieren, die in diesem Land (England, AK) wohnen und republikanische Sympathien haben." („Guardian", 3.9.73)

Sofort nach den ersten Bombenanschlägen führte die Polizei in London und Birmingham Razzien und Hausdurchsuchungen durch. Allein in London sind insgesamt 160 ausgebildete Beamte in den verschiedensten Spezialeinheiten im Einsatz gegen Linke, Kommunisten und IRA-Sympathisanten.

An die Polizeichefs in ganz England wurde ein „geheimer Einsatzbefehl", die Bombenanschläge betreffend, ausgegeben, über dessen Inhalt nichts bekannt ist.

Seit Monaten sitzen in den verschiedensten Gefängnissen in England Iren, denen Beteiligung an früheren Bombenattentaten vorgeworfen wird, ohne daß sie bisher einen Prozeßtermin bekommen hätten. So z.B. sieben in Coventry, drei in Blackburn und sieben in Birmingham (nach „Der Spiegel").

Darüberhinaus laufen gegenwärtig zwei Prozesse: Einer in Luton, einer Kleinstadt in der Nähe von London, gegen drei Iren, die mit Handschellen gefesselt (!) dem Richter vorgeführt wurden. Der zweite in Winchester, in der Nähe von Southampton, gegen zehn Iren, denen die Explosion einer Bombe in einem Auto in London im März (!) dieses Jahres zur Last gelegt wird.

Breiter Angriff auf das irische Volk

Breiter Angriff auf das irische Volk

Die gegenwärtige Verfolgungskampagne in England muß in Zusammenhang gesehen werden mit den Maßnahmen, die in Nord- und Süd-Irland gegen die IRA und ihre politische Organisation, die Sinn Fein, ergriffen werden.

Mehrere Führer der beiden Flügel der IRA, der Official und der Provisional, und der Sinn Fein wurden verhaftet oder ermordet:

Patrick Mulvenna, 22, wurde am 31.8. von einer Armeepatrouille erschossen.

James Boysen, 25, und James O'Rawe, 18, wurden bei der gleichen Schießerei schwer verwundet und liegen seitdem im Krankenhaus. Alle drei sind Führer der Provisional IRA.

Seamus Twomey, 54, wurde am 1.9. verhaftet.



Er ist der Chef des Armeerates der Provisional IRA.

Triumphierend schreibt der „Daily Telegraph" am 3.9. zu seiner Verhaftung: „Seine Gefangennahme war der Höhepunkt von zwei – für die Sicherheitskräfte im Norden – erfolgreichen Monaten, einschließlich über hundert anderen Verhaftungen, die die Provisional IRA zu einer Zeit in eine Führungskrise gestürzt haben, zu der ihr moralischer und operativer Zustand auf dem niedrigsten Stand seit 69 ist."

Michael Plunkett, 26, ein führendes Mitglied der Official Sinn Fein, wurde am 14.9. in Dublin verhaftet. Offen wird zugegeben, daß seine Verhaftung Teil eines „police round up of political activists" sei, „bevor Heath am Montag Irland besucht, um mit Cosgrave, dem Premier Minister von Irland, zu sprechen." („Daily Telegraph"). Wir haben dies in Englisch zitiert, weil hier der faschistoide Charakter der bürgerlichen Presse sehr deutlich wird: „round up" heißt soviel wie „zusammengetriebenenesVieh, zusammengetriebene Menschen", das oben Zitierte also „das Zusammentreiben politischer Aktivisten durch die Polizei"!

Da werden also einfach anläßlich des Besuches von Heath Menschen „aus dem Verkehr gezogen", von denen Protestaktionen gegen die englische Politik in Irland erwartet werden! Und das ganz „legal": Nach dem „Special Power Act" (Notstandsgesetz) sind die Herrschenden „berechtigt", jeden „Verdächtigen" ohne Gerichtsurteil auf unbestimmte Zeit zu internieren!

(Notstandsgesetz) sind die Herrschenden „berechtigt", jeden „Verdächtigen" ohne Gerichtsurteil auf unbestimmte Zeit zu internieren!

Faschisierung der englischen Gesellschaft

Neben den direkten Schlägen gegen die IRA (Verhaftungen in breitem Stil, Ermordung, Einschüchterung usw.) haben die englischen Kapitalisten mit der Bombenkampagne noch ein anderes Ziel im Auge: die politsich-ideologische Verhetzung der englischen Bevölkerung.

Einerseits soll die bei großen Teilen vorhandene Sympathie mit dem Befreiungskampf des irischen Volkes abgebaut werden, indem die IRA als ein Haufen von Terroristen hingestellt wird, der einfach drauflos bombt, egal ob das Leben von einfachen Leuten gefährdet wird oder nicht.

Andererseits erhofft sich die bourgeoisie eine Verschärfung des teilweise schon gespannten Verhältnisses zwischen Engländern und Iren in England selbst. Rund eine Million Iren wohnt als benachteiligte Minderheit in England. Wegen großer Arbeitslosigkeit in Irland wandern sie noch in England ein und sind dort mit der schlechtesten Arbeit zufrieden. Dort, wo bei uns in der BRD südländische Gastarbeiter im Straßenbau arbeiten, sind es in England die Iren.

Durch die anti-irische Hetze in der bürgerlichen Presse versucht sich die englische Bourgeoisie das Klima zu schaffen, in dem sie reibungslos weitere Maßnahmen gegen das irische Volk durchsetzen kann. Erste Anzeichen dafür, wohin die Reise gehen soll, haben mehrere Tory-Abgeordnete bereits geliefert: Sie forderten am 11.9.

- das Verbot der IRA in England (bislang ist sie in England erlaubt).
- Die Einführung von Ausweisen für alle Iren, die nach England kommen, um sie besser kontrolieren zu können – ansonsten gibt es – außer Pässen für Auslandsreisen – keine Personalausweise in England.
- Die Einführung der Todesstrafe für „Bombenterroristen".

Das irische Volk ist in seinem Kampf gegen den englischen Imperialismus wesentlich weiter voran geschritten als das englische Volk. Es hat bereits die Waffe in die Hand genommen, um für seine Rechte, für die Abschaffung des Kapitalismus und die Einführung des Sozialismus zu kämpfen.

Aktuell scheint es, als richte sich die Kampagne der Bourgeoisie ausschließlich gegen die irische Arbeiterklasse und ihre Armee, die JRA.

Diesen Anschein möchte auch die Bourgeoisie erwecken und fördert ihn. Die englische Arbeiterklasse aber muß begreifen, daß der Kampf der irischen Arbeiter gegen den englischen Imperialismus auch ihr Kampf ist. Und daß die faschistischen Maßnahmen der englischen Kapitalisten letztenendes auch Maßnahmen gegen die englische Arbeiterklasse sind. □

Bombenleger waren Geheimdienstler

Hinweise dafür, wer hinter zumindest einem Teil der Bomben - anschläge in England und Irland in den letzten Wochen stecken könnte, und welche politische Zielsetzung damit verfolgt wird, lieferten zwei Iren, die gegenwärtig in einem irischen Gefängnis sitzen: die Brüder Kenneth und Keith Littlejohn. Beide waren früher für den britischen Geheimdienst tätig und hatten, nach eigenen Angaben, den Auftrag, die IRA zu unterwandern. Sie haben angekündigt, über die Arbeit des britischen Geheimdienstes in Irland auszupacken. Die „Hamburger Morgenpost" schreibt am 14.8.73 dazu: „London fürchtet, daß dabei herauskommen könnte, was der ehemalige irische Ministerpräsident Jack Lynch behauptet: Die Bombenexplosionen von Dublin (im Dezember letzten Jahres, AK), bei denen zwei Menschen getötet und 74 verletzt worden sind, waren nicht das Werk der illegalen Irisch-Republikanischen Untergrundarmee IRA, sie gehen vielmehr auf das Konto des britischen Geheimdienstes."

Der Grund dafür, daß die beiden Littlejohns so freimütig aussagen wollen, ist vermutlich, daß London sie fallen ließ: sie wurden an die irischen Behörden ausgeliefert und zwar – davon ist man in Irland allgemein überzeugt – im Austausch gegen zwei in Irland verhaftete Geheimdienstler. Diese hatten in einer Sicherheitsabteilung der irischen Regierung gearbeitet und für England Spionage getrieben. Diese zwei Ganoven sind von London sofort auf freien Fuß gesetzt worden. Der eine ist inzwischen in Kanada und der andere in Südafrika!

Die „Hamburger Morgenpost" schreibt zum politischen Hinter-

Der eine ist inzwischen in Kanada und der andere in Südafrika! Die „Hamburger Morgenpost" schreibt zum politischen Hinter-

grund der Bomben in Dublin: „Die Dezember Anschläge in Dublin hatten einen willkommenen (!) Umschwung der öffentlichen Meinung in Irland gegen die IRA herbeigeführt, der es der Regierung erleichterte, im Parlament verschärfte Gesetze gegen die IRA durchzubringen." Deutlicher geht es nicht. Die



Kenneth Litteljohn (31) und sein Bruder Keith wollen auspacken.

„Strategie der Bomben" ist ein bekanntes Mittel der Kapitalisten im Kampf gegen die Arbeiterklasse: Ohne Rücksicht auf Menschenleben werden von bezahlten Provokateuren Bomben gelegt, hinterher werden diese Anschläge den Linken und Kommunisten in die Schuhe geschoben, um durch die Verhetzung der öffentlichen Meinung besser und schärfer gegen sie vorgehen zu können.

Immer wieder konnte in Einzelfällen diese Strategie aufgedeckt werden. Ein solcher Fall: in Italien ging das „Mailänder Blutbad" (Bombenanschlag auf die Landwirtschaftsbank, 16 Tote) erwiesenermaßen auf das Konto von bezahlten Faschisten. Drei Jahre allerdings hat der bürgerliche Staat den Anar-

schaftsbank, 16 Tote) erwiesenermaßen auf das Konto von bezahlten Faschisten. Drei Jahre allerdings hat der bürgerliche Staat den Anar-

chisten Valpreda und einige seiner Genossen in Haft gehalten, unter dem Vorwand, sie hätten die Bombe gelegt. ■

Fürsorgeerziehung – Erziehung wozu?

Rund 60.000 Minderjährige stehen unter FE und FEH. FE: das ist Fürsorgeerziehung und wird gerichtlich angeordnet. Nach §64 Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG), wenn „der Minderjährige zu verwahrlosen droht oder verwahrlost ist." FEH: das ist Freiwillige Erziehungshilfe, die Heimeinweisung erfolgt mit Einverständnis der Eltern, die Eltern können das Kind jederzeit wieder rausholen. Die Heime für FE und FEH sind in Hamburg dieselben.

Das JWG legt fest, daß bei „Verwahrlosung" FE angeordnet wird; was aber „Verwahrlosung" ist, läßt das Gesetz offen. In der Praxis ist es der Bericht des Fürsorgers über die Familienverhältnisse, nach dem die Entscheidung gefällt wird. In



der Praxis kommen heute 85 % der Fürsorgezöglinge aus zerrütteten Arbeiterfamilien. Warum aber gibt es überhaupt „Fürsorgefälle"?

Fürsorgefälle: Notwendiges Produkt der kapitalistischen Gesellschaft ...

79% der Fürsorgezöglinge wurden unehelich geboren. Eine Studentin, der ein „Fehltritt" passiert, hat fast immer einen Vater, der Verbindung zu einem entsprechenden Arzt hat, und sich das „Ansehen der Familie" auch 800,- DM kosten läßt. Ein Arbeitermädchen hat diese Möglichkeit im allgemeinen nicht und muß sich und ihr Kind selbst durchbringen. Da die Mutter arbeitet, sind diese Kinder häufig „Schlüsselkinder". „Fallen" solche Kinder der Fürsorge „auf", so heißt es, die Mutter könne ihre „Aufsichtspflichten" nicht erfüllen.

Oder das Wohnungsproblem: junge Arbeiterfamilien müssen bei den Eltern wohnen, da sie keine Wohnung finden. Denn eine „Wohnung finden" heißt, einen Makler bezahlen können, einige Tausend Mark vorauszahlen können. Zwei Familien aber in einer zu kleinen Wohnung, das bedeutet häufig Zank und Streit. Zwei Familien in einer Wohnung, da geht man abends lieber in die Kneipe, als „nach Hause". Und die Fürsorge stellt dann fest: „Vater trinkt".

Oder der Vater hat einen Arbeitsunfall. Bei 77% der Arbeitsunfälle vermerkt die Gewerbeaufsicht: „menschliches Versagen". Die Presse schreibt: „Schicksal". Die Gewerbeaufsicht vermerkt nicht, daß Sicherheitseinrichtungen fehlen, sie vermerkt nicht den Konzentrationsverlust durch Arbeitshetze. Der Arbeiter wird berufsunfähig, häufig nur beschränkt arbeitsfähig. Ein Arbeitsunfall stellt eine ganze Familie auf den Kopf. Wenn eine solche Familie zerbricht, dann trifft das besonders die Kinder und die Fürsorge kann dann feststellen, daß sie „verwahrlosen".

Wenn ein Gymnasiast in der Schule Schwierigkeiten hat, so werden die Eltern darauf aufmerksam gemacht und „pädagogische Mittel" empfohlen. Rebelliert aber ein Arbeiterkind gegen die wesentlich schlechteren Lernbedingungen in der Hauptschule, dann ist es gleich die Aufgabe der Fürsorge, mal zu Hause „nach dem Rechten zu sehen".

Es ist eine typische Erscheinung aller kapitalistischen Länder, daß große Gruppen von Menschen nicht „mitkommen", sondern „auf der Strecke bleiben". Eine Gesellschaft, die den Menschen lediglich als angepaßte Arbeitskraft schätzt, erzeugt unvermeidlich einen „Ausschuß" von Menschen, die diese Anpassung an die bürgerliche Gesellschaft nicht schaffen, die dann eben „verwahrlosen".

... Aber „schuld" ist immer der Einzelne

In den offiziellen Darstellungen der Fürsorge ist von diesen wirklichen Ursachen nicht die Rede. Die Logik der bürgerlichen Gesellschaft sucht die „Schuld" immer bei den Betroffenen. In den Akten der Fürsorge steht dann: ist sexuell haltlos, treibt sich herum, wechselt den Arbeitsplatz häufig, ist renitent, aufsässig, verlogen. Nicht die Bedingungen, unter denen diese Menschen zu leben haben und mit denen sie nicht fertig werden, sind die Ursache ihres Verhaltens, sondern ihre individuellen „Charakterfehler".

Die erste Aufgabe der bürgerlichen Fürsorge ist es denn auch , den Betroffenen klar zu machen, daß sie und nur sie Schuld haben an ihrer Lage. Nicht die Verbesserung der Lebensumstände der „verwahrlosten" Familien ist bei Einschaltung der Fürsorge zu erwarten, sondern Schnüffelei, Beschimpfung als „Asoziale" und Drohung, man werde die Kinder ins Heim stecken. Oft in jahrelangem Einwirken werden die Menschen von ihrer eigenen „Minderwertigkeit" und Unfähigkeit „überzeugt" und schließlich geradezu entmündigt.

Das Einverständnis der Eltern zur „Freiwilligen Erziehungshilfe" erpreßt die Fürsorge in einer längeren Einschüchterungskampagne . Einmal auf ein Kind aufmerksam gemacht, erscheint dann regelmäßig ein Fürsorger. Allgemein braucht man einen Fürsorger zwar nur in die Wohnung zu lassen, wenn er einen Haussuchungsbefehl vorlegen kann, aber den meisten Fürsorgern reicht schon die einschüchternde Wirkung ihres Dienstausweises, um in eine Wohnung eingelassen zu werden. Und die Tätigkeit des Fürsorgers besteht dann auch in einer Haussuchung: Ist die Küche sauber gemacht? Ist das Schlafzimmer aufgeräumt? Liegen Groschenhefte 'rum? Ob die Mutter morgens vor der Arbeit oder am Feierabend zum Aufräumen schon Zeit gefunden hat, interessiert nicht. Und dann kommen die Beschimpfungen: Die Mutter sei eine Schlampe, unfähig den Haushalt zu führen, unfähig die Kinder ordentlich zu erziehen;



Protest gegen „Heim-Erziehung" Bemalte Wand in einem westberliner „Heim"

man werde ihr das Kind noch ganz wegnehmen müssen.

Erfahren die Eltern, wie es in den Heimen der „freiwilligen Erziehungshilfe" aussieht, so widerrufen sie häufig die ihnen abgepreßte Zustimmung zur Fürsorgeerziehung. 39 % aller Abgänge erfolgen aus diesem Grund. Das ist mehr als die Entlassungen aufgrund der „Erreichung des Erziehungszwecks": das sind nur 35 %.

Auch deshalb ist es von großer Bedeutung, daß fortschrittliche Heimerzieher immer wieder „Enthüllungen" über die tatsächliche Situation in den Heimen in die Öffentlichkeit tragen, und daß sie sich um Zusammenarbeit mit den Eltern bemühen.

Statt Hilfe: Zerbrechen jeder Selbständigkeit und Solidarität

Die Vollheime für FE bzw. FEH liegen immer weit vom Schuß. Entweder am Stadtrand, oder sie liegen ganz außerhalb der Städte, auf dem Lande. Für manche Kinder gibt es Ausgang – aber wohin soll man schon gehen? ! Die Leute der Umgebung meiden die Kinder: „Das sind doch die aus dem Heim". Die Heime werden so automatisch zu geschlossenen Anstalten. Von dem Leben, das ihre Klasse führt, werden diese Arbeiterkinder systematisch getrennt; Isolierung, das gehört zu den wichtigsten Mitteln der Fürsorge.

Und das Leben im Heim hat seine eigenen Regeln, die mit dem Arbeiterleben nur noch die äußere Hülle des geregelten Tagesablaufs gemein haben. Alles weitere bestimmen die Ideale, die die staatliche Fürsorge von einem „ordentlichen Menschen" hat.

Die Heimordnung des Jungenheims Beiserhaus in Hessen schreibt unter Punkt 2 vor: „Sorgen und Probleme sollst Du nicht lange mit Dir herumtragen. Besprich sie aber nicht mit Jungen, die Dir ohnehin keinen guten Rat geben können. Suche Dir Deine Freunde wählerisch aus. Auch der Erzieher, Hausvater, Erziehungsleiter und Direktor haben Zeit für Dich, wenn Du mit Ihnen sprechen möchtest." Die Heimordnung predigt Mißtrauen zwischen den Heiminsassen.

Schlecht bzw. zum Teil katastrophal ist auch die materielle Situation der Heime: alle Heime leiden unter dringendem Personalmangel. Der Krankenstand unter den Heimerziehern gehört zum größten aller Berufsgruppen – ein Ausfall von 50 % durch Krankheit ist keine Seltenheit. Fällt dann ein Erzieher für längere Zeit aus, wird die Gruppe aufgelöst, die Jugendlichen kommen in neue Gruppen, oder gleich ganz in andere Heime.

Und die Ausbildung der Erzieher ist schlecht, die Anforderungen im Heim sind groß. Heimerzieher sind immer überlastet, sind immer fertig, haben gerade in der vorigen Nacht Nachtdienst gemacht und machen heute schon wieder Dienst. Ihre freien Tage in der vorigen Woche haben sie nicht genommen, ihren Urlaub noch nicht gehabt – sie sind immer überanstrengt, ferienreif.

Diese Arbeitsbedingungen provozieren geradezu autoritäres Verhalten gegenüber den Jugendlichen. Auf einem solchen Boden wachsen besonders gut faschistische Erziehungsmethoden („da hilft nur noch Strenge und harte Zucht"). Aber selbst Erzieher, die mit viel Idealismus ihren Beruf gewählt haben, sehen dann nur noch die Agressivität, die ihnen entgegenschlägt, und ihre eigene Hilflosigkeit und sind froh, wenn sie den Tag ohne große Konflikte über die Runden bringen. Und das heißt nur allzuoft: Abwürgen jeden Aufmucksens, jeder Selbständigkeit der Jugendlichen.

Eine wichtige Rolle zur Verhinderung solidarischer Gruppen spielen die „Gruppensprecher", die auf Vorschlag des Erziehers von den Jugendlichen „gewählt" werden. Der Wahlvorgang mag den Eindruck erwecken, der „Sprecher" vertrete die Interessen der Gruppe gegenüber dem Heimpersonal. In den meisten Fällen ist es genau anders herum. Denn bei Zwistigkeiten in der Gruppe stellt sich das Personal in der Regel hinter denjenigen, der der Stärkste ist. Und mit dieser Unterstützung werden die „Sprecher" zu Erfüllungshelfern der Erzieher gekauft. Sie erhalten den Auftrag, die Heimordnung in der Gruppe durchzusetzen. Allgemein ist Prügelstrafe in den Heimen verboten. Wenn aber der „Gruppensprecher" zuschlägt, weil dieser oder jener nicht pariert: das Personal kann schließlich nicht jede Schlägerei unter den Jugendlichen verhindern!

Das „Gruppenleben" im Fürsorgeheim räumt gründlich auf mit dem Gedanken von der Stärke durch Solidarität. Recht hat, wer der Stärkere ist.

Wer nicht bedingungslos gehorcht und sich in die „Hackordnung" einreiht, für den bleibt der „Bunker". Der „Bunker", das ist die „geschlossene Abteilung", die es in jedem Fürsorge-Heim gibt. Im Erziehungsheim Staffelberg, das 1961 als „Europas modernstes Heim" erbaut wurde, sieht der „Bunker" folgendermaßen aus: Es gibt nur Einzelzellen, bis auf ein Drei-Mann-Zimmer. Ein Holzkasten mit Matratze dient als Bett. Zum Zudecken gibt es eine Wolldecke. Tagsüber darf das Bett nicht benutzt werden. Wer trotzdem erwischt wird, bekommt die Matratze entzogen und muß nachts auf dem Holz schlafen. In jeder Zelle befindet sich eine Toilette – die aber nur von außen gespült werden kann. Wer deswegen nachts einen Erzieher 'rausläutet, kann sicher sein, daß er eine gefeuert kriegt. Die Jugendlichen der „Geschlossenen" tragen besondere Kleidung, die sie von den anderen Heimzöglingen unterscheidet.

Angeblich soll die „Geschlossene" straffällig gewordene Jugendliche vor der U-Haft schützen. Die Meinung der Betroffenen: „Lieber U-Haft als Bunker"!!

Erziehung zum Lumpenproletarier

Es ist typisch für die staatliche Fürsorge, daß nur sehr wenige der Heim-Jugendlichen den Sprung in ein normales Arbeitsleben schaffen.

Obwohl 78 % der FE-Zöglinge älter als 14 Jahre sind, befinden sich nur 12 % in einem Anlern- oder Lehrverhältnis. Nur weitere 16 % stehen überhaupt in einem vertraglichen Arbeitsverhältnis. Dennoch werden alle von morgens bis abends beschäftigt: mit schwachsinnigen Arbeiten wie Hausputz, Hofsäubern, oder Knastarbeiten (Stanzen von Autosicherungen, Nähen von Brauereischürzen usw.), oder als Helfer in der Landwirtschaft. Wer einen Beruf lernen kann, lernt Schreiner, Steinmetz, Haushalt. Einrichtungen zum Erlernen industrieller Berufe fehlen in den Heimen.

Es ist der „Erfolg" der Fürsorgeerziehung, daß sich die Unerträglichkeit der Heimzustände vor allem in Aggressionen der Heiminsassen untereinander entlädt. Schlägereien stehen in den Fürsorgeheimen auf der Tagesordnung.

Die häufigste Reaktion auf die Fürsorge ist die Flucht. Es gibt zwei Arten. Zum einen die Flucht nach „draußen". Meist endet die Flucht noch in der gleichen Nacht. Zurück im Heim, kommen sie dann für mehrere Tage, manchmal sogar Wochen, in die „Geschlossene".

Zum zweiten gibt es die Flucht in den Rausch, in das Vergessen der tagtäglichen Hölle des Heimalltags. Da in den Heimen sehr schwer an Rauschmittel heranzukommen ist, ist es üblich geworden zu „schnüffeln"; das ist das Einatmen von Dämpfen bestimmter gängiger Klebestoffe. Das Ergebnis solchen „Vergessens" sind häufig schwere gesundheitliche Schäden.

Genaue Angaben über Selbstmordfälle in der staatlichen Fürsorge werden in der offiziellen Statistik nicht gemacht. Fachleute bezeichnen die Quote der Selbstmordversuche als „erschütternd".

Die erste, bewußtloseste und unfruchtbarste Form der Auflehnung gegen die Heimzustände besteht in der Kriminalität. 30 % der Jugendlichen werden noch während ihres Heimaufenthaltes straffällig. Für 80% der Fürsorgezöglinge beginnt mit der Heimeinweisung eine Laufbahn durch die Gefängnisse der Bourgeoisie.

Die Vergehen der Jugendlichen sind überwiegend Eigentumsdelikte. Das erstaunt nicht, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Jugendlichen zwar den ganzen Tag arbeiten müssen, aber „daß Du im Heim nicht arbeitest, um Geld zu verdienen".

Fürsorge wird angeblich angeordnet, um die weitere „Verwahrlosung" von Kindern zu verhindern. In Wirklichkeit ist die ganze Fürsorge nicht darauf angelegt, diesen Menschen zu helfen. Aber die Bourgeoisie beschränkt sich keineswegs darauf, die Verwahrlosung von Teilen der Bevölkerung als notwendiges Übel ihrer Herrschaft „hinzunehmen" und zu verwalten. Vielmehr ist sie bestrebt, die Not dieser Menschen für ihren Kampf gegen die Arbeiterklasse zu nutzen. Das macht das Maß der Faschisierung der staatlichen Fürsorge deutlich.



Die Jugendlichen kommen in die Fürsorge, weil sie den tagtäglichen Kämpfen des Arbeiterlebens, um die Existenz in dieser Gesellschaft nicht gewachsen waren. In der Fürsorge raubt man ihnen jede Fähigkeit, sich zu wehren. Die Mentalität, die die Fürsorge der Arbeitersolidarität entgegensetzt, ist die Mentalität des unterwürfigen Strebers. In Punkt 1 der oben erwähnten Heimordnung heißt es: „Respektiere den Erzieher als einen Erwachsenen und Deinen Vorgesetzten". Und in Punkt 4: „Versuche Dich gütlich mit den Kameraden auseinanderzusetzen. Gelingt das nicht, wende Dich an Deinen Erzieher, damit er die Angelegenheit regelt".

Die Logik dieser Mentalität ist Unterwürfigkeit nach oben und Denunziantentum unter den Jugendlichen.

Aber mehr noch. Als sich 1969 die Fürsorgezöglinge in Staffelberg zu solidarischen Abwehrmaßnahmen zusammenschlossen, operierte die Heimleitung gegen Ende der Auseinandersetzungen offen mit faschistischem Gedankengut. So hängte der Obererzieher Kretschmer einen Anschlag am schwarzen Brett aus, in dem es u.a. hieß: *„Ihr wollt leben wie die Drohne im Bienenstock, wie die Made im Speck! – Als Nutznießer oder Schmarotzer auf Kosten anderer? Ihr wollt euch nicht ‚ausbeuten lassen' – und genießt skrupellos die Vorteile, die eine intakte (!) Gesellschaft bietet? Angefangen bei geordneten Mahl-*

Forts. nächste Seite

Fortsetzung Fürsorgeerziehung

zeiten und einer ordentlichen Unterkunft. Was dann, wenn alle so dachten und handelten? Warum nutzt ihr diejenigen schamlos aus, die einsichtig (!) geblieben sind, daß ohne Mitarbeit für die Gemeinschaft ein Leben in Gemeinschaft nicht möglich ist? Ihr könntet sicherlich mehr Sympathien erwerben, wenn ihr durch Taten bewiesest, daß euer Anliegen ist, günstigere Bedingungen für alle zu schaffen, daß euer Interesse auf ein besseres Gemeinschaftsleben gerichtet ist. Und nicht ganz primitivem Egoismus entspringt, ganz primitiver, nur auf eigene Annehmlichkeit schielender Drückebergerei und Faulenzerei."

Abgesehen von der verklemmt geschraubten Schreibweise: die Anleitung für diese Hetztirade findet man in Hitlers „Mein Kampf". Es war ein Bestandteil der Nazi-Ideologie, dem „Schmarotzertum des Juden" die „Pflichterfüllung" entgegenzustellen. Und das hieß: „nicht sich selbst genügen, sondern der Volksgemeinschaft". Auf dieser Grundlage machten die Nazis es zum Gesetz, daß ein Streik ein Verbrechen sei.

Und diese Konsequenz hat die staatliche Fürsorge in manchen Heimen auch schon gezogen. So klärt die Heimordnung in Rengshausen die Jugendlichen darüber auf, daß das Interesse der Kapitalisten bedingungslos Gesetz sei:

„Mache dir klar, daß du im Heim nicht arbeitest, um etwas zu verdienen. Vielmehr sollst du lernen, gleichbleibende und gute Arbeitsleistungen zu erbringen ... Arbeitsverweigerung gilt in unserem Heim als Meuterei (!) und wird darum sehr empfindlich mit Strafe belegt."

Weder der Staffelberg noch Rengshausen sind die Überbleibsel einer vergangenen Zeit. Im Gegenteil: die Bourgeoisie fördert solche Leute wie Obererzieher Kretschmer und propagiert seine faschistische „Arbeitsethik'. Sie kann dabei an tiefsitzende Vorurteile der Bevölkerung, ja selbst bei den Arbeitern anknüpfen.

Der „Asoziale" –

für Pamphlete gegen die Heimerziehung Vorworte, beziehungsweise Nachworte schrieben." Und sogar Beamte des Staates: *„– wie Bonhoeffer (Mitarbeiter der Landesjugendbehörde in Westberlin, Vorstandsmitglied der Internationalen(!) Gesellschaft für Heimerziehung) und Kosmale (Leiter der Abteilung Familie im Bundesministerium (!) für Jugend, Familie und Gesundheit)."*

Nach einem altbewährten Muster wird nun Stimmung gemacht und der große Bogen von den bekannten „Kriminellen" bis zu bürgerlichen Liberalen gezogen. Nicht die Zustände in den Heimen erzeugen Kritik, sondern die ganze „Unruhe" in den Erziehungskeimen ist nur das Werk von einigen „staatsfeindlichen Verführern". So weiß Hartmann denn auch über die Kampagne um das Erziehungsheim Staffelberg Ende Juni 1969 zu berichten: *„Andreas Baader und seine Freundin Gudrun Enslin führten ‚Regie' (!). Baader verleitete rund dreißig Heiminsassen zur Flucht nach Frankfurt."*

Genau in derselben Manier konnte man am 31.1.1933 im Zentralorgan der Nazis, dem „Völkischen Beobachter", über die Arbeit in einem Erziehungsheim (Titel: „Moskowitische Dressur") lesen: „Da kommt von der Großstadt der Hetzer, aus einer jener Versammlungen, in der die Pöbelinstinkte wachgerufen werden. Was aufgebaut wurde, wird zusammengerissen."

Springers „Wissenschaftler" verdreht die Dinge mit denselben Tricks wie die Nazis: nicht die unerträglichen Heimzustände treiben die Jugendlichen in die Flucht, sondern der „Hetzer aus der Großstadt" stachelt sie auf!

Hier wird aber auch klar, wie die Bourgeoisie „ihre" Fürsorgeprodukte sieht, nämlich willenlos, ohne eigene Initiative und Solidarität. Und das ist ja auch das gewollte Erziehungsergebnis dieser Heime!

In demselben Artikel des „Völkischen Beobachter" heißt es: *„Der Marxismus als Erzieher – gibt es eine traurigere Karikatur? Er hinterläßt eine unmanierliche, unwissende, zum Pöbel gewordene Jugend."*

Dieselbe Logik findet bei dem Professor ihre Anwendung auf die APO-Studenten: *„Die Folge* (der

Professor ihre Anwendung auf die APO-Studenten: „Die Folge (der

antiautoritären Erziehung) *ist, daß die Jugendlichen schließlich im Strafvollzug oder in der Nervenklinik auflaufen. Es ist wohl evident: Das ist keine Alternative zur Heimerziehung."*

Und Hartmanns Alternative? *„Man gibt zu, daß man Lesen durch Lesen und Schreiben durch Schreiben lernt, aber man will nicht zugeben, daß man Arbeiten durch Arbeiten lernen kann. Man opponiert also gegen Reglementierungen und Arbeitsforderungen."*

Das ist es, was dem Professor am Herzen liegt: Dem „Welt"-Leser soll die Forderung nach faschistischen Zwangsarbeitslagern verkauft werden. Hartmann ist sich selber auch dieser Tradition bewußt:

„Oft liest man heute, die Forderung nach Arbeitstherapie (!) erinnere an die faschistische Parole ‚Arbeit macht frei'. Wer so argumentiert, argumentiert nicht mit sachlichen Einwänden, sondern mit willkürlichen Assoziationen."

Gegen Arbeit der Jugendlichen in diesen Heimen ist an sich nichts einzuwenden. Hier geht es aber eindeutig nicht um Arbeit, die diesen Menschen hilft, sie bildet, ihre Persönlichkeit, Fähigkeit und Selbständigkeit entwickelt – sondern hier geht es um „Therapie", um abstumpfende, oft nutzlose Tätigkeit, zumindestens aber um massive Ausbeutung. Arbeit als Strafe und Unterdrückung, das soll hier verkauft werden.

Mit der Forderung nach Arbeitstherapie knüpft Hartmann an das Vorurteil vieler an, das die „Asozialen" arbeitsscheu sind und zur Arbeit gezwungen werden müssen. Auch in der Arbeiterklasse verbreitet die Bourgeoisie diese Ideologie – mit dem Erfolg, daß selbst viele Arbeiter auf diese „Proleten" herabschauen und nicht merken, wie hier ihre Klasse gespalten werden soll.

Den Erziehern will Hartmann einreden, daß drakonische Erziehungsmaßnahmen wirkungsvoller als alle liberalen Vorstellungen seien.

Die Aufgabe der Faschisten unter den Erziehern ist es dabei, den anderen zu demonstrieren, wie „erfolgreich" diese Methoden sind, wie „problemlos" die „Arbeitstherapie" zu handhaben ist.

Leute wie Hartmann sind durchaus nicht Überbleibsel von gestern, sondern auf dem „richtigen Dampfer". Mit der Zunahme der Widersprüche des Kapitalismus werden auch die „Fürsorgefälle" zunehmen. Das zeigt uns deutlich die gegenwärtige Entwicklung in den USA. Mit diesem Potential will die Bourgeoisie Politik machen: aus ihm faschistische Gruppen rekrutieren, andererseits gegen diese „Asozialen" hetzen, um damit die Bevölkerung zu spalten und Maßnahmen der Faschisierung zu rechtfertigen. Tatsache ist z.B. daß bei der Hamburger Jugendbehörde die Baupläne für ein Kindergefängnis fix und fertig in der Schublade liegen. Der Baubeginn ist für die Jugendbehörde nur noch die Frage des politisch günstigsten Zeitpunktes.

Die Aufgaben der Arbeiterklasse und der fortschrittlichen Erzieher

Es kann der Arbeiterklasse nicht gleichgültig sein, daß die bürgerliche Fürsorge einen Teil ihrer Kinder wegschafft in Heime, in denen sie seelisch verkrüppelt und zum Lumpenproletarier erzogen werden. Es ist von Bedeutung für die Arbeiterklasse, ob sich faschistische Agenten und Provokateure aus den Fürsorgeheimen rekrutieren – wie in der Weimarer Republik.

Heutzutage kommen 85% der Fürsorgezöglinge aus zerrütteten Arbeiterfamilien. Das war nicht immer so. In einer Zeit wesentlich größerer wirtschaftlicher Not, nach dem 1. imperialistischen Weltkrieg, war der „Anteil" der Arbeiter an der Fürsorge nicht halb so groß. In der Arbeiterklasse war damals das Bewußtsein größer, daß der gesamte Staat zu ihrer Unterdrückung eingesetzt wird. Daher schuf sich die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Bourgeoisie eigenständige proletarische Organisationen, wie die Internationale Arbeiterhilfe (IAH) und die „Rote Hilfe", die mit proletarischer Solidarität die Zerrüttung von Arbeiterfamilien und die Verwahrlosung proletarischer Kinder bekämpften. Allein 1923/24, als ca. 30 000 Arbeiter in revolutionären Kämpfen in Deutschland fielen und 75 000 aus Verzweiflung Selbstmord begingen, als Millionen hungerten, verschickte die IAH 15 000 Arbeiterkinder in eigene Kinderheime und zu Arbeiterfamilien ins Ausland (nach Willi Münzenberg: 5 Jahre Internationale Arbeiterhilfe).

Die Arbeiterklasse in der BRD wird ebenso das Problem der Zerrüttung ihrer Familien nicht der Bourgeoisie zur Lösung überlassen können, sondern mit eigener Kraft an seine Bewältigung gehen müssen.

Für die fortschrittlichen Erzieher ist gegenwärtig die materielle Lage der Heime eines der dringendsten Probleme über Arbeit. Der brennende Personalmangel, die Überbelegung der Heime, die nutzlose Erzieherausbildung, all das macht eine Arbeit im Interesse der Erziehung der Kinder und Jugendlichen überaus schwierig.

Darauf baut die Bourgeoisie, darauf, daß mit der Zeit selbst diese gutwilligen Erzieher die Fürsorgezöglinge einfach als „Schwer-Erziehbare" abtun. Schon heute merken viele Erzieher nicht, daß es die gesamtgesellschaftliche Situation ist, die ihre Arbeit so schwierig und oft erfolglos macht. Für sie reduziert sich dann das Erziehungsziel auf die Durchsetzung der Heimordnung bei den Jugendlichen. Es liegt auf der Hand, daß sie mit dieser „Erziehung" gegen die Jugendlichen stets auf deren Mißtrauen und auch schlicht die Feindschaft der Jugendlichen stoßen.

Andererseits scheitern viele fortschrittliche Erzieher, die erwarten, allein durch die Demonstration ihres guten Willens bei ihrer Gruppe Anerkennung zu finden. Denn schließlich haben die Jugendlichen oft genug die Erfahrung machen müssen, daß fortschrittliche Erzieher das Heim bald wieder verlassen haben: Weil es ihnen nicht gelang, greifbare Erfolge zu erzielen, weil ihnen die Behörde und rückständige Kollegen immer wieder Steine in den Weg gelegt haben.

Und daß es genug Mittel der Behörde gibt, fortschrittliche Erzieher gefügig zu machen, das wissen die Jugendlichen schließlich am besten. Es kann daher nicht verwundern, wenn sie selbst fortschrittlichen Erziehern gegenüber skeptisch bleiben.

Gewiß bleibt, daß sich an der Verwahrlosung durch staatliche Erziehung nichts grundsätzlich ändert, solange die Bourgeoisie uneingeschränkt ihre „Fürsorge" betreiben kann. Wie immer in der Vergangenheit, wird es ein Vorankommen auch in der öffentlichen Erziehung genau dann geben, wenn die Arbeiter selbst den Kampf darum aufnehmen. Aber kein Mensch kann eine Sache vorantreiben, solange er nicht weiß, wie sie funktioniert.

Für die fortschrittlichen Erzieher kommt es daher vor allem darauf an, der zum Teil faschistischen Propaganda der Bourgeoisie entgegenzutreten und deutlich zu machen, wie die Bourgeoisie mit ihrer „Fürsorge" Menschen in der Verwahrlosung und Kriminalität hält.

Und natürlich ist es von Bedeutung, ob der Erzieher in seiner Gruppe faschistisches Denken durchsetzt, oder ob er den Zusammenhalt der Gruppe fördert. Inwieweit er die Jugendlichen als zukünftige Verbrecher behandelt oder seinen Verpflichtungen als Erzieher nachkommt. Und ob er seine Gruppe einfach sitzen läßt, wenn sich keine spektakulären Ergebnisse einstellen, oder ob er in beharrlicher Kleinarbeit das Vertrauen der Jugendlichen gewinnt.

Dem Erzieher, der sich so zu seinem Beruf stellt, wird jedoch eine Karriere, wie die des Herrn Hartmann nicht offenstehen. Im Gegenteil: er ist ständig mit dem Berufsverbot konfrontiert, er wird ständig das ganze Register der Einschüchterungsmethoden der Behörde vor sich sehen. Und das Vertrauen der Jugendlichen wird ihm das Mißtrauen vieler Kollegen einbringen. Kurz: Einen „sozialen Aufstieg" wird es für ihn nicht geben.

Was er gewinnen kann, ist das Vertrauen der Jugendlichen. Und nur mit solcher Arbeit kann er überhaupt dazu beitragen, die Verwahrlosung von Menschen, die die bürgerliche Gesellschaft unweigerlich bewirkt, aus der Welt zu schaffen. ■

Initiative Sozialistischer Erzieher (ISE), Hamburg

Der „Asoziale" – Anknüpfungspunkt faschistischer Propaganda

Zur Zeit der Studentenrevolte Ende der 60er Jahre gab es auch massive Kritik an den Zuständen in der staatlichen Fürsorge. Wichtige Enthüllungen lieferten u.a. mehrere Mitglieder der späteren „RAF", wie z.B. Ulrike Meinhof. So brachte sie mehrere Rundfunkreportagen über Fürsorgeheime. Der Fernsehfilm „Bambule", den sie über das Westberliner Mädchenheim Eichenhof drehte, erschien nicht im Programm: er fiel der ARD-Zensur zum Opfer.

Einige der späteren „RAF"-Mitglieder sind selber Opfer der Fürsorge gewesen. Ihre Erfahrungen mit den brutalen Methoden der Bourgeoisie haben dazu beigetragen, daß sie sich auf das verzweifelte Abenteuer der „Stadtguerilla" eingelassen haben.

An diesen Umstand geschickt anknüpfend startete die Bourgeoisie auch eine Gegenoffensive gegen die Kritik an ihrer „Fürsorge". Die ‚Baader-Meinhof", die sind gegen die staatliche Fürsorge und die „Baader-Meinhof" sind – wie jeder weiß – „kriminelle Terroristen". Also! Im Oktober 72 rechnete ein Prof. Hartmann in Springers „Welt" mit der antiautoritären Heimrevolte ab. Prof. Hartmann ist ein „bewährter" Mann: als Leiter des Hans-Zulliger-Haus in Westberlin hatte er 1969 einen Streik seiner „Zöglinge" zerschlagen. Dafür (und darüber) darf er heute in Köln Vorlesungen halten.

Unter der hämischen Überschrift: „Und dann liefen sie doch weg" schrieb Hartmann am 21.10.72: *„Die Heimkampagne* (der APO-Studenten und Erzieher) *ist mit bekannten Namen verknüpft: von Aktivisten der Baader/Meinhof-Bande wie Andreas Baader, Gudrun Enslin, Astrid Proll, Ulrike Meinhof, Marianne Herzog . . . aber auch Publizisten wie Kurt Wagenbach, Martin Walser, Tobias Brocher, die*

Hamburg-Altona:
Elternrat legt Dokumentation vor

Der Elternrat der Schule Arnkielstraße 2–4 in Hamburg-Altona hat eine Dokumentation veröffentlicht, die die Tätigkeit des Elternrats, insbesondere in den Jahren 1971–72 behandelt. Über die Vorgänge an der Schule Arnkielstraße 2–4 (in die dann auch Altonaer Schulen einbezogen wurden) haben wir bereits in AK 24 berichtet („Die Lage an den Schulen" – „Schulkampf in Altona").

Außerdem hatten wir vor einigen Monaten ein Interview mit einem Vertreter des Elternrats machen können, das in AK 28 veröffentlicht wurde („Aus der Sicht der Arbeitereltern").

Wesentlicher Gegenstand der Auseinandersetzungen war der an allen Hamburger Schulen erhebliche Fehlbestand an Lehrern und damit verbunden zu hohe Schüler-Zahlen in den einzelnen Klassen und Ausfall von Unterrichtsstunden. Den Kampf gegen diese Mißstände hatte der Elternrat der Schule Arnkielstraße 2–4 bereits 1969 aufgenommen. Dabei wurde von Anfang an darauf geachtet, die betroffenen Eltern möglichst weitgehend in die Auseinandersetzungen einzubeziehen, indem diese kontinuierlich über die Tätigkeit des Elternrats informiert wurden. In der Dokumentation heißt es dazu:

„Unser Einsatz um eine bessere Schule – das haben wir immer gewußt – konnte nur Erfolg haben, wenn die vielen Eltern hinter unseren Forderungen stehen. Darum wurden die Eltern informiert. Auf Elternabenden, Elternratssitzungen, durch Protokolle, durch Informationsblätter über Pressekonferenzen."

Im Herbst 72 spitzte sich die Situation soweit zu, daß Ende Oktober 72 von ca. 300 Eltern ein Schulstreik beschlossen wurde für den Fall, daß ihre Forderung nach sofortiger Behebung des Lehrermangels an der Schule nicht erfüllt werden sollte. Der Erfolg zeigte sich sogleich: innerhalb von zwei Tagen versprach der Oberschulrat drei weitere Lehrkräfte, verbunden mit drohenden Hinweisen auf die angebliche Rechtswidrigkeit des beschlossenen Schulstreiks.

In der Dokumentation befindet sich der gesamte Briefwechsel zwischen Elternrat und Schulbehörde, dazu Kommentare sowie eine Schilderung des Ablaufs der Ereignisse und Berichte der Hamburger Presse. Die Dokumentation ist u.a. im Buchladen „Arbeiterbuch" (Grindelhof 45) für 60 Pfg. erhältlich ■

DOKUMENTATION

des Elternrates

der Schule Arnkielstraße 2-4



'Zunehmender Druck von unten'

Bürgerliche Einschätzung der Druck-Tarifrunde 73

Ein Buch mit dem Titel „Der mißbrauchte Tarifstreit" ist kürzlich im Deutschen Industrieverlag Köln erschienen. Es beschäftigt sich mit der Aktivität von Gruppen und Organisationen links von der SPD während der Druck-Tarifrunde im Frühjahr. Diese Aktivität wird als sehr bedeutend und für die Bourgeoisie gefährlich dargestellt: Die Tarifrunde sei ein „*Wendepunkt in der Nachkriegsgeschichte der Arbeitskämpfe*" gewesen, denn „*zum ersten Mal wurde eine Tarifauseinandersetzung weitgehend von radikalen Kräften geprägt*" (S.7). „*Zum ersten Mal kam voll zum Tragen, was seit etwa drei Jahren im Gange ist: Die Organisierung von radikalen Betriebszellen in vielen Bereichen der Wirtschaft, und die Unterwanderung der gewerkschaftlichen Basis*" (S.9). Und das Schlimmste: „*Die wilden Streiks und die Übergriffe während des Tarifstreits in der Druckindustrie können sich bei nächstbester Gelegenheit und in anderen Wirtschaftsbereichen in verstärktem Ausmaß wiederholen*" (S.88).

Zu diesen Kassandra-Rufen ist anzumerken, daß die Verfasser bewußt übertreiben, um die Bourgeoisie noch fester gegen die drohende Gefahr zusammenschweißen zu können. In diesen Äußerungen zeigt sich aber doch, wie ernst die Lage – gerade mit Bezug auf die letzte Tarifrunde in der Druckindustrie – von dieser Seite eingeschätzt wird.

Die Aktivität der „linksextremistischen Gruppen" wird breit dokumentiert durch Faksimile-Wiedergaben u.a. des Hamburger DRUCK-ARBEITER (KB), des Westberliner „Umbruch", von Flugblättern der Gruppe „KPD" und Betriebszeitungen der DKP – schwerpunktmäßig werden Hamburg und Westberlin untersucht.

Die „Linksextremisten" werden unterteilt in 1. die DKP, und 2. die „KPD-Gruppen". Unter diesem Begriff wird praktisch alles links von der DKP in einen Topf geworfen und soll im Bewußtsein der werktätigen Massen mit der Aktivität der „links"sektiererischen „KPD" gleichgesetzt werden. Es heißt da:

„... *Die 1970 als militante Konkurrenz zur DKP neu aufgezogene KPD. Sie ist aus der Konkursmasse der APO hervorgegangen. Die Stationen waren KPD-AO (Aufbau-Organisation) in Berlin und KPD-ML (Marxisten-Leninisten) in Hamburg. Sie ist dezentral organisiert und maoistisch ausgerichtet ...: Auf die KPD ausgerichtet sind der Kommunistische Bund (KB), die Kommunistische Gruppe (KG), der Kommunistische Jugendverband (KJV), die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO), der Kommunistische Studentenverband (KSV), die Liga gegen den Imperialismus. Die einzelnen Organisationen sind häufig in lokale Gruppen gegliedert. Beispiel: Kommunistischer Bund/Gruppe Hamburg.*" (S.141/142).

Der Schwachsinn dieser Ausführungen muß als bewußte Absicht verstanden werden, Verwirrung zu stiften, und nicht etwa als Ausdruck davon, daß die Verfasser nicht bescheid wüßten, was läuft. Auch in der Polemik der Gewerkschaftsführer (z.B. in Hamburg IG Chemie, IG DruPa) war die Taktik zu beobachten, die Gruppen und Organisationen links der DKP als einen chaotischen Brei mit wirren Beziehungen untereinander hinzustellen.

DKP und „KPD-Gruppen" werden als gleichermaßen gefährlich für die kapitalistische Ordnung beschrieben. Die Stärke der DKP sei ihre „straffe Organisation", sie würde scheinbar den Weg der Anpassung gehen, sie lege den Schwerpunkt auf die Eroberung gewerkschaftlicher Positionen und sei dort auch schon relativ verankert. Die „KPD-Gruppen" dagegen seien nicht um äußerliche Anpassung bemüht, sie würden vor allem „an der Basis" arbeiten.

Die „Spielregeln" des Kapitalismus wurden verletzt

Ausgangspunkt der Verfasser ist die Ideologie der „Sozialpartnerschaft" und des „sozialen Freidens". In diesem Rahmen gebe es bestimmte, in Jahrzehnten bewährte „Spielregeln" für die Austragung bestehender sozialer Konflikte. Der wichtigste Garant für die Einhaltung der „Spielregeln" sei die Gewerkschaftsführung:

„*Die eigenverantwortliche Führung eines Arbeitskampfes durch die Gewerkschaft gewährleistet die Einhaltung des Gebots einer fairen Kampfführung. Bestimmt dagegen nicht mehr die Gewerkschaft, was im einzelnen geschieht, muß ein Arbeitskampf als rechtswidrig angesehen werden. Die von den Radikalen beabsichtigten und teilweise auch eingetretenen groben Verstöße gegen die Grundlagen der bestehenden Sozialverfassung und gegen den Gedanken der Sozialpartnerschaft widersprechen eindeutig der allgemeinen Rechtsüberzeugung.*" (S.16)

„*(Die Radikalen) setzten sich über die von den Tarifpartnern gemeinsam im Verlauf der Jahrzehnte entwickelten Spielregeln für Tarifauseinandersetzungen hinweg. Sie versuchten, das konstruktive Partnerverhältnis durch das destruktive Gegenerverhältnis des Klassenkampfes zu ersetzen.*" (S.7)

Wie sieht nun die Verletzung der „Spielregeln" im Einzelnen aus?

Da die Presse **„besonders streikempfindlich"** sei (S.18), sei es die ursprüngliche Absicht der DruPa-Spitze gewesen, nur **„punktuelle und zeitlich begrenzte Streiks zu organisieren. Das Erscheinen einzelner Zeitungen sollte zwar verzögert, aber nicht verhindert werden."** (S.20). Also ein „Streik", der den Druck-Kapitalisten im Grunde gar nicht weh tun sollte; ein Schein-Gefecht zur Beruhigung „erhitzter Gemüter" bei den Druck-Arbeitern, und dann ein Abschluß „nach den Spielregeln".

Aber es kam anders: „*Den Verlauf des Arbeitskampfes bestimmte dagegen vielfach die von radikalen Wortführern gesteuerte Basis.*" (S.20).

Während vereinbart war, die Druck-Kapitalisten rechtzeitig über die Streikzeiten zu informieren, um Notausgaben zu ermöglichen (S.27), wurden die „*Streikzeiten eigenmächtig überschritten*". (S.36). Schon während der Verhandlungen kam es zu Warnstreiks, die für die Verfasser selbstverständlich „illegal" sind (S.14/15).

Für besonders ernst wird angesehen, daß sich während des Streiks Drucker die Freiheit nahmen, üble Fälschungen und Verleumdungen gegen ihren Streik aus dem Zeitungs-Druck zu nehmen bzw. unkenntlich zu machen. Im Kapitalismus darf „Presse- und Informationsfreiheit" nur bedeuten, daß der Kapitalist das Recht hat, zu lügen und zu hetzen, ohne behindert zu werden. Die Verfasser erkennen sogar an, daß die erschienenen Artikel möglicherweise wahrheitswidrig oder entstellend gewesen seien; die „Pressefreiheit" schließe eben auch einen gewissen „Mißbrauch" derselben ein! (S.69). Mit besonderer Befriedigung wird vermerkt, daß sich auch der sozialdemokratische „Vorwärts" diesem wahnwitzigen Verständnis von „Pressefreiheit" angeschlossen hat. (S.70; die gemeinte Stellungnahme erschien unter der Überschrift „Von der RGO terrorisiert?" im „Vorwärts" vom 19. April).

Als weiteren Beweis dafür, daß die DruPa-Führung „das Heft nicht mehr in der Hand" (S.34) hatte, werten die Verfasser die große Unzufriedenheit unter den Druckarbeitern mit dem zustande gekommenen Ergebnis der Tarifrunde.

Als schwerwiegend wird angesehen, **„daß ein Teil der Vertrauensleute bereits radikalisiert ist. Von hier aus (!!) wurde in den Betrieben der Widerstand gegen die gewerkschaftliche Marschroute mobilisiert"** (S.87). Hier zeigt sich, daß die Verfasser im Grunde w i s s e n, daß die von ihnen beklagte „Wiedergeburt des überwundenen Klassenkampfgedankens" (S.7) eben nicht das Werk „radikaler Einpeitscher" ist, sondern einer Bewußtseinsbildung breiterer Teile der Arbeiterklasse entspricht. Wovor sollten die Kapitalisten sonst auch Angst haben?

„*Die Unterwanderung in den Betrieben sowie die durch die beschleunigte inflationäre Entwicklung erzeugte allgemeine Unzufriedenheit haben ein neues Problem geschaffen. Die Gewerkschaften müssen die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter wahrnehmen, ohne den Radikalen eine Gelegenheit zu bieten, die Arbeitsplätze zu gefährden und die notwendigen Spielregeln der tarifpolitischen Auseinandersetzung in Frage zu stellen.*" (S.88)

Als positiv wird daher gewertet, daß nunmehr die DGB-Spitze „zur Abwehr militanter Extremisten" (Ausschluß-Kampagne) übergegangen ist. Die antikommunistische Hetze innerhalb der IG DruPa, besonders die Beiträge Mahleins, wird ausführlich dokumentiert. ■

Inhalt:

wirkungen für Kapitalisten und Arbeiter

Referendare gefeuert!

Am 20.9. – dem Tag der Beratung der Länder-Ministerpräsidenten mit Bundeskanzler Brandt über eine „Präzisierung" des Radikalenerlasses vom Januar 72 – hat die Hamburger Schulbehörde ein deutliches Zeichen dafür gesetzt, daß politische Disziplinierung und Unterdrückung von Oppositionellen im Öffentlichen Dienst einem neuen Höhepunkt entgegengehen. Zwei Referendare – Angehörige des Referendarvorstands der Abteilung I (Volks- und Realschulen) des Studienseminars Hamburg und Mitglieder der SSG (Sozialistische Studentengruppe – KBW-Sympathisanten) – wurden mit sofortiger Wirkung von ihrem Dienst suspendiert. Das Betreten von Schule und Studienseminar wurde ihnen untersagt. Vier weiteren Referendaren – ebenfalls im Referendarvorstand – wurde das Gleiche angedroht, wenn sie sich nicht von einem Papier der SSG distanzieren. Schulsenator Apel stellte diesen Angriff unter die zynische Parole: „Lieber keine Lehrer als solche Lehrer!"

Es ist unseres Wissens das erste Mal, daß in solchem Umfang gegen angehende Lehrer schon während der Ausbildung vorgegangen wird, daß an ihnen praktisch nicht nur ein Berufsverbot, sondern ein Ausbildungsverbot praktiziert wird.

Die Hamburger GEW-Führung nutzt diesen Angriff der Schulbehörde gleich dazu, sich ihrerseits der unliebsamen Kritiker in den eigenen Reihen zu entledigen. Wie die „Welt" am 21.9. berichtet, hat sich die Hamburger GEW von den beiden Referendaren distanziert und der geschäftsführende Ausschuß beschloß, dem Gesamtvorstand die Einleitung eines Ausschlußverfahrens zu empfehlen!

Diesen Maßnahmen vorausgegangen war eine Besprechung von Senator Apel und führenden Mitarbeitern der Schulbehörde mit den Seminarleitern des Hamburger Studienseminars, auf der eine Reihe weiterer Maßnahmen gegen die Referendare und Studenten konkret diskutiert wurden. Bekannt wurde der Inhalt der Besprechung aufgrund einer „Indiskretion", wie man das wohl nennt. Der Inhalt wurde inzwischen von Apel indirekt bestätigt, der davon sprach, daß ein Tonbandgerät mitgelaufen sein müsse.

Nach den Plänen der Herren soll die Gesinnungsschnüffelei sich in Zukunft z.B. auf die Prüfungsarbeiten erstrecken. Oberschulrat Jepsen: „Zumindest in Zukunft wird man Prüfungsarbeiten auswerten müssen, um handfeste Beweise für die Gesinnung der Radikalen zu haben." In Bremen wurde schon einige Tage vorher eine Arbeit nach politischer Zensur von „sehr gut" auf „ungenügend" umbenotet.

Weiterhin werden die Seminarleiter zu verstärkter Spitzeltätigkeit aufgefordert. Oberschulrat Lüdemann meinte dazu, die Seminarleiter sollten „radikale Äußerungen" aktenkundig machen und an die Schulbehörde weitergeben! Schon auf dieser Sitzung kündigte Neckel unter dem Beifall der Anwesenden an: „Das nächste Schreiben, das Frau Hindemith (eine der gefeuerten Referendare, Anm. d. Red.) von mir bekommen wird, ist das Kündigungsschreiben."

Es scheint, daß diese Maßnahmen, im Zusammenhang auch mit der jetzt erfolgten endgültigen Ablehnung der Ernennung des DKP-Mitglieds Götz zum Richter und der Ankündigung von Brandt am 20.9., zwecks Vereinheitlichung des Vorgehens gegen die „Radikalen", das Beamtenrechts-Rahmengesetz zu ändern, eine Verschärfung der Offensive des Staates zur Säuberung des Staatsapparats und insbesondere des Schuldienstes einzuleiten.

Wir berichteten schon im letzten ARBEITERKAMPF über die Planspiele der Schulbehörde zur Niederschlagung von Schulstreiks u.ä. auf der Basis des neuen „fortschrittlichen" SVG. Denn die Einschüchterung und der Rausschmiß von Lehrern oder Referendaren ist die eine Seite; wichtiger noch ist der Behörde, selbständige Aktionen von Eltern und Schülern schon im Keim zu ersticken, denn nur auf der Basis und gestützt auf die Aktivität der Eltern kann auch eine fortschrittliche Arbeit von Lehrern Erfolg haben.

In diesem Zusammenhang ist auch die SSG zu kritisieren, die ihre Genossen in einer verantwortungslosen Weise exponiert hat, ohne sich einer Basis in der Elternschaft und unter den Kollegen an den Schulen zu vergewissern, und sie damit mehr oder weniger schutzlos den Angriffen der Behörde ausgeliefert hat. Geradezu abenteuerlich sind aber die Schlüsse, die die SSG aus den Ereignissen zieht: „Die Aufzeichnungen aus der geheimen Seminarleiterkonferenz sind ein hervorragendes Dokument des sich sprunghaft entwickelnden Kampfes an den Schulen, vor allem aber auch im Referendariat, sowie der ganzen Ausweglosigkeit der Lage dieser Herren Apel und Co."

Offenbar gibt es absolut n i c h t s, was von der SSG nicht zu Erfolgsmeldungen und zum „Aufschwung der Bewegung" umgedichtet werden könnte.–

Selbstkritisch müssen wir feststellen, daß wir der Frage der Berufsverbote – gemessen an der Bedeutung dieser Vorgänge – im ARBEITERKAMPF zuwenig Aufmerksamkeit gewidmet haben. Das soll in den nächsten Ausgaben nachgeholt werden.

Bündniskommission des KB/Gruppe Hamburg ■